



Protokoll

der 13. Sitzung, Amtsjahr 2026 / 2027

Mittwoch, den 6. Mai 2026, um 9:00 Uhr

Vorsitz: *Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin*

Protokoll: *Beat Flury, I. Ratssekretär*
Sabine Canton, II. Ratssekretärin
Kathrin Lötscher, Andrea Steffen, Texterfassung

Abwesende: *Melanie Eberhardt (SP), Lukas Faesch (LDP), Georg Mattmüller (SP), Johannes Sieber (GLP).*

Verhandlungsgegenstände:

1.	Mitteilungen und Genehmigung der Tagesordnung	2
2.	Entgegennahme der neuen Geschäfte	3
3.	Wahl eines Mitglieds der Regiokommission (Nachfolge Mahir Kabakci, SP)	3
4.	Wahl eines Mitglieds des Erziehungsrates (Nachfolge Marco Natoli).....	4
46.	Abstimmungen vom 22. April 2026 bei Traktandum 16 "Lohnmassnahmen zur Steigerung der Arbeitgeberattraktivität sowie Ablösung der befristeten Arbeitsmarktzulage für Mitarbeitende der Kantonspolizei" - Aufhebung der Grossratsbeschlüsse, Bericht des Ratsbüros	4
47.	Abstimmungen vom 22. April 2026 bei Traktandum 16 "Lohnmassnahmen zur Steigerung der Arbeitgeberattraktivität sowie Ablösung der befristeten Arbeitsmarktzulage für Mitarbeitende der Kantonspolizei" - Aufhebung der Grossratsbeschlüsse, Bericht des Ratsbüros	12
5.	Kantonale Volksinitiative "Pharma für Alle (Basler Pharma-Fonds)" - Bericht zur rechtlichen Zulässigkeit und zum weiteren Vorgehen, Bericht des RR	12
6.	Kantonale Volksinitiative "Initiative für ein U-Abo für alle in Basel-Stadt wohnhaften Personen zum Preis von 1 Fr. pro Tag" - Bericht zur rechtlichen Zulässigkeit und zum weiteren Vorgehen, Bericht des RR	14
7.	Ausgabenbewilligung zur Zwischennutzung «Am Birsigbogen» 2026 bis 2030, Ausgabenbericht des RR	16
8.	Ausgabenbewilligung zur Anpassung/Aktualisierung des Gesamtkonzeptes öffentliche Toilettenanlagen, Ratschlag des RR	22
8.1.	Motion Oliver Thommen und Konsorten betreffend vermehrte WC-Anlagen im öffentlichen Raum, Ratschlag des RR	26
9.	«Areal Aeschenplatz 6»; Festsetzung eines Bebauungsplans, Änderung des Wohnanteils sowie Abweisung einer Einsprache im Bereich Aeschenplatz, St. Alban-Anlage, Engalgasse und Gartenstrasse, Ratschlag des RR	26
10.	Ausgabenbewilligung für eine Finanzhilfe in Form eines Investitionsbeitrags zum Umbau und zur Sanierung unter Erhalt des historischen Charakters der Liegenschaft St. Johannis-Vorstadt 48, Ausgabenbericht des RR	30
11.	Petition P472 "Kumm guet haim! - Für ein sicheres Basel", Bericht der PetKo	33



Beginn der 13. Sitzung

Mittwoch, 6. Mai 2026, 09:00 Uhr

1. Mitteilungen und Genehmigung der Tagesordnung

[06.05.26 09:00:09]

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Ich begrüsse Sie zu unserer heutigen Sitzung und habe Ihnen vorerst folgende Mitteilungen zu machen.

Ich starte die Mitteilung mit dem Hinweis, dass Sie die Abstimmungskarten doch bitte einstecken sollen.

Neue Interpellationen: Es sind neun neue Interpellationen eingegangen. Die Interpellationen Nummer 49 bis 56 werden mündlich beantwortet.

Neue Badges: Bis 10 Uhr haben Sie die Möglichkeit, bei Stefan Fahrer am Empfang Ihren Badge auszutauschen. Bitte gehen Sie unbedingt heute Vormittag vorbei, denn morgen sind die alten Badges nicht mehr gültig. Ansonsten melden Sie sich bei Stefan Fahrer, falls Sie erst am Nachmittag vorbeigehen können.

Ein runder Geburtstag: Heute feiert Ismail Mahmoud einen runden Geburtstag. Er hat uns dafür etwas Selbstgebackenes mitgebracht. Ich danke Ihnen im Namen des Grossen Rates herzlich für diese tolle Geste und wünsche Ihnen alles Gute. *(Applaus)*.

Das waren meine Mitteilungen. Wir kommen damit zur Tagesordnung.

Antrag auf dringliche Traktandierung: Das Büro beantragt Ihnen ein neues Traktandum 46, Bericht des Ratsbüros zu den Abstimmungen vom 22. April 2026 bei Traktandum 16 Lohnmassnahmepaket dringlich heute als erstes Sachgeschäft zu traktandieren. Das ist nach den Wahlen bei Traktandum 4 vorgesehen. Gibt es hierzu Wortmeldungen? Ihrem Stillschweigen entnehme ich, dass dem nicht so ist. Dann kommen wir zur Abstimmung. Ein Zweidrittelmehr ist erforderlich. Ich bitte Sie nun, sich bereit zu machen für die Abstimmung. Wir starten die Abstimmung jetzt.

2/3-Abstimmung

JA heisst dringliche Traktandierung, NEIN heisst keine dringliche Traktandierung.

Ergebnis der Abstimmung

82 Ja, 1 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0008866, 06.05.26 09:02:55]*

Der Grosse Rat beschliesst

dringliche Traktandierung

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Sie haben mit 82 Ja-Stimmen, einer Nein-Stimme und keiner Enthaltung der dringlichen Traktandierung zugestimmt. Geschäft 1 ist erledigt.



2. Entgegennahme der neuen Geschäfte

[06.05.26 09:03:23]

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Es liegen keine Wortmeldungen zur Entgegennahme der neuen Geschäfte und zu den Zuweisungen an Kommissionen vor. Ihrem Stillschweigen entnehme ich, dass Sie mit der vom Büro vorgeschlagenen Zuweisung dieser Geschäfte einverstanden sind. Sie haben so beschlossen.

3. Wahl eines Mitglieds der Regiokommission (Nachfolge Mahir Kabakci, SP)

[06.05.26 09:03:32, 26.5149.01]

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Ich beantrage Ihnen, die Wahlen bei den Traktanden 3 und 4 offen durchzuführen, soweit die gesetzlichen Voraussetzungen dazu gegeben sind, also nicht mehr Kandidaturen vorliegen, als Sitze zu vergeben sind. Die Abstimmungen werden einzeln durchgeführt. Für offene Wahlen braucht es die Zustimmung eines Zweidrittelmehrs, also doppelt so viele Ja-Stimmen wie Nein-Stimmen. Wir kommen damit zur ersten Abstimmung über offene Wahl mit einem Zweidrittel mehr.

2/3-Abstimmung

JA heisst offene Wahlen, NEIN heisst geheime Wahlen.

Ergebnis der Abstimmung

82 Ja, 0 Nein, 0 Enthaltungen. [Abstimmung # 0008870, 06.05.26 09:04:44]

Der Grosse Rat beschliesst

offene Wahlen

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Sie haben sich mit 82 Ja-Stimmen, keiner Nein-Stimme und keiner Enthaltung für offene Wahlen entschieden. Gemäss § 14 Abs. 1 der Geschäftsordnung bleibt die Fraktionszusammensetzung der Kommissionen während der gesamten Amtsperiode unverändert. Es sind deshalb nur Wahlvorschläge zulässig, welche auf Mitglieder der Fraktion SP lauten. Für die Wahl als Mitglied der Regiokommission von der Fraktion SP vorgeschlagen wurde Martin Leschhorn-Strebel. Es sind keine weiteren schriftlichen Vorschläge eingegangen. Wir kommen damit zur offenen Wahl.

Abstimmung

JA heisst Wahl von Martin Leschhorn, NEIN heisst Nichtwahl.

Ergebnis der Abstimmung

85 Ja, 0 Nein, 1 Enthaltungen. [Abstimmung # 0008872, 06.05.26 09:05:56]

Der Grosse Rat beschliesst

Martin Leschhorn als Mitglied der Regiokommission zu wählen.



Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Sie haben Martin Leschhorn mit 85 Ja-Stimmen, keiner Nein-Stimme und einer Enthaltung in die Regiokommission gewählt. Ich gratuliere Martin Leschhorn-Strebel zur Wahl als Mitglied in die Regiokommission und wünsche ihm Freude und Erfolg im neuen Amt.

4. Wahl eines Mitglieds des Erziehungsrates (Nachfolge Marco Natoli)

[06.05.26 09:06:23]

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Für die Wahl als Mitglied des Erziehungsrates von der Fraktion Mitte-EVP vorgeschlagen wurde Raphael Müller. Es sind keine weiteren schriftlichen Vorschläge eingegangen. Wir kommen damit zur offenen Wahl.

Abstimmung

JA heisst Wahl von Raphael Müller, NEIN heisst Nichtwahl.

Ergebnis der Abstimmung

89 Ja, 0 Nein, 0 Enthaltungen. [Abstimmung # 0008875, 06.05.26 09:07:13]

Der Grosse Rat beschliesst

Raphael Müller als Mitglied des Erziehungsrates zu wählen

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Sie haben mit 89 Ja-Stimmen, keiner Nein und auch keiner Enthaltung Raphael Müller als Mitglied des Erziehungsrates gewählt. Ich gratuliere Raphael Müller zur Wahl als Erziehungsrat und wünsche ihm Freude und Erfolg im neuen Amt.

46. Abstimmungen vom 22. April 2026 bei Traktandum 16 "Lohnmassnahmen zur Steigerung der Arbeitgeberattraktivität sowie Ablösung der befristeten Arbeitsmarktzulage für Mitarbeitende der Kantonspolizei" - Aufhebung der Grossratsbeschlüsse, Bericht des Ratsbüros

[06.05.26 09:07:34, 25.0674.03]

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Das Ratsbüro beantragt, der Beschlussvorlage zuzustimmen. Für das Ratsbüro das Wort hat Michael Hug.

Michael Hug (LDP): Ausgangspunkt ist die Abstimmung vom 22. April 2026 zum Traktandum 16 betreffend die Lohnmassnahmen. Der Grosse Rat hat damals mit 49 zu 48 Stimmen bei keinen Enthaltungen dem Minderheitsantrag zugestimmt. Aufgrund von offenen Fragen im Zusammenhang der virtuellen Teilnahme an der Grossratssitzung und Stimmabgabe kam es zu mehreren Fragen einzelner Ratsmitglieder im Zusammenhang mit den Vorkommnissen.



Im Nachgang hat das Ratsbüro diese Abstimmung überprüft. Dabei wurde festgestellt, dass bei einem digital teilnehmenden Ratsmitglied während der Abstimmung das Gesicht nicht sichtbar war. Gemäss § 3 Abs. 3 des Reglements über das Abstimmen in Abwesenheit ist eine Stimmabgabe unter diesen Umständen nicht zulässig, denn für die Teilnahme an jeder Abstimmung muss beim System des Ratsmitglieds die Webcam aktiviert sein. Das System des Grossen Rates zeichnet die Bilder der Webcam auf. Diese Daten werden im Parlamentsdienst archiviert. Eine Abstimmung ohne aktive Webcam, da das Gesicht des abstimmenden Ratsmitglieds gut sichtbar sein muss, ist nicht möglich. Das Ratsbüro ist deshalb zum Schluss gekommen, dass diese Stimme als ungültig zu betrachten ist. Ohne diese Stimme ergibt sich ein Stimmenverhältnis von 48 zu 48 mit der Konsequenz, dass ein Stichentscheid der Präsidentin erforderlich gewesen wäre.

Vor diesem Hintergrund hat das Ratsbüro die rechtlichen Handlungsoptionen geprüft.

Erstens, eine Wiedererwägung. Diese ist gemäss Geschäftsordnung nur bis zur Schlussabstimmung möglich. Der Beschluss wurde jedoch bereits gefasst und publiziert. Eine Wiedererwägung fällt daher ausser Betracht.

Zweitens, der Rekurs an das Verfassungsgericht. Dieser steht bei Verletzungen der politischen Rechte grundsätzlich offen. Allerdings ist dieses Verfahren zeitintensiv und führt für längere Zeit zu Rechtsunsicherheit. Gerade im vorliegenden Fall wäre dies nicht zielführend und auch schwierig, ohne den parlamentarischen Willen legitimiert einzugeben.

Drittens, eine neue Abstimmung durch den Grossen Rat. Dieser Weg setzt voraus, dass der bestehende Beschluss aufgehoben wird. Er ermöglicht eine rasche Klärung und schafft Rechtssicherheit, insbesondere weil wir uns noch innerhalb der Referendumsfrist befinden.

Das Ratsbüro beantragt Ihnen deshalb diesen dritten Weg. Konkret bedeutet dies, dass der Grosse Rat heute die Beschlüsse vom 22. April 2026 zu Traktandum 16 aufheben kann. Für diese Aufhebung wird ein qualifiziertes Mehr von zwei Dritteln der Abstimmenden verlangt. Dieses erhöhte Quorum ist bewusst gewählt. Es orientiert sich an der Logik der Wiedererwägung, welche ebenfalls nur unter erhöhten Anforderungen möglich ist. Obwohl die formelle Wiedererwägung hier nicht mehr zulässig ist, soll deren Schutzgedanke, nämlich die Stabilität von gefassten Beschlüssen, gewährt werden. Eine Aufhebung soll deshalb nur dann erfolgen, wenn sie breit abgestützt ist.

Nachdem der Grossratsbeschluss aufgehoben wird, kann das Geschäft an der Sitzung vom 20. Mai 2026 erneut traktandiert werden. Die Abstimmungen zum Lohnmassnahmepaket werden dann wiederholt. Für diese Abstimmungen gelten die ordentlichen Mehrheitsverhältnisse, also das einfache Mehr der Abstimmenden. Dieser Weg schafft rasch Rechtssicherheit, wahrt die institutionelle Integrität dieses Rates und stellt sicher, dass das Ergebnis auf einer unbestrittenen, korrekten Abstimmung beruht.

Es ist uns ein Anliegen noch festzuhalten, dass der Parlamentsdienst und das Ratsbüro gewisse Massnahmen aus dem Vorfall ableiten. Erstens wird ein zusätzlicher Bildschirm beim Ratspräsidium zur Verfügung gestellt, auf dem jederzeit ersichtlich ist, ob bei allen digital Teilnehmenden die Webcam aktiv ist, so dass bei Bedarf unmittelbar reagiert werden kann. Zweitens wird künftig 30 Minuten vor der Grossratssitzung mit digital Teilnehmenden eine Testabstimmung durchgeführt, um nochmals zu überprüfen, ob alles korrekt läuft. Drittens wurden bereits technische Massnahmen umgesetzt, um das System weiter zu verbessern, insbesondere die Kommunikation zwischen den eingesetzten Anwendungen. Das Ratsbüro wird darüber hinaus prüfen, ob weitere Massnahmen angezeigt sind.

Ich bitte Sie, dem Antrag des Ratsbüros zu folgen und danke im Namen des Ratsbüros für die Bereitschaft, diesen Weg zu unterstützen.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Wir kommen damit zu den Fraktionssprechenden. Für die SP eingetragen hat sich Melanie Nussbaumer.

Melanie Nussbaumer (SP): Für die SP-Fraktion ist klar, dass wir einen parlamentarischen Entscheid nicht stehen lassen können, von dem wir wissen, dass er unter Missachtung unserer eigens auferlegten Regeln zustande gekommen ist. Das muss korrigiert werden. Die SP-Fraktion ist somit für die dringliche Traktandierung des Geschäfts und spricht sich für eine Wiederholung der Abstimmung aus. Wir gewichten damit die demokratiepolitische Ebene höher als Machtpolitik. In Zeiten von Trump, Milei, Putin und weiteren machtgerigen und autoritären Männern, welche die Demokratie mit Füßen treten, stehen wir dafür ein, dass demokratische Entscheide transparent und verlässlich gefällt werden.

Für uns ist wichtig zu betonen, dass es eigentlich gar nicht erst so weit hätte kommen dürfen. Offensichtlich haben die Kontrollen nicht funktioniert. Es stellt sich also insbesondere die Frage, wieso unsere Abläufe die Einhaltung der Regeln nicht garantieren können. Es geht hier also überhaupt gar nicht um die Person, die die Kamera im Moment der Abstimmung abgestellt hatte. So ein Versehen kann offensichtlich mal passieren. Sondern es geht darum, dass es nicht sofort erkannt wurde und man nicht darauf reagiert hatte. Schlussendlich hat dies zu dieser demokratiepolitisch schwierigen Situation, zu diesem Schlamassel geführt.



Deshalb müssen wir nun gemeinsam die politische Verantwortung übernehmen, wir als Parlament hier drin, im Ratsbüro und in den Parlamentsdiensten. Es reicht nicht, dass wir die Abstimmung wiederholen, sondern wir müssen nun möglichst schnell das System so umbauen, dass es unserem eigenen Reglement standhält. Es braucht dafür zum Beispiel einen Validierungsprozess, also einen definierten Prozess, wie entschieden wird, ob eine Abstimmung gültig zustande gekommen ist oder nicht. Wir haben jetzt bereits gehört, dass im Ratsbüro und im Parlamentsdienst dafür bereits Massnahmen ergriffen wurden, das begrüssen wir sehr.

Wir sind im Übrigen als Fraktion weiterhin der Meinung, dass die digitale Abstimmung möglich sein soll. Der Sinn und Zweck dieses Systems, einfach nur kurz als Erinnerung, war die Vereinbarkeit von Milizparlament und zum Beispiel Mutterschaft, Vaterschaft oder Krankheit. Dieses Ziel unterstützen wir weiterhin, weil wir damit am ehesten gewährleisten, als Parlament die Gesamtgesellschaft abbilden zu können. Und wenn wir schon beim Inhaltlichen sind, es ist wohl nicht wirklich nötig zu erwähnen, dass die SP-Fraktion weiterhin für die Minderheit der WAK respektive für die Vorlage des Regierungsrats ist, für gute Arbeitsbedingungen im Service Public.

Wir nehmen diese Wiederholung sportlich. Wir kämpfen bis zum Schluss in der Hoffnung, dass wir auch in zwei Wochen nochmals gewinnen werden. Und in dem Sinn bleibt mir zuletzt nur noch zu wünschen oder zu hoffen, dass bei einer allfällig umgekehrten Konstellation sich sämtliche Parteien in diesem Saal auch daran erinnern werden, dass das Vertrauen in die Demokratie über allem steht.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Nächster Fraktionssprecher für die BastA ist Nicolas Goepfert.

Nicola Goepfert (BastA): Auch ich erlaube mir, noch kurz etwas zu diesem Antrag zu sagen. Selbstverständlich ist für BastA klar, dass parlamentarische Entscheide korrekt und transparent gefällt werden müssen. Die Situation ist nun die, dass mehr oder weniger per Zufall eine digitale Stimme nicht korrekt abgegeben wurde und das auch entdeckt wurde. Deshalb stimmt BastA der erneuten Traktandierung des Lohnmassnahmenpakets zu.

Aber ganz ehrlich, ich und wir von BastA sind etwas genervt. Einerseits, weil wichtige Lohnverbesserungen für viele Kantonsangestellte nun plötzlich wieder in Frage gestellt werden. Das schafft Unsicherheiten darüber, welche Gültigkeit unsere Entscheide im Parlament tatsächlich haben. Vor allem aber auch, weil es überhaupt so weit kommen konnte. Schon wieder, muss man fast sagen, ein weiteres Schlamassel, was die digitale Infrastruktur in diesem Kanton angeht.

Verstehen Sie mich nicht falsch, die Möglichkeit der digitalen Stimmabgabe finden auch wir von BastA richtig und wichtig. Sie ermöglicht die Teilnahme aller Ratsmitglieder, auch bei längerer Krankheit, im Mutterschutz oder in weiteren Situationen. Damit wird grundsätzlich die demokratische Legitimität unserer Entscheide gestärkt, weil es für alle Ratsmitglieder einfach ist, unabhängig von der momentanen Lebenssituation, sich an den möglichst vielen Abstimmungen zu beteiligen.

Wie kann es aber sein, dass eine Stimme gezählt wird und nicht darauf hingewiesen wird, wie Melanie Nussbaumer es gesagt hat, dass sie offenbar fehlerhaft abgegeben wurde. Wir fordern deshalb vom Parlamentsdienst und dem Ratsbüro, diese Massnahmen, die genannt wurden, umzusetzen, die technischen Grundlagen und Prozesse so zu definieren und auch durchzusetzen, damit sie wie vorgegeben funktionieren. Die Verlässlichkeit der Entscheidungen im Parlament ist wichtig und muss garantiert sein. Für eine Demokratie ist nicht nur die Möglichkeit zur digitalen Teilnahme wichtig, sondern vor allem das Vertrauen in die Korrektheit der Ergebnisse. Entsprechend stimmen wir von BastA den Anträgen des Ratsbüros zu.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Nächster Sprecher ist David Jenny für die FDP.

David Jenny (FDP): Nur etwas ganz kurz im Hinblick auf die Bewältigung. Bei dieser Stimme, die jetzt zu Ungültigkeit führen wird, war kein Versagen der digitalen Infrastruktur der Grund. Abläufe beim Einsatz der Menschen, die auf einen Bildschirm zu schauen hatten, haben offensichtlich hier nicht genügt. Das hat überhaupt nichts mit E-Voting zu tun. Und für die Zukunft, wir müssen klare Verantwortlichkeiten zuteilen. Ich glaube, hier war die Verantwortlichkeit klar. Die Benutzerin, der Benutzer der Remote-Abstimmung hat dafür zu sorgen, dass diese Person sichtbar ist im Zeitpunkt der digitalen Stimmabgabe. Und auf der anderen Seite hat der Parlamentsdienst sicherzustellen, dass wirklich in diesem Zeitpunkt auf den Bildschirm geschaut wird. Aber eine Hüterrolle des Parlamentsdienstes, jedem nochmal vor jeder Abstimmung zu sagen, bitte schau, dass deine Kamera läuft und dass du sichtbar bist, besteht nicht, das wäre eine Überforderung.

Dass diese Stimme nicht gültig abgelegt wurde, hat nichts mit dem Versagen digitaler Infrastruktur zu tun. Der zweite in den Medien diktierte Fall ist ein Fall, wo es unter Umständen auch im Hoheitsbereich IT BS zu Schwierigkeiten gekommen ist. Da ist dann die Zuteilung trotz der klaren Regeln in unseren Grundlagen unter Umständen auch zu diskutieren.



Aber im Weiteren danke ich natürlich für die breite Bereitschaft, diesen Weg zu gehen, damit ein Entscheid möglich ist, der wirklich allen Anfechtungen standhalten wird.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Nächster Sprecher ist Bruno Lötscher-Steiger für die Fraktion Mitte-EVP.

Bruno Lötscher-Steiger (Mitte-EVP): Die Mitte-EVP unterstützt diesen Antrag ebenfalls. Ich könnte jedes Wort, das mein Vorredner gesprochen hat, wiederholen. Er hat genau das gesagt, was ich auch wollte. Ich habe aber schon gedrückt, darum sage ich nicht alles nochmals, aber es scheint mir trotzdem wichtig, dass wir uns bewusst sind, die Verantwortung liegt grundsätzlich bei jedem von uns und nicht bei anderen oder bei irgendwem oder bei irgendeiner Maschine. Wenn wir E-Voting beziehungsweise das Abstimmen ausserhalb des Hauses nutzen, dann müssen wir dafür sorgen, dass wir es richtig machen. Ich denke, wir müssen auch dafür sorgen, dass Klarheit herrscht und das müssen wir wohl in den entsprechenden Reglementen und Ordnungen nachholen. Was passiert eigentlich, wenn irgendwelche Informationen nicht rechtzeitig oder nicht gültig herüberkommen?

Grundsätzlich hat immer der Absender das Risiko, dass seine Sendung rechtzeitig und richtig angekommen ist. Das ist eigentlich ein alter Rechtssatz, den wir kennen bei postalischer Abstimmung. Wenn man etwas postalisch macht, ist klar, wenn es halt nicht rechtzeitig angekommen ist oder nicht richtig angekommen ist, das Couvert zerrissen ist, nichts mehr drin ist, trägt der Absender das Risiko. Hier sind wir jetzt etwas unsicher, weil die IT eine Rolle spielt. Ist es plötzlich dann die IT oder der Parlamentsdienst? Ich denke, wir müssen uns das einfach nochmals überlegen, das müssen wir nochmals sauber darstellen, und deshalb finde ich es richtig, dass wir hier in diesem Fall relativ unkompliziert offenbar alle gemeinsam sagen, wir haben die Rechtsgrundlagen nicht alle genügend ausformuliert. Es ist richtig, wenn wir das so machen, dass wir das jetzt politisch angehen, nicht juristisch angehen, denn es ist kein juristisches Thema im Moment, es ist ein politisches Thema, aber wir sollten es so ausgestalten, dass wir nicht jedes Mal nach Abstimmungen noch einen Tag 2, 3, 4, 5, 6, 7, 8, 9 Unsicherheit haben, gilt es jetzt, müssen wir jetzt nochmal nachschauen, wer darf nachschauen, muss man jetzt immer nachschauen, braucht es zwei, drei Stimmen Unterschied, braucht es eine Stimmen Unterschied, zehn Stimmen Unterschied.

Also ich möchte, dass wenn wir abgestimmt haben, das Ergebnis da ist und dass wir weitergehen können und dass im Kern das Gleiche gilt wie bei der Wiedererwägung. Wenn die Schlussabstimmung gemacht ist, sollte es fertig sein. Wir sollten sicher sein, wir sollten Rechtssicherheit haben, wenn wir aus dem Saal gehen, dass es gemacht ist. Deshalb bitte ich das Büro, nochmals diese Vorlage anzuschauen, neue Grundlagen, wo nötig, zu formulieren und dann müssen wir nochmals über die Bücher, wenn wir daran festhalten wollen, dass man auch aus Distanz ab und zu abstimmen kann. Da war ich ursprünglich dagegen, das wissen vielleicht die einen oder anderen noch, weil ich immer gesagt habe, Parlament kommt von Parlarium, man soll hier sein und man soll miteinander aussprechen, aber es scheint ja ein Bedürfnis zu sein. Also haben wir dieses Bedürfnis jetzt auch abzudecken versucht, aber wir sind, glaube ich, noch nicht am Ziel. Wir müssen das noch besser machen. Das können wir besser machen, aber einfach zu sagen, der Parlamentsdienst muss, hat, ist schuld oder ich weiss nicht wie, fände ich falsch. Es ist grundsätzlich die Verantwortung des Einzelnen, wir sind zuständig dafür und wir müssen es in erster Linie richtig machen.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Nächste Fraktionssprecherin für die Fraktion GRÜNE/jgb ist Jo Vergeat.

Jo Vergeat (GRÜNE/jgb): Ich schliesse mich in dem Sinne den Vorredner:innen an, dass wir hier eine ausserordentlich missliche Situation vorfinden, auch weil es sich um eine Entscheidung handelt, die jetzt so äusserst knapp in den Lagern ist und auch so viele Staatsangestellte betrifft. Für uns als Fraktion GRÜNE/jgb war natürlich auch von Anfang an klar, dass es einen sauberen demokratiepolitischen und breit abgestützten Weg braucht, um ein regulär geltendes Abstimmungsergebnis zu erreichen. Dieses ausserordentlich enge Stimmenverhältnis in der jetzigen Legislatur führt auch hier drin in diesem Saal immer wieder zu sehr kritischen Situationen. Ich möchte einfach in dieser ganzen Debatte auch daran erinnern, dass wir hier auch schon oft Abstimmungen wiederholen mussten in so einem Fall wegen technischen Pannen im Saal. Ich glaube, der grosse Unterschied jetzt ist, dass wir im Nachhinein, nach der Sitzung, nach Veröffentlichung oder Publizierung eines Beschlusses in diese Situation kommen.

Wir haben damals bei der Einführung dieses Gesetzes und der Möglichkeit des digitalen Abstimmens auch schon versucht, diese Problematik zu antizipieren. Deswegen haben wir das auch in den Ausführungsbestimmungen benannt. Jetzt haben wir diesen Fall und ich sehe absolut, dass jetzt auch eine ganz grosse Dringlichkeit darin besteht, dass das Ratsbüro, dass der Parlamentsdienst hier diesen Vorgang nochmal plausibilisiert. Ich möchte mich aber auch Bruno Lötscher anschliessen, es ist auch eine eigene Verantwortung. Es war immer klar – und das ist etwas, das ich unbedingt festhalten möchte – die sicherste Art und Weise, an einer Grossratssitzung und an einer Abstimmung teilzunehmen, ist diese hier im Saal. Ich bin



absolute Befürworterin, dass wir diese digitale Möglichkeit schaffen und zur Verfügung stellen. Wir haben dieses Stellvertreter:innen-System mehrfach abgelehnt, wir haben eine andere gute tragfähige Lösung für Abwesenheiten gesucht aber es war schon bei der Einführung klar, dass das ein Risiko ist, das wir mittragen, weil eben auch eine solche digitale Abstimmungsmöglichkeit noch nie so in der Schweiz durchgeführt wurde.

Wir haben es vom Ratsbüro gehört, wir wissen das auch vom Parlamentsdienst, dass man ein Vorgehen wählen wird, das man das noch einmal analysiert, dass wir genau nachjustieren müssen, wie wir hier vorgehen. Das machen wir, aber ich möchte auch sagen, wir sind alle Teil vom Ratsbüro, wir sind alle Teil von diesem Entscheid und wir müssen jetzt das auch gemeinsam mittragen und können hier nicht die Verantwortung abschieben. Das ist mir einfach sehr wichtig. Ich bin jetzt schon beruhigt durch die Ausführungen von Michael Hug, was jetzt umgesetzt werden soll, und ich bin überzeugt, dass wir das alle ganz eng weiter begleiten und so eine rasche Klärung und eine Rechtssicherheit in zukünftigen Fragen finden.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Ich habe keine Fraktionssprechenden mehr eingetragen. Als Einzelsprecher gemeldet hat sich Eric Weber.

Eric Weber (Fraktionslos): Ich freue mich, dass die Ränge voll sind, so sollte es eigentlich immer sein, aber ich rede eigentlich nur noch zu Themen, bei denen die Ränge voll sind, bei denen man die Aufmerksamkeit hat. Aber ich finde es schön, dass jetzt einmal alle da sind und nicht im Vorzimmer. Denn es geht um uns Grossräte. In allen Zeitungen können Sie lesen, wir haben uns sehr, sehr lächerlich gemacht.

Meine Damen und Herren, ich freue mich, dass wir hier ein paar Grossräte haben, die sich noch eintragen als Freiredner, aber ich wünschte mir viel mehr Redner in freier Rede. Ich bin ausgeschlafen, ich bin gesund, ich habe genau zugehört, was meine Vorredner gesagt haben und jetzt kommt es. Ich nehme Bezug auf die Vorrednerin Melanie Nussbaumer. Wir reden hier über ein Provinzparlament und nicht über Weltpolitik. Melanie Nussbaumer hat mit ihrem Votum – und es ist ein Raunen durch den Saal gegangen – den Bogen überspannt. Sie hat von Männern, die die Demokratie mit Füßen treten, gesprochen. Wir reden hier über ein lokales Problem und nicht über die USA. Wenn so geredet wird, führt das zum Einreiserverbot in die USA, da wird gemeldet und blockiert.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Herr Weber, bleiben Sie bitte beim Thema.

Eric Weber (Fraktionslos): Wenn man sich die ganze Sache anschaut, versteht man nichts mehr. Jetzt müssen Sie noch einmal genau zuhören, in den Zeitungen stand, Sandra Bothe Wenk habe nicht abstimmen können. Dann kam der Skandal und plötzlich findet man einen Grossrat, der ohne Bildchen abgestimmt hat. Und ich würde gerne wissen, wer der Grossrat ist. In der Basler Zeitung hat es geheissen, es müsse ein Grossrat von der SP oder von den Grünen sein, aber ich finde es dann schon spannend. Zuerst hat es geheissen, bei Sandra Bothe-Wenk habe etwas technisch nicht geklappt, die Abstimmung sei gültig, dann wird irgendwie gesucht im Heuhaufen, dann findet man einen von der SP und Grünen, der ohne Bildchen abgestimmt hat. Also bitte, liebe Freunde, schafft das ab. Wir verlieren eine ganze Stunde, wir reden sinnlos, wir machen uns lächerlich, schaffen Sie das System ab, solange es nicht geht.

Darum bin ich für Rückweisung und nicht Eintreten. Mit dieser Abstimmung von zu Hause aus belästigt eine Minderheit eine Mehrheit. Dann geht es noch so weit, dass wir hier oben eingeblendet werden und dann kann man von zu Hause aus reden. Dann braucht man kein Parlament, dann können wir alle zu Hause bleiben.

Die Basler Zeitung hat am 5. Mai geschrieben, was das schon wieder für eine Peinlichkeit für die Basler Politik sei.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Herr Weber, Sie brauchen nicht die Baz vorzulesen.

Eric Weber (Fraktionslos): Ich möchte jetzt wissen, wer das ist. Dieser Fehler schadet der Glaubwürdigkeit des politischen Systems. Es ist so, und das muss ich sagen, alles ist lächerlich. Und schade, dass der Grossrat nicht genannt worden ist, der hier ohne Bildchen abstimmt. Wenn Sie das schon zu Hause machen, dann bitte mit Bild.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Nächster Einzelsprecher ist Joël Thüring.



Joël Thüring (SVP): Ich muss ehrlicherweise sagen, wir diskutieren hier über etwas, was mich etwas an Bananenrepublikanische Zustände erinnert. Das Erkennen dieses Fehlers ist ja nur geschehen, weil es bei einem anderen Ratsmitglied ein technisches Problem gab. Und das lässt mich natürlich schon ganz grundsätzlich zweifeln. Wie viele Entscheide in den vergangenen Monaten, seit wir dieses System haben, wurden so ausgeführt, dass diese Stimmen tatsächlich auch so gezählt haben, wie sie gemäss Geschäftsordnung gezählt haben. Das weiss ich nicht zum jetzigen Zeitpunkt. Ich weiss auch nicht, ob es andere knappe Abstimmungen in der Vergangenheit gegeben hat, wo vielleicht, wenn man nun in diesen Protokollen nachschauen würde, genau eine gleiche Situation da gewesen ist. Also man kann es jetzt schon etwas abtun und sagen, ja, das kann einmal passieren, wir müssen dieses neue System etwas ausprobieren.

Nein, meine Damen und Herren, das sind Bananenrepublikanische Zustände, reden Sie doch diese Situation nicht schön. Es ist absolut inakzeptabel, dass wir ein System haben, das offensichtlich nicht funktioniert und erst dann darauf aufmerksam gemacht werden müssen, dass es nicht funktioniert, weil man aufgrund eines anderen Problems etwas genauer nachforscht oder nachfragt und dann sogar noch mit einer Verfassungsbeschwerde vor Gericht drohen muss. Das zeigt, dass dieses System in der jetzigen Form nicht funktioniert.

Das Ratsbüro macht es sich nun wirklich etwas sehr einfach, indem man diesen etwas sehr kurzfristig uns überstellten Bericht hier nun vorträgt und dann einfach sagt, wir stellen einen zweiten Bildschirm hin. Also wenn das System so toll ist, dann ist es auch keine Raketenwissenschaft. Dann kann man auf diesen Bildschirm schauen und dann kann man sehen, ob alle in die Kamera schauen. Ich weiss nicht, ob ich als User jetzt dafür noch in der Verantwortung bin zu schauen, ob die Gegenseite mich sieht. Insofern wäre ich der Ansicht, es wäre die richtige Entscheidung des Ratsbüros, dass man dieses System für den Moment sistiert, bis wir wissen, ob es tatsächlich ein funktionierendes System ist. Denn wir haben ja zwei Themen. Wir haben dieses Nicht-in-die-Kamera-Blicken und wir haben ein technisches Problem. Beide Dinge sind für den Moment nicht geklärt und gelöst. Insofern wäre aus meiner Sicht der richtige Weg gewesen, wenn das Ratsbüro entschieden hätte, dass man dieses System für den Moment sistiert. Und es ist tatsächlich so, wie wir damals schon gesagt haben, Bruno Lötscher hat es auch erwähnt, dieses System hat Nachteile, wenn man nicht hier ist. Ich bin nach diesem Vorfall, und es waren zwei Vorfälle, davon überzeugt, dass das System nicht funktioniert und nicht richtig ist. Deshalb werden wir auch einen Vorstoss einreichen, der dieses System wieder abschafft.

Ein Parlament hat vor Ort zu sein, das ist nicht eine Sitzung zwischen zwei Türen, die man einfach mal noch so ein bisschen machen kann und man dann vielleicht kurz ins Bild huschen kann, wenn man einen Knopf drücken muss. Das ist nicht die Art und Weise, wie ein Parlament in einer Demokratie zu funktionieren hat. Ich glaube, deshalb wäre es sinnvoller gewesen, man hätte hier nun den Stecker für den Moment gezogen und hätte geschaut, wie wir es vielleicht besser machen können oder eben gar nicht mehr machen können.

Und natürlich, da bin ich mit David Jenny einig, diese Panne mit dem E-Voting-System hat nichts damit zu tun, aber in der Bevölkerung kommt es ganz anders an. Wir wurden ausgelacht in den letzten zwei Tagen, seit dieser Vorfall bekannt ist. Und das zeigt, dass natürlich die Vermischung mit dieser unsäglichen E-Voting-Panne und diesem Vorfall jetzt eben tatsächlich bei der Bevölkerung so ankommt. Wir haben die Prozesse nicht im Griff. Ich glaube, es ist deshalb schon auch demokratiepolitisch wichtig, sich das noch einmal gut zu überlegen, ob wir das wollen. Und deshalb glaube ich, wäre es mindestens korrekt, wenn das Ratsbüro entscheidet, dass diese digitale Teilnahme, bis man es geklärt hat, vollständig und restlos geklärt hat, sistiert wird. Deshalb bin ich der Meinung, hätte das der Antrag des Ratsbüros heute sein müssen und nichts anderes.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Nächste Einzelsprecherin ist Andrea Strahm.

Andrea Strahm (Mitte-EVP): Wie Joël Thüring gesagt hat, hatten wir zwei Ereignisse. Der Unterschied ist, dass wir bei einem Ereignis den Namen kennen, beim anderen nicht. Das zweite finde ich richtig. Aber die Kollegin, die jetzt so durch die Medien gezogen wurde, sich Angriffe anhören musste, weil sie extra nicht abgestimmt hätte und noch Dinge mehr, das geht einfach nicht, liebe Medien, das geht nicht, liebe Kolleginnen und Kollegen. Es ist unfair, vor allem weil gerade sie eigentlich nachweisen kann, dass sie alles richtig gemacht hat. Sie hat keine Kamera ausgeschaltet. Also bitte, bevor Sie sich in Zukunft derart über Kollegen und Kolleginnen auslassen und sie an den Pranger stellen, überlegen Sie sich zweimal, was wirklich passiert ist. So geht das nicht.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Für ein zweites Votum gemeldet hat sich Eric Weber.

Eric Weber (Fraktionslos): Ich rede nachher nicht mehr, aber zu dem möchte ich reden, weil das wichtig ist. Meine Damen und Herren, ich komme auf meine Vorredner zu sprechen. Ich bin Joël Thüring und Andrea und Andrea Strahm dankbar.



Joël Thüring hat richtig gesagt, dass wir in einer Bananenrepublik seien. Er hat richtig gesagt, dass das System nicht funktioniere. Welche anderen Leichen haben wir noch im Keller liegen? Per Zufall ist das ans Licht gekommen, per Zufall. Was wäre passiert, wenn das uns Grossräten verschwiegen worden wäre, das Ratsbüro oder irgend jemand anderes hätte das leicht verschweigen können. Dann heisst es, die seien dumm, die wüssten es nicht, wir sagen nichts.

Joël Thüring hat es richtig gesagt, wir werden ausgelacht, wir sind Witzfiguren, wir werden im Rest der Schweiz nicht mehr ernst genommen. Ich bin ihm dankbar, er hat gesagt, die digitale Teilnahme solle sistiert werden. Das ist auch mein Antrag. Hören Sie auf mit digital, ich kann das nicht mehr hören. Ich lehne das ab, ich mache auch kein TikTok mehr seit einem Monat. Ich will von dem nichts mehr wissen, weg damit, es gibt nur Ärger.

Andrea Strahm, danke für Ihre Rede, Sie haben mir aus dem Herz geredet, Sie haben richtig gesagt, es würden sich alle auf Sandra Bothe-Wenk einschliessen. Ich weiss das als Grossrat, wenn sich alle auf mich einschliessen. Das ist katastrophal und darum danke ich Andrea Strahm, als älteste Grossrätin.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Bleiben Sie bitte bei der Sache.

Eric Weber (Fraktionslos): Andrea Strahm hat richtig gesagt, wer der andere Grossrat ist. Der wird nicht genannt und ich kriege Gänsehaut. Nennen Sie den Namen. Die formal unerlaubte Stimme kam aus den Reihen von SP, Grünen oder BastA.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Eric Weber, es geht hier um die Beschlussvorlage und nicht um irgendwelche Fragen. Die Beschlussvorlage ist hier das Thema.

Eric Weber (Fraktionslos): Das ist richtig, aber Andrea Strahm möchte gerne wissen, wer der Grossrat sei. Ich möchte es auch wissen und der Grossrat soll bitte nach vorne kommen und sagen, ich bin es gesehen. Wir machen uns lächerlich.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Besten Dank, ich habe keine Sprechenden mehr eingetragen. Eintreten wurde bestritten durch Eric Weber. Wir kommen damit zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Eintreten, NEIN heisst Nichteintreten.

Ergebnis der Abstimmung

92 Ja, 1 Nein, 0 Enthaltungen. [Abstimmung # 0008878, 06.05.26 09:44:00]

Der Grosse Rat beschliesst

auf das Geschäft einzutreten.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Sie sind mit 92 Ja-Stimmen, einer Nein-Stimme und keiner Enthaltung auf das Geschäft eingetreten. Eric Weber beantragt, den Bericht an das Ratsbüro zurückzuweisen. Wir stimmen auch darüber ab.

Abstimmung

JA heisst Rückweisung, NEIN heisst keine Rückweisung.

Ergebnis der Abstimmung



1 Ja, 90 Nein, 2 Enthaltungen. [Abstimmung # 0008880, 06.05.26 09:44:47]

Der Grosse Rat beschliesst

keine Rückweisung.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Sie haben mit 90 Nein-Stimmen, einer Ja-Stimme und 2 Enthaltungen den Bericht nicht an das Ratsbüro zurückgewiesen. Wir kommen damit zur Detailberatung und zur Schlussabstimmung, mit einem Zweidrittelmehr.

2/3-Abstimmung

JA heisst Zustimmung zum Grossratsbeschluss, NEIN heisst Ablehnung.

Ergebnis der Abstimmung

92 Ja, 1 Nein, 0 Enthaltungen. [Abstimmung # 0008882, 06.05.26 09:45:44]

Der Grosse Rat beschliesst

Die folgenden Grossratsbeschlüsse (Nr. 26/17/16G) werden aufgehoben:

- Grossratsbeschluss betreffend Änderungen Lohngesetz
- Grossratsbeschluss betreffend Änderungen Lohngesetz (gültig ab 1.1.2027)
- Grossratsbeschluss betreffend Bewilligung der Mehrausgaben in Folge Lohnmassnahmen zur Steigerung der Arbeitgeberattraktivität sowie Ablösung der befristeten Arbeitsmarktzulage für Mitarbeitende der Kantonspolizei

Dieser Beschluss ist zu publizieren.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Sie haben mit 92 Ja-Stimmen, einer Nein-Stimme und keiner Enthaltung dem Grossratsbeschluss zugestimmt.

Somit stimmen wir nun über die Änderung der Tagesordnung ab. Das Ratsbüro beantragt, das Geschäft Lohnmassnahmenpaket. Bericht der WAK am 20. Mai um 9.00 Uhr zu traktandieren. Dafür ist ein Zweidrittelmehr notwendig. Auch hier kommen wir zur Abstimmung.

2/3-Abstimmung

JA heisst Änderung der Tagesordnung, NEIN heisst keine Änderung der Tagesordnung.

Ergebnis der Abstimmung

91 Ja, 1 Nein, 0 Enthaltungen. [Abstimmung # 0008884, 06.05.26 09:46:51]

Der Grosse Rat beschliesst

Die Tagesordnung zu ändern und am 20. Mai 2026 das Lohnmassnahmenpaket um 09:00 Uhr zu traktandieren.



Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Sie haben mit 91 Ja-Stimmen, einer Nein-Stimme und keiner Enthaltung der Zustimmung zur Änderung der Tagesordnung und Traktandierung des Geschäfts am 20. Mai um 9 Uhr zugestimmt.

47. Abstimmungen vom 22. April 2026 bei Traktandum 16 "Lohnmassnahmen zur Steigerung der Arbeitgeberattraktivität sowie Ablösung der befristeten Arbeitsmarktzulage für Mitarbeitende der Kantonspolizei" - Aufhebung der Grossratsbeschlüsse, Bericht des Ratsbüros

[, 25.0675.03]

5. Kantonale Volksinitiative "Pharma für Alle (Basler Pharma-Fonds)" - Bericht zur rechtlichen Zulässigkeit und zum weiteren Vorgehen, Bericht des RR

[06.05.26 09:47:14, 25.2052.01]

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Der Regierungsrat beantragt, die Initiative Pharma für alle als rechtlich zulässig zu erklären. Zudem beantragt der Regierungsrat dem Grossen Rat, ihm die Berichterstattung zu übertragen. Das Wort für den Regierungsrat hat Lukas Engelberger.

RR Lukas Engelberger, Vorsteher GD: Wir haben Ihnen schriftlich berichtet zu den rechtlichen Aspekten der Volksinitiative Pharma für alle. Ich glaube, darauf kann ich ohne weitere Ausführungen verweisen. Wir möchten Sie nun bitten, uns diese Initiative zur Berichterstattung zu überweisen.

Basel ist seit Jahren als Pharma- und Life Science-Standort national und international führend und entsprechend leisten die Unternehmen hier einen wesentlichen Beitrag zur lokalen und globalen Medikamentenversorgung. Mit dem Basler Standortpaket leistet auch der Kanton einen konkreten Beitrag an die Forschung, Entwicklung und Produktion von innovativen Unternehmen, darunter auch diejenigen aus der Pharmaindustrie. Zusätzlich wird der Kanton im Rahmen des Basler Standortpakets Forschungsk Kooperationen im Bereich der Life Sciences unterstützen. Die Forderungen der Initiative werden hier auch zum Teil bereits erfüllt. Mit der OECD-Mindeststeuer ist zudem vorgesehen, dass gezielte Forschungsaufwendungen der hier ansässigen Pharmaunternehmen unterstützt werden und die Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen Akteuren der Forschung, Lehre und Industrie gefördert wird.

Der Regierungsrat ist sich der Basler Standortverantwortung sehr bewusst. Es ist uns ein wichtiges Anliegen, Ihnen vertieft darzulegen, in welchem Verhältnis die Initiative zu dem erwähnten neuen Förderinstrument steht. Weiter möchte der Regierungsrat aufzeigen, wo sich weitere Massnahmen allenfalls eignen würden. Er hält es überdies für wichtig, die finanziellen Folgen der Initiative differenziert abzuklären und dem Grossen Rat dazu einen ausführlicheren Bericht vorzulegen. Deshalb sind wir Ihnen dankbar, wenn Sie unseren Anträgen zustimmen.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Als Fraktionssprecher für die BastA eingetragen hat sich Oliver Bolliger.

Oliver Bolliger (BastA): Es ist mir bewusst, dass normalerweise bei der rechtlichen Zulässigkeit von kantonalen Initiativen kaum gesprochen wird. Die rechtliche Zulässigkeit der Initiative Pharma für alle ist unbestritten und alle Fraktionen sind damit einverstanden, dass diese dem Regierungsrat zur Berichterstattung überwiesen wird. Hiermit möchte ich mich bei allen bedanken. Wie wahrscheinlich bekannt ist, bin ich Teil des Initiativkomitees.

Aufgrund der politischen Tragweite und Relevanz der Initiative Pharma für alle möchte ich aber trotzdem die Gelegenheit nutzen, ein paar wenige Worte zu sagen und besonders dem Regierungsrat für die Berichterstattung etwas mitzugeben. Obwohl uns bei Beginn der Lancierung der Initiative von bürgerlicher Seite und von einzelnen Politiker:innen ein starker



Gegenwind mit teilweise sehr abstrusen Vorwürfen entgegenblies, ist heutzutage allen klar, dass diese Initiative reale, bestehende und grosse Probleme rund um die Pharmabranche anspricht und einen konkreten Lösungsvorschlag bietet. Die aktuellen Probleme sind so offensichtlich und in aller Munde, dass vor kurzem auch auf Bundesebene die Motion der Basler Ständerätin Eva Herzog überwiesen wurde und der Bundesrat nun verpflichtet ist, eine nationale Pharmastrategie auszuarbeiten.

Zudem konnten wir im letzten Jahr in den Medien beinahe im Wochentakt irgendeinen Beitrag über Schwierigkeiten, Druckversuche und zum Verhalten der Entscheidungsträger rund um die Pharmabranche lesen, hören oder sehen. Die Gründe, weshalb die Initiative Pharma für alle lanciert wurde, liegen seitdem so offensichtlich auf dem Tisch, dass eine seriöse politische Prüfung unausweichlich ist. Die Themen sind Ihnen bekannt, Medikamentenversorgungsengpässe, Antibiotikakrise, angedrohte Zölle auf Medikamente, Verlagerung von Produktionsstätten bis zur Stilllegung von Produktionsstandorten hier in der Region, enorme Konzerngewinne, etc.

Eine sinnvolle, gesamthafte nationale Pharmastrategie kann es nur mit einem Basler Pharmafonds geben. Der Basler Pharmafonds fordert keine Verstaatlichung der Pharma, noch wird irgendetwas der Pharma weggenommen. Im Gegenteil, der Basler Pharmafonds ermöglicht einen anderen, wichtigen Zugang und kann einen wertvollen und gemeinnützigen Beitrag leisten, um Lösungen für diverse bestehende Probleme sicherzustellen. Der Basler Regierung möchte ich also mitgeben, dass sie das Anliegen der Initiative – und ich bin froh, dass das auch so genannt worden ist – seriös prüft und die Chance für die Diversifizierung unseres Pharmastandorts wahrnimmt und mitbedenkt.

In der inhaltlichen Beurteilung im Bericht zur rechtlichen Zulässigkeit verweist der Regierungsrat auf das Basler Standortpaket und auf die neu entstehenden Forschungskooperationen der Life Sciences, welche mit 15 Mio. Franken ausgestattet sind. Er schreibt, die Forderungen der Initiative würden damit teilweise bereits erfüllt. Nun, es ist mir wichtig, dem Regierungsrat mitzugeben, dass der Basler Pharmafonds viel grundlegender an die bestehenden Probleme herangehen will. Der neue Fonds soll einerseits deutlich höher ausgestattet sein, um die notwendige Wirkung erzielen zu können, und andererseits sollen eben gemeinnützige Projekte gefördert werden. Es geht also um eine bewusste Förderung einer Public Pharma. Nur so können die bestehenden bis anhin ungelösten Probleme angegangen werden. Dieser Aspekt muss der Regierungsrat bei seiner vertieften Abklärung zwingend mitdenken.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Ich habe keine weiteren Wortmeldungen eingetragen. Auch der Regierungsrat verzichtet auf ein weiteres Votum. Wir kommen damit zur Schlussabstimmung.

Abstimmung

JA heisst Zustimmung zum Grossratsbeschluss, NEIN heisst Ablehnung.

Ergebnis der Abstimmung

84 Ja, 1 Nein, 0 Enthaltungen. [Abstimmung # 0008887, 06.05.26 09:54:02]

Der Grosse Rat beschliesst

Die am 31. Dezember 2025 mit 3'600 Unterschriften zustande gekommene formulierte kantonale Volksinitiative «Pharma für Alle (Basler Pharma-Fonds)» wird für rechtlich zulässig erklärt.

Dieser Beschluss kann beim Verfassungsgericht durch Beschwerde angefochten werden. Die Beschwerde ist innert zehn Tagen seit der Veröffentlichung im Kantonsblatt schriftlich beim Verfassungsgericht anzumelden. Innert 30 Tagen vom gleichen Zeitpunkt an gerechnet ist die schriftliche Begründung einzureichen, welche die Anträge, die Angabe der Tatsachen und Beweismittel und eine kurze Rechtserörterung zu enthalten hat.

Dieser Beschluss ist zu publizieren.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Sie haben mit 84 Ja-Stimmen, einer Nein-Stimme und keiner Enthaltung dem Grossratsbeschluss zugestimmt.



Der Regierungsrat beantragt dem Grossen Rat, ihm die Berichterstattung zu übertragen. Ich habe keine Wortmeldungen eingetragen. Es wurde kein anderer Antrag gestellt. Sie haben die Initiative stillschweigend dem Regierungsrat zur Berichterstattung innerhalb von sechs Monaten überwiesen.

Besuch auf der Zuschauertribüne: Auf der Tribüne begrüsse ich eine 9. Klasse des Basler Zentrum für Bildung mit Lehrperson Jonas Meinfisch. Schön, seid ihr da und verfolgt heute die Basler Politik (*Applaus*).

6. Kantonale Volksinitiative "Initiative für ein U-Abo für alle in Basel-Stadt wohnhaften Personen zum Preis von 1 Fr. pro Tag" - Bericht zur rechtlichen Zulässigkeit und zum weiteren Vorgehen, Bericht des RR

[06.05.26 09:54:53, 25.0376.01]

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Der Regierungsrat beantragt, eine unumgängliche Ergänzung im Initiativtext sowie die Initiative für ein U-Abo für alle in Basel-Stadt wohnhaften Personen zum Preis von einem Franken pro Tag als rechtlich zulässig zu erklären. Zudem beantragt der Regierungsrat dem Grossen Rat, ihm die Berichterstattung zu übertragen. Das Wort hat Regierungsrätin Esther Keller.

RR Esther Keller, Vorsteherin BVD: Die Präsidentin hat es ausgeführt, ich kann es kurz machen. Wir erachten die Initiative als rechtlich zulässig. Mit wie gesagt einer kleinen Änderung kann sie als formulierte Initiative eingestuft werden. Dem Regierungsrat ist es wichtig, berichten zu können, was die Auswirkungen, auch beispielsweise die finanziellen Auswirkungen, dieser Initiative wären und zu diesem Zweck wären wir sehr dankbar, wenn Sie uns diese überweisen würden. Ob es einen Gegenvorschlag gibt, ist noch offen und auch dann kann ja das Parlament entscheiden, ob es einen Gegenvorschlag wünscht oder nicht.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Als Fraktionssprecher für die FDP eingetragen hat sich Johannes Barth.

Johannes Barth (FDP): 5813 Baslerinnen und Basler haben diese Initiative unterzeichnet. Das ist ein politischer Auftrag, den wir ernst nehmen und der Regierungsrat hat in seinem Bericht sorgfältig geprüft, ob die Initiative die rechtlichen Hürden nimmt. Das Ergebnis, sie ist zulässig, wenn auch mit einer formalen Präzisierung im Initiativtext.

Die FDP-Fraktion stimmt dem Antrag des Regierungsrates zu, sowohl der unumgänglichen Ergänzung des Initiativtextes als auch der Überweisung zur Berichterstattung. Aber, Kolleginnen und Kollegen, die Überweisung zur Berichterstattung ist kein Freifahrtschein. Sie ist der Beginn einer Prüfung und diese muss ernsthaft und kostentransparent sein. Die FDP legt heute fest, dass wir im Bericht des Regierungsrat die Darlegung erwarten, warum die inhaltlichen Risiken dieser Initiative erheblich sind. Der Regierungsrat beschränkt sich im vorliegenden Bericht bewusst auf die rechtliche Zulässigkeit und eine erste inhaltliche Einschätzung. Was im Bericht noch fehlt und was der Regierungsrat im Rahmen der Berichterstattung zwingend liefern muss, ist eine belastbare Kostenschätzung, denn die finanziellen Auswirkungen dieser Initiative sind erheblich und der Grosse Rat und die Bevölkerung haben ein Recht auf klare Zahlen.

Das U-Abo kostet heute für Erwachsene 824 Franken pro Jahr. Der TNW hat angekündigt, die Tarife per Dezember 2026 um weitere 3,4% zu erhöhen. Die Initiative würde den Preis auf 365 Franken senken. Die Schere öffnet sich also stetig weiter. Ein Blick in der Schweiz zeigt, wie kostenspielig solche Schritte in der Praxis werden. In der Stadt Zürich haben die Stimmberechtigten am 28. September 2025 eine fast identische Initiative mit 63,1% angenommen. Der Stadtrat selbst rechnet mit jährlichen Mehrkosten von 140 Mio. Franken für eine Stadt mit rund 450'000 Einwohnerinnen und Einwohnern. Unser Kanton hat Ende 2025 rund 210'500 Einwohner. Die Proportionen sprechen für sich. Noch aufschlussreicher ist das Genfer Beispiel. Der Kanton Genf hat per Januar 2025 eine starke Verbilligung für junge Erwachsene eingeführt und dafür 32 Mio. Franken budgetiert. Bereits nach sechs Monaten zeichnete sich ab, dass sich die tatsächlichen Kosten bis Jahresende auf 60 Mio. Franken verdoppeln würden.

Nachfrageeffekte bei Preissenkungen werden regelmässig unterschätzt. Diese Erfahrungen müssen Eingang in den Bericht des Regierungsrats finden. Die FDP-Fraktion erwartet, dass der Regierungsrat bei der Berichterstattung mit einer vollständigen Kostenschätzung aufwartet und nicht mit einer Bandbreite, nicht mit vagen Annahmen, sondern mit einer verantwortungsvoll ermittelten Zahl.



Die Kantonsrechnung 2025 schloss mit einem Überschuss von 12 Mio. Franken knapp positiv, aber deutlich besser als mit dem budgetierten Defizit von 16 Mio. Franken ab. Finanzdirektorin Tanja Soland hatte dazu unmissverständlich festgehalten, dass der Handlungsspielraum deutlich enger werde. Unser Kanton ist bereits heute einer der grössten ÖV-Financiers der Schweiz. Städtische Kantone wie Basel-Stadt, Genf und Zürich tragen über zwei Drittel der ungedeckten Kosten im Regionalverkehr selbst. Beim städtischen Ortsverkehr fliesst kein Franken Bundesbeitrag. Die BVB schloss im Geschäftsjahr 2024 mit einem Verlust von 1,3 Mio. Franken ab.

Wenn der Regierungsrat im Bericht des Erstattungsverfahrens zum Schluss kommt, dass die Umsetzung dieser Initiative für den Kanton Mehrkosten von Dutzenden Millionen Franken pro Jahr bedeutet und die Vergleichszahlen aus Zürich und Genf legen genau das nahe, dann muss es dem Grossen Rat und dem Volk klar sein, dass eine politische Prioritätsentscheidung vonnöten ist. Jeder Franken, der für ein Pauschalabo aufgewendet wird, fehlt im ÖV-Ausbau für die S-Bahn und die Elektrifizierung der Busflotte.

Meine Damen und Herren, die FDP-Fraktion respektiert die Volksrechte und das demokratische Verfahren. Wir stimmen dem Antrag des Regierungsrats klar zu. Aber wir sagen heute schon, die inhaltliche Debatte dieser Initiative muss folgen und seriöse Zahlen müssen aufgeführt werden. Das Volk hat das Recht darauf zu wissen, was ein Ja an der Urne tatsächlich kostet, nicht in vager Grössenordnung, sondern konkret, ehrlich und vollständig. Das ist der Massstab, an dem wir den Bericht des Regierungsrats messen werden, und das ist der Massstab, an dem wir auch eine Abstimmungsempfehlung ausrichten werden.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Ich habe keine weiteren Sprechenden eingetragen. Auch die Regierungsrätin verzichtet auf ein zweites Votum. Eintreten ist obligatorisch. Wir kommen damit zur Abstimmung über die unumgängliche Ergänzung im Initiativtext.

Abstimmung

JA heisst Zustimmung zu den Änderungen, NEIN heisst Ablehnung.

Ergebnis der Abstimmung

85 Ja, 1 Nein, 0 Enthaltungen. [Abstimmung # 0008890, 06.05.26 10:01:57]

Der Grosse Rat beschliesst

Die im Kantonsblatt vom 21. Juni 2025 mit Titel und Text veröffentlichte und inzwischen mit 5'813 Unterschriften zustande gekommene formulierte Volksinitiative «Initiative für ein U-Abo für alle in Basel-Stadt wohnhaften Personen zum Preis von 1 Fr. pro Tag» wird gemäss § 20 Abs. 2 IRG wie folgt geändert:

«Der § 10 des Gesetzes über den öffentlichen Verkehr vom 10. März 2004 (Stand 9. Juli 2015) ist zu ergänzen um einen neuen Absatz 2 1bis mit folgendem Wortlaut:

Der Kanton sorgt dafür, dass für die im Kanton Basel-Stadt wohnhaften natürlichen Personen für den Bereich des Tarifverbundes Nordwestschweiz (TNW) ein U-Abo zum Preis von CHF 365 pro Jahr angeboten wird. Der Preis von CHF 365 basiert auf dem Stand des Landesindexes der Konsumentenpreise vom 1. Januar 2025 und kann nur entsprechend dem Anstieg dieses Indexes erhöht werden.

~~Der bisherige Absatz 2 wird zum Absatz 3.»~~

Der Text der formulierten Volksinitiative «Initiative für ein U-Abo für alle in Basel-Stadt wohnhaften Personen zum Preis von 1 Fr. pro Tag» lautet demnach neu wie folgt:

«Der § 10 des Gesetzes über den öffentlichen Verkehr vom 10. März 2004 (Stand 9. Juli 2015) ist zu ergänzen um einen neuen Absatz 1bis mit folgendem Wortlaut:

Der Kanton sorgt dafür, dass für die im Kanton Basel-Stadt wohnhaften natürlichen Personen für den Bereich des Tarifverbundes Nordwestschweiz (TNW) ein U-Abo zum Preis von CHF 365 pro Jahr angeboten wird. Der Preis von CHF 365 basiert auf dem Stand des Landesindexes der Konsumentenpreise vom 1. Januar 2025 und kann nur entsprechend dem Anstieg dieses Indexes erhöht werden.»

Dieser Beschluss kann beim Verfassungsgericht durch Beschwerde angefochten werden. Die Beschwerde ist innert zehn Tagen seit der Veröffentlichung im Kantonsblatt schriftlich beim Verfassungsgericht anzumelden. Innert 30 Tagen vom



gleichen Zeitpunkt an gerechnet ist die schriftliche Begründung einzureichen, welche die Anträge, die Angabe der Tatsachen und Beweismittel und eine kurze Rechtserörterung zu enthalten hat.

Dieser Beschluss ist zu publizieren.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Sie haben mit 85 Ja-Stimmen, einer Nein-Stimme und keiner Enthaltung der Ergänzung des Initiativtextes zugestimmt. Wir kommen damit zur Schlussabstimmung zur rechtlichen Zulässigkeit.

Abstimmung

JA heisst Zustimmung zum Grossratsbeschluss, NEIN heisst Ablehnung.

Ergebnis der Abstimmung

80 Ja, 1 Nein, 0 Enthaltungen. [Abstimmung # 0008892, 06.05.26 10:02:41]

Der Grosse Rat beschliesst

Die mit 5'813 Unterschriften zustande gekommene formulierte kantonale Volksinitiative «Initiative für ein U-Abo für alle in Basel-Stadt wohnhaften Personen zum Preis von 1 Fr. pro Tag» wird für rechtlich zulässig erklärt.

Dieser Beschluss kann beim Verfassungsgericht durch Beschwerde angefochten werden. Die Beschwerde ist innert zehn Tagen seit der Veröffentlichung im Kantonsblatt schriftlich beim Verfassungsgericht anzumelden. Innert 30 Tagen vom gleichen Zeitpunkt an gerechnet ist die schriftliche Begründung einzureichen, welche die Anträge, die Angabe der Tatsachen und Beweismittel und eine kurze Rechtserörterung zu enthalten hat.

Dieser Beschluss ist zu publizieren.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Sie haben mit 80 Ja-Stimmen, einer Nein-Stimme und keiner Enthaltung, dem Grossratsbeschluss zugestimmt.

Der Regierungsrat beantragt dem Grossen Rat, ihm die Berichterstattung zu übertragen. Ich habe keine Wortmeldungen eingetragen. Es wurde kein anderer Antrag gestellt. Sie haben die Initiative stillschweigend dem Regierungsrat zur Berichterstattung innerhalb von 6 Monaten überwiesen.

7. Ausgabenbewilligung zur Zwischennutzung «Am Birsigbogen» 2026 bis 2030, Ausgabenbericht des RR

[06.05.26 10:03:10, 24.0971.01]

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Die UVEK beantragt, der Beschlussvorlage zuzustimmen. Für die Kommission hat das Wort deren Präsidentin Raffaella Hanauer.

Raffaella Hanauer (GRÜNE/jgb): Dieses Geschäft wurde der UVEK am 12. November 2025 überwiesen und sie hat das Geschäft an zwei Sitzungen am 2. Februar und 15. April beraten. Die UVEK beantragt Ihnen mit 11 zu 0 Stimmen bei 2 Enthaltungen, der Ausgabenbewilligung über 1,209 Mio. Franken für diese Zwischennutzung am Birsigboden im Zeitraum 2026 bis 2030 zuzustimmen. Wir berichten mündlich, damit die ersten Massnahmen bereits noch dieses Jahr getroffen werden können.

Die Kommission hat sich den Vorsteher des Präsidialdepartementes sowie eine Vertretung der Abteilung Kantons- und Stadtentwicklung angehört. Ihr wurde dabei ein kurzer Überblick über die langwierige politische Geschichte des Birsig-Parkplatzes gegeben, von der Volksinitiative der Grünen im Jahr 2008, welche die Öffnung des Birsigs forderte, bis zur



Studie im 2021 über die Möglichkeiten zur Birsig-Öffnung. Damals ist der Projektvorschlag Birsiggarten Basel im Raum gestanden. Er war als Umsetzung des Gegenvorschlags zur zurückgezogenen Initiative zur Birsig-Öffnung gedacht.

Es ist nun, wie auch dem Ratschlag zu entnehmen ist, jedoch klar, dass dieser Projektvorschlag nicht weiterverfolgt werden kann. Der Vorschlag wäre nur wenige Jahre in Gebrauch, denn neu ist einerseits klar, dass sich eine eventuelle Öffnung des Birsigs, wie von der Initiative damals gefordert, aufgrund neuer Hochwasserschutzplanungen eventuell doch machen lässt, aber frühestens 2035, und auch ist neu klar, dass der Neubau des Heuwaagehochhauses den südlichen Teil des Birsigparkplatzes für den Baustellenverkehr braucht.

Der Gegenvorschlag zur Volksinitiative in Form des Birsiggarten Basels wäre also nur wenige Jahre in Gebrauch und wird daher nicht mehr weiterverfolgt. Klar ist jedoch immer noch, dass mit der Kompensation von Parkplätzen im Kunstmuseum Quartierparking und mit der Umwandlung in eine Fussgängerzone einiges an Platz frei wird. Und der Birsigparkplatz soll nun für den Fussverkehr aufgewertet werden und an Aufenthaltsqualität gewinnen.

Ziel des vorliegenden Ausgabenberichtes ist es demnach, wie der UVEK erläutert wurde, den nördlichen Raum in einer Übergangsphase, bis klar ist, ob sich der Birsig öffnen lässt und bis die Bauarbeiten am Heuwaagehochhaus abgeschlossen sind, temporär aufzuwerten. Auch will man mit der Zwischennutzung Erfahrungen sammeln gemeinsam mit Akteur:innen, die im Raum aktiv sind. Ungefähr im Jahr 2029 könnte danach das weitere Vorgehen im Grossen Rat beschlossen werden. Es soll dann ein Ratschlag kommen mit den weiteren Massnahmen.

Wichtig ist dafür auch der Planungskredit zum Entlastungsstollen, der eine Öffnung des Birsig ermöglichen könnte. Dieser soll dem Grossen Rat noch Ende dieses Jahres beantragt werden. Ursprünglich war dies im ersten Quartal angedacht, aber nun hat die UVEK die Information erhalten, dass das Ende dieses Jahres vorgesehen ist. In Aussicht steht, dass der Birsig vielleicht eben doch noch geöffnet wird. Um aber nicht bis 20235 warten zu müssen, soll es jetzt eine Zwischennutzung geben. Für die Ausführungen zu den geplanten temporären Aufwertungen und auch die genaue Zusammensetzung der Finanzausgaben verweise ich auf den Ratschlag der Regierung.

Eintreten war in der UVEK nicht bestritten. Wir haben Folgendes diskutiert und Abklärungen getroffen: Das Thema der Zwischennutzungsziele und Zielgruppen dieser Zwischennutzung hat in der UVEK zu Diskussionen geführt. Aus dem Ratschlag geht nicht hervor, wen genau man mit der Zwischennutzung anziehen will und was das langfristige Ziel für den Raum am Birsigbogen ist und welche Zielgruppen den Ort dann nutzen sollen. Bemängelt wurde deshalb, weshalb man nicht etwas Grösseres geplant habe und weshalb man den Raum nicht beispielsweise an private Zwischennutzungsakteure zur Belegung ausgeschrieben habe. Die Kommission erhielt einige Erläuterungen zu diesen Thematiken.

Die Zielgruppe für die Beteiligung im Prozess hat die Verwaltung klar umschrieben. Es sind dies Anwohnende und Eigentümerschaft, Gewerbe, Quartierorganisationen und Interessensverbände. Noch unklar ist jedoch, wer genau die Zielgruppe des Raumes ist. Das soll erst im Zwischennutzungsprozess herausgefunden werden. Zudem laufen im Quartier auch aktuell Diskussionen um die Zielgruppen der Steinenvorstadt oder am Theaterplatz, auch das müsse mit einbezogen werden. Es sei jedoch bereits jetzt klar, dass der Raum keine neue Partymeile sein soll, sondern eher eine Hinterhofatmosphäre haben soll. Das Ziel wäre daher eher ein komplementärer Raum, wo man sich hinsetzen könne. Zum langfristigen Ziel wurde auch gesagt, dass man möglichst nach 2030 nicht Brüche haben wolle. Was sich in der Zwischennutzung bewährt, solle demnach nicht verloren gehen, es sei ein kontinuierliches Vorgehen angedacht.

Die UVEK war nicht abschliessend befriedigt mit den erhaltenen Antworten zur Zielgruppe und den langfristigen Zielen der Zwischennutzung und empfiehlt im weiteren Prozess, die Zielgruppen in Bezug auf die Nutzung des Raumes noch konkreter herauszuarbeiten. Da in der UVEK eher die Haltung bestand, Prozesse hier beschleunigen zu wollen, sah man jedoch von Änderungen im Antrag und im Ratschlag ab, und ich gebe das so für die nächsten Schritte mit Nachdruck auf den Weg mit.

In der UVEK führten auch die mangelnden Informationen zum Nutzungskonzept bezüglich der Boulevard- respektive Gastroflächen zu Diskussionen und Nachfragen. Im Ratschlag steht nicht abschliessend, ob die Boulevardflächen geteilt oder kollektiv oder weiterhin einzeln genutzt würden und ob sie noch immer wie bis anhin beantragt werden oder anderweitige Prozesse vorgesehen sind. Abgeklärt haben wir daher erstmals, dass bestehende Boulevardflächen weiterhin berücksichtigt werden, also nicht verschwinden würden. Das Interesse an weiterer Boulevardnutzung hänge jedoch gemäss der erhaltenen Auskunft je nach Gastrobetrieb auch mit der Qualität der Aufwertung zusammen. In der UVEK stiess in Bezug auf das Nutzungskonzept die Idee aus der Kommission für eine kollektiv genutzte Boulevardfläche auf Anklang. Diese Idee ist gemäss Auskunft der Verwaltung auch bereits bei den dortigen Gastrobetrieben in Diskussion, auch wenn davon im Ratschlag der Regierung noch nicht umfänglich die Rede sei. Auf Nachfrage wurde erläutert, dass die vorgesehenen Personalressourcen auch beim Entwickeln der Grundlagen für ein solches Konzept unterstützen könnte und weitere Finanzierungen könnten auch über den Stadtbelegungsfonds beantragt werden. Die Rolle der Stadtentwicklung sei jedoch im Zwischennutzungsprozess eher moderierend. Die UVEK sieht in einer kollektiv genutzten Boulevardnutzung und Gastroflächen ein Potenzial für diesen Ort, findet die Idee attraktiv und empfiehlt dies zur Weiterverfolgung in der Zwischennutzung.



Nebst diesen beiden zentralen Aspekten hat die UVEK in Bezug auf die einzelnen Elemente, die vorgesehen sind, noch kleinere Abklärungen getroffen. In der UVEK wurde hinterfragt, ob Spielflächen und eine Spielkiste tatsächlich genutzt würden an diesem Ort. Sie wurde darauf hingewiesen, dass seit Jahren in der Innenstadt mehr Spielplätze und Orte für Kinder gefordert würden. Wie die Spielkiste und Spielfläche dann schliesslich ankommen wird, müsste dann evaluiert werden und auch, ob das der richtige Ort dafür ist.

Auch haben wir Abklärungen zu den Anwohnenden wie den Eigentümerschaften getroffen. Gemäss unseren Abklärungen handelt es sich bei der Anwohnerschaft um 219 Personen, die oberhalb und 77, die unterhalb der Stänzlergasse aktuell wohnen. Diese sowie auch die Eigentümerschaften würden in den Prozess eingebunden und zeigen auch bereits Interesse an Partizipation. An den zwei Partizipationsveranstaltungen, die bisher gemacht wurden, wünschen sich zudem alle Teilnehmenden eine bedarfsgerechte Aufwertung. Viele Anliegen der Anwohnenden konnten berücksichtigt werden und sogar die Einsprache gegen das Baugesuch konnte nach einem Gespräch zurückgezogen werden.

Zu den Grünflächen wurde der UVEK erläutert, dass insgesamt drei Pilotpflanzenbeete von total ca. 100 m² auf nicht entsiegelbaren Flächen vorgesehen seien und diese seien so konzipiert, dass sie stark zur Regenspeicherung und zur Kühlung beitragen können. Die Ränder seien so geschaffen, dass sie eine Sitzgelegenheit bieten würden. Dies stand bisher nicht im Ratschlag.

Zu den Birsigwasserelementen erhielt die UVEK die Auskunft, dass im Rahmen der Bearbeitung des Anzugs betreffend Schaffung von Wasserläufen in der Innenstadt die Finanzierung einer modularen Testinstallation mit hochgepumptem Birsigwasser geprüft wird. Dies wäre wohl frühestens 2029 möglich. Es ist eine Partizipation dazu vorgesehen.

Zum mobilen Pissoir – wir kommen ja nachher noch mehr zu den öffentlichen Toiletten – wurde erläutert, dass besonders im Theatergässlein bereits heute klar ist, dass ein Sauberkeitsproblem besteht und dass das Theatergässlein daher Entlastung braucht. Man wolle schauen, ob mit dem vorgesehenen mobilen Pissoir hier diese Entlastung erreicht werden kann. Die vorgesehenen Container für Büro- und Lagerräume dienen gemäss Abklärungen der UVEK als Grundlage für die Partizipation. Beispielsweise falls sich ein Markt entwickelt, könnte dieser als Lagerraum genutzt werden. Gemäss erhaltener Auskunft soll im entfernten Perimeter der Heuwaagekreisel, der voraussichtlich ab dem Jahr 2033 umgesetzt werden soll, keine Auswirkungen auf den hier diskutierten Perimeter und dessen Entwicklung haben.

Während der Beratung wurde die UVEK darüber informiert, dass der Umbau und die Umnutzung der Steinenvorstadt 5 sich leider verzögert und erst 2028 abgeschlossen werden könne. Daher habe sich die Baustellenlogistik verändert. Der Kran sollte ursprünglich auf Seite der Steinenvorstadt platziert werden, neu kommt der Kran aber eher in den nördlichen Bereich des Zwischennutzungsperimeters. Die Verwaltung zeigte sich gegenüber der UVEK den Herausforderungen von Baustellenverkehr und auch Lärm aufgrund von dieser Verschiebung bewusst. Die Option, nichts zu unternehmen, ist jedoch auch schade. Um die Platzierung des Krans mit der Zwischennutzung am Birsigbogen abzustimmen, diene die Rheingasse als Vorbild, dort wurde vorgelebt, wie die Baustellenlogistik integriert werden kann mit einer Installation und Tischen vor der 8 Bar.

Nun noch abschliessend zum Zeitplan: Zum Zeitplan wurde der UVEK erläutert, dass im Herbst dieses Jahres bereits die Rabatten erstellt werden, hingegen seien die Töpfe und auch die Aktivierung der Anrainerinnen und Anrainer und weitere Belebungsmaßnahmen im Frühling 2027 zielführender. Auch die Aufhebung der Parkplätze, die noch verbleiben, sei erst im Frühling angedacht. Eine frühere Aufhebung, also gleichzeitig mit der Schaffung von Grünflächen, wurde in der UVEK ins Spiel gebracht und war nicht gross umstritten. So könnten die Gastrobetriebe früher herausstuhlen. Die frühere Umsetzung dieser Massnahme wird geprüft.

Gestützt auf diese Abklärungen schliesse ich diesen mündlichen Bericht ab und wir beantragen Ihnen, wie bereits gesagt, mit 11 zu 0 Stimmen bei 2 Enthaltungen, der Finanzausgabe zuzustimmen.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Das Wort hat Regierungspräsident Conradin Cramer.

Regierungspräsident Conradin Cramer: Die Präsidentin der UVEK hat das Wesentliche zusätzlich zu den Ausführungen im Ratschlag schon ausgeführt, so dass ich mich hier einleitend auch sehr kurz halten kann. Wir sind ein bisschen in einer Zwickmühlen- oder eben Zwischennutzungssituation. Einerseits ist grosse Einigkeit, dass die derzeitige Aufenthaltsqualität des Birsigparkplatzes gering ist, um es vornehm auszudrücken, und gleichzeitig haben wir die Problematik, letztlich auch die positive Problematik, dass viel geschieht an diesem Ort, dass viel gebaut und investiert werden wird und wir eine umfassende Neugestaltung auch aufgrund des Hochwasserschutzkonzeptes frühestens nach 2035 realisieren werden können.

Das ist eine lange Zwischenphase bis dahin, zumal ja auch diese Jahreszahlen nicht festgesetzt sind, sondern sich auch nochmals schieben können und wenn sie sich schieben, dann wohl eher gegen hinten. Insofern scheint es dem



Regierungsrat wichtig, dass wir diese Übergangsphase nutzen, um das Mögliche zu tun, um die Aufenthaltsqualität an diesem doch sehr zentralen Ort in der Stadt zu verbessern, soweit das eben im Rahmen einer Zwischennutzung sinnvoll möglich ist.

Die UVEK hat sich einlässlich mit den Projektideen befasst und Sie haben es gehört in den Ausführungen der Präsidentin, auch sehr konkrete operative Ideen eingebracht, die wir seitens der planenden Institutionen im Kanton gerne entgegennehmen und beherzigen wollen. Ich glaube auch hier ist das Entscheidende, dass man die Dinge mit den Anrainern, mit den Gewerbebetrieben, mit den Anwohnenden macht, damit eben auch die Akzeptanz möglichst gross wird. Anderes ist einfach auch auszuprobieren, wie es angenommen wird, das können wir planerisch vom Reissbrett aus nicht wissen und da ist auch eine gewisse Offenheit nötig. Wesentlich ist, und deshalb berichtet ja auch die UVEK mündlich, dass wir schnell loslegen können, wesentlich ist, dass jetzt etwas geht. Wir warten schon sehr lange darauf, dass wir an diesem Ort etwas machen können. Das ist jetzt mal eine gute Grundlage, um eben die Zeit auch zu überbrücken, bis wir dann wirklich auch grösser denken können, wenn wir die Grundlagen haben für die Gesamtsanierung und namentlich auch für eine mögliche Öffnung des Birsigs in diesem Gebiet.

Ich danke Ihnen deshalb im Voraus schon, wenn Sie dem Antrag der UVEK und des Regierungsrates folgen und diese Ausgaben von 1,2 Mio. Franken bewilligen.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Als erster Fraktionssprechende eingetragen hat hat sich für die SP Stefan Wittlin.

Stefan Wittlin (SP): Ich bin sehr vorsichtig bei der Verwendung des Begriffs Unort, aber angesichts der heutigen Situation am Birsigparkplatz ist er wohl angemessen. Die SP-Fraktion ist überzeugt, dass die vorgeschlagenen Massnahmen helfen, an diesem dicht bebauten und stark versiegelten Umfeld die Aufenthaltsqualität zu erhöhen. Es ist folgerichtig, dass der Perimeter für eine Zwischennutzung eingeschränkt wurde auf dem nördlichen Bereich des Birsigparkplatzes, neu Birsigbogens. In den anderen Bereichen können räumliche Veränderungen erst nach Fertigstellung des Hochhauses Heuwaage im Jahr 2031 sinnvoll umgesetzt werden. Die Zwischennutzung soll unter anderem auch ermöglichen, ein gemeinsames Verständnis über mögliche zukünftige Nutzungen zu schaffen.

Mit den temporären Begrünungs- und Möblierungsmassnahmen wird die Grundlage geschaffen, dass die Menschen sich diesen Ort aneignen und ihn beleben können. Dabei spielen die ansässigen Gastronomieunternehmen wohl eine entscheidende Rolle. In der erfolgten Mitwirkung wurde unter anderem die Idee einer gemeinsamen Boulevardgastronomiefläche eingebracht, wie wir sie auch aus Betrieben wie der Markthalle oder des Claras kennen. Diese Idee ist vielversprechend und wir möchten die involvierten Gastronominnen und Gastronomen ermutigen, eine derartige Nutzung zu prüfen. Erst kürzlich haben wir in den Medien erfahren, dass der Stadtbelebungsfonds noch nicht sehr rege genutzt wurde. Vielleicht ergibt sich hier ja eine geeignete Anwendung.

Wir wünschen uns, dass möglichst rasch erste Massnahmen ergriffen werden und wir freuen uns auf das Aufblühen des Birsigbogens.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Nächster Fraktionssprecher für die GRÜNE/jgb ist Béla Bartha.

Béla Bartha (GRÜNE/jgb): Wir haben beim Birsigbogen wirklich ein exemplarisches Beispiel, wozu kommen kann, wenn man die Verkehrspolitik, das Auto über alles stellt. Es ist wirklich so, dass man einen eigentlich sehr spannenden Ort für 67 Parkplätze geopfert hat und den eben wirklich zu einem Unort gemacht hat. Es ist deshalb sehr zu begrüßen, dass wir dem jetzt mit dieser Zwischennutzung ein Ende setzen können und vielleicht eine spannende Lösung bekommen.

In der Debatte der UVEK war es auch immer wieder die Frage, wie stark man eigentlich schon Vorgaben machen will für die Entwicklung dieses Ortes, und es hörte sich auch jetzt so an, dass es wirklich auch ein Versuchsort sein soll in dieser Zeit bis zu einer definitiven Lösung. Also es gibt klare Pläne, es gibt Vorschläge, aber es gibt auch den Willen einer Partizipation der Leute, die dort wohnen und des Anpassens der Strukturen, wenn sich dann auch ein gewisses Publikum dort einfindet, das vielleicht ganz andere Bedürfnisse an diesen Platz hat. Also es ist alles nicht fix, sondern diese Zwischennutzung soll eben auch dazu genutzt werden, eine Entwicklung auszuprobieren und dann eben auch dementsprechend Anpassungen zu machen.

Ich möchte nur noch auf zwei Punkte zu sprechen kommen, das eine ist natürlich die Bepflanzung. Wir haben diese 100 m2, die wir jetzt diesen Herbst bepflanzen wollen. Diesen Vorschlag finde ich sehr schön. Was für uns ein bisschen unverständlich war in der Diskussion und immer noch ein bisschen bleibt, ist, weshalb man dann erst im Frühling dann



wirklich die Parkplätze auch abbaut, weil diese Bepflanzungen ja dann auch in Konkurrenz zu den Parkplätzen stehen. Daher wäre ein Vorziehen der Befreiung dieses Platzes von den Autos eigentlich wünschenswert.

Das andere ist auch, dass wir in der Diskussion erfahren konnten, dass die Öffnung der Fläche für ein Gewässer, für den Birsig, im Moment noch nicht spruchreif ist, aber dass diese Birsigabdeckung eventuell auch nicht erfolgen wird, wenn man dann zum Beispiel im Jahr 2035 mit einem Entlastungsstollen, den es braucht, kommen wird, um die Hochwassersituation in den Griff zu bekommen. Und in diesem Zug könnte es dann sehr wohl wieder sehr interessant sein, durch diesen Ort ein Gewässer durchzuführen, um dort auch die Attraktivität und natürlich auch die Klimaadaptation an dem Ort, der jetzt sehr heiss ist, wo die Wärme sich auch sammelt verbessern zu können.

Wir finden die Planung und diese Zwischennutzung sehr erfreulich. Wir wünschen auch dort einen gewissen Mut zum Experiment und wir hoffen sehr, dass die Bevölkerung dementsprechend auch freudig dieses Angebot annehmen wird und es auch in ihrem Sinne gestalten wird.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Als Fraktionssprecherin für die BastA eingetragen hat sich Brigitta Gerber.

Brigitta Gerber (BastA): Die Fraktion BastA stimmt der Ausgabenbewilligung zu. Die im letzten Sommer angekündigte Zwischennutzung soll endlich vonstatten gehen. Sie wurde schon letztens versprochen und kurz anfangs Sommerferien wieder abgesagt. Diejenigen, die sich seit Jahren für eine Einbettung des Birsig-Parkplatzes in die städtische Umgebung einsetzen, sahen damals einen Schritt in die richtige Richtung und haben gehofft, dass es jetzt kommt und waren dann froh, dass zumindest mal ein Bericht zu lesen war. Wir haben hier ja, und das denke ich ist speziell, auch das Gewerbe, die Beizerschaft in der Umgebung, die sich aktiv vor Ort engagieren will und ich denke, das muss man nutzen. Wir haben eine Bevölkerung, die sich freuen würde, wir haben auch das Gewerbe, das sich freuen würde, also wir sind hier auf gutem Wege.

Wir sind allerdings der Meinung und haben das auch schon im letzten Jahr als Anfrage formuliert, dass es auch eine pragmatische Lösung sein darf. Schon das Absperren für den Verkehr wäre äusserst zweckdienlich und würde den Ort sicherlich von der Aufenthaltsqualität her deutlich verbessern und wäre auch sehr viel günstiger. Aber sicherlich ist die Begleitung der Zwischennutzung sinnvoll. So kann dann auch zum Beispiel genauer hingeschaut werden, wo die vielen Uber Eats-Fahrer, die sich da immer hinter dem KFC sammeln während den Essenszeiten, vielleicht sinnvoller platziert werden könnten. Zu überlegen wäre dann sicherlich auch, inwiefern Nutzer von Standorten wie KFC, und da gibt es noch ein paar andere, sich an den Kosten beteiligen, wenn es dann um Platz geht für ihre Lieferservices, die sie beauftragen. Man könnte vielleicht auch mal mit denen sprechen, die diese anbieten und mit ihnen vereinbaren, dass sie sich darum kümmern müssen und nicht auf Kosten der Allgemeinheit ihre Fahrer stundenlang stehen lassen.

Es wurde bereits gesagt und ich würde das vielleicht auch noch zugunsten der Sparmassnahmen erwähnen, dass es Mühlespiele an der Stelle wohl nicht braucht. Das könnte sicher besser Platz finden auf dem Barfüsserplatz oder beim Theater, da sind auch Familien tatsächlich zu finden. Der hintere Teil, wo diese Mühlespiele im Moment platziert sind, wird ja auch von der Baustelle für den Spengler genutzt werden.

In diesem Sinne folgen wir von der BastA dem Antrag, finden ihn sinnig, wollen aber eben auch der Regierung nahelegen, dass sie die Zwischennutzung möglichst bald und zwar möglichst schon diesen Sommer ermöglicht.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Nächster Fraktionssprecher für die SVP ist Pascal Messerli.

Pascal Messerli (SVP): Auch die SVP-Fraktion bittet Sie, dieser Ausgabenbewilligung zuzustimmen. Ich möchte noch drei Punkte erwähnen, welche der SVP-Fraktion wichtig sind.

Ich denke, man darf schon auch sagen, dass dieser Ort, der Birsigbogen aktuell ein absoluter Unort ist. Es ist dunkel, es ist unsicher und es riecht auch nicht besonders gut, weil es offensichtlich auch ein Sammelplatz ist, um öffentlich zu urinieren. Entsprechend ist es wahrscheinlich schon auch im Sinne von allen, dass dort auch ein gewisser Mehrwert entsteht für die Bevölkerung im Sinne der Sicherheit und im Sinne dessen, dass es auch eine Ortschaft ist, welche alle Menschen auch nutzen können. Es gab viele Diskussionen über das Gastrokonzept, über die Frage, ob dort eine Spielkiste hingehört oder ob ein Schachbrett dort geeignet ist. Ich denke, hier sind wir auch sehr stark auf der operativen Ebene. Es war gut, dass wir auch in der UVEK, aber auch im Parlament gewisse Ideen einbringen konnten. Am Ende des Tages muss man dann auch auf der operativen Ebene mit den Zielgruppen schauen, was konkret dort sinnvoll ist. Es macht auch nicht so einen grossen Sinn, dass wir hier als Parlament schon alles direkt vorgeben.

Und noch der dritte entscheidende Punkt, zu dem wir auch in der UVEK nachgefragt haben und der seitens der Verwaltung bestätigt werden konnte ist, dass eine gewisse Kompatibilität mit der langfristigen Planung an diesem Ort garantiert werden



kann. Und das konnte auch von Seiten der Verwaltung bestätigt werden, dass dies so ist. Es macht nämlich keinen Sinn, wenn wir jetzt hier eine Zwischennutzung haben und diese, wenn man es positiv anschaut, dann extrem erfolgreich ist und man in fünf Jahren dann wieder alles über den Haufen wirft und sagt, jetzt machen wir eine langfristige Planung. Das wäre nicht im Sinne des Erfinders gewesen und entsprechend überzeugt auch diese Idee der Regierung.

Entsprechend sind wir auch als SVP-Fraktion der Meinung, dass wir dem heute so zustimmen können.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Als Einzelsprecher eingetragen hat sich Daniel Seiler.

Daniel Seiler (FDP): Ich muss da die Einigkeit ein bisschen trüben und zwar geht es mir nicht um die Parkplätze, aber ich muss schon fragen, haben wir jetzt schon ein Amt für Zwischennutzung in dieser Stadt? Gibt es das schon oder planen wir das? Wenn ich diesen Bericht lese, welche Analysen und Planungen und Projektierungen gemacht werden, muss man sich fragen, ob an der Uni bald eine Professur für Zwischennutzung ins Leben gerufen wird.

Wir erinnern uns an die ersten Zwischennutzungen dieser Stadt am Hafen oder im Gundeldingerfeld. Es wurden ein paar Parken aufgebaut, es ging mit Handwerkern, heute geht es nur noch mit den Planern aus der Stadt. Ich glaube, das ist mal grundsätzlich schade. Es ist schon eine ganze Industrie entstanden zu dieser Zwischennutzung. Das ist ja grundsätzlich nicht schlecht, nur wird das am Schluss natürlich alles durch Steuergelder finanziert. Wir sprechen hier von 100 Meter Fläche, 100 Meter Länge. Die Hälfte davon ist heute schon Allmendfläche, die ist heute schon Gastronomiefläche und wir möchten auch für diese Fläche eine 40%-Stelle schaffen, die diese Fläche ganze Jahr während vier Jahren koordiniert.

Würde diese Person wenigstens noch den Pflanzen Wasser geben oder für Sicherheit und Ordnung sorgen, dann könnten wir ja noch darüber diskutieren, aber nein, es wird ja zusätzlich noch geplant und projiziert und koordiniert. Es sind Kosten für die Begrünung. Wenn man die ganzen Kosten anschaut und berücksichtigt, dass wir schon 600'000 Franken für dieses Areal verbrannt haben, wird dies nicht einmal kritisch erwähnt, dass diese 600'000 Franken ausgegeben wurden und eigentlich für nichts ausgegeben wurden. Man hat den Eindruck, als seien diese 600'000 Franken einfach weg sind und man jetzt von vorne anfängt und sagt, wir wollen jetzt nochmal das Doppelte, zusätzliche 1,2 Mio. Franken. Die Sachkosten für die effektive Mobilisierung nehmen vielleicht noch einen Drittel ein. Der Rest ist zusätzliche Koordination, Planung, Analyse.

Und dem wollen Sie alle hier zustimmen. Ich finde das schon ein bisschen komisch. Ich kann ja keine Rückweisung beantragen, die Hälfte der Leute ist ja nicht im Saal und die andere Hälfte ist dafür, aber ich hoffe schon, dass wir in Zukunft bei diesen Zwischennutzungen auch ein bisschen aufs Geld schauen. Es braucht doch nicht so viele Koordinationen und Planungen. Wir können da auch einen Blumentopf hinstellen und schauen, wie sich das Ganze entwickelt.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Ich habe keine Einzelsprechenden mehr eingetragen. Das Wort geht an Regierungspräsident Conradin Cramer. Er verzichtet. Somit hat das Wort die Kommissionspräsidentin Raffaella Hanauer.

Raffaella Hanauer (GRÜNE/jgb): Ich möchte ganz kurz auf die kritischen Stimmen hier in der Debatte eingehen und nochmals mit Nachdruck betonen, was die UVEK für die weitere Verfolgung dieser Zwischennutzung empfiehlt. Wir haben gehört auch von Seiten des Regierungspräsidenten, dass die Zielgruppe für die Partizipation sehr klar ist. Es ist klar, wen man mit einbeziehen möchte in den nächsten vier Jahren Zwischennutzung. Was jedoch noch nicht klar ist, ist die Zielgruppe der Nutzung, also wer diesen Raum nutzen soll. Und auch nicht klar sind die Ziele für die langfristige Planung, also was ist das Ziel der Zwischennutzung für die langfristige Perspektive dieses Orts.

Dies wurde in der UVEK, wie gesagt, sehr kritisch diskutiert und damit kann ich Daniel Seiler auch ein Stück weit vielleicht beruhigen. Der Zweck der Zwischennutzung und damit auch der Geldausgaben ist aus Sicht der UVEK deutlich zu schärfen in den weiteren Schritten, und das haben wir im mündlichen Bericht empfohlen, darüber ist sich auch die Kommission sehr einig. Es muss noch einiges nachgeholt werden hinsichtlich der Ziele und des Zwecks der Zwischennutzung, so dass die jetzt ausgegebenen Gelder auch tatsächlich zielführend eingesetzt werden für die langfristige Perspektive und auch für die Jahre der Zwischennutzung.

Mit diesen Bemerkungen beantragen wir noch einmal Zustimmung.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Eintreten wurde nicht bestritten, Rückweisung nicht beantragt.

Wir kommen damit zur Detailberatung und zur Schlussabstimmung.



Abstimmung

JA heisst Zustimmung zum Grossratsbeschluss, NEIN heisst Ablehnung.

Ergebnis der Abstimmung

76 Ja, 6 Nein, 9 Enthaltungen. [Abstimmung # 0008895, 06.05.26 10:37:24]

Der Grosse Rat beschliesst

Es wird ein Gesamtbetrag von Fr. 1'209'000 für die Umsetzung der Zwischennutzung «Am Birsigbogen» 2026 bis 2030 bewilligt. Diese Ausgabe teilt sich wie folgt auf:

Fr. 260'000 für die Projektkosten zur Projektierung und Umsetzung der Zwischennutzung in den Jahren 2026 bis 2030 zu Lasten der Investitionsrechnung des Präsidialdepartements, Investitionsbereich 8 Übrige

Fr. 204'000 für die personellen Ressourcen (Kreditstelle, 40 %) zur Projektierung und Umsetzung der Zwischennutzung in den Jahren 2026 und 2029 zu Lasten der Investitionsrechnung des Präsidialdepartements, Investitionsbereich 8 Übrige

Fr. 120'000 für die Projektierung und Umsetzung der Grundinfrastruktur für die Zwischen-nutzung in den Jahren 2026 bis 2030 zu Lasten der Investitionsrechnung des Präsidialdepartements, Investitionsbereich 8 Übrige

Fr. 180'000 für die Projektierung und Umsetzung der Massnahmen mit Begrünung zu Lasten der Investitionsrechnung des Bau- und Verkehrsdepartements, Mehrwertabgabefonds (MWAf)

(Bau- und Verkehrsdepartement, Generalsekretariat)

Fr. 150'000 für die Klimaschutz- und Klimaadaptionsmassnahmen in Form von 14 be-grünten Pflanzgefässen zu Lasten der Investitionsrechnung des Bau- und Verkehrsdepartements, Mehrwertabgabefonds

(Bau- und Verkehrsdepartement, Generalsekretariat)

Fr. 75'000 für Sachkosten zur Projektierung und Umsetzung der Zwischennutzung in den Jahren 2026 bis 2030 zu Lasten der Erfolgsrechnung des Präsidialde-partements, Kantons- und Stadtentwicklung

Fr. 20'000 als Entwicklungsbeitrag für die ersten fünf Jahre nach Platzierung der Mass-nahmen zu Lasten der Erfolgsrechnung des Bau- und Verkehrsdeparte-ments, Mehrwertabgabefonds

(Bau- und Verkehrsdepartement, Generalsekretariat)

Fr. 100'000 für die jährlich wiederkehrenden Folgekosten für die Jahre 2026 bis 2030 für den Unterhalt der Pflanzgefässe (Stadtklimakonzept) zu Lasten der Erfolgs-rechnung des Bau- und Verkehrsdepartements, Stadtgärtnerei

Fr. 100'000 für die jährlich wiederkehrenden Folgekosten für die Jahre 2026 bis 2030 für den Unterhalt der Grünflächen zu Lasten der Erfolgsrechnung des Bau- und Verkehrsdepartements, Stadtgärtnerei

Dieser Beschluss ist zu publizieren.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Sie haben dem Grossratsbeschluss zugestimmt mit 76 Ja-Stimmen, 6 Nein-Stimmen und 9 Enthaltungen.

8. Ausgabenbewilligung zur Anpassung/Aktualisierung des Gesamtkonzeptes öffentliche Toilettenanlagen, Ratschlag des RR

[06.05.26 10:37:39, 25.1798.01]



Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Die Umwelt-, Verkehrs- und Energiekommission beantragt, der Beschlussvorlage zuzustimmen. Für die UVEK hat das Wort deren Präsidentin Raffaella Hanauer.

Raffaella Hanauer (GRÜNE/jgb): Beim vorliegenden Geschäft geht es darum, in Erfüllung der Motion Thommen und Konsorten betreffend vermehrte WC-Anlagen im öffentlichen Raum das frühere Konzept aus dem Jahre 2004 zu den öffentlichen Toilettenanlagen, wo nötig, zu überarbeiten und damit auch, wo Bedarf besteht, den öffentlichen Raum mit zusätzlichen Toilettenanlagen auszustatten. Auch soll das Konzept der «Netten Toiletten» ausgebaut werden und es sollen auch provisorische Toiletten in Form von Komposttoiletten eingesetzt werden. Für weitere Infos verweise ich auf den ausführlichen Ratschlag der Regierung.

Die UVEK hat das Geschäft an einer Sitzung am 15. April behandelt. Eintreten war nicht bestritten und wir beantragen dem Grossen Rat einstimmig mit 13 Stimmen, dem Grossratsbeschluss zuzustimmen und damit Ausgaben in der Höhe von total 5,86 Mio. Franken für Planung, Projektierung und Umsetzung von zusätzlichen Toilettenanlagen zu bewilligen. Zur Abschreibung der Motion Thommen wurde in der Kommission kein anderslautender Antrag gestellt, weshalb ich mir hier im Namen der Kommission erlaube, zu beantragen, den Anzug abzuschreiben und der Regierung zu folgen.

Wir haben zu dem Geschäft die zuständige Regierungsrätin sowie die Geschäftsbereichsleitung des Tiefbauamts angehört. Ich berichte mündlich und berichte Ihnen folgende Abklärungen. Zuerst zur Sauberkeit. Zur Sauberkeit hat man sich in der UVEK erkundigt, ob das zusätzliche Geld auch bewirke, dass die bestehenden Toilettenanlagen sauberer werden. Gemäss Erläuterungen der Verwaltung gäbe es bei der Sauberkeit ohnehin schon Fortschritte. Alle Anlagen werden seit einiger Zeit ein- bis zweimal pro Tag gereinigt. Es sollte sich daher bereits eine Verbesserung eingestellt haben und die Verwaltung erhalte zumindest weniger Zuschriften zur Sauberkeit, seit man diese täglichen Reinigungsmassnahmen eingeführt hat. Zusätzlich sei die eingeführte Digitalisierung des Reinigungsprozesses auch unterstützend. Neu könne so geprüft werden, ob die Anlagen tatsächlich gereinigt wurden. Aus diesem Grund würden übrigens auch oft selbstreinigende Toiletten eingesetzt. Diese seien sauberer.

Nachgefragt wurde auch, ob für bessere Sauberkeit nicht beispielsweise am Wochenende öfter als zweimal am Tag geputzt werden könne und ob man nicht auch wieder Bezahltoiletten einführen könne. Bezahlte Toiletten würden nämlich zu mehr Sauberkeit führen. Gemäss erhaltener Auskunft ist das jedoch kaum umsetzbar, denn so müssten immer zwei Anlagen nebeneinander hingestellt werden, wenn man weiterhin auch Gratistoiletten zur Verfügung stellen wollen würde. Das Problem sei zudem auch nicht per se behoben, selbst wenn es eine Bezahltoilette gäbe, braucht es nur eine Person, die die Toilette unschön hinterlässt und schon sind sie nicht mehr sauber. Im Konzept der «Netten Toilette» sei zudem eine regelmässige Reinigung durch die Betriebe ohnehin vorgesehen.

Zu den Finanzen: Zu Rückfragen haben insbesondere die 660'000 Franken jährliche Folgekosten für Betrieb und Unterhalt der WC-Anlagen, für zusätzliche Komposttoiletten sowie für weitere «Nette Toiletten» geführt. Die UVEK nahm folgende Aufschlüsselung des Betrags zur Kenntnis, die auch auf Seite 16 des Ratschlags zu finden ist. 150'000 Franken fallen für Ausgaben zu bestehenden Anlagen an, für Folgekosten zu Betrieb und Unterhalt der 12 neuen Anlagen fallen weitere 360'000 Franken jährlich an. Für die «Nette Toilette» wurden 75'000 Franken vorgesehen, was rund 30 neuen «Netten Toiletten» entspräche. Für die fünf Komposttoiletten wären 75'000 Franken vorgesehen.

Nun noch wenige spezifische Abklärungen zur Dreirosenanlage. Dort wurde in Erkundung gebracht, wie man sicherstellen kann, dass Toiletten auf der Dreirosenanlage nicht zweckentfremdet würden, beispielsweise für Drogenkonsum oder zum Übernachten. An Orten, an denen eine Wahrscheinlichkeit dazu besteht, würden deswegen bewusst selbst reinigende Toiletten installiert. Diese sind so eingerichtet, dass sich nach 15 Minuten die Türe von selbst öffnet, daher ist darin auch eine Übernachtung nicht wirklich möglich.

Zum Kasernenareal wurde gefragt, ob insbesondere bei der Kaserne aber auch bei der Florastrasse nicht noch eine temporäre Toilette eingerichtet werden könne. Die UVEK liess sich die dichte Abdeckung der Toiletten am Rhein erläutern. Ihr wurde zudem erläutert, dass im Prinzip angedacht sei, dass die Buvetten eigene Toiletten zur Verfügung stellen. Zudem erhielten wir die Auskunft, dass beim Boxclub auf dem Kasernenareal die Verwaltung eine weitere Toilette hinstellen wird.

Zu den Komposttoiletten: In der UVEK wurde darauf hingewiesen, dass diese deutlich günstiger sind, chemiefrei und ohne Wasseranschluss auskämen. In Erkundung gebracht wurde daher auch, weshalb sie nicht öfters eingesetzt werden. Die Antwort war in etwa so: Insbesondere nach der Covid-Pandemie sei das Händewaschen ein verstärktes Bedürfnis und Komposttoiletten wären öfters von Vandalismus betroffen. Es werde jedoch beobachtet, wie die Erfahrungen seien, und wenn die Erfahrungen gut sind, dann könnten auch an weiteren Standorten solche schnell einrichtbaren Komposttoiletten zum Einsatz kommen.

Nun noch zum Konzept «Nette Toilette»: Interessiert hat sich die UVEK auch für das Potenzial in den Quartieren für das Konzept der «Netten Toilette» sowie für die Frage, wie man den Nutzenden helfen könne, solche Toiletten überhaupt zu finden. Gemäss Verwaltung soll dies in Zusammenarbeit mit den Quartiervereinen noch herauskristallisiert werden. Man müsse das Gespräch mit den Betrieben vor allem in Spielplatznähe suchen, dies, weil das Konzept auf Freiwilligkeit basiert.



Gewisse Betriebe jedoch, also beispielsweise eine Bäckerei, könnten auch davon profitieren, beim Konzept mitzumachen, denn das Mitmachen bei der «Netten Toilette» ist auch ein Anreiz, dass mehr Personen ins Geschäft hineinkommen. Die Erfahrungen in der Innenstadt seien bisher sehr positiv und daher ist man auch positiv optimistisch eingestellt für die Aussenquartiere.

Zur Kommunikation der «Netten Toilette» hat die UVEK kritisch nachgefragt, wie man das noch besser bekannt machen könnte. Ihr wurde erläutert, dass es bereits diesen Aufkleber gibt auf der Tür, durch den man erkennen kann, ob ein Betrieb mitmacht, und dass es eine Verlinkung auf der Kantonshomepage zu einer App gebe. Zusätzliche Massnahmen seien vorstellbar, beispielsweise ein Hinzufügen der «Netten Toilette» im Geo-Viewer oder Hinweise auf den Spielplätzen mittels Signalisation zur nächsten solchen Toilette.

Nun noch zur Unisex-Thematik: Während im Konzept von 2004 noch von Damen- und Herren-Toiletten gesprochen wurde, ist davon im neuen Ratschlag nicht mehr die Rede. Die UVEK hat sich nach den Überlegungen des Grundsatzes dieses Wandels erkundigt und erhielt die Auskunft, dass dies einerseits aus Überlegungen des Toilettenzugangs für non-binäre Menschen sowie auch aus Platzgründen neu so vorgesehen ist. Auch hat die UVEK abgeklärt, wie der Einbezug der Bevölkerung zur Auswahl von weiteren Standorten vorstatten geht. Gemäss den erhaltenen Auskünften würden viele Meldungen zu Toilettenbedarf über die Sauberkeitshotline des Tiefbauamts eintreffen, auch das Reinigungspersonal der Stadtreinigung würde zusätzlich noch melden, wo es mehr Sauberkeitsbedarf oder Bedarf nach einer Toilette gebe.

Hiermit habe ich Ihnen all unsere Abklärungen abgebildet und die UVEK beantragt einstimmig, der Beschlussvorlage zuzustimmen.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Das Wort hat Regierungsrätin Esther Keller.

RR Esther Keller, Vorsteherin BVD: Das sind jetzt die kommunalen Freuden des Parlaments. Es wird selten ein Kantonsparlament sich mit konkreten Toilettenanlagen beschäftigen, aber weil wir halt auch ein Stadtparlament sind, haben wir dieses Vergnügen. Es ist auf der einen Seite natürlich ein Bagatelldrama, aber ich glaube, es ist eben in der konkreten Auswirkung wirklich sehr wichtig. Es gab ja auch schon Vorstösse dazu, beispielsweise zum Thema St. Johannspark.

Wir sehen, dass über die vergangenen Jahre die Nutzung der öffentlichen Parks und generell einfach der Aussenflächen deutlich zugenommen hat, nicht nur, aber auch wegen der Pandemie. Es ist eine gewisse Mediterranisierung, die Menschen sind viel draussen, entsprechend ist klar, dass wir auch die Toilettenanlagen nicht nur vermehrt reinigen, sondern eben auch mehr davon aufstellen müssen. Und wir möchten da auch neue Wege gehen und eben mal mit so einem Kompotoi einen Standort testen, schauen, wie die Nutzung ist und dann erst diese fixen grossen Anlagen einrichten, die dann eben auch auf Kanalisationsanschluss angewiesen sind, die deutlich teurer sind, aber dafür eben natürlich auch widerstandskräftiger und bei Fällen von Vandalismus, die jetzt nicht so häufig sind, aber leider vorkommen, besser standhalten.

Ich denke, es ist wichtig, dass wir jetzt diese Ausgaben genehmigen, damit wir vorwärts machen können an Standorten, an denen wir schon heute wissen, dass ein Bedürfnis besteht, aber auch Ja sagen zu dieser Reserve, dass wir eben künftig schneller reagieren können. Ergänzend dazu bin ich sehr zuversichtlich, dass wir das Konzept der «Netten Toilette» ausrollen können. Es ist natürlich eine wirklich weniger kostenintensive Möglichkeit, zumindest tagsüber den Menschen beispielsweise in der Nähe eines Spielplatzes eine Toilette zu bieten. Sozialkontrolle ist da auch gegeben, ich denke da an Kinder, die vielleicht schnell auf die Toilette möchten und so weiter.

Ich sehe und habe auch in der Kommission grosse Einigkeit gehört. Ich bin auch sehr dankbar um die rasche Behandlung und die Ausführungen der Präsidentin und bitte Sie, dieser Ausgabenbewilligung zuzustimmen.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Als erste Fraktionssprecherin für die BastA eingetragen hat sich Brigitta Gerber.

Brigitta Gerber (BastA): Die Fraktion BastA stimmt der Ausgabenbewilligung zu. Die Motion Oliver Thommen soll abgeschrieben werden. Die Kommission hat ja das Vorhaben und das Geschäft breit abgeklärt und die Bedürfnisse sind vielfältig, Sie haben es gehört.

Zusätzlich möchten wir aber der Regierung nach unserer Fraktionssitzung noch mitgeben, dass es nicht genug ist, die neuen öffentlichen Toiletten rollstuhlgängig zu bauen, wir möchten ihr nahelegen, dass sie auch das gute Netzwerk von Eurokey-Toiletten braucht. Eurokey-Toiletten sind Toiletten, die sich mit einem Schlüssel öffnen lassen, der nur Menschen vergeben wird, denen eine Behinderung attestiert wurde. Viele Behinderungen, nämlich Erkrankungen, führen dazu, dass die Menschen wenig Zeit haben zu warten, bis zum Beispiel die einzige rollstuhlgängige Toilette, welche eben auch von Familien



und gesunden Menschen genutzt wird, frei wird. Erkrankungen sind da sicherlich Crohn, Endometriose, Wirbelsäulenschäden und neurologische Erkrankungen. Diese führen dazu, dass die Menschen wirklich schnell auf das WC müssen und dazu gibt es eben diese Eurokey, dieses Netzwerk und dieses Projekt. Es ist ein einfaches Projekt und es wäre sicher interessant, sich zu überlegen, ob wir das nicht auch integrieren und nutzen wollen.

Nehmen Sie doch so etwas Bewährtes auch mit in alle Ihre Erwägungen und Bedürfnisse. Das ist eine Bitte an die Regierung. In diesem Sinne möchten wir von der BastA dem Geschäft zustimmen.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Nächste Fraktionssprecherin für die GRÜNE/jgb ist Béla Bartha.

Béla Bartha (GRÜNE/jgb): Wir konnten es ja in der Zeitung lesen und ich war auch überrascht zu hören, dass wir ja in Basel eine sehr hohe Toilettendichte bereits haben. Aber scheinbar sind wir Schweizer Meister im Wildpinkeln und diesen Titel möchten wir gerne loswerden, indem wir sagen, okay, wir müssen scheinbar noch mehr Möglichkeiten schaffen, um von dieser Wildpinkelei wegzukommen. Zur Ehrenrettung können wir auch sagen, dass, wenn man etwas tut und zum Beispiel gratis Toiletten, dies auch wirklich genutzt wird und eben auch das positive Folgen zeigt.

Wir haben jetzt in dem Finanzplan 47 neue Anlagen und es sieht so aus, dass man sich mit 30 «Netten Toiletten» sehr stark auf dieses Modell konzentriert. In der Vergangenheit hat man ja im Zentrum der Stadt schon etwa 31 solche «Nette Toiletten» eingerichtet und man fragt sich jetzt schon ein bisschen, warum man das nicht vorher schon mehr entwickeln konnte oder zu entwickeln versucht hat. Man hat heute noch 30 «Nette Toiletten» und es kam die Frage auf, ob es wirklich realistisch ist, jetzt in der Peripherie und in den Aussenquartieren weiter so stark auf dieses Modell zu setzen. Aber wir sind sehr gerne bereit, weil das eigentlich ein tolles Modell wäre, das mitzugehen. Aber ob der Erfolg sich auch wirklich einstellen wird, das wird noch zu prüfen sein.

Was man auch sieht ist, dass die Toiletten, die es in der Stadt gibt und zur Verfügung gestellt werden, sehr schwer auffindbar sind. Da braucht es sicher auch noch eine zusätzliche Kommunikation, damit das auch wirklich bei den Leuten ankommt, dass es so etwas überhaupt gibt. Das fehlt im Moment wirklich und bessere Informationen wären da sicher vonnöten.

An und für sich teilen wir absolut die Einschätzung und finden auch, dass es noch mehr braucht. Bei der Familienfreundlichkeit gibt es wirklich auch noch Luft nach oben, weil diese festen Toiletten halt auch oft für Kinder schwer nutzbar sind. Das kann vielleicht noch besser berücksichtigt werden. Aber ansonsten sind wir einverstanden mit dieser Überweisung und mit der Freigabe der dazu benötigten Mittel.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Nächste Fraktionssprecherin für die SP ist Leoni Bolz.

Leoni Bolz (SP): Ich halte mich kurz, das Geschäft ist unbestritten. Es soll mehr Möglichkeiten geben, sein Geschäft verrichten zu können. Die SP begrüsst den Bau von zusätzlichen acht Toiletten, da sie Abhilfe an viel genutzten Plätzen, unter anderem auch am Rhein, schaffen kann und wir haben es gehört, wenn die Zeit drängt, was bei Kindern und Senior:innen häufiger passieren kann, ist man froh, wenn man zeitnah eine Toilette aufsuchen kann.

In diesem Zusammenhang sind auch «Nette Toiletten» sehr nützlich und ich glaube, nach Behandlung dieses Geschäfts in der UVEK haben einige UVEK-Mitglieder diese App heruntergeladen, ich bin auch eine davon, und des war spannend zu sehen, wo wir überall Restaurants und Hotels haben, die mit dem Kanton zusammenarbeiten und für einen Unkostenbeitrag diese Möglichkeit anbieten, so dass Mann bis Frau kostenlos ihre Toiletten benutzen können.

Ich denke, es gibt viele Angebote in dieser Stadt, die der Bevölkerung zu wenig bekannt sind und darum lohnt es sich auch immer, darüber zu sprechen und das bekannt zu machen.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Ich habe keine weiteren Sprechenden eingetragen. Das Wort hat Regierungsrätin Esther Keller. Sie verzichtet. Die Kommissionspräsidentin verzichtet ebenfalls.

Eintreten wurde nicht bestritten, Rückweisung nicht beantragt. Wir kommen damit zur Detailberatung und zur Schlussabstimmung.

Abstimmung

Frage



JA heisst ... , NEIN heisst

Ergebnis der Abstimmung

89 Ja, 1 Nein, 0 Enthaltungen. [Abstimmung # 0008897, 06.05.26 10:57:09]

Der Grosse Rat beschliesst

...

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Sie haben dem Grossratsbeschluss mit 89 Ja-Stimmen, einer Nein-Stimme und keiner Enthaltung zugestimmt.

8.1. Motion Oliver Thommen und Konsorten betreffend vermehrte WC-Anlagen im öffentlichen Raum, Ratschlag des RR

[06.05.26 10:57:42, 21.5510.03]

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Die UVEK beantragt, die Motion Oliver Thommen und Konsorten betreffend vermehrte WC-Anlagen im öffentlichen Raum als erledigt abzuschreiben. Die UVEK verzichtet auf ein Votum. Es wurde kein anderer Antrag gestellt. Sie haben die Motion als erledigt abgeschrieben.

9. «Areal Aeschenplatz 6»; Festsetzung eines Bebauungsplans, Änderung des Wohnanteils sowie Abweisung einer Einsprache im Bereich Aeschenplatz, St. Alban-Anlage, Engelgasse und Gartenstrasse, Ratschlag des RR

[06.05.26 10:57:45, 25.1707.01]

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Die Bau- und Raumplanungskommission beantragt, der Beschlussvorlage zuzustimmen. Für die BRK das Wort hat Salome Bessenich.

Salome Bessenich (SP): Ich darf Sie heute als Sprecherin für die BRK durch die nächsten zwei Geschäfte begleiten, zweimal mit mündlichen Berichten. Zuerst zum Bebauungsplan für das Areal Aeschenplatz.

Das Gebäude am Aeschenplatz 6 soll in Zukunft neben Büros auch Wohnraum beherbergen und zu einem multifunktionalen, lebendigen Stadtbaustein transformiert und baulich weiterentwickelt werden. Dafür soll mit vorliegendem Ratschlag die Festsetzung eines Bebauungsplans, die Änderung des Wohnanteils im Bereich Aeschenplatz, St. Alban-Anlage, Engelgasse und Gartenstrasse sowie die Abweisung einer Einsprache beschlossen werden.

Das Gebäude Aeschenplatz 6 wurde Mitte der 80er-Jahre als Sitz des Schweizerischen Bankenvereins erbaut und bis Mitte 2022 von der UBS genutzt. Die neue Eigentümerin, die Seraina Investment Foundation, die das Gebäude 2021 erwarb, wollte das Gebäude baulich weiterentwickeln und startete 2022 gemeinsam mit dem Kanton einen Planungsprozess. Im Rahmen eines Studienauftrags wurde einstimmig das Projekt In den Gärten der Arbeitsgemeinschaft Stauer und Hasler Architekten aus Frauenfeld sowie Graser und Troxler Architekten aus Zürich zur Weiterbearbeitung empfohlen.

Das Projekt bricht die bestehende grosse Gebäudestruktur mit gezielten Eingriffen auf und transformiert sie in ein neues und vielfältiges Raum- und Nutzungsangebot. Überzeugend war bei diesem Projektvorschlag vor allem auch, dass der Grossteil



des heutigen Gebäudes weitergenutzt wird und viele charakteristische Elemente wie etwa das palmenhausartige Atrium erhalten und einer neuen Nutzung zugeführt werden. Zum Aeschenplatz hin soll das bestehende Gebäude um drei neue Geschosse ergänzt werden, die Vorzone soll dabei als Teil des öffentlichen Stadtraums durch punktuelle Baumpflanzungen ergänzt werden. Die Südseite des Areals zur Gartenstrasse hin soll demgegenüber kleinteiliger und stärker strukturiert werden. Sogenannte Stadthäuser und eine Überdachung rahmen den abgesenkten Gartenhof, der den Bewohnerinnen und Bewohnern als Erholungs- und Grünraum dient.

Die grosse Tiefgarageneinfahrt auf Seite der Gartenstrasse soll zukünftig eingehaust werden, auch um die Lärmimmissionen dort zu reduzieren. Der dadurch entstehende neue Bereich über der Einhausung, das sogenannte Forum, befindet sich gartenseitig gegenüber vom gläsernen Atrium und könnte möglicherweise in Zukunft ebenfalls für eine gastronomische oder ähnlich gelagerte öffentliche Nutzung zur Verfügung stehen. Im westlichen Teil des Areals entsteht mit dem sogenannten Quartierlink ein neuer Aussenraum, der als öffentliche Verbindung zwischen Aeschenplatz und Gartenstrasse fungiert. Diese Verbindung dient gleichzeitig als Zugang zur neuen öffentlichen Velostation mit rund 200 öffentlichen Veloabstellplätzen, das in die bestehenden grosszügigen unterirdischen Geschosse integriert werden kann.

Da ebenfalls bereits absehbar ist, dass zukünftig nicht alle heutigen Parkplätze im Untergeschoss von den Bewohnenden genutzt werden, soll zudem auch ein Quartierparking entstehen. Das Potenzial wird auf etwa 100 Parkplätze geschätzt. So sollen insgesamt etwa 200 neue Wohnungen bzw. rund 12'000 m² neuer Wohnraum entstehen, was rund der Hälfte der oberirdischen Flächen entspricht. Ein Drittel davon soll preisgünstig erstellt werden, obwohl das Areal mit einer Grösse von rund 11'000 m² nicht unter die verpflichtenden Bestimmungen gemäss Basel baut Zukunft fallen würde. Dies, um die Erreichung des kantonalen Zielwerts von mindestens 25% preisgünstigem Wohnraum bis 2050 zu unterstützen. Der ganze Planungsprozess wurde zudem partizipativ durch mehrere Informationsveranstaltungen, einen Beteiligungsprozess zu den publikumsorientierten Nutzungen sowie den Einbezug eines Begleitgremiums mit Vertretenden aus der Nachbarschaft, Quartiervereinen, Wirtschaft, Kultur und Gewerbe sowie dem Jugend- und Kinderbereich begleitet. Für weitere Details zum Projekt sei an dieser Stelle auf den Ratschlag der Regierung verwiesen.

Die BRK hat den Ratschlag in drei Sitzungen beraten. Das Projekt wurde seitens Bau- und Verkehrsdepartement in einer Sitzung sowie bei einer Begehung vor Ort vorgestellt. Zudem fand in Absprache mit der Kommission ein Austausch zwischen dem Kommissionspräsidenten und den Einsprechenden statt, die auf diesem Wege ihre Anliegen an die Kommission vertraten. Die Einsprechenden betonten, dass sich ihre Hauptkritik weniger gegen das Bauprojekt als vielmehr gegen bestimmte künftige Nutzungen richte. Die Einsprechenden wohnen in direkter Nähe des Areals und mussten im Zuge der bereits realisierten Entwicklung des Helvetia Campus – das befindet sich auf der Parzelle neben dem Areal, das wir jetzt besprechen – bereits erhebliche Baustellenemissionen erdulden. Auch auf dem Helvetia Campus nahmen die allgemeinen Lärmemissionen zu, etwa durch neue Nutzungen wie den Barbetrieb auf dem Dach oder die noch sich in Planung befindende Mensa.

Beim nun vorliegenden Projekt Areal Aeschenplatz begrüssen die Anwohnenden grundsätzlich die Weiterentwicklung des Gebäudes, hegen jedoch die Sorge, dass mit den neuen Nutzungen eine zusätzliche Lärmbelastung einhergehen könnte. Zudem weisen sie darauf hin, dass derzeit noch nicht abschliessend geklärt sei, wie die künftigen Nutzungen im Detail ausgestaltet sein werden. Die vorgesehene Gastronomiezone in Richtung Aeschenplatz werde grundsätzlich unterstützt. Gleichzeitig betonten die Einsprechenden jedoch, dass diese Zone nicht in Richtung Engalgasse ausgeweitet werden dürfe. Weiter wird das angedachte Forum kritisch beurteilt, hier sei insbesondere zu verhindern, dass sich dieses zu einem Anziehungspunkt für Party- und Event-Tourismus entwickle.

Die Bau- und Raumplanungskommission hat sich mit den vorgebrachten Einwänden befasst und nimmt ihre Rolle in der politischen Interessenabwägung wahr. Gemäss Rücksprache mit der zuständigen Verwaltung sei nicht vorgesehen, die Gastronomiezone in Richtung Engalgasse zu erweitern. Dies entspricht auch den vorliegenden Planunterlagen und erscheint aus Platzgründen auf der Allmend ohnehin nicht praktikabel. Die publikumsorientierten Nutzungen sind gemäss Richtprojekt wie auch gemäss Bebauungsplan auf den Aeschenplatz auszurichten. Hinsichtlich der Nutzung des Forums ist festzuhalten, dass diese zum heutigen Zeitpunkt noch offen ist, zumal auch unklar ist, ob eine Nachfrage für dortige Nutzungen bestehen wird. Es wird sich somit erst im weiteren Verlauf zeigen, in welcher Form diese Fläche künftig genutzt wird.

Zudem muss im ganzen Perimeter des Areals für jede künftige Nutzung, wie beispielsweise für Gastronomiebetriebe, im Rahmen des Bewilligungsverfahrens nachgewiesen werden, dass die Planungswerte gemäss Lärmschutzverordnung eingehalten werden. Die Nachbarschaft hat im Rahmen dieses Verfahrens wiederum die Möglichkeit, dies zu prüfen und gegebenenfalls auch Einsprache zu erheben. Hinzu kommt, dass laut Aussagen der Verwaltung auch die Eigentümerschaft selbst ein Interesse daran hat, die Rückseite des Areals entlang der Gartenstrasse ruhiger zu gestalten, da zum Aeschenplatz hin die Immissionsgrenzwerte durch den bestehenden Strassenlärm überschritten werden. Die neuen Wohnungen werden also ebenfalls zur Gartenstrasse hin belüftet werden müssen.

Aus Sicht der BRK sind die Anliegen der Einsprechenden insofern bereits heute zu weiten Teilen erfüllt oder ausreichend abgesichert, weshalb der Kommission eine weitergehende Anpassung des Bebauungsplans nicht erforderlich erschien. Seitens der Kommission fiel denn auch die Würdigung der geplanten Arealentwicklung ausgesprochen positiv aus. Das



Projekt nimmt zahlreiche Anliegen der Kommission bereits auf, sei es der Erhalt der Gebäudesubstanz und deren Weiternutzung und Ergänzung, sei es die Schaffung von mehr Grünraum, sei es die Schaffung von mehr Wohnraum inklusive einem Drittel preisgünstigem Wohnraum, obwohl dies nicht gesetzlich vorgegeben war, sei es die Schaffung einer öffentlichen Velostation und eines Quartierparkings für das ganze umliegende Quartier, was an dieser Lage am Aeschenplatz besonders vorteilhaft erscheint.

Die Kommission blieb insofern auch nach vertiefter Diskussion der vorgebrachten Kritikpunkte seitens Einsprechenden bei ihrer positiven Beurteilung des Projekts, das viele wichtige Anliegen vorbildhaft unter einem Hut zu vereinen vermag. Das vorliegende Beispiel zeigt aus Sicht der Kommission dabei auch auf, dass eine saubere Planung, die die Anforderungen der Politik von Anfang an aufnimmt, die politische Beratung deutlich beschleunigen und vereinfachen kann. Es sind ja zugegebenermassen immer wieder die gleichen Anliegen. Wenn solche Vorarbeit geleistet wird, hat die Kommission schlicht nichts Weiteres anzufügen.

Die Bau- und Raumplanungskommission beantragt dem Grossen Rat daher einstimmig mit 12 Stimmen die Zustimmung zum Bebauungsplan und den weiteren Grossratsbeschlüssen.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Das Wort hat die Vorsteherin des Bau- und Verkehrsdepartements Regierungsrätin Esther Keller.

RR Esther Keller, Vorsteherin BVD: Nach diesem ausführlichen und positiven Bericht der Kommission muss ich gar nicht viel hinzufügen. Ich möchte das, was zuletzt gesagt wurde von Salome Bessenich, einfach nochmals hervorheben.

Auch für uns ist wirklich auffällig, dass diese Arealentwicklung sehr rasch und sehr positiv konstruktiv durch die Kommission diskutiert, behandelt und auch hier jetzt ins Parlament gebracht wurde. Es ist ein gutes, schönes und wichtiges Zeichen gegen aussen, dass wenn man Elemente berücksichtigt, die wiederkehrend immer wieder auch in den politischen Debatten gefordert werden, es rasch gehen kann und die Zustimmung gross ist. Ich denke hier jetzt ganz konkret an das gute Verhältnis zwischen Wohnen und Arbeiten, an diesen Anteil an preisgünstigen Wohnungen, den zusätzlichen Wohnraum, der wichtig ist für die Menschen hier, aber auch, dass dieser Wohnraum eben bezahlbar ist, dann an das Quartierparking, das öffentliche Veloparking an einer neuralgischen Verkehrslage und eben auch an diese Erdgeschossnutzungen. Das scheint mir ein wichtiges Signal gegen aussen. Deshalb bittet Sie der Regierungsrat, heute hier diesem Bebauungsplan zuzustimmen.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Als erster Fraktionssprecher eingetragen hat sich Christoph Hochuli für die Mitte-EVP.

Christoph Hochuli (Mitte-EVP): Mit der Transformation des Gebäudes am Aeschenplatz 6 entsteht weit mehr als eine reine Büronutzung. Geplant ist ein lebendiges, vielseitig genutztes Gebäude, das Arbeiten, Wohnen, Kultur und auch Freizeit miteinander verbindet. Im Rahmen eines Studienauftrags mit sieben eingeladenen Architekturbüros setzte sich ein Projekt durch, das anschliessend sorgfältig weiterentwickelt wurde und heute in überzeugender Form vorliegt. Es hat nicht nur mich, sondern auch die ganze Bau- und Raumplanungskommission sehr überzeugt.

Am Aeschenplatz 6 sollen künftig Kultur- und Gastronomieangebote das Quartier beleben. In den Untergeschossen entstehen Sport-, Bewegungs- und Freizeitangebote sowie Gewerbe- und Dienstleistungsbetriebe. In den oberen Geschossen wie auch entlang der Gartenstrasse sind Büros und Wohnungen vorgesehen, eine ausgewogene Mischung, die urbanes Leben fördert und unterschiedliche Bedürfnisse zusammenführt.

Besonders hervorzuheben ist die Schaffung zusätzlichen Wohnraums. Der Bebauungsplan schreibt vor, dass mindestens 50% der oberirdischen Fläche des Gebäudes dem Wohnen dienen müssen. Erfreulich ist, dass keine bestehenden Gebäude abgerissen werden. Stattdessen wird auf Weiterbauen im Bestand gesetzt, Ressourcen schonend und nachhaltig. Die Auf- und Anbauten erfolgen in klimaschonender Bauweise mit dem Ziel, das SNBS-Label zu erreichen.

Auf das bestehende Gebäude werden drei weitere Geschosse mit Wohnungen aufgesetzt und auf der Seite Gartenstrasse werden zusätzliche Stadthäuser gebaut. Damit leistet das Projekt einen wichtigen Beitrag zur Wohnraumentwicklung an zentraler Lage. Ein Drittel des Wohnraums wird preisgünstig vermietet. Auf dem Areal müssen zwar sieben Bäume gefällt werden, doch gleichzeitig werden 40 neue Bäume gepflanzt, ein deutliches Plus für das Stadtklima und die Aufenthaltsqualität. Sehr sinnvoll erscheint zudem die geplante öffentliche Velostation mit Platz für 200 Velos. Gleichzeitig bleiben die bestehenden 200 Autoparkplätze in den Untergeschossen erhalten, wobei ein Teil davon als Quartierparking mit mindestens 50 Plätzen umgenutzt werden soll.



Insgesamt überzeugt dieses Projekt durch seine Qualität, seine Nachhaltigkeit und seine sorgfältige Einbettung ins Quartier. Auch wir BRK-Mitglieder sahen keinen Anlass, Änderungen oder zusätzliche Bedingungen zu verlangen. Besonders positiv hervorzuheben ist der breite Mitwirkungsprozess und der Einbezug von Quartiervereinen, Kinder- und Jugendorganisationen sowie dem Gewerbe. Die Anliegen aus dieser Partizipation wurden aufgenommen und in die Projektentwicklung integriert.

Ich bitte Sie im Namen der Mitte-EVP-Fraktion, dem Ratschlag zuzustimmen.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Nächste Fraktionssprecherin ist Fina Girard für die GRÜNE/jgb.

Fina Girard (GRÜNE/jgb): Ich darf mich heute kurz halten. Es geht also doch. Qualitätsvolle Verdichtung im Bestand, ein sensibler Umgang mit Baukultur, die Umnutzung von Büroräumlichkeiten zu Wohnungen, es geht. Die Integration eines Quartierparkings mit Velostation in das Bauprojekt, von dem das ganze umliegende Quartier profitieren kann, es geht. Nachhaltigkeits- und Emissionsvorgaben in Bebauungspläne verankern, es geht. Ökologisch wertvolle Begrünung und Wasserspeicherung nach dem Schwammstadtprinzip mitten in der Stadt, es geht. Freiwillig als renditeorientiertes Unternehmen 30% preisgünstigen Wohnraum zur Verfügung stellen, auch das geht.

Der vorliegende Bebauungsplan zeigt, es ist möglich, in Basel zu bauen, auch mit ambitionierten Klimazielen, auch mit sozialer Verantwortung, aller Unkenrufe zum Trotz. Es freut uns deshalb, diesen Bebauungsplan nach kurzer und effizienter Beratung verabschieden zu dürfen. An dieser Stelle möchte ich im Namen der Fraktion GRÜNE/jgb den beteiligten Ämtern, der Verwaltung sowie den beteiligten Planungsbüros und der Eigentümerin unsere Wertschätzung für die vorbildliche Arbeit aussprechen. Jetzt gilt es, auch bei kommenden Projekten den Mut zu haben, dran zu bleiben, innovativ und verantwortungsvoll neue Wege für eine zukunftsfähige Stadtentwicklung zu beschreiten.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Nächste Fraktionssprecherin ist Brigitta Gerber für die Fraktion BastA.

Brigitta Gerber (BastA): Die Fraktion BastA stimmt dem Antrag der Kommission zu. Das Projekt passt gut in die Umgebung und scheint angepasst und nachhaltig geplant zu sein. Die Anliegen der Einsprechenden betreffend dem hinteren Teil des Hauses wurden sogar vertieft angeschaut von uns mit einer Begehung. Sie haben es gehört, und die Kommission kam zum Schluss, dass auch hier das Projekt mit Rücksicht auf die Bedürfnisse der Umgebung reagiert hat. Die Immobilienbesitzerin Seraina Invest verfolgt eine ganzheitliche Strategie, die ökologische, soziale und wirtschaftliche Verantwortung miteinander verbindet. Sie schreibt auch: Unser Ziel ist es, Immobilienprojekte vom ersten Spatenstich an nachhaltig zu entwickeln und den CO₂-Fussabdruck von Gebäuden über ihren gesamten Lebenszyklus hinweg zu minimieren.

Wir haben es gehört, Fina Girard ist ganz glücklich darüber, ich eigentlich auch, es ist nämlich sehr löblich. Aber wir können uns auch vorstellen von einem Zuger Anlagefonds, der unter diesem Motto in Basel baut und Rendite generieren will und das auch tut, dass unter sozialer Verantwortung zwecks Glaubwürdigkeit zum Beispiel, vielleicht auch noch mehr preisgünstiger Wohnanteil angeboten werden könnte. Es wäre super toll, mehr als nur die vorgeschriebene höhere Quote anzubieten. Man stelle sich vor, wer das nutzt, das sind auch junge Familien. Das Quartier braucht diese, das Quartier ist etwas überaltert.

In diesem Sinne aber, mit diesem Kommentar stimmt die Fraktion BastA diesem Projekt gerne zu.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Nächster Fraktionssprecher ist Ivo Balmer für die SP.

Ivo Balmer (SP): Auch ich stimme in diesen Kanon ein. Ich glaube, wir haben heute wirklich einen vielleicht neuen Best Case für Bebauungspläne von renditeorientierten Immobilienunternehmen vor uns. Ich glaube, es ist schon gut ausgeführt, welche Kriterien erfüllt sein müssen, damit das so schnell geht. Also eben, bauen kann auch schnell sein, mindestens die Planung. Das fällt jetzt auch nicht vom Himmel, diese Erkenntnis, das hat ja auch schon die ETH, die Spurguppe für Raumentwicklung und Stadtpolitik eigentlich schön ausgearbeitet. Es gibt drei zentrale Punkte. Es ist die Partizipation, es sind die ökologischen Rahmenbedingungen und es ist die soziale Flankierung. Und wenn man in diesen Bebauungsplan schaut, dann sieht man die wunderbar erfüllt. Und einfach so, ohne dass das irgendwie in einem Gezänke und Gestänkere irgendwie hier hin- und hergehen soll. Und ich glaube, Fina Girard hat es auf den Punkt gebracht, es geht und wir wissen und ich hoffe auch, dass die, die zuhören, jetzt sehen, wie das im Kanton Basel-Stadt eben geht. Es geht.

Ja, und ich darf Ihnen deshalb, und jetzt hören Sie zu, im Namen der SP und der GLP die Zustimmung zu diesem Bebauungsplan empfehlen. Es geht.



Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Nächste Fraktionssprecherin ist Silvia Schweizer für die FDP.

Silvia Schweizer (FDP): Im Namen der FDP-Fraktion spreche ich mich klar für die Festsetzung des Bebauungsplans für das Areal Aeschenplatz 6 aus. Dieses Projekt zeigt überzeugend, wie eine qualitätsvolle und zukunftsgerichtete Innenentwicklung gelingen kann. Der Bebauungsplan ermöglicht eine angemessene Verdichtung an zentraler Lage, stärkt den Wirtschaftsstandort Basel und trägt zu einer attraktiven städtebaulichen Weiterentwicklung bei. Besonders positiv werten wir die sorgfältige architektonische Einbettung in das bestehende Umfeld.

Und doch noch ein kleiner Kritikpunkt, der sich eher an die Regierungsrätin richtet, weil wir bisher ja nur Positives gehört haben. Ein Aspekt, den wir zwar grundsätzlich unterstützen, ist die vorgesehene Lösung im Bereich Parkieren. Die Nutzung eines Teils der bestehenden unterirdischen Parkplätze als Quartierparking schafft eine sinnvolle Ergänzung, insbesondere im Hinblick auf die geplante Anpassung im öffentlichen Strassenraum, etwa dass alle Parkplätze entlang der St. Alban-Anlage abgebaut werden. Ein ausgewogener Ausgleich zwischen der Aufwertung des öffentlichen Raums und den Bedürfnissen von Anwohnenden und Gewerbe kann jedoch nur erreicht werden, wenn bei der konkreten Ausgestaltung auch die Bedürfnisse verschiedener Nutzergruppen ausreichend berücksichtigt werden. Für ältere Anwohnerinnen und Anwohner, junge Familien sowie insbesondere für das lokale Gewerbe sind lange Wege und unterirdische Parkplätze eine erhebliche Belastung. Gehdistancen bis zu 15 Minuten sind in vielen Fällen schlicht nicht praktikabel. Entsprechend braucht es ergänzende, wohn- und nutzungsnaher Lösungen, die eine alltagstaugliche Erreichbarkeit sicherstellen und die Funktionsfähigkeit des Quartiers insgesamt erhalten.

Für die FDP ist dennoch klar, wir brauchen Investitionen, Entwicklungen und Planungssicherheit. Dieser Bebauungsplan liefert genau das. Wir bitten Sie deshalb, dem Bebauungsplan zuzustimmen.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Die Regierungsrätin verzichtet auf ein Votum, ebenso die Kommissionssprecherin. Wir kommen damit zur Detailberatung des Grossratsbeschlusses und zur Schlussabstimmung.

Abstimmung

Frage

JA heisst ... , NEIN heisst

Ergebnis der Abstimmung

84 Ja, 0 Nein, 0 Enthaltungen. [Abstimmung # 0008901, 06.05.26 11:23:08]

Der Grosse Rat beschliesst

...

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Sie haben mit 84 Ja-Stimmen, keiner Nein-Stimme und auch keiner Enthaltung dem Grossratsbeschluss zugestimmt.

10. Ausgabenbewilligung für eine Finanzhilfe in Form eines Investitionsbeitrags zum Umbau und zur Sanierung unter Erhalt des historischen Charakters der Liegenschaft St. Johannis-Vorstadt 48, Ausgabenbericht des RR

[06.05.26 11:23:20, 26.0190.01]



Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Die Bau- und Raumplanungskommission beantragt, der Beschlussvorlage zuzustimmen. Das Wort hat die Kommissionssprecherin für die BRK Salome Bessenich.

Salome Bessenich (SP): Mit dem vorliegenden Geschäft soll ein Investitionsbeitrag zum Umbau und der Sanierung der Liegenschaft an der St. Johannis-Vorstadt 48 in der Höhe von 860'000 Franken bewilligt werden. Die meisten von Ihnen kennen das Gebäude wohl aufgrund des Restaurants Chez Donati, das dort seit dem Jahr 1950 Gäste bewirbt.

Das markante Gebäude am Grossbasler Brückenkopf der Johanniterbrücke steht seit November 2024 unter kantonalem Denkmalschutz. Das Gebäude wurde im Jahr 1900 als Wohnhaus mit Gaststätte nach Plänen des Basler Architekturbüros Pfrunder und Hammerer fertiggestellt, 18 Jahre nach dem Bau der ersten Johanniterbrücke. Das Gebäude mit späthistorischer Sandstein- und Putzfassade tritt auch durch die Ecklage am Brückenkopf von allen Seiten her prägnant in Erscheinung und ist nicht nur architektonisch, sondern auch städtebaulich von hoher Bedeutung. Dabei ist das Gebäude nicht nur in der Aussenerscheinung, sondern auch im Inneren gut erhalten. Sowohl der Speisesaal des Restaurants wie auch das Treppenhaus und die Wohnungen selbst weisen eine reichhaltige bauzeitliche Innenausstattung auf.

Im Rahmen einer Gesamtsanierung sollen nun das ganze Gebäude, die Restaurantinfrastruktur wie auch die Wohnungen unter Erhalt des historischen Charakters erneuert werden. Im Innern werden zeitgemässe Anpassungen unter Wahrung historischer Bauteile und Baumaterialien umgesetzt, unter anderem wird etwa das Treppenhaus zu grossen Teilen original erhalten. Dafür beantragt der Regierungsrat einen Investitionsbeitrag in der Höhe von 860'000 Franken. Für weitere Details sei hier auf den Bericht der Regierung verwiesen.

Die BRK hat das Geschäft in einer Sitzung beraten und sich den Sachverhalt von Seiten zweier Vertretungen der kantonalen Denkmalpflege erläutern lassen. Im Zuge der Beratung ging die Denkmalpflege zudem vertieft auf die Berechnungsweise der Subventionen anhand des Beispiels der Fenster ein. Die Denkmalpflege führte die Kommission mit umfangreichem Bilddossier durch das Gebäude und erläuterte die wesentlichen Elemente der jeweiligen Räume sowie die geplanten baulichen Massnahmen, um einen vertieften Eindruck des Gebäudes zu erhalten.

Die Gebäudesanierung hat bereits begonnen, die kantonale Denkmalpflege führte aber aus, dass die bisher getätigten Arbeiten nicht Bestandteil des Schutzvertrags mit dem Kanton seien, sondern etwa Rückbauarbeiten im Bereich der unteren Geschosse und der Küche des Restaurants betreffen. Zudem werden eine nicht subventionsberechtigten Erdbebenertüchtigung sowie Schall- und Brandschutzmassnahmen umgesetzt. Subventionsberechtigt sind nur Bauteile und Oberflächen, die dem Erhalt des historischen und gestalterisch wertvollen Erscheinungsbilds dienen. Der Grossteil der Subventionen fliesse denn auch in die Aussenerscheinung der Liegenschaft und komme somit auch der Öffentlichkeit zugute. Eine grosse Anzahl an Fenstern etwa seien irgendwann erneuert worden und sollen nun wieder durch historisch angemessene Fenster ersetzt werden. Die subventionsberechtigten Kosten belaufen sich auf rund 4 Mio. Franken, was nur einem Bruchteil der Gesamtinvestitionen der Eigentümerschaft vor Ort entspricht. Der Investitionsbeitrag von 860'000 Franken entspricht rund 21% der beitragsrelevanten Kosten.

Für die Kommission stellte sich unabhängig vom konkreten vorliegenden Gesuch die Frage nach der Bearbeitungszeit von Denkmalsubventionsgesuchen, da es in jüngster Vergangenheit vermehrt zu Verzögerungen kam. Laut Aussage der Denkmalpflege lag dies insbesondere an einem personellen Engpass aufgrund eines Krankheitsausfalls. Unabhängig davon befindet sich die Denkmalpflege gemeinsam mit dem Finanzdepartement aktuell in einem Prozess zur Erörterung allgemeiner Effizienzsteigerungen bei der Bearbeitung von Denkmalsubventionsgesuchen. Man arbeite nun seit 15 Jahren nach dem aktuellen Verfahren und prüfe alle Denkmalsubventionsgesuche gleich, auch jene, die unter dem Schwellenwert von 300'000 Franken liegen, also direkt über die Denkmalsubvention bewilligt werden und nicht durch den Grossen Rat.

Nach diesem Verfahren werden aktuell rund 170 Gesuche im Jahr bearbeitet und ebenso viele jedes Jahr abgerechnet, was ein erheblicher Aufwand sei, da die Prüfung sehr detailliert erfolge. So werde jede einzelne bauliche Massnahme auf ihre denkmalpflegerische Relevanz überprüft und anschliessend in eine Subventionskategorie nach denkmalpflegerischem Aufwand eingeteilt. Massnahmen mit geringem Aufwand etwa werden zu 10% subventioniert, Massnahmen mit sehr grossem Aufwand mit 40%. Für Gebäude unter Denkmalschutz gibt es zudem einen Zuschlag von 5% auf jede Position. Unter erstere Kategorie mit 10% Subventionen fallen bei Fenstern etwa neue Isolierglas-Holzfenster, unter letztere Kategorie mit 40% Subventionen würde etwa der Nachbau alter Vorfenster oder eine neue Bleiverglasung fallen. So wird bei jedem Gesuch jedes einzelne Fenster überprüft und gemäss dem Katalog der Denkmalsubventionen einer Kategorie zugeteilt, dasselbe für jede einzelne weitere geplante bauliche Massnahme, jeden Fenstersims, jeden Bodenbelag, jeden Farbanstrich, jede Armatur und so weiter.

Die BRK war der Denkmalpflege sehr dankbar für die detaillierten Erläuterungen zum Prüfungsprozess und brachte deutlich zum Ausdruck, dass sie eine Vereinfachung des Subventionsprüfungsverfahrens unterstütze, auch wenn dadurch in Zukunft nicht mehr jede Massnahme so präzise wie heute überprüft werden würde. Es scheint der Kommission sowohl im Sinne der Behörde wie auch im Sinne der Bauherrschaften zu sein, wenn diese Prozesse vereinfacht werden könnten und die



bestehenden Ressourcenseiten Denkmalpflege wieder vermehrt für Beratungen statt für die Kontrolle von Offerten eingesetzt werden können. In der Kommissionsberatung wurde ausserdem ganz grundsätzlich in Frage gestellt, ob die Höhe der Denkmalsubventionen angemessen sei, da diese laut Aussage der Denkmalpflege die Mehrkosten, die durch die Auflagen der Denkmalpflege entstehen, nicht decken würden. Auf Rückfrage wies die Denkmalpflege jedoch darauf hin, dass die Höhe der Subventionen seitens Bauherrschaften bislang kein Kritikpunkt gewesen sei und sich auch im schweizweiten Vergleich im Rahmen der üblichen Subventionierung denkmalpflegerischen Massnahmen befinde. Wichtiger sei die fundierte Beratungstätigkeit und die gute Zusammenarbeit zwischen Denkmalpflege und Bauherrschaften.

Da die Themen der Subventionshöhe und die Bearbeitungsdauer übergeordnete Fragestellungen zu den Denkmalsubventionen betreffen und nicht die Liegenschaft an der St. Johannis-Vorstadt, um die es in diesem Geschäft konkret geht, entschied sich die BRK, diese Aspekte im Hinblick auf die anstehende nächste Rahmenausgabenbewilligung für Denkmalsubventionen zu vertagen und dort zu vertiefen. So sollte nicht zuletzt auch eine Verzögerung bei den Bauarbeiten am Gebäude des Donati selbst vermieden werden. Die Kommission beantragt dem Grossen Rat daher einstimmig mit 12 Stimmen, der Ausgabenbewilligung zuzustimmen.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Das Wort geht an Regierungsrätin Esther Keller.

RR Esther Keller, Vorsteherin BVD: Vielen Dank für diesen sorgfältigen Bericht durch die Kommissionssprecherin. Ich kann nur beipflichten, es deckt sich mit meinen Beobachtungen, dass der Prozess heute sehr aufwendig ist. Das ist auf der einen Seite richtig, weil es natürlich um die Ausbezahlung auch von Steuergeldern geht an Private, das heisst, wir müssen natürlich nachvollziehen können, dass dieses Geld gerechtfertigt und für die richtigen Arbeiten und Materialien auch gesprochen wird. Auf der anderen Seite kann es nicht sein, dass dieser Prozess unendlich lange geht und fast teurer ist, sage ich jetzt mal, als das Geld, das wir dann ausbezahlen. Also da gilt es noch eine Balance zu finden und mein Auftrag ist ganz klar, dass man diesen Prozess vereinfacht und damit auch beschleunigt. Denn es ist auch wichtig, dass die Bauherrschaft dann irgendwann Klarheit hat, ob man Gelder bekommt, wie hoch diese Summe ist. Deshalb an dieser Stelle auch nochmals vielen herzlichen Dank an die Kommission für die Beratung, für die kritischen Rückfragen, aber auch für das Tempo, das sie hier vorgelegt hat und den mündlichen Bericht heute hier im Parlament. Der Regierungsrat bittet Sie auch, diesem Ausgabenbericht zuzustimmen.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Ich habe keine weiteren Sprechenden eingetragen. Eintreten wurde nicht bestritten, Rückweisung nicht beantragt. Wir kommen damit zur Detailberatung und zur Schlussabstimmung.

Abstimmung

Frage

JA heisst ... , NEIN heisst

Ergebnis der Abstimmung

89 Ja, 0 Nein, 0 Enthaltungen. [Abstimmung # 0008903, 06.05.26 11:33:29]

Der Grosse Rat beschliesst

...

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Sie haben dem Grossratsbeschluss mit 89 Ja-Stimmen, keiner Nein-Stimme und keiner Enthaltung zugestimmt.



11. Petition P472 "Kumm guet haim! - Für ein sicheres Basel", Bericht der PetKo

[06.05.26 11:33:44, 23.5554.02]

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Die Petitionskommission beantragt, die Petition als erledigt zu erklären. Für die Kommission das Wort hat Heidi Mück.

Heidi Mück (BastA): Die Petition «Kumm guet haim! – Für ein sicheres Basel» beklagt eine beunruhigende Zunahme von Gewalt- und Sexualdelikten im öffentlichen Raum und verlangt entscheidende Schritte, um diesen Raum wieder sicherer zu gestalten. Als Lösungsvorschlag wird eine Videoüberwachung sämtlicher Kriminalitätshotspots, eine bessere Beleuchtung von Unterführungen und Passagen, der bessere Schutz der Landesgrenzen und die konsequente Bestrafung von Tätern sowie die Ausweisung krimineller Ausländer genannt. Die Petition wurde der Petitionskommission Ende 2023 überwiesen. Da die Petentschaft zum damaligen Zeitpunkt noch am Sammeln weiterer Unterschriften war, hat die Petitionskommission sie zurückgestellt und erst Ende Januar 2026 behandelt.

Im Rahmen eines Hearings wurden zwei Vertreterinnen der Petentschaft und als Vertreter:innen der Kantonspolizei die Leiterin Hauptabteilung Prävention, der Leiter Hauptabteilung Planung und Einsatz sowie der Leiter Abteilung Vollzug des Migrationsamts angehört. Die beiden Vertreterinnen der Petentschaft erläuterten, dass ihre Petition sich allgemein gegen das unsichere Nachhausekommen, gegen immer mehr Gewalt- und Sexualdelikte und gegen die immer schlechtere Sicherheitslage richte. Um diese von ihnen konstatierten Missstände zu beheben brauche es, wie in der Petition erwähnt, die Videoüberwachung der stadtbekannten Brennpunkte, die bessere Beleuchtung von Unterführungen und Passagen, den besseren Schutz der Landesgrenzen und die konsequente Bestrafung der Täter und Ausweisung krimineller Ausländer.

Die Vertretung der Verwaltung erläuterte, dass in den letzten zwei Jahren sehr viel in Bezug auf Prävention gemacht wurde. So seien jährlich mehrere Schwerpunktaktionen zur Reduktion von Gewalt-, Vermögens- und Betäubungsmitteldelikten durchgeführt worden. Diese Aktionen konzentrierten sich auf die Hotspots im unteren Kleinbasel, das Rheinbord, die Dreirosenanlage und das Umfeld des Bahnhofs SBB. Dadurch konnten Aufwärtstrends bei den Delikten gebrochen und eine Reduktion der Meldungen erreicht werden. Die Aktionen führten zu zahlreichen Festnahmen und trugen erheblich zur Sicherheit in Basel bei. Die Videoüberwachung als Begleitmassnahme zu den Schwerpunktaktionen auf der Dreirosenanlage könne als Erfolg gewertet werden. Die AG «LUX», bestehend aus Vertretern der IWB und der Kantonspolizei, tausche sich regelmässig über mögliche Standorte für eine Beleuchtungsoptimierung aus. Die Beleuchtung auf der Dreirosenanlage und an der Kaserne sowie auf dem Matthäusplatz sei optimiert worden.

In enger Zusammenarbeit mit einem Netzwerk aus Fachstellen, Clubs, Bars und Buvetten seien verschiedene Präventionskampagnen durchgeführt worden. Deeskalierend wirke auch die Jugend- und Präventionspolizei, welche aufsuchende Jugendpatrouillen durchführt und eigene Präventionskampagnen führt. Zudem gäbe es auch das Community Policing, das eine niederschwellige Anlaufstelle für Bürger:innen zu Fragen der Sicherheit bieten soll. Auf der Dreirosenmatte seien die Ranger präsent und am Rheinbord seien die Vermittler:innen von Relax im Einsatz.

Interessant waren die Ausführungen betreffend die wissenschaftlichen Erkenntnisse zu den geforderten Massnahmen. So zeigen verschiedene Studien, dass bessere Beleuchtung nicht unbedingt zu einer Verbesserung der Sicherheitslage führt und dass die Videoüberwachung als alleinige Massnahme keinen positiven Effekt auf die Gewaltkriminalität hat.

Als letztes gab der Vertreter des Migrationsamtes einen Überblick über die Aufgaben dieses Amtes und über die Abläufe bei Landesverweisen oder Ausschaffungen von Straftätern. Das Ziel des Migrationsamts sei, dass Personen mit einer gerichtlichen Landesverweisung konsequent kontrolliert ausreisen, was aber nicht immer direkt umsetzbar sei, weil Reisedokumente fehlten. Deshalb bemühe sich das Migrationsamt frühzeitig um Identifikation und Papierbeschaffung. In Fällen, in denen jemand nach Haftende nicht kontrolliert ausreisen kann, werde eine ausländerrechtliche Haft geprüft und verfügt.

In der PetKo war das Anliegen der Petition an sich nicht bestritten und die Kommission war sich auch einig, dass der Wunsch nach einem grösseren Sicherheitsgefühl im öffentlichen Raum ernst genommen werden muss. Wie mit den Forderungen der Petition umzugehen sei, wurde jedoch sehr unterschiedlich beurteilt. Ein Teil der Kommission interessiert sich für die Auswirkungen der vorgestellten Massnahmen auf das subjektive Sicherheitsempfinden der Bevölkerung und wünscht sich eine Stellungnahme der Regierung, wie sie zum Thema Sicherheit, Beleuchtung und Videoüberwachung steht. Ein weiterer Teil möchte die Petition der Regierung zur abschliessenden Behandlung und Erfüllung der Forderungen überweisen.

Ein dritter Teil der Kommission beurteilt einige Formulierungen im Petitionstext kritisch, da sie mit Stereotypen arbeiten und den Eindruck erwecken, dass es der Petentschaft vor allem darum ging, eine Grundsatzdiskussion über die Migrationspolitik zu lancieren. Dieser Teil der Kommission wehrt sich gegen pauschale Vorverurteilungen und plädiert dafür, die Situation differenziert zu betrachten. Die Forderung, dass alle Bewohner:innen von Basel-Stadt sich sicher fühlen können, darf nicht zu



einer verallgemeinernden Ausländerdebatte genutzt werden. Die von der Verwaltung vorgebrachten Massnahmen sind nach Meinung dieses Teils der Kommission ausreichend.

Der berechtigte Wunsch nach Sicherheit muss fundiert angegangen werden, diese Petition bietet nach Meinung einer knappen Mehrheit der Kommission jedoch nicht den richtigen Rahmen dafür. Die Kommission spricht sich deshalb mehrheitlich dafür aus, die Petition «Kumm guet haim! - Für ein sicheres Basel» als erledigt zu erklären.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Als erster Fraktionssprecher eingetragen hat sich David Jenny für die FDP.

David Jenny (FDP): Ich stelle den Antrag, die Petition dem Regierungsrat zur abschliessenden Behandlung zu überweisen. Sie mögen erstaunt sein, denn ich bin eigentlich ein Freund der Erledigterklärung von Petitionen, aber ich stelle fest, dass das ja nicht der Praxis der Petitionskommission entspricht.

Ich kann hier auch ohne angezogene Handbremse sprechen. Die FDP ist nicht vertreten in der Petitionskommission und wir haben auch keinen Bezug zu den Petitionär:innen. Aber ich bin doch erstaunt, das wurde jetzt vom ausgewogenen Bericht der Präsidentin nicht gesagt, die Petitionskommission beantragt mit 4 zu 3 Stimmen – und wenn ich das zusammenzähle, dann komme ich auf sieben und wir haben ja vor nicht allzu langer Zeit beschlossen, die Petitionskommission auf 13 Mitglieder zu erhöhen. Also sechs Mitglieder der Petitionskommission haben es nicht für nötig gehalten – ich sage es deutlich –, sich an dieser Abstimmung zu beteiligen. Und ich stelle auch fest, P493 war 7 zu 0, P491 9 zu 0 und dann P487 4 zu 4. Es hat also Tradition in der Petitionskommission, dass die Beteiligung an Schlussabstimmungen unter 10 Mitgliedern ist. Ich glaube, das ist ein relativ beispielloser Vorgang, wenn man es mit anderen Kommissionen vergleicht. Ich glaube, da haben wir selten eine nicht zweistellige Teilnahme an Schlussabstimmungen in der Kommission. Das ist schon sehr erstaunlich.

Ich glaube, es ist ein gewisser Bias, dass eher aus nicht linken Kreisen stammende Petitionen von der Petitionskommission selbst als erledigt eingestuft oder vorgeschlagen werden. Ich habe das jetzt nicht sozialwissenschaftlich nachgeprüft, aber mein subjektives Gefühl sagt, das sei so und subjektive Sicherheitsgefühle wollen wir ja immer ernst nehmen. Und aus diesen Gründen bitte ich Sie, dieses demokratisch sehr schlecht legitimierte Resultat der Petitionskommission umzustürzen und diese völlig ergebnisoffen dem Regierungsrat zu überweisen.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Nächste Fraktionssprecherin für die BastA ist Franziska Stier.

Franziska Stier (BastA): Wir von BastA empfehlen, die Petition als erledigt zu erklären. Die grösste Bedrohung für uns Frauen liegt statistisch nicht auf dem Claraplatz, sie liegt im privaten Raum oder besser gesagt, sie sitzt in ihrer Wohnung. Und die aktuellen Entwicklungen in diesem Bereich sind mehr als besorgniserregend. Gleichzeitig gilt, Statistik ersetzt nicht das individuelle Leben und auch nicht das individuelle Erleben. Das Sicherheitsempfinden ganz besonders von Frauen und genderqueeren Menschen ist real und es ist politisch relevant, genauso übrigens auch das Sicherheitsempfinden von Menschen mit Suchtproblemen oder von People of Color. Sicherheit ist eben immer auch eine Frage von Wahrnehmung, von Zugehörigkeit und von sozialer Lage.

Das Kernproblem in der Gewalt, vor allem gegen Frauen, ist nicht Migration, es sind Männer und es sind patriarchale Gewaltstrukturen. Ich habe mich noch nie wegen einer Sexarbeiterin oder einer Gruppe betrunkenen Frauen unwohl gefühlt. Ich habe noch nie Angst empfunden, wenn ich hinter mir nachts Stöckelschuhe habe klacken hören. Die Petition verspricht mehr Sicherheit, liefert aber nur Symbolpolitik, mehr Videoüberwachung, mehr Abschiebung, mehr geschlossene Grenzen. Das klingt entschlossen, aber es löst die Probleme nicht.

Gerade Videoüberwachung zeigt in der Forschung klare Grenzen auf und hilft in Kombination mit anderen Massnahmen nicht. Sie wirkt kaum gegen Gewaltkriminalität, sie verhindert keine spontanen Taten unter Alkohol oder in Konfliktsituationen und sie ist wirkungslos bei komplexen sozialen Problemen wie Armut, Sucht oder konflikthaften Milieus. Auch die Forderung nach Abschiebung ist absurd. Zum einen – wohin schieben wir kriminelle Schweizer ab, und zum anderen verschiebt sie die Gewalt nur, sie verhindert sie nicht. Das Problem wird exportiert, nicht gelöst. Die Frauen verschwinden aus unserer Statistik, aber nicht aus der Realität.

Was diese Petition ausblendet, sind die eigentlichen Hebel für mehr Sicherheit, präventive Arbeit, Armutsbekämpfung, niederschwellige Unterstützung, Schutzstrukturen für Betroffene und ein konsequentes Vorgehen gegen geschlechtsspezifische Gewalt. Sicherheit entsteht nicht durch mehr Kameras, sondern durch mehr soziale Stabilität, nicht durch Abschottung, sondern durch wirksame Prävention und Unterstützung. Diese Petition trägt dazu nichts Substanzielles bei. Im Gegenteil, sie lenkt von den tatsächlichen Ursachen ab und verengt die Debatte auf falsche Sündenböcke. Deshalb ist es unserer Meinung nach wichtig, sie als erledigt zu erklären.



Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Nächster Fraktionssprecher ist Mahmoud Ismail für die SP.

Ismail Mahmoud (SP): Die Petition nimmt ein enorm wichtiges Thema auf und sie benennt es auch gleich richtig. Es sollte und darf nicht sein, dass sich Menschen im öffentlichen Raum, insbesondere Frauen, unsicher fühlen. Hier war sich die PetKo einig und ich hoffe wirklich, dass wir uns hier drin auch alle einig sind. Das Problem wird benannt und das Anliegen wird ernst genommen. Die Petentschaft will es aufnehmen und angehen, das ist löblich. Sie will aber auch eine ideologisch geführte Debatte führen, und das hilft wirklich niemandem.

Bei dieser Petition und auch bei der nächsten werde ich Ihnen nochmal in Erinnerung rufen, wie die Petitionskommission arbeitet und was die Möglichkeiten sind. Wir haben den Wortlaut der Petition, dann kommt es zum Austausch in der Sitzung, dort können sich Verwaltung, Petentschaft und Petitionskommission austauschen, auch ein wenig diskutieren und danach hat die Petitionskommission die Möglichkeit, das angestossene Thema zu würdigen und zu beurteilen. Und dann schauen wir, wie wir damit umgehen. Und da gibt es nur drei Möglichkeiten, erledigen, abschliessende Behandlung beim Regierungsrat oder noch zusätzliche Fragen stellen und eine Stellungnahme vom Regierungsrat erfragen.

Und wie wir uns da entscheiden, kommt ganz fest darauf an, welche Antworten wir von der Verwaltung bekommen. Das ist der entscheidende Punkt. Wir haben die Petition, wir haben den Wortlaut, wir wissen, was das Anliegen ist und wir wollen hören, was in der Verwaltung gemacht wird. Und hier wurde uns gesagt, dass es schon mehrere repressive und präventive Massnahmen gebe, es wurde uns auch gut aufgezeigt, was die Hürden und Fragen sind, zum Beispiel eben, dass keine Studie beweise, dass eine Videoüberwachung einen positiven Effekt bringe. Es wurde uns auch gesagt, dass die Beleuchtung zwar das subjektive Sicherheitsgefühl erhöhe, aber dadurch, dass dieser Ort dann mehr genutzt würde, kommt es zu mehr Delikten. Das war etwas, das uns als Petitionskommission nicht klar war und das zeigt uns, dass die Verwaltung sich mit diesem Thema vertieft auseinandergesetzt hat.

Und genau diese Antworten, diese genannten Massnahmen, diese Fragen haben der Mehrheit der Petitionskommission gezeigt, dass das Thema bei der Verwaltung angekommen ist, dass es ernst genommen wird und dass, obwohl gesamtgesellschaftlich offenkundig immer noch viel Potenzial besteht, schon viel gemacht wird. Und deshalb ist es in der Logik der Petitionskommission nur folgerichtig – und das hat nichts mit politischer Ausrichtung zu tun, David Jenny –, dass diese Petition als erledigt wird.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Es gibt noch eine Zwischenfrage von David Jenny. Sie wird entgegengenommen.

David Jenny (FDP): Wenn es nichts mit politischer Ausrichtung zu tun hat, warum war dann das Ergebnis 4 zu 3?

Ismail Mahmoud (SP): Weil die Sitzung schlecht besucht war.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Nächster Fraktionssprecher ist Jérôme Thiriet für die GRÜNE/jgb.

Jérôme Thiriet (GRÜNE/jgb): Die Fraktion GRÜNE/jgb lehnt die Petition ab respektive unterstützt den Antrag, diese als erledigt zu erklären. Auch uns ist es ganz wichtig und klar, dass das Sicherheitsgefühl der Bevölkerung ernst genommen werden muss. Wenn Menschen sich nachts unsicher fühlen und insbesondere Frauen und junge Leute sich nachts nicht mehr auf die Strasse wagen, dann ist das ein reales Problem. Die Sicherheit im öffentlichen Raum ist für uns auch ein zentrales Anliegen.

Aber gerade deshalb braucht man in diesem Bereich eine sachliche und wirksame Sicherheitspolitik und keine Politik von Vereinfachungen oder pauschalen Schuldzuweisungen, wie wir es in dieser vorliegenden Petition finden. Die Anhörungen in der Kommission, Ismail Mahmoud hat es schon gesagt, haben klar gezeigt, dass heute schon viel gemacht wird in diesem Bereich, auch seit die Petition eingereicht worden ist vor knapp zwei Jahren. Es gibt mehr Präventionsarbeit, Schwerpunktaktionen der Polizei, eine bessere Zusammenarbeit zwischen Polizei, Sozialarbeit und Quartierakteurinnen und -akteuren, Optimierungen bei den Beleuchtungen an sensiblen Orten sowie gezielte Videoüberwachungen dort, wo es eben wirklich nötig ist. Wir sehen also, es wird seitens des Sicherheitsdepartements und auch departementsübergreifend viel gemacht. Die Fachpersonen in der Kommission haben ganz klar gesagt, dass es keine einfachen Antworten gibt auf die



Probleme, dass mehr Licht nicht unbedingt zu mehr Sicherheit führen muss und dass auch Videoüberwachung allein nicht zur Gewaltreduktion beiträgt.

Und was wir natürlich an dieser Petition auch kritisch sehen, ist die ganz stark politisch gefärbte Formulierung mit pauschalen Bildern über Ausländerinnen und Ausländer. Die Formulierung Asylanten wird gebraucht und genau davor hat ja auch der Kommissionsbericht gewarnt. Für uns Grüne ist darum klar, die Sicherheit entsteht nicht durch Generalverdacht gegen einzelne Bevölkerungsgruppen. Sicherheit entsteht für uns durch gute Prävention, funktionierende Integration, soziale Stabilität und eine Polizei, die gezielt und professionell arbeitet, was sie aus unserer Sicht auch macht. Die Petition liefert dafür keinen konstruktiven Beitrag. Viele der Forderungen sind schon in Umsetzung. In anderen Punkten bleibt sie wahnsinnig allgemein und zielt vor allem auf eine symbolische Debatte ab.

Darum unterstützen wir den Antrag der Kommission und erklären die Petition als erledigt. Und wenn David Jenny nicht einverstanden ist, wie in der Petitionskommission gearbeitet wird, empfehlen wir der Fraktion FDP, bei der nächsten Sitzverteilung auch wieder jemanden in die Kommission zu schicken, damit man das eventuell ändern kann.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Nächste Fraktionssprecherin ist Laetitia Block für die SVP.

Laetitia Block (SVP): Als junge Frau bin ich es gewöhnt, nach dem Ausgang von Kollegen nach Hause gebracht zu werden, einen Uber zu nehmen, weil ich dort die Route kenne und jede Auffälligkeit wie ein Abweichen von der Route oder ein unplangemässes Anhalten in der App zu einem Alarm führt. Ich bin es gewöhnt, meinen Standort zu teilen, Bescheid zu geben, sobald ich zu Hause bin und bestimmte Orte in der Stadt auf dem Heimweg zu meiden. Der Heimweg nach dem Ausgang verkommt für junge Frauen, aber auch für alle anderen immer mehr zu einem Spiessroutenlauf. Junge Frauen haben Angst und entscheiden sich immer wieder oder immer mehr auch deshalb dazu, gar nicht mehr auszugehen. Das muss ein Ende haben. Nach dem Wochenende in den Zeitungen von Raubüberfällen und Vergewaltigungen zu lesen, ist ja schon Normalität. Es gibt keinen Aufschrei mehr. Das sollte es aber. Wollen wir diese neue Normalität einfach akzeptieren? Ich möchte es nicht.

Viele von Ihnen möchten die Petition als erledigt erklären. Sie wollen keine Ausländerdebatte. Doch dass die Ausländer und Asylanten, und ja, ich benutze die männliche Form, weil die Männer in der Statistik übervertreten sind, bei den Straftaten und insbesondere bei den Sexualdelikten in der Statistik im Verhältnis zu ihrer Anzahl massiv übervertreten sind, ist ein Fakt. Schauen Sie sich die Statistiken an. Das hat nichts mit den Petenten zu tun. Das ist nicht eine Meinung, es ist ein Fakt, der sich in den Statistiken zeigt. Und auch bei den Delikten zu Hause, Franziska Stier, auch dort sind die Ausländer massiv übervertreten in der Statistik.

Das ist besorgniserregend und es sollte uns alle hier drin aufrütteln. Basel-Stadt ist mit Abstand der kriminellste Kanton und wir sind mit Abstand die kriminellste Stadt. Die Regierung macht also ganz offensichtlich noch nicht genug für die Sicherheit in Basel und für die Bürger in Basel, sonst sähe die Statistik anders aus. Es braucht jetzt Massnahmen. Ja, es wird vielleicht schon etwas gemacht, aber es reicht nicht. Und genau das fordert diese Petition. Sie fordert mehr Licht, Videoüberwachung an Hotspots, Schutz der Grenzen und eine konsequente Bestrafung und Ausweisung von ausländischen Tätern.

Die konsequente Bestrafung und Ausweisung von Tätern ist eine Selbstverständlichkeit, das ist die Umsetzung der Rechtsordnung, die wir haben. Und auch die anderen Massnahmen wie die Videoüberwachung, das wirkt, das haben wir gesehen. Schwerpunktaktionen der Polizei konnten die Meldungen auf der Dreirosenanlage, wie es im Bericht der Petitionskommission heisst, von 283 auf 138 Meldungen im gleichen Zeitraum im Folgejahr reduzieren. Kontrollen wirken, und das Gleiche gilt bei der Videoüberwachung auf der Dreirosenanlage. Während wir dort diese Videoüberwachung hatten, hatten wir viel weniger Probleme.

Und schliesslich noch zum Thema Grenzschutz. Auch dieser wirkt, man sieht es, auf der ganzen Welt und auch in der EU führt ein Land nach dem anderen Grenzkontrollen wieder ein. Deutschland, Frankreich, Italien, sie wirken, sonst würden die Länder diese Massnahme nicht ergreifen. Und Beat Jans hätte als Basler es hier in der Hand, uns besser zu schützen und er tut es nicht.

Die Mehrheit der Petitionskommission und voraussichtlich leider auch hier in diesem Parlament will die Petition erledigt erklären, obwohl es diese klaren Fakten gibt. Die Petition fordert etwas Selbstverständliches, nämlich dass wir alle vom Staat geschützt werden, dass Sicherheit gewährleistet wird. Dass man hier eine Petition unter diesen Umständen einfach als erledigt erklären möchte, macht mich eigentlich ein Stück weit auch traurig, insbesondere auch die Frauen in diesem Saal. Dass man hier lieber diese Fakten, nicht Meinungen, Fakten totschweigt und ein Problem negiert, statt die Hilferufe der Bevölkerung ernst zu nehmen, liebe Kollegen und vor allem auch Kolleginnen hier im Saal. Jede von uns weiss, wie es ist, sich auf dem Heimweg unsicher zu fühlen und genau deshalb ist es wichtig, dass wir hier nun ein Zeichen setzen und diese Petition dem Regierungsrat geben. Wenn es ja so ist, wie Sie sagen, dass da ja schon viel gemacht wird und man ja schon



darum handelt, dann sehen Sie es als eine Erinnerung an den Regierungsrat, eine Aufforderung, hier seiner Pflicht nachzukommen und noch mehr für die Sicherheit von Ihnen und mir zu tun. Das ist wirklich nicht zu viel verlangt.

Ich bitte Sie also, schreien Sie nicht immer «Femizide», ohne das offensichtliche Problem der Herkunft dieser Täter zu benennen, schreien Sie nicht immer «nur Ja ist Ja» und verhindern Sie ein schärferes Sexualstrafrecht und tun Sie nicht so, als wäre man als junge Frau hier in Basel sicher auf dem Heimweg. Wir als SVP werden uns auch weiterhin für die Sicherheit hier in Basel, und zwar von allen, einsetzen für die Bevölkerung. Wir bitten Sie, diese Petition hier dem Regierungsrat zu überweisen.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Ich habe keine Fraktions- oder Einzelsprechenden mehr eingetragen. Das Wort geht an die Kommissionspräsidentin Heidi Mück.

Heidi Mück (BastA): Sie sehen, genau diese Diskussion, die hier geführt wurde, haben wir auch in der Petitionskommission geführt, und eine knappe Mehrheit war eben der Ansicht, dass die Lösungen, die von dieser Petition gefordert wurden, nicht zielführend sind. Wir haben es gehört am Beispiel der Videoüberwachung. Es wurde uns klar gesagt, dass die Videoüberwachung als alleiniges Mittel nicht reicht und die Situation nicht verbessert. Da braucht es entsprechendes Personal, das die Videos auch sichtet, das das Ganze auch anschaut und dann weiterverfolgt. Und die Straftaten werden nicht verhindert durch die Videoüberwachung.

Es wurde auch gesagt und nicht einfach von linker Seite, dass es den Frauen eigentlich egal ist, von wem sie bedroht werden, ob es jetzt ein Ausländer oder ein Schweizer ist merkt man ja auf dem Heimweg gar nicht, wenn hinter einem Schritte zu hören sind. Es ist ein Männerproblem und wenn wir von einem Männerproblem, von einem Gewaltproblem ausgehen, das in der Mehrheit von Männern verursacht ist, dann löst diese Petition mit diesen Forderungen das Problem nicht. Und aus diesem Grund hat eine knappe Mehrheit der Petitionskommission entschieden, zugegebenermassen knapp, diese Petition nicht an den Regierungsrat zu überweisen, sondern als erledigt zu erklären und ich bitte Sie, dies auch zu tun.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: David Jenny und Laetitia Block beantragen, die Petition an den Regierungsrat zur abschliessenden Behandlung zu überweisen. Wir kommen damit zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Erledigt gemäss Antrag PetKo, NEIN heisst an RR zur abschliessenden Behandlung

Ergebnis der Abstimmung

59 Ja, 25 Nein, 0 Enthaltungen. [Abstimmung # 0008905, 06.05.26 12:03:14]

Der Grosse Rat beschliesst

die Petition als erledigt

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Sie haben mit 59 Ja-Stimmen, 25 Nein-Stimmen und keiner Enthaltung die Petition als erledigt abgeschrieben.

Schluss der 13. Sitzung

12:03 Uhr



Protokoll

der 14. Sitzung, Amtsjahr 2026 / 2027

Mittwoch, den 6. Mai 2026, um 15:00 Uhr

Vorsitz: *Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin*

Protokoll: *Beat Flury, I. Ratssekretär*
Sabine Canton, II. Ratssekretärin
Kathrin Lötscher, Andrea Steffen, Texterfassung

Abwesende: *Melanie Eberhard (SP), Lukas Faesch (LDP), Raoul I. Furlano (LDP), Georg Mattmüller (SP), Lorenz Amiet (SVP), Johannes Sieber (GLP), Sasha Mazzotti (SP).*

Verhandlungsgegenstände:

13.	Neue Interpellationen.....	2
13.1.	Interpellation Nr. 46 Brigitte Kühne betreffend wie weiter mit den Pilotprojekten «Superblocks» in den Quartieren St. Johann und Matthäus.....	2
13.2.	Interpellation Nr. 47 Eric Weber betreffend die Zufriedenheit der Schülerinnen und Schüler mit dem Verpflegungsangebot in den Tagesstrukturen im Sinne von § 77b Schulgesetz.....	2
13.3.	Interpellation Nr. 48 Bruno Lötscher-Steiger betreffend willkürliche Anwendung von § 58 Bau- und Planungsgesetz durch Fachgremien und deren Auswirkungen auf die Wohnraumentwicklung	3
13.4.	Interpellation Nr. 49 Stefan Suter betreffend Skulpturhalle	4
13.5.	Interpellation Nr. 50 Claudio Miozzari betreffend Erhalt eines starken SRG-Standorts Basel.....	5
13.6.	Interpellation Nr. 51 Franziska Stier betreffend Kündigungen bei der BVB	6
13.7.	Interpellation Nr. 52 Joël Thüring betreffend überdurchschnittlich hohe Arbeitslosigkeit im Kanton Basel-Stadt: Wieso brauchen wir eine 10 Millionen-Schweiz?.....	7
13.8.	Interpellation Nr. 53 Beda Baumgartner betreffend Lage des Taxigewerbes und fehlende Umsetzung der Kennzeichnungspflicht im gewerblichen Personentransport.....	9
13.9.	Interpellation Nr. 54 Jérôme Thiriet betreffend Bekämpfung der Waschbärplage im Kanton Basel-Stadt ..	10
12.	Petition P497 "Manifest für Null Verkehrstote in Basel - Vision Zero", Bericht der PetKo	12
14.	Motion 1 Laurin Hoppler und Konsorten betreffend späteren Schulbeginn am Morgen an der Sekundarstufe I und II, dem ZBA und den Berufsschulen im Kanton Basel-Stadt	16
15.	Motion 2 Lisa Mathys und Konsorten betreffend Umsetzungsplanung zur Erreichung der Biodiversitätsziele durch die Immobilien Basel-Stadt.....	21
16.	Anzug 1 Brigitte Gysin und Sandra Bothe betreffend Einführung einer stufengerechten Nachtsperre bei eduBS-Books	27
17.	Anzug 2 Sandra Bothe und Brigitte Gysin betreffend Evaluation des Einsatzes digitaler Instrumente an den Schulen des Kantons Basel-Stadt	28
18.	Anzug 3 Georg Mattmüller und Konsorten betreffend Versorgungslücken bei Spitex-Leistungen für Personen unter 65 Jahren	29
19.	Anzug 4 Joël Thüring und Lydia Isler-Christ betreffend Sicherstellung der Information der Bevölkerung in Schutzräumen nach der geplanten Abschaltung des UKW-Notfallradios (IBBK)	29
20.	Anzug 5 Lea Wirz und Konsorten betreffend eine nachhaltige, gesunde und lokal verankerte Ernährungspolitik im Kanton Basel-Stadt.....	29
21.	Anzug 6 Luca Urgese und Konsorten betreffend Abstimmungsmöglichkeiten für Menschen mit einer Behinderung und Auslandsschweizer Stimmberechtigte	32
22.	Anzug 7 Brigitta Gerber und Konsorten betreffend Reparieren statt Wegwerfen - Reparaturbonus auch für Basel.....	32
23.	Anzug 8 Annina von Falkenstein und Konsorten betreffend Sicherung von Suizidhotspots	35



Beginn der 14. Sitzung

Mittwoch, 6. Mai 2026, 15:00 Uhr

13. Neue Interpellationen

[06.05.26 15:00:06]

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, ich begrüsse Sie zu unserer Nachmittagssitzung. Wir fahren fort mit den Interpellationen und ich übergebe dem Statthalter.

13.1. Interpellation Nr. 46 Brigitte Kühne betreffend wie weiter mit den Pilotprojekten «Superblocks» in den Quartieren St. Johann und Matthäus

[06.05.26 15:00:20, 26.5147.01]

Michael Hug (LDP): Der Regierungsrat wird die Interpellation schriftlich beantworten. Die Interpellantin will begründen.

Brigitte Kühne (GLP): Ich möchte eigentlich in dem Moment nicht gerade begründen, aber ich möchte begründen, dass ich enttäuscht bin, und zwar, es ist jetzt wirklich sehr schade, dass die Interpellation schriftlich beantwortet wird. Schliesslich habe ich sie ja nicht gerade erst gestern eingereicht und sehr viele Personen warten auf diese Antworten. Daher bin ich da wirklich ein bisschen enttäuscht.

13.2. Interpellation Nr. 47 Eric Weber betreffend die Zufriedenheit der Schülerinnen und Schüler mit dem Verpflegungsangebot in den Tagesstrukturen im Sinne von § 77b Schulgesetz

[06.05.26 15:01:25, 26.5161.01]

Michael Hug (LDP): Der Regierungsrat wird die Interpellation schriftlich beantworten. Will der Interpellant begründen? Er möchte es.

Eric Weber (Fraktionslos): Es ist schon meine letzte Rede heute. Meine Vorrednerin, Frau Kühne, ich danke Ihnen. Auch ich habe das Anliegen, es ist nicht korrekt, dass der Regierungsrat das nicht mündlich beantwortet, obwohl die Interpellation ja schon seit zwei Monaten vorliegt und ich sie Mustafa Atici schon vor drei Monaten gegeben habe. Aber meine Interpellationen werden ja seit 2020 nur noch schriftlich beantwortet, was schade ist. Es gibt keinen Austausch mehr hier im Parlament. Aber es ist mir egal, ich sage einfach, Wahltag ist Zahhtag. Meine letzte Rede, darum freue ich mich, sagen zu dürfen, Eric Weber ist der Präsident der Herzen, jeden Tag viele Fanbriefe und Nachrichten und die jungen Menschen sind Wähler von morgen.

Heute geht es bei meiner Interpellation darum, dass das Schulessen rund 80% der Kinder nicht schmeckt. Auch Beat Flury sagte, dass seine Kinder im Kanton Baselland nicht zufrieden sind. Ich danke den Grossräten, die anwesend sind, aber ich



danke Ihnen, dass Sie zuhören, dass Sie sich freuen. Ich sage immer, Lachen ist das Beste für die Gesundheit, nebst ein bisschen Erotik.

Ich musste den Regierungsrat für Erziehung, Mustafa Atici, schon öfters hier im Rathaus abfangen und ihm sagen, geh selbst mal dieses Essen essen. Aber ich weiss nicht, ob er mich richtig verstanden hat, ich sprach Schweizerdeutsch.

Michael Hug (LDP): Herr Weber, sprechen Sie zum Thema bitte.

Eric Weber (Fraktionslos): Ich habe die sieben Fragen, die mir ein Jurist ausgearbeitet hat, ihm persönlich abgegeben. Da habe nie eine Antwort bekommen. Und es sind Probleme, teures Schulessen, aber es wird einem nur ein Frass geliefert, wie im Gefängnis, wie mir viele junge Menschen berichten. Im Gefängnis bekam ich zum Frühstück nur eine Brotscheibe, ich hatte Hunger.

Michael Hug (LDP): Herr Weber, sprechen Sie zum Thema bitte.

Eric Weber (Fraktionslos): Aber wenn man aussuchen kann, wie oftmals viele verwöhnte Kinder, dann wollen diese ein Fünfgangmenü in der Schule. Das muss ich auch sagen, ein Fünfgangmenü in der Schule geht natürlich auch nicht, da müsst ihr mit euren Eltern ins Dreikönig. Ich stelle fest als Präsident der Herzen, heute wollen die Menschen, auch die jungen Menschen, nur noch konsumieren, sind aber nicht bereit, Leistung zu bringen. Und hier setzen wir einen Kreislauf in Gang, der eben hier beim Schulessen anfängt. Ich möchte selbst einmal ein solches Schulessen probieren. Und ich werde mit Mustafa Atici abmachen, dass ich auch mal so essen darf. Aber wie gesagt, ich bin mir nicht sicher, ob er weiss, was ich meine.

Michael Hug (LDP): Herr Weber, das ist der erste Ordnungsruf.

Eric Weber (Fraktionslos): Jetzt bin ich gespannt, ob ich im Basler Schulblatt komme, und ich sage Ihnen, als Grossrat und Parteipräsident laufe ich Sturm, wenn das Basler Schulblatt die Interpellation boykottiert und negiert. Im Basler Schulblatt, den man als Grossrat seit 43 Jahren bekommt, wird immer aus dem Grossen Rat berichtet und wenn man das Thema nicht bringt, laufe ich Sturm beim Regierungsrat Mustafa Atici und gehe dort ins Erziehungsdepartement. Ich habe das Anrecht und ich möchte das auch im Schulblatt, jetzt meine Interpellation, die von mehreren Juristen ausgearbeitet wurde. Es ist nicht mein Text, es ist mein Team, dass das berücksichtigt wird. Ich werde genau auf das Schulblatt schauen und ich werde einen Besuch beim Erziehungsdepartement machen und ich bin enttäuscht.

13.3. Interpellation Nr. 48 Bruno Lötscher-Steiger betreffend willkürliche Anwendung von § 58 Bau- und Planungsgesetz durch Fachgremien und deren Auswirkungen auf die Wohnraumentwicklung

[06.05.26 15:06:54, 26.5166.01]

Michael Hug (LDP): Der Regierungsrat wird die Interpellation schriftlich beantworten. Will der Interpellant begründen? Er möchte es.

Bruno Lötscher-Steiger (Mitte-EVP): Ich möchte nur ganz kurz ausführen, dass ich ausnahmsweise gut und richtig finde, dass diese Interpellation schriftlich beantwortet wird, weil es einige Abklärungen gibt, die gemacht werden sollten und müssen vorher. Mir geht es im Wesentlichen darum, dass man sich Gedanken darüber machen muss, dass jedes staatliche Handeln eine gesetzliche Grundlage braucht, dass das Legalitätsprinzip beachtet werden soll bei jedem staatlichen Handeln und dass wir hier offensichtlich im Wesentlichen bei der Stadtbildkommission Tendenzen erkennen, die entgegen dem, was der Grosse Rat vor Jahren hier diskutiert und beschlossen hat, die Stadtbildkommission sich nach wie vor offensichtlich überall berufen fühlt, mitzuwirken, mitzureden, mitzumachen, ohne dass entsprechende gesetzliche Grundlagen vorhanden



sind. Mir geht es darum, dass der Regierungsrat diesen Aspekt besonders beleuchtet, weil wir hier sehen, dass Bauvorhaben unnötig erschwert und verzögert werden und dass hier wohl die gesetzliche Grundlage nicht ausreicht und, oder anders gesagt, dass der Grosse Rat ganz klar schon gemacht hat, dass er das so nicht wünscht. Deshalb bin ich sehr gespannt auf die Antwort und wie gesagt, ich freue mich, dass sie schriftlich erfolgt.

13.4. Interpellation Nr. 49 Stefan Suter betreffend Skulpturhalle

[06.05.26 15:08:49, 26.5167.01]

Michael Hug (LDP): Der Regierungsrat wird die Interpellation mündlich beantworten. Will der Interpellant begründen? Er verzichtet. Somit geht das Wort an Regierungspräsident Conradin Cramer.

Regierungspräsident Conradin Cramer: Gerne beantworte ich diese Interpellation namens des Regierungsrats wie folgt:

Zunächst einleitend. Die Skulpturhalle beherbergt eine der grössten Sammlungen von Abgüssen antiker Plastik. Es handelt sich dabei um 1:1-Kopien von bedeutenden Skulpturen der Antike. Solche wurden besonders im 19. und frühen 20. Jahrhundert für Studienzwecke sehr geschätzt. Ursprünglich ersetzten sie in vornehmen Privathäusern und Museen die nördlich der Alpen fehlenden Marmor-Originale. Sie wurden auch zu Lehrzwecken in Kunstakademien und in archäologischen und kunsthistorischen Instituten untergebracht. Im 20. Jahrhundert und insbesondere in Basel wurden sie auch für die Rekonstruktion verlorener Skulpturengruppen verwendet. Aufgrund anderer Reproduktionstechniken und der zunehmenden globalen Mobilität wurden sie in einigen europäischen Sammlungen durch Originale verdrängt oder ganz aufgegeben.

Die Abgüsse der Skulpturhalle in Basel werden seit 1961 vom Antikenmuseum verwaltet. Die Sammlung wurde 1830 begonnen und befand sich ab 1849 im damals neu eröffneten Museum an der Augustinergasse, dem Berri-Bau. 1887 zog sie in die Basler Kunsthalle um, wo eigens ein Flügelbau für sie errichtet wurde, dort, wo heute eine Werkstatt und das Stadtkino sind. 1927 wurde die Sammlung aus Platzmangel magaziniert und heute ist die Skulpturhalle an der Mittleren Strasse untergebracht. Sie kann auf Anfrage oder zu den regulären Öffnungszeiten montags und mittwochs besucht werden. Der Eintritt ist frei. In der Skulpturhalle finden auch Vermittlungsprogramme statt. Die Skulpturhalle zog im Jahr 2025 3'810 Besuchende an, inklusive Museumsnacht.

Zu den einzelnen Fragen, Fragen 1 und 2. Die Festlegung der Öffnungszeiten liegt in der Kompetenz des Antikenmuseums, wobei sie wirtschaftlich sinnvoll gestaltet sein sollte. Die Entscheidung für die Reduktion der Öffnungszeiten traf das Antikenmuseum 2016 vor dem Hintergrund einer Kürzung des Globalbudgets um 200'000 Franken pro Jahr. Die Alternative wäre gewesen, die Skulpturhalle ganz zu schliessen. Das Museum plant aktuell keine Erweiterung der Öffnungszeiten. Für das Standortmarketing Basels als Museumsstadt sind die Öffnungszeiten der Skulpturhalle nicht ausschlaggebend.

Zu Frage 3. Es steht dem Antikenmuseum frei, ein solches Konzept zu entwickeln, sofern das Museum dies als Priorität erachtet und es sich innerhalb des vom Grossen Rat gesprochenen Globalkredits verwirklichen lässt.

Zu Frage 4. Es ist geplant, dass Teile der Skulpturhalle in die Dauerausstellung am künftigen Standort an der Augustinergasse, also im Berri-Bau, integriert werden. Dies würde auch an die historische Erstpräsentation im 19. Jahrhundert anknüpfen können.

Michael Hug (LDP): Der Interpellant hat nun die Gelegenheit zu erklären, ob er mit der Antwort zufrieden ist.

Stefan Suter (SVP): Herr Regierungspräsident, ich danke Ihnen für diese Ausführungen. Diese Skulpturhalle ist wirklich eine sehr bedeutende Sammlung, ein sehr bedeutendes Museum und ich freue mich, dass der Regierungsrat das auch so sieht. Leider aber ist es praktisch immer geschlossen, man kann es in der sich selbst Museumsstadt nennenden Stadt Basel eigentlich praktisch gar nicht besuchen, ausser zweimal. Wochenende zu, Schulferien zu, das ist einfach schade. Ich kann deswegen nicht wirklich befriedigt sein mit dieser freundlichen Antwort, weil ich mir eigentlich mehr erhoffe, dass man dieses Museum eben besuchen kann. Was mich immerhin gnädig stimmt, ist dann die letzte Antwort, dass das dann irgendwie integriert wird. Hoffentlich macht man das und in diesem Sinne würde ich dann Ihnen anbieten, teilweise befriedigt zu sein.



Michael Hug (LDP): Der Interpellant ist mit der Antwort teilweise zufrieden. Die Interpellation ist erledigt.

13.5. Interpellation Nr. 50 Claudio Miozzari betreffend Erhalt eines starken SRG-Standorts Basel

[06.05.26 15:13:33, 26.5173.01]

Michael Hug (LDP): Der Regierungsrat wird die Interpellation mündlich beantworten. Will der Interpellant begründen? Er verzichtet. Somit geht das Wort an Regierungsrat Kaspar Sutter.

RR Kaspar Sutter, Vorsteher WSU: Der Regierungsrat beantwortet die vorliegende Interpellation wie folgt:

Zu Frage 1. Ja, der Regierungsrat steht in regelmässigem Kontakt mit der SRG-Führung. Dieser Austausch findet auf verschiedenen Ebenen statt, das heisst, sowohl mit der Leitung von SRF als auch mit der nationalen SRG. Zusätzlich werden die von der Interpellation aufgeworfenen Themen im Rahmen der Konferenz der Volkswirtschaftsdirektorinnen und -direktoren und der Nordwestschweizer Regierungskonferenz (NWRK) besprochen. Ein direkter Austausch ist zudem durch den Einsitz des Kantons Basel-Stadt im Vorstand der regionalen Trägerschaft SRG Region Basel gewährleistet. Dieses Mandat wird aktuell vom Generalsekretär des Präsidialdepartements wahrgenommen.

Zu Frage 2. Die Entscheidungshoheit über die Ansiedlung einzelner Unternehmenseinheiten oder Aktivitäten in Basel liegt allein beim SRF. Eine verbindliche Zusatzsicherung für den Verbleib oder die Ansiedlung bestimmter Einheiten gibt es zum jetzigen Zeitpunkt nicht.

Zu Frage 3. Der Regierungsrat hat keine Kenntnis von einem Vorhaben, SRF 2 Kultur einzustellen.

Zu Frage 4. Eine Schliessung des Kulturstandorts Basel würde dem Auftrag des Bundesrates an die SRG widersprechen, der eine Fokussierung auf Information, Kultur und Bildung vorsieht. Das Studio Basel ist einer der drei SRF-Hauptstandorte. Er ist insbesondere der Hauptstandort für die Kulturberichterstattung von SRF. Der Regierungsrat verfügt über keine Informationen von Seiten der SRG oder von SRF, dass sich daran etwas ändern sollte. Der Regierungsrat hat bereits frühzeitig die mittlerweile durch den Bundesrat beschlossene Senkung der Haushaltsabgabe von 335 auf 300 Franken entschieden abgelehnt. Er hat davor gewarnt, dass eine solche Senkung die Verankerung der SRG in den Regionen schwächen könnte. Der Regierungsrat nimmt zur Kenntnis, dass die SRG Sparmassnahmen ergreifen muss. Er hat gegenüber der SRG und der SRF-Leitung immer konsequent gefordert, dass der Standort Basel nicht überproportional von Einsparungen betroffen sein darf.

Zu Frage 5. Der Regierungsrat steht in regelmässigem Kontakt mit der SRG und mit der SRF. Der Kanton Basel-Stadt ist überdies mit einem Delegierten im Vorstand der regionalen Trägerschaft SRG Region Basel vertreten. Die Trägerschaft setzt sich gemäss ihren Statuten für einen starken SRG-Standort Basel ein. Generell verlangt der Service Public, dass die SRG an unterschiedlichen regionalen Standorten substanziell vertreten ist. Dass die trimediale SRF-Kulturabteilung seit 2019 im Meret-Oppenheim-Hochhaus in Basel ihren Sitz hat, ist eine Folge davon. Der Regierungsrat hat sich auf politischer Ebene konsequent für die Anliegen der SRG eingesetzt. So hat er zuletzt vor der Volksabstimmung im März 2026 offen gegen die SRG-Halbierungsinitiative Position bezogen. Die Stimmbewölkerung des Kantons Basel-Stadt hat die Initiative mit dem schweizweit grössten kantonalen Nein-Anteil verworfen. Allgemein engagiert sich der Kanton Basel-Stadt in substanziellem Mass für die SRG, vor einem Jahr auch mit der partnerschaftlichen Organisation des Eurovision Song Contest in Basel. Auch vor diesem Hintergrund geht der Regierungsrat davon aus, dass die SRG bezugsweise das SRF am Kulturstandort Basel in der Kulturstadt Basel festhalten wird. Gegen eine Schliessung des SRF-Kulturstandorts würde sich der Regierungsrat dezidiert aussprechen und mögliche Massnahmen prüfen.

Michael Hug (LDP): Der Interpellant hat nun die Gelegenheit zu erklären, ob er mit der Antwort zufrieden ist.

Claudio Miozzari (SP): Vielen Dank für die Antworten. Auch Herr Sutter hat es gesagt, die Anti-SRG-Initiative wurde in Basel mit über 71% deutlich abgelehnt, auch national war die Ablehnung mit über 61% deutlich. Die SRG musste schon vorher massiv sparen und mich stört es, dass nun die Abstimmung quasi weiterhin so gedeutet wird, als gäbe es einen riesigen Spardruck. Das war vorher klar, ja, es wird weitere Sparbemühungen geben müssen, aber dass man jetzt den Volkswillen, der doch ganz deutlich ist, dass dieser Service Public der Bevölkerung wichtig ist und vor allem, dass die Standorte in der



ganzen Schweiz der SRG wichtig sind, umgedeutet werden könnte, das stört mich sehr. Es darf nicht bei der Präsenz in den Landesteilen runtergefahren werden und insbesondere nicht in Basel noch mehr eingespart werden. Und gerade bei der Kultur, das ist unbestritten Service Public, eine Schliessung von SRF 2 und ein weiterer Abbau in Basel ist mit diesem Geschehen nicht vereinbar und einfach unhaltbar.

Wir möchten uns zur Wehr setzen und werden das als SP auch in Bundesbern tun. Eva Herzog und Sarah Wyss wollen entsprechend aktiv werden und ich bin dankbar, dass auch der Regierungsrat sich dagegen wehren möchte. Herr Sutter hat festgehalten, man hat nichts davon gehört, dass SRF 2 abgebaut wird und geht auch davon aus, dass das nicht geschehen wird. Wir dürfen uns nicht ganz fest darauf verlassen, dass das nicht geschehen wird. Ich glaube, es braucht wirklich eine Gegenwehr und ich bin froh, wenn wir da auch auf den Regierungsrat zählen dürfen. Entsprechend bin ich mit den Antworten zufrieden.

Michael Hug (LDP): Der Interpellant ist mit der Antwort zufrieden. Die Interpellation ist erledigt.

13.6. Interpellation Nr. 51 Franziska Stier betreffend Kündigungen bei der BVB

[06.05.26 15:19:27, 26.5174.01]

Michael Hug (LDP): Der Regierungsrat wird die Interpellation mündlich beantworten. Will die Interpellantin begründen? Sie verzichtet. Somit geht das Wort an Regierungsrätin Esther Keller.

RR Esther Keller, Vorsteherin BVD: Wir beantworten diese Interpellation wie folgt:

Zu Frage 1 und 2, zu Auftrag und Wortlaut. Die Geschäftsleitung der BVB hat den Auftrag an PwC erteilt. Das Ziel lautet, Zitat: Die Administration und die Indirektproduktiven, das sind rund 400 FTI, also Vollzeitäquivalente, sollen hinsichtlich ihrer Effizienz und Effektivität überprüft und mögliche Massnahmen identifiziert werden. Dies mittels Durchführung eines Benchmarkings von Transportunternehmen, um diese Bereiche objektiv im Branchenvergleich einzuordnen.

Zu Frage 3, nach Alternativen. Die BVB prüft laufend Massnahmen zur Effizienzsteigerung und Kostensenkung und setzt diese um. Allein mit Effizienzsteigerungsmassnahmen wie Prozessanpassungen und Digitalisierung wären die erforderlichen Einsparungen jedoch nicht erreichbar.

Zu Frage 3b, zu den Annahmen. Sie basieren auf dem Benchmark mit anderen Transportunternehmen. Dieser hat gezeigt, dass gewisse Bereiche der BVB, etwa Personal, Finanzen und Unternehmensstab, im Branchenvergleich einen höheren Personalbestand aufweisen.

Zur Frage 3c, zu externen Benchmarks. PwC hat für die Analyse vier Schweizer ÖV-Unternehmen mit der BVB verglichen. Die Namen der ausgewählten Unternehmen sind der BVB nicht bekannt, es handelt sich aber um vergleichbare ÖV-Transportunternehmen.

Zu Frage 3d, nach den Kosten. Die Kosten belaufen sich für diese Analyse auf 127'000 Franken.

Zu Frage 3e, wie wird sichergestellt, dass strategische Entscheidungen nicht an die PwC ausgelagert werden. Die PwC wurde nur mit der Durchführung der Analyse beauftragt. Eine Entscheidung über die Ausrichtung der BVB oder Personalmassnahmen ist nicht vorgesehen. Dies obliegt dem Verwaltungsrat und der Geschäftsleitung.

Zu Fragen 4 und 5, zur Rolle des Verwaltungsrats und der Regierung. Der definitive Entscheid über den Stellenabbau wurde von der BVB-Geschäftsleitung gefällt. Der Verwaltungsrat war in den Prozess eingebunden. Die Eignervertretung des BVD wurde über die Initiierung des Projekts mit PwC sowie über den daraus resultierenden Stellenabbau informiert. Die Regierung wurde nach dem Entscheid mündlich informiert.

Zu Frage 6, zu den abfedernden Massnahmen. Die Mitarbeitenden der BVB unterstehen dem baselstädtischen Personalgesetz. Der Stellenabbau erfolgte in diesem Rahmen. Gemäss BVB wurden folgende Massnahmen ergriffen, einheitlich geregelte Abfindungen, verlängerte Kündigungsfristen in Härtefällen, Outplacements, Unterstützung bei Anschlusslösungen, dies auch in Zusammenarbeit mit den HR-Leitungen des Kantons, und Prüfung von Frühpensionierungen.

Zu Frage 7, ob weitere Umstrukturierungen mit Personalabbau angedacht sind. Nein, das ist nicht der Fall.



Michael Hug (LDP): Die Interpellantin hat nun die Gelegenheit zu erklären, ob sie mit der Antwort zufrieden ist.

Franziska Stier (BastA): Die BVB sind dem Personalgesetz des Kantons Basel-Stadt unterstellt. Wir reden hier also nicht von einem Privatunternehmen, das nur nach marktwirtschaftlichen Zwängen funktionieren muss, sondern das in erster Linie einen Versorgungsauftrag erfüllen muss. Und als Gewerkschafterin und Grossrätin sehe ich den Kanton in der Verantwortung, natürlich über Mittelverwendung und Effizienz zu wachen, aber eben auch seine Fürsorgepflicht und Verantwortung gegenüber den Mitarbeitenden wahrzunehmen. Der Blick auf die ergriffenen abfedernden Massnahmen lässt deutlich Luft nach oben.

Wenn wir über Manager-Gehälter sprechen, dann heisst es immer, die müssen so hoch sein, weil das Management und der Verwaltungsrat so viel Verantwortung tragen. Aber wer trägt denn jetzt die Verantwortung für die 20 Personen? Und natürlich lösen Sparübungen und Personalabbau Ängste in der gesamten Belegschaft aus. Wen trifft es als nächstes, wer kompensiert die Arbeit der fehlenden Kolleg*innen? Die Mitarbeitenden der BVB, und damit sind alle gemeint, die täglich zum Funktionieren von Basel beitragen, sei es bei der Durchführung von Grossanlässen wie der Frauen EM und dem ESC oder im alltäglichen Nachtdienst. Es ist ihre tägliche Arbeit im Büro, an der Fahrerinnenfront oder in der Werkstatt, die für eine soziale, gerechte und verantwortungsvolle Klimapolitik unerlässlich sind. Aus diesen Gründen dürfen wir uns politisch nicht von Spardiktaten externer Beratungsunternehmen treiben lassen. Es ist unsere Aufgabe, den Gestaltungsspielraum zu nutzen, die BVB zukunftsfähig zu halten und dazu gehört eben auch, Verantwortung gegenüber den Mitarbeitenden wahrzunehmen.

Erleichtert bin ich über die Antwort, dass nun keine Umstrukturierungen mit Personalabbau mehr erfolgen sollen und ich hoffe, dass das nicht eine vorläufige, sondern eine definitive Antwort ist. Ergänzen möchte ich noch, da ja nicht bekannt ist, welche ÖV-Betriebe als Benchmark benutzt werden, dass ich schwer hoffe, dass der ÖV Winterthur nicht dabei war, denn dort ist der Personalnotstand so dermassen gross und die Arbeitsbedingungen so problematisch, dass diese kürzlich in den Streik getreten sind. Insofern erkläre ich mich mit der Beantwortung teilweise zufrieden.

Michael Hug (LDP): Die Interpellantin ist mit der Antwort teilweise zufrieden. Die Interpellation ist erledigt.

13.7. Interpellation Nr. 52 Joël Thüring betreffend überdurchschnittlich hohe Arbeitslosigkeit im Kanton Basel-Stadt: Wieso brauchen wir eine 10 Millionen-Schweiz?

[06.05.26 15:26:27, 26.5175.01]

Michael Hug (LDP): Der Regierungsrat wird die Interpellation mündlich beantworten. Will der Interpellant begründen? Er verzichtet. Somit geht das Wort an Regierungsrat Kaspar Sutter.

RR Kaspar Sutter, Vorsteher WSU: Der Regierungsrat beantwortet diese Interpellation wie folgt:

Zu Frage 1. Die Arbeitslosenquote ist in städtischen Zentren traditionell höher als in ländlich geprägten Regionen. Sie schwankt regelmässig und hängt vor allem von der wirtschaftlichen Entwicklung ab. Diese verläuft je nach Region und Wirtschaftsstruktur unterschiedlich.

Zu Frage 2. Die Ursachen für Arbeitslosigkeit sind vielfältig und verändern sich im Zeitverlauf. Aktuell sind gut bis hoch qualifizierte Personen stärker von der Arbeitslosigkeit betroffen. Unternehmen sind angesichts der unsicheren globalen Wirtschaftslage zurückhaltend mit Investitionen und Neueinstellungen. Dadurch bleiben Stellensuchende länger arbeitslos. Die Volksinitiative «Keine 10-Millionen-Schweiz!» würde diese Unsicherheit der Wirtschaft massiv verschärfen. Vor wenigen Jahren war hingegen die kurzfristige Arbeitslosigkeit der stärkere Treiber der Quote.

Zu den Fragen 3 und 4. Im Jahr 2025 lag die Arbeitslosenquote im Kanton Basel-Stadt im Durchschnitt bei 4,3%. Dabei lag die Arbeitslosenquote von ausländischen Staatsangehörigen bei 5,9%, während sie bei Schweizer Bürgerinnen und Bürgern bei 3,1% lag. Eine differenziertere statistische Aufteilung nach Nationalitäten für den Kanton Basel-Stadt ist im Rahmen dieser Interpellationsbeantwortung nicht möglich. Ein Blick auf die gesamtschweizerische Erwerbstätigkeit ordnet diese Zahlen jedoch ein. Die gesamtschweizerische Erwerbstätigenquote von zwischen 15- und 64-jährigen Schweizerinnen und Schweizer lag im Jahr 2025 bei 81,7%. Bei der ausländischen Wohnbevölkerung lag dieser Anteil bei 75,9%, wobei der



Anteil der erwerbstätigen Personen mit EU-EFTA-Staatsangehörigkeit bei 81,5% lag. Damit sind Bürgerinnen und Bürger aus der EU-EFTA-Staaten in ebenso hohem Masse wie die Schweizer Wohnbevölkerung am Arbeitsmarkt beteiligt. Sie tragen damit über ihre Lohnbeiträge entscheidend zur Stabilität und Finanzierung der Schweizer Sozialversicherungen bei. Ergänzend ist festzuhalten, dass Personen ohne dauerhafte Aufenthaltstitel, etwa Grenzgängerinnen und Grenzgänger, von dieser Statistik nicht erfasst sind. Sie beziehen allfällige Leistungen aus der Arbeitslosenversicherung im jeweiligen Herkunftsland.

Zu Frage 5. Finanzielle Leistungen der Arbeitslosenversicherung können nur Personen beziehen, die vorab über ihre Lohnbeiträge in diese Versicherung einbezahlt haben. Ein direktes Einwandern in die Arbeitslosenversicherung ist nicht möglich. Für die Aufschlüsselung ist auf das online verfügbare Dossier Arbeitsmarkt des Statistischen Amtes des Kantons Basel-Stadt zu verweisen.

Zu Frage 6. Die Leistungen der Arbeitslosenversicherung werden durch den nationalen Ausgleichsfonds der Arbeitslosenversicherung gedeckt. Dieser finanziert sich aus den Beiträgen der Arbeitnehmenden mit Lohnabzügen, der Arbeitgebenden, des Bundes sowie der Kantone. Die Versicherten und ihre Arbeitgeber zahlen somit eine Prämie, die die Leistungen zum grössten Teil decken. Der feste gesetzlich vorgeschriebene Kantonsanteil vom Kanton Basel-Stadt betrug im Jahr 2025 1'025'000 Franken. Eine umfassende Analyse sämtlicher direkten und indirekten Kosten, die durch arbeitslose ausländische Staatsangehörige entstehen, ist im Rahmen dieser Interpellationsbeantwortung nicht möglich. Eine solche Aufstellung müsste zudem dem volkswirtschaftlichen Nutzen der Zuwanderung sowie den erheblichen Beitragsleistungen der ausländischen Bevölkerung an die hiesigen Sozialsysteme gegenübergestellt werden.

Zu Frage 7. Zahlreiche Unternehmen und Institutionen im Kanton Basel-Stadt sind im hohen Mass auf internationale Arbeitskräfte angewiesen. Dies gilt insbesondere für systemrelevante Bereiche wie das Gesundheitswesen, etwa die Spitäler, aber auch für weitere Branchen wie die Life Sciences, die Baubranche oder der Detailhandel. Diese Arbeitskräfte sind eine zentrale Voraussetzung für die Aufrechterhaltung des Betriebs und die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit. So ist auch der Erfolg unserer Life Sciences-Firmen ohne ausländische Arbeitskräfte undenkbar. Sie tragen wesentlich dazu bei, bestehende Arbeitsplätze zu sichern und zusätzliche Beschäftigung zu schaffen.

Zu Frage 8. Schon allein aufgrund der demografischen Entwicklung ist eine weitere Zuwanderung notwendig, sofern wir unseren wirtschaftlichen Wohlstand erhalten wollen. Zudem verlangt die genannte Volksinitiative schon nach einem vierprozentigen Wachstum der ständigen Wohnbevölkerung auf 9,5 Millionen Einwohnerinnen und Einwohner Massnahmen im Bereich des Familiennachzugs. Dies bedingt eine Kündigung der Personenfreizügigkeit und bedeutet damit das Ende des bilateralen Weges mit der EU. Diese Massnahme würde unsere Wirtschaft massiv schaden und das Leben im Dreiland deutlich erschweren. Aus diesen Gründen lehnt der Regierungsrat die Initiative der SVP klar ab.

Michael Hug (LDP): Der Interpellant hat nun die Gelegenheit zu erklären, ob er mit der Antwort zufrieden ist.

Joël Thüring (SVP): Es ist schon sehr erstaunlich, wie Regierungsrat Kaspar Sutter sich hier der Arbeit verweigert. Der Regierungsrat kann eine Interpellation von Frau Kühne, die vor mehreren Wochen eingereicht wurde, nicht heute mündlich beantworten, eine Interpellation, die ich am Montagmorgen eingereicht habe, kann er mündlich beantworten, indem er einfach alle Zahlen nicht nennt, weil er Angst vor der Wahrheit hat.

Der Regierungsrat hat in seiner Antwort nun dargelegt, dass die Arbeitslosigkeit von EU-EFTA-Bürgern auch im Kanton Basel-Stadt überdurchschnittlich hoch ist. Selbstverständlich ist auch mir bekannt, dass Grenzgänger nicht von unserer Arbeitslosenversicherung in diesem Ausmass profitieren können, aber es geht ja um die anderen, es geht um die Zuwanderung. Ein Grenzgänger wandert nicht zu. Hier werden natürlich bewusst auch im Hinblick auf die Abstimmung unserer Nachhaltigkeitsinitiative Unwahrheiten durch den Bundesrat, den Basler Bundesrat, aber auch nun durch Regierungsrat Kaspar Sutter erzählt. Deshalb glaube ich, können wir heute aufgrund dieser sehr rasch vorgetragenen Antwort des Regierungsrates auf meine Interpellation festhalten, dass er sich vor den konkreten Zahlen fürchtet. Denn ansonsten könnte er es, wie er ja alle Interpellationen behandelt, die eine konkrete Frage zu Zahlen und Statistiken haben, schriftlich vorlegen. Er hätte dafür fast vier Wochen Zeit und es wäre sicherlich möglich, dass er diese Zahlen auch präsentieren kann. Aber es kommt ihm sehr ungelegen, denn er müsste ja diese Zahlen auch noch vor dem Abstimmungstermin am 14. Juni präsentieren und damit aufzeigen, dass diese Mär der qualifizierten Zuwanderung, die keinen Einfluss hat auf unseren Wohlstand, eben tatsächlich nur eine Mär ist.

Diese überdurchschnittlich hohe Arbeitslosigkeit führt zu Problemen bei unseren Sozialversicherungen, führt zu Problemen auch an anderer Stelle und hier wäre es für die Wahrheitsfindung wahrscheinlich hilfreich, wenn man diese Aufschlüsselung der Arbeitslosen nach Nationalität entsprechend auch darlegen würde. Das ist ja selbstverständlich jederzeit möglich und die entsprechenden Ressourcen stehen unserer üppig ausgestatteten Verwaltung ganz bestimmt zur Verfügung.



Dann auch der letzte Punkt von Herrn Regierungsrat Kaspar Sutter, diese ebenfalls sehr falsche Behauptung mit der Initiative der SVP, die am 14. Juni zur Abstimmung kommen würde, würde die Personenfreizügigkeit gekündigt werden müssen, müssten die bilateralen Verträge gekündigt werden. Das ist natürlich eine nächste Unwahrheit. Das ist selbstverständlich nicht der Fall, sondern es geht darum, in einem solchen Fall die Situation mit der Europäischen Union zu beurteilen und neu zu verhandeln. Das liegt im Wesen eines Vertrages, dass man ihn von Zeit zu Zeit auch neu beurteilen und neu behandeln muss. Schliesslich ist das Problem der unqualifizierten Zuwanderung in der Schweiz auch ein Problem, das die EU hat. Deshalb gewinnen ja auch rundherum rechtsbürgerliche Parteien in Europa die Wahlen. Und nehmen Sie jetzt bitte nicht Ungarn als Gegenbeispiel, der Wahlsieger in Ungarn ist ebenfalls rechtsbürgerlich.

Ich bin deshalb sehr enttäuscht vom Regierungsrat, dass er hier keine Transparenz schaffen möchte. Ich bin besorgt über diese überdurchschnittlich hohe Arbeitslosigkeit von beinahe 5% im Kanton Basel-Stadt. Hier scheint der Regierungsrat weiterhin nicht gewillt zu sein, daran zu arbeiten, dass diese Arbeitslosigkeit tiefer wird. Offenbar möchte er auch nicht priorisieren, dass Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die arbeitslos sind und aus der Schweiz sind, vielleicht mehr Möglichkeiten haben, wieder eine Anstellung zu finden. Er möchte lieber Tür und Tor offen behalten, um weitere Arbeitskräfte ins Land zu holen, um dann vielleicht auch schweizerische, inländische Arbeitskräfte vom Arbeitsmarkt zu verdrängen. Das ist aus meiner Sicht eine, zwar vielleicht aus Sicht der Wirtschaft sehr nachvollziehbare Politik für das Gemeinwohl in unserem Land, aber sehr schädlich und ich bedaure es sehr, dass der Regierungsrat sich hier ebenfalls dafür ausspricht, dass weiterhin eine hohe Zuwanderung aus dem Ausland möglich ist. Ich bin mit der Antwort des Regierungsrates nicht zufrieden.

Michael Hug (LDP): Der Interpellant ist mit der Antwort nicht zufrieden. Die Interpellation ist erledigt.

13.8. Interpellation Nr. 53 Beda Baumgartner betreffend Lage des Taxigewerbes und fehlende Umsetzung der Kennzeichnungspflicht im gewerblichen Personentransport

[06.05.26 15:35:56, 26.5176.01]

Michael Hug (LDP): Der Regierungsrat wird die Interpellation mündlich beantworten. Will der Interpellant begründen? Er verzichtet. Somit geht das Wort an Regierungsrätin Tanja Soland.

RR Tanja Soland, Vorsteherin FD: Wir beantworten diese Interpellation wie folgt:

Zu Frage 1 und 2. Der Regierungsrat hatte dem Grossen Rat beantragt, ihm die Motion als Anzug zu überweisen, um zunächst eine Auslegeordnung vornehmen zu können. Der Grosse Rat hat sich anders entschieden und die Motion mit Frist bis 7. Februar 2028 überwiesen. Er wird dem Grossen Rat entsprechend eine Vorlage unterbreiten.

Zu Frage 3 bis 5 und 7. Dem Regierungsrat ist bewusst, dass das Taxigewerbe zunehmendem Wettbewerbsdruck ausgesetzt und die wirtschaftliche Lage für viele Betriebe schwierig ist. Er nimmt diese Entwicklung ernst. Die Kantonspolizei, insbesondere die Abteilung Mobile Verkehrspolizei, stand in den vergangenen Jahren immer wieder in Kontakt mit Vertreterinnen und Vertretern aus der Branche. Der Regierungsrat prüft zwei hängige Vorstösse, welche Massnahmen zu fairen Wettbewerbsbedingungen fordern. Staatliches Handeln ist grundsätzlich nicht darauf ausgerichtet, einzelne Marktteilnehmende oder Branchen im Wettbewerb wirtschaftlich abzusichern. Der Staat vollzieht und kontrolliert aber im Rahmen seiner Kompetenzen die gesetzlichen Vorgaben, damit sich einzelne Marktteilnehmende nicht mit dem Nichteinhalten von Gesetzen Wettbewerbsvorteile verschaffen können.

Zu Frage 6. Der Regierungsrat anerkennt, dass Taxis das Angebot des öffentlichen Verkehrs ergänzen und insbesondere in der Feinverteilung eine wichtige Funktion im kantonalen Verkehrsangebot erfüllen. Dieses Angebot ist derzeit gewährleistet.

Zu Frage 8. Über konkrete Massnahmen hat der Regierungsrat noch keinen Beschluss gefasst. Er wird die Motion Beda Baumgartner und Konsorten betreffend fairen Wettbewerb beim gewerblichen Personentransport umsetzen. Gleichzeitig werden auch die Anliegen des Anzugs Beda Baumgartner und Konsorten betreffend Evaluation und mögliche Anpassung des Taxigesetzes berücksichtigt. Zudem hat der Regierungsrat dem Grossen Rat gerade gestern beantragt, die Motion Beda Baumgartner und Konsorten betreffend endlich gleich lange Spiesse im gewerblichen Personentransport zur Erledigung zu überweisen. Zu allen überwiesenen Vorstössen wird der Regierungsrat dem Grossen Rat eine abgestimmte Gesetzesvorlage unterbreiten.



Michael Hug (LDP): Der Interpellant hat nun die Gelegenheit zu erklären, ob er mit der Antwort zufrieden ist.

Beda Baumgartner (SP): Lassen Sie es mich vorwegnehmen, ich bin überhaupt nicht zufrieden mit der Antwort und wenn ich die Antwort lese, und ich sage es auch noch konkret, auch das zuständige Departement, dann muss ich wirklich sagen, da kann ich mir nur vorstellen, dass es indirekt um Arbeitsverweigerung oder sehr direkt um Arbeitsverweigerung geht.

Während Taxifahrer*innen und Taxiverbände, und wenn man die Gespräche mit ihnen führen würde, dann würde man das hören, davon sprechen, dass sie Umsatzeinbussen haben von über 50%, dass sie sagen, der Zustand ist in der Dimension von der Pandemie, sagt der Regierungsrat, er müsse, Zitat: sich das alles mal richtig anschauen und dann weitermachen. Im Taxigesetz steht, Taxis ergänzen das Angebot des öffentlichen Verkehrs und prägen das Erscheinungsbild des Kantons. Es ist einfach nur zynisch, wenn der Regierungsrat sagt, das sei momentan gewährleistet. Wir haben schon die Realität, dass irgendwelche Dienstleistungen weiterhin stattfinden werden, die als Taxis interpretiert werden von breiten Kreisen der Bevölkerung. Es werden einfach keine Taxis mehr sein.

Der Regierungsrat sagt, leider hat ihm der Grosse Rat die Beschriftung der Fahrzeuge als Motion überwiesen und er braucht vier Jahre anscheinend, wie ich es heute höre in dieser Interpellationsantwort, vier Jahre, um eine Beschriftung von Fahrzeugen durchzusetzen, wo andere Kommunen und Städte das innerhalb von Wochen oder Monaten erledigt haben. Der Regierungsrat habe keine konkreten Massnahmen zu einem Beschluss gefasst. Ja, kann man so sehen, kann man so sagen, wen es freut, sind die internationalen Plattformdienstleistenden, die dann in einen Markt einsteigen werden, wenn wir dann endlich reguliert haben, wo sie den Markt komplett überrumpelt und eingenommen haben. Die Fahrdienste, die senken die Preise just vor einem Monat wieder um 10%, abgewälzt wird das auf die Fahrer*innen.

Und was mich am meisten stört an der Antwort des Regierungsrates, es wird so suggeriert, das wäre das ein Markt mit gleichen Voraussetzungen und gesetzlichen Vorgaben. Das stimmt doch einfach nicht, das wird ja nicht mal bestritten. Die Sozialversicherungsbeiträge werden nicht abgeführt. Das interessiert diese Unternehmen nicht, sie rekurrieren einfach die ganze Zeit munter, es gibt einen einzigen Kanton, der mit ihnen eine Vereinbarung gemacht hat, wo sie rückwirkend bis 2014 noch bezahlt haben, das war der Kanton Genf, sonst machen diese Unternehmen, was sie wollen, und der Regierungsrat sagt, wir brauchen vier Jahre, um eine Beschriftung durchzusetzen. Vier Jahre, um eine Beschriftung von Fahrzeugen durchzusetzen und hat dann noch die Kühnheit, gleichzeitig zu sagen, er kontrolliert und vollzieht ja. Dabei hat er selber beantwortet, dass er nicht gut vollziehen kann, weil sie nicht beschriftet sind.

Also ich bin wirklich ein bisschen fassungslos, man kann von mir aus wirklich auch aus einer reinen Gewerbersperspektive anfangen, Massnahmen zu ergreifen jetzt im Hier und Jetzt für lokal ansässiges Taxigewerbe. Liebe Kolleginnen und Kollegen, man muss für das keine linke Agenda durchsetzen, man muss nur mal sagen, wir möchten das Gesetz, das wir für alle haben und für alle gilt, wir möchten das auch vollziehen können.

Und dann sagen Sie immer, Sie sind im Austausch mit der Branche. Also irgendwann muss ich Ihnen sagen, ist das halt auch nur noch zynisch, weil wenn Sie im Austausch mit der Branche sind, dann hören Sie doch, was die Branche Ihnen sagt. Und zeigen Sie mir einen Branchenvertreter, eine Branchenvertreterin, die sagt, ja, es ist alles in Butter, es ist alles super, die super Privilegien, die wir haben mit der Zufahrt in der Innenstadt und den speziellen Parkplätzen, das wiegt voll auf, das Uber und Bolt und Lyft und wie sie alle noch heissen, einfach die ganze Zeit die Tarife senken und die Leute aus dem Markt spicken. Das sagt Ihnen niemand? Ich kann einfach nicht verstehen, warum man nicht die banalsten, grundlegendsten, jetzt komme ich mit einem so schönen Anglizismus, Low-hanging fruit, warum man die nicht macht auf Vollzugsebene. Wirklich, ich kann es einfach nicht nachvollziehen.

Ich appelliere noch einmal an den Regierungsrat und das zuständige Departement hauptsächlich, jetzt endlich etwas in dem Bereich zu tun, weil wenn wir in vier Jahren dann tatsächlich ein neues Taxigesetz machen und wenn wir es erst in vier Jahren anfangen zu diskutieren in diesem Rat, dann müssen wir über einen grossen Teil der Taxibranche einfach nicht mehr diskutieren, weil es sie nicht mehr gibt.

Michael Hug (LDP): Der Interpellant ist mit der Antwort nicht zufrieden. Die Interpellation ist erledigt.

13.9. Interpellation Nr. 54 Jérôme Thiriet betreffend Bekämpfung der Waschbärplage im Kanton Basel-Stadt

[06.05.26 15:43:53, 26.5178.01]



Michael Hug (LDP): Der Regierungsrat wird die Interpellation mündlich beantworten. Will der Interpellant begründen? Er verzichtet. Somit geht das Wort an Regierungsrat Kaspar Sutter.

RR Kaspar Sutter, Vorsteher WSU: Der Regierungsrat beantwortet die Interpellation wie folgt:

Zu Frage 1. Genaue Zahlen über die Verbreitung und Populationsentwicklung von Waschbären in Basel-Stadt liegen nicht vor. Seit das Amt für Wald und Wild beider Basel das Wildtiermanagement in Basel-Stadt per 1. April 2024 übernommen hat, wurden 22 Sichtungen registriert. Obwohl es sich dabei teilweise um dieselben Tiere handeln könnte, ist von einer höheren Anzahl auszugehen.

Zu Frage 2. Bisher ist in einem Fall bekannt, dass ein Waschbär über eine Katzenklappe in ein Haus eingedrungen ist. Da der Waschbär sofort entdeckt wurde und flüchtete, ist kein Schaden entstanden.

Zu Frage 3. Es wurden in den letzten zwei Jahren vier Waschbären gefangen und euthanasiert.

Zu Frage 4. Die wenigen Fänge waren über das Jahr verteilt. Durch den Fang im Gegensatz zum Abschuss konnte sichergestellt werden, dass kein Muttertier in Aufzucht getötet wurde. In Basel-Stadt gilt der Elterntierschutz auch für invasive gebietsfremde Arten.

Zu Frage 5. Es ist davon auszugehen, dass keine Jungtiere verweist sind, da die gefangenen Tiere dahingehend auch durch Untersuchung des Gesäuges überprüft wurden.

Zu Frage 6. Gemäss Bundesrecht gelten Waschbären als invasive gebietsfremde Arten und unterliegen einer ganzjährigen Entnahmepflicht. In Basel-Stadt wird hierbei jedoch der Elterntierschutz gewahrt. Aus Sicherheitsgründen wird auf Abschüsse weitgehend verzichtet, stattdessen werden die Tiere vornehmlich gefangen oder betäubt. Bisher wurde in Basel-Stadt kein Waschbär abgeschossen.

Zu Frage 7. Im Kanton Basel-Stadt fanden bisher keine Abschüsse statt. Der Regierungsrat sieht in der Reduktion der Waschbärenpopulation jedoch die wirksamste Möglichkeit, um negative Auswirkungen durch die Verbreitung von Waschbären zu verhindern. Entnahmen durch Fänge können Populationsdynamik bremsen und damit die Verbreitung des Waschbären eindämmen. Andere Schutzmassnahmen für die Fauna sind nicht möglich.

Zu Frage 8. Zur Vorbeugung von Sachschäden sieht der Regierungsrat primär präventive Schutzmassnahmen durch die Eigentümerinnen und Eigentümer von Liegenschaften. Als wirksamste Methode gilt dabei der Entzug von Futterquellen. Ergänzend empfiehlt es sich, Katzenklappen mit Sensoren auszustatten, Fenster konsequent geschlossen zu halten und Fallrohre zu verkleiden. Im Übrigen verweisen wir auf die Antworten der Fragen 11 und 12.

Zu Frage 9. In der Schweiz ist Basel-Landschaft neben dem Kanton Aargau wohl der am stärksten betroffene Kanton. Die Erfahrungen, die in Basel-Landschaft seit 2021 gemacht werden, fliessen in das Management für den Kanton Basel-Stadt ein. Mit dem Kanton Aargau besteht ein enger Austausch.

Zu Frage 10. Über den Expert*innen-Ausschuss Jagd der Oberreinkonferenz besteht ein Gefäss für den Austausch zu Waschbären, das auch schon dafür genutzt wurde. So ist unter anderem die Beschaffung tierschutzfreundlicher, waschbärenspezifischer Fallensysteme auf die Erfahrung in Rheinland-Pfalz zurückzuführen. Die Stadt Karlsruhe verfügt wie Basel-Stadt über professionelle Wildtierbeauftragte, die in diesem Gremium von den Erfahrungen mit den Waschbären berichten.

Zu Frage 11. Die Kantone Aargau, Basel-Landschaft, Solothurn und Basel-Stadt haben kürzlich gemeinsam ein Merkblatt publiziert, das über den Waschbären und Präventionsmassnahmen informiert.

Zu Frage 12. Der Waschbär wird sich auch mit Präventionsmassnahmen weiter ausbreiten. Er verfügt über eine enorme Populationsdynamik, wie die Erfahrungen in Städten wie Kassel eindrücklich zeigen. Auch in Basel-Landschaft wurde zunächst eine rasante Zunahme festgestellt, seitdem 2021 erstmal eine Reproduktion nachgewiesen wurde. Durch konsequente Entnahmen hat sich die Entwicklung vorerst stabilisiert. Die Reduktion der Waschbärenpopulation erfolgt tierschutzkonform mittels Fallen und geht über die bundesrechtlichen Anforderungen hinaus. Die Fallen sind auf die Fähigkeit des Greifens ausgelegt, sodass grundsätzlich nur Waschbären die Fallen auslösen können. Auch die Lockmittel sind vor allem für den Waschbären attraktiv. Zudem sind die Fallen überwacht. Unmittelbar nach Auslösung der Falle erhält der zuständige Wildhüter und Wildhüterin oder die zuständige Jagdaufseherin eine SMS und kann den Waschbären aus der Falle holen. Im Fangkorb ist eine Überprüfung möglich, ob es sich um ein führendes Muttertier handelt. Muttertiere werden während der Aufzucht am Ort wieder freigelassen. Dem Tierschutz ist somit umfassend Rechnung getragen.

Michael Hug (LDP): Der Interpellant hat nun die Gelegenheit zu erklären, ob er mit der Antwort zufrieden ist.



Jérôme Thiriet (GRÜNE/jgb): Vielen herzlichen Dank für die ausführliche Beantwortung der Interpellation. Wir haben jetzt viel gelernt, macht eure Katzenklappen zu, wenn ihr keine Waschbären in der Hütte wollt. Für mich war einfach wichtig zu wissen, dass der Kanton die Waschbärenplage, die ja offenbar noch keine ist, wenn man die Zahlen jetzt hört, sich dieser bewusst ist und vor allem eine jungtierfreundliche Lösung hat und darum war auch wichtig für uns oder für mich zu hören, dass keine Abschüsse stattgefunden haben, sondern ausschliesslich Fallen zum Einsatz kommen, wo man dann mit Euthanasie arbeiten kann. Auch die Zusammenarbeit mit den anderen Kantonen in der Nordwestschweiz, aber auch mit dem grenzüberschreitenden Ausland erachte ich als eine gute Lösung, um das bestehende Wissen übernehmen und einsetzen zu können. Ich bin natürlich auch zuversichtlich, dass wir mit diesen Massnahmen und den präventiven Massnahmen, die man einsetzen kann, eine weitere Ausbreitung der Population verhindern können, obwohl ich jetzt heute auch schon mehrfach den Input bekommen habe, dass Waschbären ja eigentlich sehr herzlich sind und dass wir mehr von diesen wollen, also da gehen die Meinungen auseinander. Aber mit den Massnahmen und dem Erkennen des Problems bin ich einverstanden und damit zufrieden mit der Interpellationsantwort.

Michael Hug (LDP): Der Interpellant ist mit der Antwort zufrieden. Die Interpellation ist erledigt.

12. Petition P497 "Manifest für Null Verkehrstote in Basel - Vision Zero", Bericht der PetKo

[06.05.26 15:50:55, 25.5172.02]

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Die Petitionskommission beantragt, die Petition zur abschliessenden Behandlung an den Regierungsrat zu überweisen. Als Kommissionssprecherin das Wort hat Heidi Mück.

Heidi Mück (BastA): Die Petition «Manifest für Null Verkehrstote in Basel – Vision Zero» ist, wie der Name schon sagt, tatsächlich ein Manifest und deswegen aussergewöhnlich ausführlich. Sie nimmt Bezug auf die tödlichen Verkehrsunfälle, die in den letzten Jahren in Basel passiert sind. Zusammengefasst fordert die Petition Leitlinien für ein sicheres Basel, die Priorisierung von Menschenleben und Gesundheit, fehlertolerante Verkehrssysteme und einen ganzheitlichen, interdisziplinären Ansatz für die Umsetzung dieser Forderungen.

Die Petition wurde der Petitionskommission am 9. April 2025 überwiesen. Im März dieses Jahres fand das Hearing mit einer Vertretung der Petentschaft und als Vertreter der Verwaltung dem Leiter der Abteilung Verkehrssicherheit der Kantonspolizei statt. Die beiden Vertreter der Petentschaft erläuterten, dass Städte wie Helsinki, Oslo oder Paris auf beeindruckende Weise gezeigt hätten, wie die Vision Zero, also null Verkehrstote, umgesetzt werden kann. Basel setze die Vision Zero nicht konsequent um und um mit den erwähnten Städten gleichzuziehen, sollten als erste Massnahmen Unfallschwerpunkte rasch behoben, Ampeln mit Konfliktgrün abgeschafft und Vorrangregelungen für den Fahrrad- und Fussverkehr eingeführt werden. Mittelfristig brauche es sichere, physisch abgetrennte Fahrradspuren und eine Priorisierung des Fuss- und Fahrradverkehrs gegenüber dem motorisierten Verkehr. Die Umsetzung dieser Massnahmen würde nicht nur die Sicherheit erhöhen, sondern auch die Gesundheit, Luftqualität und Lebensqualität verbessern. Die Infrastruktur müsse fehlertolerant gestaltet werden und Themen wie Verkehrssteuerung, Parkpolitik und Velowegentwicklung sollen Priorität erhalten. Die Petentschaft fordert zudem einen klaren Auftrag an die Regierung für die Umsetzung von Vision Zero, also die Reduktion der Anzahl der Toten und Schwerverletzten durch Verkehrsunfälle auf null.

Der Leiter der Abteilung Verkehrssicherheit des Kantons betonte, dass Basel ein weit fortgeschrittenes Engagement in Bezug auf Verkehrssicherheit habe, insbesondere im Bereich Fussverkehr und Fahrradverkehr. Interessant zu erfahren war, wie mit Unfallschwerpunkten umgegangen wird. Wenn innerhalb von drei Jahren an einem Ort eine bestimmte Anzahl an Unfällen gemeldet wird, wird dieser durch ein Punktesystem als Unfallschwerpunkt eingestuft. Anschliessend wird geprüft, ob die Unfälle zufällig sind oder auf eine gemeinsame Ursache zurückzuführen sind, die behoben werden kann. Sofortige Massnahmen seien nicht möglich, da die Einordnung rückwirkend erfolgt und erst danach Gegenmassnahmen ergriffen werden könnten.

Um das Velofahren sicherer zu machen, werde aktuell an 40 Kilometern sicheren Velowegen gearbeitet und die physische Abtrennung von Velowegen werde bei der Planung in Basel-Stadt berücksichtigt, sofern der Platz dies zulässt. Das Konfliktgrün, bei dem zwischen Fussgängerinnen und Fussgänger und MIV Konflikte auftreten können, sei ein schwierig umzusetzender Punkt. Eine Beseitigung erfordere eine Umrüstung der Ampelschaltung, wodurch Fussgänger länger warten müssten und das Unfallrisiko steige, da diese dann die Geduld verlieren können und trotz Rotlicht die Strasse überqueren



könnten. Bei der Forderung nach verkehrsfreien Zonen um Schulen werde diskutiert, wie weit man gehen soll, da Kinder laut Entwicklungspsychologen mit Gefahren vertraut gemacht werden müssen.

Der Vertreter der Verwaltung versicherte, dass Verkehrssicherheit oberste Priorität habe und weiter verbessert werden soll. Jedoch seien der konkrete Umfang und die Priorisierung der in der Petition geforderten Massnahmen unklar. Die PetKo war sich einig, dass eine Umsetzung aller in der Petition formulierten Forderungen innerhalb von 12 Monaten unmöglich ist. Sie war sich auch einig, dass Verkehrssicherheit oberste Priorität haben soll und für die gesamte Bevölkerung von Bedeutung ist.

Ein Teil der PetKo unterstützt den Ansatz, dass der Fokus nicht mehr auf dem Verkehrsfluss liegen soll, sondern primär auf der Reduktion von Verkehrstoten. Dieser Teil der Kommission ist der Meinung, dass hier noch viel Verbesserungspotenzial besteht, insbesondere im Bereich der Verkehrssicherheit für Fussgänger*innen und Velofahrer*innen. Sie vermissten einen konkreten Lösungsansatz zu dieser Problematik. In der Präsentation der Verwaltung stellten wir daher die Frage, welche konkreten Massnahmen ergriffen werden, um die Verkehrssicherheit nachhaltig zu verbessern.

Ein anderer Teil der Petitionskommission ist der Meinung, dass die meisten Forderungen bereits umgesetzt werden. Ihnen gehen gewisse Massnahmen wie das Abbauen von Parkplätzen, die Prüfung der Gefährlichkeit von Autos, flächendeckende Tempo-30-Zonen oder die Forderung nach verkehrsfreien Zonen um Schulen herum sowie die Umsetzung innerhalb von 12 Monaten zu weit. Sie stören sich auch an der Behauptung der Petenten, der Velo- und Fussverkehr werde in Basel zweitrangig behandelt. Wie die Verkehrssicherheit sichergestellt wird, hängt nach Meinung dieses Teils der PetKo im Einzelfall von den Gegebenheiten ab. Dabei spielen neben der Sicherheit auch die Verkehrsbedürfnisse aller Verkehrsteilnehmenden und die Platzverhältnisse eine Rolle.

Es bleibt der Petitionskommission trotz Nachfrage unklar, warum die Verwaltung die Bevölkerung über die Aktivitäten im Bereich Verkehrssicherheit kaum informiert. Zudem hatte die PetKo den Eindruck, dass Verkehrsthemen meist mit zwei bis drei Departementen besprochen werden müssen. Diese Vorgehensweise erscheint der Petitionskommission nicht zielführend. Sie ist der Ansicht, dass alles engmaschiger koordiniert werden müsste, damit konkrete Ziele schneller erreicht werden können. Daher hat die Kommission sieben Fragen formuliert, die sie vom Regierungsrat im Rahmen der abschliessenden Behandlung beantwortet haben möchte. Die Fragen können Sie dem Bericht entnehmen. Mit diesen Fragen bitte ich Sie im Namen der Petitionskommission, diesmal war es ein 9 : 4 Ergebnis, also nicht so knapp wie bei der Petition heute Morgen, ich bitte Sie, die Petition «Manifest für Null Verkehrstote in Basel» an den Regierungsrat zur abschliessenden Behandlung zu überweisen.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Wir kommen nun zu den Fraktionssprechenden. Als erster gemeldet hat sich Beat K. Schaller für die SVP.

Beat K. Schaller (SVP): Die Petition berührt ein wichtiges Problem, ein Problem, welches zu Recht mit vielen Emotionen diskutiert wird, denn es stehen Menschenleben auf dem Spiel. Die vorliegende Petition verlangt, dass sich die Stadt Basel verpflichtet, durch gezielte Massnahmen eine Verkehrsinfrastruktur zu schaffen, die null Verkehrstote garantiert, und dies innert zwölf Monaten.

Die Petition spricht ein uraltes Thema an, nämlich das Spannungsfeld zwischen dem sich bewegen und sicher sein. Dieses Spannungsfeld hat sich im Laufe der Jahrzehnte mit dem Aufkommen von eher grossen, starken Verkehrsmitteln einerseits und der Popularisierung von vergleichsweise kleinen Verkehrsmitteln akzentuiert. Ich spreche hier die Autos, Lastwagen und auf der anderen Seite die vielen Arten von Velos an. Die dritten Verkehrsträger, die Fussgänger, sind die, welche am wenigsten Schutz haben, da sie keine Metallverkleidungen um sich tragen, und aus physikalischen Gründen am wenigsten Schadenpotenzial haben. Dies sind Fakten, welche leider immer wieder zu Unfällen führen, einer so tragisch wie der andere. Aber für dieses Spannungsfeld eine Null-Lösung zu erwarten, ist illusorisch.

Die Emotionalität des Themas hat die Petitionäre leider dazu verführt, in einem doch etwas marktschreierischen Ton aufzutreten. Ihr berechtigtes Anliegen haben sie mit unwahren Behauptungen verwässert. Beispiel; Fussgänger und Velofahrer seien zweitrangig. Sie seien auf gefährlichen Fuss- und Velowegen unterwegs und müssten sich dem motorisierten Verkehr unterordnen. Dies zu behaupten in einem Kanton, der das Velo vergöttert, ist unangebracht. Die Petitionäre reden auch von einer privilegierten Minderheit der Autofahrer, welche extrem viel Platz einnehmen. Solche populistischen Formulierungen fördern nicht ein Miteinander, sondern sie fördern die Spaltung der Verkehrsteilnehmer. Richtig ist es, eine Lösung zu finden, die für alle stimmt.

Und nicht nur der motorisierte Verkehr verursacht Unfälle, sondern auch der öffentliche Verkehr. Wollte man eine Vision Zero, das heisst, null Verkehrstote, umsetzen, müsste man auch den ÖV reduzieren. Darauf angesprochen antwortete ein Petitionär, null Tote sei gar nicht Inhalt der Petition, es sollen vermeidbare Unfälle auf null reduziert werden. Die Petition unterscheidet also zwischen unvermeidbaren und vermeidbaren Unfällen, zwischen guten und schlechten Unfällen. Ich bitte Sie, das ist also für die SVP eine schlicht nicht tragbare Unterscheidung.



Die Kinder verdienen besonderen Schutz. Das ist offensichtlich, dass sie dieses Schutzes bedürfen und das ist auch nicht verhandelbar. Jedes Kind hat das Recht, unter anderem auf einen sicheren Schulweg. Aus diesem Grund hat der Grosse Rat unzählige Vorstösse eingebracht, welche die Schulwegsicherheit zum Thema haben. Zum Beispiel hat auch die GPK in ihrem Jahresbericht 2024 dem Regierungsrat empfohlen, die Sicherheit der Schulwege, auch seitens des ED und nicht nur des BVD oder des JSD, laufend zu überprüfen und nötigenfalls Anpassungen zu fordern. Zum Beispiel mit der Konferenz KOGESSI hat ja der Regierungsrat aktiv darauf geantwortet.

Nun, behördenseitige Aktionen sind das eine, aber Verkehrssicherheit kann man nicht einfach nur delegieren, Verkehrssicherheit beginnt im Kopf. Gefahrenbewusstsein, das entsprechende Verhalten jedes einzelnen ist entscheidend für Verkehrssicherheit. Noch einmal, Sicherheit beginnt im Kopf. Dieses Sicherheitsbewusstsein ist bei Kindern noch nicht vorhanden und muss bewusst geschaffen werden. Und bei diesem Punkt ist halt die Vorbildfunktion der Erwachsenen gefordert, nur leider wird sie allzu oft sträflich vernachlässigt. Das Vorschleichen bei Lastwagen, Rotlicht missachten, auf dem Trottoir im Höllentempo an Fussgehern vorbeirasen, das ist tägliches Brot für leider allzu viele Velofahrer und die Kinder, die machen dann einfach das nach, was ihnen die Grossen vormachen. Ich kann es nur betonen, die Verkehrssicherheit der Kinder beginnt bei den Erwachsenen. Wer das nicht verstanden hat, ich wiederhole es gerne, die Verkehrssicherheit der Kinder beginnt bei den Erwachsenen.

Die Petitionäre haben ein Füllhorn an Forderungen ausgeschüttet und sie fordern, diese Forderungen in einer illusorischen Frist umzusetzen. Die SVP spricht sich nicht gegen das Anliegen der Petition aus und ich weiss, dass der eine oder andere in diesem Saal der Versuchung erliegen wird, dies trotzdem zu behaupten. Nein, wir sprechen uns nicht gegen die Anliegen der Petition aus, aber leider ist die Petition so, wie sie formuliert ist, schlichtweg nicht umsetzbar und Beschäftigungstherapie für die Verwaltung. Deshalb namens der Fraktion der SVP bitte ich Sie, die Petition als erledigt zu erklären.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Nächster Fraktionssprecher für die LDP ist Adrian Iselin.

Adrian Iselin (LDP): Auch die LDP ist der Ansicht, dass jede verkehrstote Person eine zu viel ist und die Verkehrssicherheit oberste Priorität hat. Die in der Petition formulierten Forderungen innert 12 Monaten umzusetzen, ist unrealistisch. Die LDP folgt der Meinung der Kommissionsminderheit und teilt die Einschätzung, dass ein Grossteil der Forderungen bereits heute berücksichtigt oder in Umsetzung ist. Die im Bereich genannten Massnahmen, etwa der Abbau von Parkplätzen oder flächendeckend Tempo 30, gehen der LDP zu weit. Die Behauptung der Petenten, der Velo- und Fussverkehr werde in Basel zweitrangig behandelt, entspricht zudem nicht den Fakten. Ich werde nicht länger, sondern ich verweise vielfach auch auf das, was Beat K. Schaller vorhin gesagt hat. Auch im Namen der LDP bitten wir Sie, die Petition als erledigt zu erklären.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Nächste Fraktionssprecherin für die GRÜNE/jgb ist Jo Vergeat.

Jo Vergeat (GRÜNE/jgb): Null Tote im Verkehr, das ist ein machbares Ziel und es klingt eigentlich auch nach einem guten Ziel und ich glaube, man kann sich das grundsätzlich vornehmen. Wenn man unseren Bericht gelesen hat, dann weiss man, dass diese sehr ausführliche Petition mit sehr vielen sehr starken Forderungen sehr intensiv diskutiert wurde, dass wir in der Petitionskommission somit auch zum Schluss kamen, welche Fragen es sich hier sinnvollerweise zu Stellen gibt, wo es wirklich Potenzial gibt, das man verbessern kann. In diesem Sinne überweisen wir dann auch diese Petition mit der Einschätzung der Petitionskommission an die Regierung und das ist absolut vertretbar.

Die Lebensqualität und die Sicherheit von Fussgänger*innen und Velofahrer*innen, insbesondere von Kindern, muss im Zentrum unserer Verkehrsdebatte in dieser Stadt stehen. Es gibt nicht nur Todesfälle, sondern auch viele Unfälle, viele Unsicherheiten. Es ist etwas, das immer wieder von verschiedensten Seiten an uns herangetragen wird, und da gibt es, und das sehen wir immer wieder, auch ganz klare Verbesserungen. Die Fraktion GRÜNE/jgb ist deshalb auch für den Antrag der Petitionskommission, insbesondere weil es eben nicht reicht, hier punktuelle Massnahmen umzusetzen, sondern weil es strukturelle Verbesserungen braucht.

Und da gibt es ein, zwei Anliegen, die ich besonders hervorheben möchte, ich möchte nicht auf alle Punkte eingehen. Und zwar ist die eine Situation wirklich diese Baustellenverkehrssituationen, die einfach ständig zu Schwierigkeiten führen, zu ungenügenden Situationen führen. Das ist ein wirklich grosses Problem, wir erkennen das überall und es geht da meist zu langsam. Sehr oft wird da sehr schnell von der Bevölkerung reagiert, man erkennt ungute Situationen und es wird nicht schnell genug gehandelt. Das ist auch sogar im Sinne der Autofahrer*innen, diese vielen Baustellen- und Verkehrssituationen, und ich würde mir da wirklich wünschen, dass man versucht, da schneller Lösungen zu finden, aber vor allem auch besser darüber zu kommunizieren, welche Lösungen eingeführt werden.



Und das ist dann dieser zweite Punkt, den wir in der Kommission auch angesprochen haben, nicht nur diese Umsetzung von punktuellen Verbesserungen und Massnahmen, sondern wirklich auch die gute Kommunikation darüber, aus welchem Grund man welche Massnahmen trifft oder eben nicht. Dass auch bei so grässlichen Vorfällen wie dem tödlichen Unfall im Lysbüchelareal die Kommunikation danach so ist, dass die Bevölkerung sich gesehen fühlt, dass man das Gefühl hat, da geht etwas, da werden Punkte ergriffen und diese auch transparent kommuniziert werden und nicht nur an einen gewissen Teil der Bevölkerung, der vielleicht in einer Befragung oder in einem Runden Tisch anwesend ist.

Alles in allem also eine sehr sinnvolle Sache, diese Petition mit den gestellten Fragen an die Regierung zu überweisen und das machen wir als Fraktion.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Nächster Fraktionssprecher für die SP ist Ismail Mahmoud.

Ismail Mahmoud (SP): Ich möchte es nicht in die Länge ziehen. Es gibt jährlich Unfälle mit Todesopfern, das wollen wir alle nicht, und der Wunsch, der die Petition hier äussert, dass man eine Verkehrspolitik hat, in welcher man darauf hinarbeitet, dass diese Zahl auf null geht, das ist sehr verständlich und ich hoffe, dass wir alle darauf hinarbeiten wollen. Dass eine Null nicht garantiert werden kann, das ist sehr wahrscheinlich, aber diesen Wunsch zu hegen, denke ich, ist mehr als berechtigt.

Ich habe es heute Morgen schon gesagt, in der Petitionskommission kommt es dann zum Austausch zwischen Petentschaft, Kommission und der Verwaltung und in diesem Fall war es so, dass wir Fragen gestellt haben bei der Verwaltung und die Verwaltung hätte hier die Chance gehabt, ich finde eigentlich, eine relativ gute Chance, uns zu sagen, was konkret gemacht wird. Was ist angedacht, was kann schnell umgesetzt werden und was ist aus verschiedenen Gründen nicht möglich. Das wäre aus meiner Sicht sehr möglich gewesen. Ich spreche im Konjunktiv, das hat die Verwaltung nicht gemacht, die Antworten haben mir nichts Neues gegeben.

Deswegen ist es nur logisch für die Petitionskommission mit solchen Antworten, die Petition an den Regierungsrat zu überweisen zur abschliessenden Behandlung. Etwas anderes wäre nicht folgerichtig.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Ich habe keine weiteren Fraktionssprechenden eingetragen, auch keine Einzelsprechenden. Das Wort geht an die Kommissionssprecherin Heidi Mück.

Heidi Mück (BastA): Vielen Dank für die interessante Diskussion. Sie spiegelt eigentlich wider, was wir auch in der Kommission besprochen haben. Meine beiden Vorredner*innen haben es erwähnt, Jo Vergeat hat die Kommunikation erwähnt, zu der wir noch Fragen stellen, und auch die Baustellensicherheit und ich möchte noch zwei andere Punkte erwähnen, zu denen wir auch Fragen stellen. Das eine ist das Problem des Konfliktgrüns, wo wir wirklich die Frage stellen, ob das nicht schneller gehen kann, also dass das ausgeschaltet wird. Und die zweite Frage ist mir auch sehr wichtig, warum geht es so lange bei einem Unfallschwerpunkt, bis Massnahmen ergriffen werden, warum muss das drei Jahre dauern. Zusammen sind es eben sieben Fragen und ich bitte Sie im Namen der Mehrheit der Kommission, mit diesen Fragen die Petition an die Regierung zur abschliessenden Behandlung zu überweisen.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Wir kommen damit zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst an den Regierungsrat zur abschliessenden Behandlung gemäss Antrag PetKo. Nein heisst erledigt erklären.

Ergebnis der Abstimmung

68 Ja, 22 Nein, 0 Enthaltungen. [Abstimmung # 0008920, 06.05.26 16:13:31]

Der Grosse Rat beschliesst

die Petition dem Regierungsrat zur abschliessenden Behandlung zu überweisen.



Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Sie haben die Petition mit 68 Ja-Stimmen gegen 22 Nein-Stimmen bei keiner Enthaltung an den Regierungsrat zur abschliessenden Behandlung überwiesen.

14. Motion 1 Laurin Hoppler und Konsorten betreffend späteren Schulbeginn am Morgen an der Sekundarstufe I und II, dem ZBA und den Berufsschulen im Kanton Basel-Stadt

[06.05.26 16:13:43, 26.5094.01]

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Der Regierungsrat ist bereit, die Motion zur Stellungnahme entgegenzunehmen. Sie wird bestritten von Joël Thüring.

Joël Thüring (SVP): Ich bitte Sie im Namen meiner Fraktion, diese Motion nicht dem Regierungsrat zu überweisen. Es gibt ein Sprichwort, früher Vogel fängt den Fisch und ich würde behaupten, das ist für den Alltag eines Schülers sicherlich auch nicht falsch, wenn er sich das zum Leitmotiv nimmt. Wir haben in diesem Motionstext gelesen, dass es Studien gebe, die das befürworten, dass ein späterer Schulstart sinnvoll ist für die Entwicklung und die psychische Gesundheit eines Schülers. Wir können natürlich immer bei allem irgendwelche Studien heranziehen, die irgendetwas belegen oder bestätigen wollen, man nimmt dann meistens die, die einem auch gerade sehr in den Kram passen. Das liegt in der Natur der Sache.

Fakt ist aber, dass ein Schulbeginn um 8.30 Uhr dann mit dem späteren Alltag eines Schülers nun nicht sehr viel mehr zu tun hat. Mir zum Beispiel ist es nicht bekannt, dass man in der Berufslehre einen derart späten Arbeitsbeginn hat, im Gegenteil. Je nachdem, in welchem Bereich Sie eine Lehre machen, sei es nun im Detailhandel oder auch in einer Spedition, müssen Sie teilweise weitaus früher wie 8.30 Uhr im Betrieb sein. Und wenn wir nun beginnen, auch dort bereits zu individualisieren, dann wird unser Schulsystem insgesamt nicht davon profitieren und, und das sollte ja das Wichtigste sein, auch unsere Schüler nichts davon haben. Denn wir sind schon der Meinung, dass eine gewisse Leistungsbereitschaft, gerade auch in einem Alter, wir sprechen hier von Sek-Stufe 1 und 2 und dann auch von den Berufsschulen, dass eine Leistungsfähigkeit schon auch Voraussetzung sein darf.

Und wenn ich in der Motion lese, dass Schüler um 8.15 Uhr oder 8 Uhr noch zu müde seien, dann muss man sich vielleicht die Frage stellen, sind die Ursachen vielleicht nicht am Abend zu suchen und hier glaube ich, könnte man ja sich vielleicht auch durchaus wieder auf den Standpunkt stellen, vielleicht die letzte halbe Stunde TikTok nicht mehr nutzen, sondern bereits schlafen gehen, dann klappt es auch mit dem früheren Aufstehen wieder besser. Hier sind aber aus meiner Sicht auch die Eltern, zumindest bei den Minderjährigen, noch in die Verantwortung miteinzubeziehen, dass ein Kind auch ausreichend Schlaf bekommt. Ich staune oft auch, wenn ich abends unterwegs bin, ich muss ja nicht so früh ins Bett gehen, wenn mir dann noch unter der Woche Schüler auf der Strasse begegnen, die aus meiner Sicht schon länger eher ins Bett gehören, weil wenn man ja dann zu Hause ankommt, ist man auch nicht gerade schon schlafbereit. Deshalb glauben wir, ist der Ansatz, nun dafür zu sorgen, dass Kinder später in die Schule gehen können, der falsche, um allenfalls auch Müdigkeit oder Leistungsbereitschaft zu stärken, Müdigkeit zu vermindern, sondern man sollte vielleicht eher dann wieder im Elternhaushalt ansetzen.

Aber hier sind wir vielleicht wieder bei der Grundfrage, die Herr Hoppler und mich trennt, wo setzt der Staat auf die Eigenverantwortung und wo haben auch Eltern, die sich ja bewusst dafür entschieden haben, auch Kinder zu bekommen, vielleicht auch eine Verantwortung und wo hat es nicht die Schule und auch nicht der Staat. Und deshalb glauben wir, ist es auch im Hinblick darauf, dass man unsere Schüler in diesen Stufen auf das Erwachsensein und auf das Berufsleben vorbereiten sollte, vorbereiten muss, sicher sinnvoll, wenn man ihnen nicht einbläut, dass ein später Schulbeginn für das spätere Leben der richtige Weg ist. Ich würde behaupten, wer heute um 8.30 Uhr in der Arbeitswelt erst anfängt, schafft es nicht, bis zum Ende des Tages fertig zu werden. Er hat meistens dann schon etwa eine Stunde Rückstand auf alle anderen, die dann schon produktiv sind. Und ich glaube, wenn wir uns etwas nicht erlauben können, ist noch mehr Jekami im Arbeitsalltag, dann bräuchte es nämlich noch mehr Fachkräfte und wir haben ja, wie wir angeblich immer wieder auch hören, einen grossen Fachkräftemangel.

Deshalb bitten wir Sie, diese Motion nicht zu überweisen und das bewährte System beizubehalten, auch weil es wieder eine Insellösung für Basel-Stadt wäre. Das halten wir erst recht für problematisch und deshalb sollten wir am jetzigen System festhalten.



Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Es gibt eine Zwischenfrage von Oliver Thommen. Diese wird angenommen.

Oliver Thommen (GRÜNE/jgb): Vielen Dank für die Annahme der Zwischenfrage. Haben Sie Kinder oder sonst eine lebensweltliche Erfahrung mit Minderjährigen?

Joël Thüring (SVP): Ich war selber einmal ein Kind und habe auch entsprechend in meinem Umfeld Menschen, die Kinder haben, und ich kann, wenn ich mit diesen Eltern spreche, sagen, es liegt wirklich vor allem daran, wann die Kinder abends ins Bett gehen.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Als Einzelsprecherin gemeldet hat sich Anouk Feurer.

Anouk Feurer (GRÜNE/jgb): Wir diskutieren heute nicht über ein Ausschlafprivileg, sondern über eine effiziente Nutzung von Bildungszeit. Wissenschaftliche Studien zeigen nämlich deutlich, wer übermüdet im Klassenzimmer sitzt, ist zwar physisch anwesend, aber kognitiv abwesend. Solche verschlafenen Stunden in der Schule sind verschwendete Zeit, und zwar für Schülerinnen und Schüler, für die Lehrpersonen, aber auch für das Bildungssystem, das in den Morgenstunden gegen die Biologie der Jugendlichen ankämpft.

Die psychische Gesundheit unserer Jugendlichen ist ein wichtiges Gut, und das wissen wir gerade in der heutigen Zeit. Schlafmangel ist ein Brandbeschleuniger für viele psychische Störungen, aber auch für emotionale Instabilität und Stress. Dieser Vorstoss ist deshalb nicht ein lustiges Extra, sondern eine notwendige Antwort auf die hormonelle Umstellung in der Pubertät. Da diese Umstellung spezifisch in diesem Alter stattfindet, ist der Fokus auf die Sek 1 und 2 sowie die Berufsschulen auch wirklich begründet. Es geht nicht um eine flächendeckende Verschiebung für alle Altersgruppen, sondern eben um eine zielgerichtete Massnahme genau dort, wo sie durch die Biologie gefordert wird.

Wir Erwachsenen haben in den letzten 30 Jahren in vielen Berufen immer mehr von flexibleren Arbeitszeitmodellen, Gleitzeit, Jahresarbeitszeit profitiert. Wir schätzen diese Freiheit, weil sie unsere Produktivität und Lebensqualität fördert. Es ist deshalb auch einfach nicht ganz fair, wenn wir Jugendlichen diesen Fortschritt verweigern, obwohl wir es mittlerweile besser wissen, während wir ihn für uns selbst in vielen Berufen als Standard beanspruchen. Deshalb greift auch das Gegenargument, dass wir die Jungen auf die harte Realität in der Arbeitswelt vorbereiten müssten, zu kurz.

Erstens normalisiert sich der biologische Rhythmus zwischen dem 18. und 25. Lebensjahr wieder, was bei mir leider noch nicht so eingependelt hat, aber ich hoffe, dass sich danach das frühere Arbeiten nicht mehr als Problem darstellt. Und weil wir es gerade von Lernenden hatten, auch wenn es für Lernende dann nur ein Tag pro Woche wäre, an dem sie entsprechend ihrem biologischen Rhythmus den Tag starten dürften, ist es trotzdem ein Tag mehr, als sie es jetzt haben. Zweitens sollte ja auch eine Ausbildung auf die Arbeit vorbereiten und nicht auf das Ertragen oder Aushalten und Funktionieren trotz Schlafmangel.

Dieser Vorstoss setzt deshalb auch auf flexible Lösungen. Ein früherer Schulstart bleibt möglich, ist aber keine Pflicht. Wir trauen unseren Jugendlichen in diesem Alter zu, den Weg zur Schule selbstständig zu bewältigen und auch die Verantwortung fürs Aufstehen selber zu übernehmen. Diese Flexibilität nimmt also auch Rücksicht auf die verschiedensten Lebensrealitäten.

Ja, die Umsetzung, die ist eine organisatorische Herausforderung. Stundenpläne und Raumbelagungen müssen neu gedacht werden. Aber darf uns die Komplexität wirklich von Veränderung abhalten? Nur weil es uns Erwachsene jetzt nicht mehr betrifft, können wir da nicht einfach wegschauen. Wir möchten ja ein Bildungssystem, das wirklich funktioniert und nicht eines, welches einfach so bleibt, weil es gerade praktisch ist und die Änderung für die Verwaltung unbequem ist. Ich bitte Sie deshalb im Namen der Fraktion GRÜNE/jgb um die Unterstützung dieser Motion.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Es gibt eine Zwischenfrage von Joël Thüring. Sie wird nicht angenommen. Nächste Einzelsprecherin ist Brigitte Gysin.

Brigitte Gysin (Mitte-EVP): Wie Sie im «Chrüzlistich» sehen, ist die Fraktion Mitte-EVP in dieser Frage offen. Auf der einen Seite ist in unserer Fraktion eigentlich nicht bestritten, dass es diesen Zusammenhang gibt zwischen Schlafrhythmus, Leistungsfähigkeit und dass das durchaus auch eine Wirkung hat, wie dieses Schlafverhalten aussieht, auch auf das, was in der Schule dann im Unterricht läuft. In dem Sinn ist die Überweisung dieses Vorstosses eine Gelegenheit, den Regierungsrat mal darlegen zu lassen, wie das bezogen auf unseren Kanton aussehen würde.



Die andere Seite, oder was wir auch diskutiert haben, ist das Abwägen zwischen den Nutzen. Eine Verbesserung der Leistungsfähigkeit, des Wohlbefindens aufgrund eines anderen Schlafrhythmus im Verhältnis zu den Nachteilen, die eine solche Veränderung auch entstehen, also auch viel organisatorische Fragen und Folgen. Es wird ja immer gesagt, auch im Schulversuch Gossau, dass die Stundentafel gleichbleibt, das heisst, es ist nicht so, dass irgendwo was gekürzt wird und das heisst, es hat eine Auswirkung insgesamt auf die Tagesstruktur, den Tagesverlauf, wenn man später beginnt.

Ich bin zum Beispiel mal bei einigen Sekundarschulen via Webseite auf die Pensen gegangen, habe mal durchgescrollt und habe gesehen, auch dort dauern bei manchen Klassen doch schon mehrere Nachmittage bis 17.30 Uhr. An den Gymnasien ist es sicher noch akzentuierter so, dass es so ist. Ich kann nicht genau einschätzen, wie die Struktur an der Sek dann mit den verschiedenen Fächern, wer muss überall dabei sein und wo ist das Abteilungsunterricht, usw. aussieht. Ich kann auf das Gymnasium bezogen sagen, es gibt da nicht viel Spielraum, wenn man 8.30 Uhr statt 8 Uhr beginnt, dann dauert es an manchen Tagen oder an vielen Tagen dafür bis 18 Uhr. Das hat dann auch wieder Folgen fürs Wohlbefinden, Hobbys wie Sport, Musik, usw. Das heisst, die müssen dann später stattfinden und für uns war so die Frage, ist der Nutzen durch die besseren Voraussetzungen im Schlaf im Verhältnis zu den Nachteilen, wie ist das abzuwägen?

In unserer Fraktion war das eben uneinheitlich, wie diese Einschätzung war. Die einen haben gesagt, doch, es wäre trotzdem gut, mal zu schauen, was die Regierung da zu diesen Fragen zu sagen hat, die anderen fanden, es ist eigentlich recht offensichtlich, dass die Nachteile so schwerwiegend sind, dass es sich nicht lohnt, jetzt das andere so hoch zu gewichten. Darum haben wir ein Offen in unserem «Chrüzlistich».

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Nächste Einzelsprecherin ist Jessica Brandenburger.

Jessica Brandenburger (SP): Wir sind für die Überweisung dieser Motion. Fast jede Woche kommen ja Schulklassen hier in den Grossen Rat und viele von uns hatten auch schon das Privileg, sich mit den jungen Menschen auszutauschen. Und diese Forderung, das ist wirklich ein Anliegen, das immer wieder kommt. Das ist etwas, was die jungen Menschen sich wünschen und das sie wollen. Und es ist nicht nur so, dass sie das wollen, sondern dass auch alle Studien, Joël Thüring hat es ja vorher in Frage gestellt, ob diese Studien gut sind oder nicht, Sie können sie ja nachlesen, Herr Hoppler hat alle angegeben. Es gibt halt keine gegenteilige Studie, es gibt keine Studie, die sagt, Kinder sollten bitte schon um 7 Uhr in der Schule sein, weil das super gut für ihre Biologie ist. Das gibt es halt nicht. Es ist halt eine Faktenlage, die sich einig ist. Und es ist auch nicht so, als ob diese Studien irgendwie tendenziös in Auftrag gegeben wurden, weil vielleicht merken Sie es, man kann gar kein Geld mit dem verdienen. Es gibt niemanden, der ein Interesse daran hat, solche Studienergebnisse zu fälschen.

Wir denken, organisatorische Herausforderungen, die sind lösbar, aber die biologischen Realitäten der Jugendlichen, das ist viel schwieriger zu ändern und darum denken wir, wir sollten das System auf die Menschen anpassen und nicht umgekehrt. Ich musste ein bisschen lachen, als Joël Thüring über die Leistungsbereitschaft gesprochen hat. Das finde ich schon noch ein dickes Argument. Hier drin schaffen wir es nicht mal um 9 Uhr an den Platz zu sitzen und alle das Kärtchen einzustecken, ohne dass die Präsidentin uns jedes Mal daran erinnert. Also über Leistungsbereitschaft, da würde ich jetzt einfach ein bisschen zurückfahren.

Wir wissen es heute besser, ja, es tut mir leid, dass Sie früh in die Schule mussten, Joël Thüring, es war nicht schön, aber nur weil Sie es schlecht hatten, müssen es nicht alle auch schlecht haben. Mein Grossvater, der hat immer erzählt, dass er gefühlt über drei Alpenpässe gewandert ist bis zur Schule. Das tut mir leid für ihn, aber es ist heute besser. Sachen dürfen sich verändern, Sachen dürfen besser werden und Kinder haben ein Recht darauf, dass wir sie beschützen, dass wir schauen, was kommt ihnen zugute, weil sie haben hier keine Stimmen. Wir sind die Stimmen, die sie vertreten müssen. Und darum finde ich es wichtig, dass wir auch zuhören, was die jungen Leute selber wollen und dann auch hören, was sagt die Wissenschaft dazu und es sagen halt alle das gleiche, es ist eine gute Idee, wenn wir den Schulstart ein bisschen nach hinten legen.

Und wenn wir die Motion anschauen, sie ist ja sehr gemässigt. Wir reden nicht über Primarschülerinnen oder Primarschüler, wir reden ab Sek 1. Das heisst, das sind Kinder, die in einem Alter sind, wo auch die Eltern nicht unbedingt jeden Morgen dabei sein müssen und das ist übrigens heute schon die Realität von ganz vielen Kindern, dass die Eltern vor ihnen das Haus verlassen. Das kann man gut finden oder nicht, aber man kann nicht eine politische Forderung abschmettern und sagen, ja, das ist nicht gut, wenn die Eltern nicht zu Hause sind, wenn das doch heute schon die Realität von ganz vielen Kindern ist und es auch funktioniert. Darum würden wir diese Motion gerne überweisen.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Es gibt eine Zwischenfrage von Herrn Jenny. Sie wird nicht angenommen. Nächste Einzelsprecherin ist Catherine Alioth.



Catherine Alioth (LDP): Vor ziemlich genau vier Jahren haben wir hier die Motion von Franziska Roth und Alexandra Dill für einen späteren Schulbeginn, das war als Motion eingegeben, nicht überwiesen. Auch die LDP-Fraktion hat sich damals gegen eine Überweisung ausgesprochen. Ich halte es aber für richtig, die Diskussion wieder aufzunehmen, denn die Situation hat sich seither deutlich verändert.

Wir beobachten eine besorgniserregende Entwicklung, die Verschlechterung der psychischen Gesundheit von Jugendlichen. Heute berichtet auch die BaZ über die steigenden Kosten für psychische Behandlungen bei Jugendlichen. Die Chronobiologie zeigt, dass sich die innere Uhr von Jugendlichen in der Pubertät, vermutlich hormonell bedingt, nach hinten in die Nacht verschiebt. Jugendliche werden abends später müde und wachen morgens entsprechend später auf. Wir haben es gehört und ich glaube, wir erinnern uns selber auch an dies. An Schultagen führt dies oft zu chronischem Schlafmangel, der sich negativ auf Gesundheit, Wohlbefinden und die schulische Leistungsfähigkeit auswirken kann. Wenn wir wissen, dass Schlaf dabei eine zentrale Rolle spielt, sollten wir strukturelle Faktoren wie den Schulbeginn einbeziehen. Der Schulbeginn ist einer der wenigen strukturellen Hebel, mit denen relativ breit Einfluss auf Schlaf- und Leistungsfähigkeit genommen werden kann.

Ein späterer oder flexibler Schulbeginn ist zwar kein Allheilmittel, aber ein konkret überprüfbarer Ansatz. Erfahrungen aus der Praxis, etwa aus Gossau, wir haben es gelesen in der Motion, zeigen, dass flexible Modelle positive Effekte auf Motivation, Konzentration und Wohlbefinden haben können. Solche Ansätze finden auch bei Bildungsakteuren, beispielsweise beim Dachverband der Lehrerinnen und Lehrer Schweiz, zunehmende Offenheit.

Gleichzeitig darf die Komplexität, wir haben es gerade vorher gehört, dieses Themas nicht unterschätzt werden. Ein flächendeckender späterer Schulstart hat weitreichende Auswirkungen auf die Organisation, die Stundenpläne und die Betreuung. Dabei ist aber klar, es geht nicht um weniger Unterricht, sondern um eine andere zeitliche Gestaltung. Aus diesem Grund halte ich eine sofortige verbindliche Umsetzung für verfrüht. Vielmehr sollte sorgfältig geprüft werden, wie solche Modelle unter unseren kantonalen Gegebenheiten sinnvoll eingeführt werden können.

Die LDP-Fraktion spricht sich für eine Erstüberweisung der Motion aus. Bei der Zweitüberweisung behält sie sich jedoch vor, die Motion in einen Anzug umzuwandeln, damit der Regierungsrat die Einführung eines späteren oder flexiblen Schulbeginns vertieft prüfen und dem Grossen Rat eine fundierte Entscheidungsgrundlage vorlegen kann.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Es gibt eine Zwischenfrage von Joël Thüning. Diese wird angenommen.

Joël Thüning (SVP): Frau Alioth, auch Sie haben jetzt von der psychischen Gesundheit gesprochen. Glauben Sie nicht, dass die psychische Gesundheit der Schüler auch betroffen ist, wenn zum Beispiel dadurch die ausserschulischen Aktivitäten nicht mehr oder viel später stattfinden müssen? Ein Fussballtrainer hat um 19.30 Uhr vielleicht dann keine Zeit mehr, Kinder zu trainieren. Halten Sie das nicht für auch genauso problematisch in einer Abwägung?

Catherine Alioth (LDP): Wir reden ja von einer halben Stunde höchstens, also die Fussballkinder sind dann vor 19.30 Uhr auf dem Fussballplatz.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Nächste Einzelsprecherin ist Andrea Strahm.

Andrea Strahm (Mitte-EVP): Mit Joël Thüning verbindet mich tatsächlich, dass ich auch einmal jugendlich war und in der Schule, aber sonst bin ich nicht gleicher Ansicht. Ich mag mich an Zeiten erinnern, da kam meine Tochter um 10 Uhr, 11 Uhr von der Schule nach Hause und wurde langsam wach. Es ist eine Tatsache, und Catherine Alioth hat das sehr schön gesagt, dass der Biorhythmus oder wie immer man dem sagt, in diesem Alter, so pubertäres Alter verschoben ist. Nicht gerade hilfreich ist die Umstellung der Sommerzeit, das macht das Ganze noch schlimmer.

Das Einzige, was ich Herrn Hoppler auch schon gesagt habe, mich stört ein bisschen, dass die Lehrlinge da zu kurz kommen. Ich meine, die sind in der gleichen Altersgruppe. Und mir persönlich, ich weiss nicht, wie es Ihnen geht, da hinten steht Herr Thüning, mir ist es eigentlich wichtiger, dass der Schulstoff gut erarbeitet wird, als dass man abends noch Fussball spielen kann. Da wird vielleicht auch Alex Ebi jetzt gegen mich sein, aber ich finde, es ist wichtig, dass die Jugendlichen den Schulstoff richtig lernen und es bleibt noch genug Zeit für Hobbys. Es muss ja nicht jeden Abend etwas los sein.

Deshalb, bitte unterstützen wir doch diese Motion und ich danke Ihnen dafür.



Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Nächster Einzelsprecher ist Alex Ebi.

Alex Ebi (LDP): Das ist natürlich auch mein Thema hier, alles, was vor 9 Uhr oder 10 Uhr am Morgen ist, ist für mich natürlich mitten in der Nacht, und so ging ich auch in die Schule und das war für mich ein riesiger Kampf, überhaupt einigermaßen den Wecker zu hören. Das war wirklich echt anstrengend. Die ersten zwei Stunden habe ich eh verpasst, weil ich da irgendwo immer noch auf der Seite war. Dann hatte ich Kinder und diesen ging es ganz ähnlich und den Kollegen auch und das war immer ein riesiger Kampf, bis die Kinder endlich am Abend im Bett waren, im Sommer erst recht. Am Morgen musste man sie rausprügeln, ich will noch nicht, ich bin noch müde, klar, bis um 3 Uhr morgens gamen, hilft da natürlich auch nicht. Das war offenbar ein Erziehungsproblem. Aber trotz allem müssen wir aus meiner Sicht unbedingt schauen, dass die Kinder nicht mehr so früh aufstehen müssen. Das kommt mir sehr gelegen. Ich finde das super, wenn es da eine Flexibilität gibt.

Der einzige Grund, den wir hier jetzt gehört haben, ist, dass der Schulstoff dann plötzlich keinen Platz mehr haben soll in diesen Stunden und dass es abends dann nicht noch viel später aufhört. Ich bin überzeugt, dass der Schulstoff vielleicht nicht in jedem Fach dermassen in die Tiefe gehen muss und immer noch mehr Fächer erfunden werden müssen, dann könnten wir dort vielleicht ein bisschen eine Entlastung herbeiführen. Aber was ganz sicher nicht passieren darf, und darum bin ich auch hier vorne, nein, die Schule hört abends sicher nicht später auf, denn sonst kommen tatsächlich die Jugendlichen nicht mehr dazu, rechtzeitig spätestens um 17.30 Uhr aus der Schule entlassen zu werden und in einen Sportverein gehen zu können. Und das interessiert mich natürlich genauso fest, wie am Morgen ausschlafen zu können, denn wenn ich Sport getrieben habe und spät nach Hause gekommen bin, dann brauche ich auch eine gewisse Nachtruhe.

Also ja, überweisen, nicht zweimal als Motion, sondern das zweite Mal als Anzug und ganz sicher nicht zu lange Schule machen am Abend.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Nächster Einzelsprecher ist David Jenny.

David Jenny (FDP): Ich will jetzt nicht die Zwischenfrage stellen, die ich Frau Brandenburger gestellt hätte, aber was mich an dieser Motion, wir sind ja da offen, irgendwie stört, ist das Wort flexibel. Entweder man sagt, die Chronobiologie, und die soll ja, ich bin nicht Biologe, für alle etwa ähnlich ablaufen, da sagt man, es ist wirklich besser, man startet in gewissen Jahren später. Aber das flexible Einlaufen, das ist für mich, ich meine, was das kosten wird. Also wenn man einfach sagt, wir starten eine halbe Stunde oder dreiviertel Stunde später in gewissen Altersgruppen, weil das wirklich wissenschaftlich erwiesen ist, dann kann ich mich fügen. Aber die Flexibilität, sonst sagen Sie immer noch, wir müssen schauen, dass unsere Lehrkräfte nicht überfordert sind, aber ich meine, da bürden Sie dann diese Flexibilität auf den Lehrkräften auf. Ich meine, dann wäre es wirklich einfacher zu sagen, eine halbe Stunde oder eine Stunde später starten, aber Flexibilität ist wirklich hier Unsinn. Entweder ist es für alle oder für die überweigende Mehrheit richtig, später zu starten, oder es ist richtig, wie es jetzt ist, aber dass jeder dann innerhalb einer gewissen Zeit einlaufen kann, wann er will, ich meine, das bringt so viele organisatorische Erfordernisse und das bringt dann wiederum überhaupt nichts, ausser dass dann Lehrkräfte sagen, mit dem komme ich nicht mehr zurecht und die Verwaltung etc. wird dann auch noch aufgeblasen. Von daher, wäre das Wort flexibel nicht dabei, also ich bin dann für ein rigides Modell zu einer späteren Stunde für eine gewisse Altersgruppe, wenn das wirklich wissenschaftlich so nachgewiesen ist. Und ich will jetzt nicht eigene Jugenderinnerungen aufwärmen, aber ich sage, auch der Schulschlaf ist ein gesunder Schlaf.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Die Rednerliste ist ausgeschöpft. Somit hat das Wort Laurin Hoppler als Motionär.

Laurin Hoppler (GRÜNE/jgb): Ich habe die Schule vor sieben Jahren abgeschlossen und ich kann mich noch gut erinnern, wie ich in der ersten Lektion mit halbgeschlossenen Augen dort sass und der Inhalt des Lernstoffes an mir vorbeizog und ich am Mittag merkte, dass ich eigentlich von der ersten Lektion nicht mehr so viel weiss. Das ist nicht Faulheit, das ist einfach Biologie, das ist Wissenschaft. Dem kann man jetzt vertrauen oder nicht, ich sehe, einige stehen dem kritisch gegenüber. Es sind doch einige Studien, ich habe viele im Vorstoss aufgelistet, es gibt noch viele mehr.

Wir haben jetzt schon sehr viel gehört. Ich habe zwar hier ein sehr allgemeines Votum vorbereitet, aber ich will mich auch nicht zu fest wiederholen. Ich glaube, der Aspekt der psychischen Gesundheit, den sollte man wirklich nicht unterschätzen. Ich fand auch gut, das vorher gesagt wurde, dass es ein Ansatz ist, den man breit für eine stabile Gesundheit bei



Jugendlichen ansetzen kann. Ich bin überzeugt, dass auch der flexible Ansatz nicht unbedingt schlecht ist. Ich finde es durchaus diskutabel und sehe diesen Punkt schon auch, aber ich habe das auch ein bisschen aus der Diskussion abgeleitet, die wir vor vier Jahren hatten. Dort kam sehr viel, dass man diese Flexibilität braucht oder dass es für alle möglich sein muss. Ich habe diesen Vorstoss extra so ausgerichtet, dass ich die Altersklassen genommen habe, die genug selbstständig sind, die sich selber das Frühstück machen können und in die Schule gehen. Ich glaube, das können wir diesen zutrauen, davon bin ich sehr überzeugt.

Vielleicht betreffend zutrauen, ich habe einige Meldungen bekommen, viele E-Mails von jungen Leuten, auch von einer Gruppe. Die haben selber einen Stundenplan gemacht und mir aufgezeigt, wie man das umsetzen könnte. Ich gebe diesen gerne der Regierung noch mit. Die haben sich sehr Mühe gegeben und sind überzeugt davon. Ich glaube, das zeigt, dass es sich wirklich lohnt, in der Umsetzung mit den Jugendlichen zu schauen, dass man diesen dementsprechend übernimmt.

Vielleicht noch kurz zu den Argumenten bei den Lernenden. Erstens muss man sagen, die Berufsschulen sind extra dabei, das heisst, an diesen Tagen, an denen die Lernenden in die Schule gehen, profitieren sie auch davon. Und was einfach so ist, das ist Fakt, in unserer Gesellschaft gibt es verschiedene Berufe und die haben verschiedene Arbeitszeiten. Das ist egal, in welchem Alter man ist, das ist Realität in unserer Gesellschaft. Ich glaube nicht, dass es wirklich gut ist, dass 14-Jährige etwas lernen müssen gegen ihren biologischen Rhythmus, nur dass sie dann mit 18 besser aufstehen können, wenn sich der biologische Rhythmus in diesem Alter eh schon angepasst hat.

Von dem her freue ich mich, wenn Sie diese Motion überweisen und bin auch der Regierung dankbar, dass sie bereit ist, sie entgegenzunehmen.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Wir kommen damit zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Überweisung der Motion, NEIN heisst Nichtüberweisung.

Ergebnis der Abstimmung

71 Ja, 15 Nein, 3 Enthaltungen. [Abstimmung # 0008922, 06.05.26 16:44:42]

Der Grosse Rat beschliesst

die Motion dem Regierungsrat zu überweisen.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Sie haben die Motion mit 71 Ja-Stimmen gegen 15 Nein-Stimmen bei 3 Enthaltungen überwiesen.

15. Motion 2 Lisa Mathys und Konsorten betreffend Umsetzungsplanung zur Erreichung der Biodiversitätsziele durch die Immobilien Basel-Stadt

[06.05.26 16:44:50, 26.5100.01]

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Der Regierungsrat ist nicht bereit, die Motion zur Stellungnahme entgegenzunehmen. Gemeldet als Einzelsprecherin hat sich Annina von Falkenstein.

Annina von Falkenstein (LDP): Wir von der LDP stehen im Rahmen unserer liberalen Werte und einer liberalen Umsetzung hinter Umwelt- und Biodiversitätszielen und dies auch schon seit längerem, aber eben in diesem Rahmen und diese Motion lehnen wir, weil er nicht diesem Rahmen entspricht, entschieden ab. Das begründe ich wie folgt:



Die Motion ist nicht umsetzbar, zu wenig evidenzbasiert und vor allem ideologisiert. Sie verlangt von Immobilien Basel-Stadt zusätzliche flächendeckende Biodiversitätsprogramme mit Zielpfaden, Zwischenzielen, Evaluation, Berichterstattung und Langzeitunterhalt, obwohl IBS schon heute mit der Umsetzung der bereits bestehenden Reglemente, auch ökologischen, schlicht überfordert ist. Wir laden hier eine weitere strategische Megabaustelle auf eine Organisation, die schon jetzt an der Grenze ihrer Leistungsfähigkeit arbeitet. Das ist weder verantwortungsvoll noch realistisch.

Auch wissenschaftlich überzeugt die Motion zu wenig. Die Idee, dass möglichst viele kleine isolierte Biodiversitätsflächen in einem hoch verdichteten Stadtraum automatisch einen relevanten ökologischen Effekt erzielen, ist fraglich. Biodiversität entsteht nicht durch Zielzahlen auf Papier, sondern durch vernetzte Lebensräume, wie sie eben auf vielen kleinen Flächen schwierig herstellbar sind, Standortqualität und fachgerechte Pflege, die durch ebenfalls die Verstreutheit der Flächen zu sehr viel Aufwand führen und genau das blendet die Motion in dem Text, der uns vorliegt, aus. Stattdessen setzt sie auf pauschale Flächenziele, formale Kennzahlen und Symbolpolitik. Das schafft neue Nutzungskonflikte in Wohnquartieren und führt zu ökologisch teuren und wirkungslosen Lösungen.

Was hier betrieben wird, ist gut gemeinte, aber nicht so gut gemachte Umweltpolitik. Mehr Regeln, mehr Berichte, mehr Aufwand, ohne ganz klaren Zusatznutzen für unsere Natur und die Aufenthaltsqualität unserer Stadt. Sie ist deshalb in unseren Augen ein bisschen realitätsfern, administrativ überladen und auch leicht ideologisch getrieben. Deshalb lehnen wir von der LDP diese Motion klar ab und bitten Sie, dies ebenso zu tun.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Nächste Einzelsprecherin ist Salome Bessenich.

Salome Bessenich (SP): Im Namen der SP-Fraktion beantrage ich Ihnen die Erstüberweisung der Motion zur Umsetzungsplanung und Erreichung der Biodiversitätsziele durch die Immobilien Basel-Stadt. Unser Kanton will beim Umweltschutz Vorbild und Wegbereiter sein. Wir haben ambitionierte Klimaziele, eine Biodiversitätsstrategie, das Stadtklimakonzept und viele weitere wichtige Ziele, Leitlinien und Projekte, die uns bei Umweltthemen voranbringen sollen.

Im Bereich der Biodiversität wird im öffentlichen Raum bereits viel gemacht. Die Biodiversität braucht aber ein möglichst grosses und zusammenhängendes Netzwerk. Wir können uns darum nicht allein auf die öffentlichen Räume fokussieren, sondern müssen eben auch auf privaten Flächen vermehrt biodiverse und naturnahe Grünräume schaffen. Das Potenzial, das ist sich die Wissenschaft übrigens einig, wenn ich anknüpfen darf an meine Vorrednerin, das Potenzial ist gerade in städtischen Räumen enorm gross, weil hier sehr viele strukturell unterschiedliche kleine Räume nahe beieinander liegen, die für verschiedene Arten wertvolle Nischen und Lebensraum bieten. Es geht genau darum, möglichst viele unterschiedliche kleine Flächen naturnah zu gestalten. Was wäre also naheliegender, als dass wir die Umgebungen der Immobilien im Besitz des Kantons biodiverser gestalten. Das ist es, was diese Motion fordert. Das Potenzial im Portfolio des Kantons ist enorm. Es geht um mindestens 600'000 m², das ist mehr als elfmal der Schützenmattpark. Das wäre ein richtig grosser und ein wichtiger Schritt vorwärts.

Die Erfahrungen anderer First Mover, wie zum Beispiel der AXA, der Pensimo oder auch der Zürcher Kantonalbank, die zeigen, das Aufwendige, das ist die Umstellung selbst, die Prozesse, die es intern braucht, um sich dem Thema anzunehmen. Das Aufwendige, das ist nicht der Unterhalt biodiverser Flächen, im Gegenteil. Im Gegensatz zu meiner Vorrednerin habe ich vollstes Vertrauen in Immobilien Basel-Stadt, dass sie auch hier das machen könnten. Alle diese First Mover gehen das Thema Biodiversität nicht nur bei Neubauten an oder wenn alle 60 Jahre mal eine Totalsanierung ansteht, sondern sie schauen eben ganz bewusst bei allen Liegenschaften, wie können wir hier bei den Bestandsliegenschaften möglichst viel bewirken. Dafür sind im Übrigen keine riesigen Investitionen nötig. Etwa eine dieser grossen hat bereits über 60 Liegenschaften aufgewertet, jeweils mit einem Investitionsbeitrag im tiefen vierstelligen Bereich, der Unterhalt wurde kostenneutral umgestellt. Zugegeben, gewisse Massnahmen kosten natürlich mehr, etwa wenn man grossflächig entsiegelt oder grössere neue Strukturen anlegen würde, aber auch dafür gäbe es ja in Basel finanzielle Unterstützung der öffentlichen Hand.

Naturnahe Freiräume haben dabei ganz viele positive Nebeneffekte. Wussten Sie zum Beispiel, dass die Anzahl Vögel in der Wohnumgebung einen direkten Einfluss auf das Stressniveau und die Zufriedenheit von Menschen haben? Und es gibt auch andere Vorteile wie etwa eine bessere Wasserretention, was Schäden durch Trockenheit und starke Regenfälle sowie eine Überlastung der Kanalisation verhindert. Es gibt auch weniger Hitzeentwicklung und wir wissen ja inzwischen alle, dass die zunehmende Hitze ein erhebliches gesundheitliches Risiko ist, geschweige denn von den wirtschaftlichen Kosten, die durch Hitzetage verursacht werden. Und wissen Sie, wer auch von mehr Biodiversität in den Wohnumgebungen profitieren würde? Nicht nur die Bewohner*innen und die Bienli und die Igeli und Sommervögel und Flädermüsli und Fröschi, nein, auch IBS selbst würde profitieren. AXA und Pensimo machen das im Fall nicht einfach nur aus Goodwill, sondern weil es eine sinnvolle und langfristig wichtige Investition in die Sicherheit ihrer Anlagestrategie ist.



Die Vorteile liegen also auf der Hand, das Potenzial im Portfolio der IBS ist gross, von mehr Biodiversität profitieren alle, also machen wir doch bitte vorwärts. Im Namen der SP-Fraktion bitte ich Sie darum, diese Motion an die Regierung zu überweisen.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Nächste Einzelsprecherin ist Brigitte Kühne.

Brigitte Kühne (GLP): Aus Sicht der Grünliberalen ist die vorliegende Motion kein radikaler Vorstoss. Sie ist ein notwendiger, pragmatischer und längst überfälliger Schritt. Wenn Basel-Stadt seine eigenen Ziele im Klima- und im Biodiversitätsschutz ernst nimmt, dann müssen wir dort ansetzen, wo wir direkten Einfluss haben, bei unseren eigenen Flächen. Es ist bekannt, dass Biodiversität in urbanen Räumen unter Druck steht, gleichzeitig wissen wir, dass gerade Städte ein enormes Potenzial bieten durch Dachflächen, Innenhöfe, Grünräume und eben auch Areale im Finanzvermögen.

Letzteres Potenzial wird heute bei Weitem nicht ausgeschöpft. Wir haben eine Biodiversitäts- und Klimakrise und die Immobilien Basel-Stadt (IBS) ignoriert, wenn ich das hier mal so sagen darf, sowohl das behördenverbindliche Biodiversitäts- als auch das Stadtklimakonzept. Ein kleines Beispiel betreffend dem Stadtklima. Schauen Sie dieses Foto an, das ich am 29. April 2026 in einem Hinterhof hinter der Utengasse in Kleinbasel aufgenommen habe. Der Innenhof ist von Mehrfamilienhäusern der IBS umgeben. Kürzlich wollte die IBS das Problem mit den vielen Velos im Innenhof angehen und hat daher kurzerhand den Rasen abgeschält, um danach zwei überdeckte Velo-Unterstände darauf stellen zu können. Die Bewohner und Bewohnerinnen haben sich gewehrt gegen die Wegnahme von Grünfläche und haben die Velos ausgemistet, um zu schauen, wie viele Velounterstandsplätze es tatsächlich braucht. Sie haben unter Protest einen Baustopp erwirkt, denn es braucht gar keine neuen Velounterstände, sondern Kommunikation und clevere Planung. Dieses Beispiel ist ein ganz aktuelles und nur eines von vielen, das man nun auch noch mit den nicht biodiversen Grünflächen der IBS bringen könnte.

Unser Fazit, es braucht nur Menschen, die mit Menschen kommunizieren oder eben das Finanzdepartement, das mit dem Bau- und Verkehrsdepartement respektive der Stadtgärtnerei proaktiv zusammenarbeitet. Es braucht Verwaltungsangestellte bei der IBS, die verstehen, was das Stadtklima und die Biodiversität positiv fördert und was nicht. Diese Motion denkt Nutzungskonflikte mit Biodiversität bedeutet nicht Verzicht auf Lebensqualität, im Gegenteil. Gut gestaltete Flächen können Spielräume, Erholung und Natur verbinden. Das ist schlicht gute Planung. Und ja, es wird vielleicht den Mehrwertabgabefonds oder auch die IBS etwas kosten. Aber nichts tun, kostet uns langfristig mehr, ökologisch, klimatisch und letztlich auch finanziell.

Wir Grünliberalen stehen für Lösungen, die Ökologie und Ökonomie verbinden. Genau das tut diese Motion. Sie nutzt vorhandene Instrumente wie den Mehrwertabgabefonds, sie stärkt die Vorbildrolle der öffentlichen Hand und sie setzt auf messbare Fortschritte bei der Biodiversitätsförderung, denn jeder Quadratmeter Stadtökologie zählt. Deshalb bitten wir Sie, dieser Motion zuzustimmen.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Es gibt eine Zwischenfrage von Daniel Seiler. Sie wird angenommen.

Daniel Seiler (FDP): Sie sind mit mir aber schon einig, dass es sich hier jetzt nicht wirklich um eine Riese Krise handelt, sondern doch vielleicht eher um Veloständerprobleme?

Brigitte Kühne (GLP): Überdeckte Veloständer nehmen den Platz weg, den grünen Platz, und es kommt kein Regen mehr auf den Boden. Das heisst, es ist eine Art Versiegelung des Bodens und das hat mit dem Stadtklima zu tun.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Nächster Einzelsprecher ist Béla Bartha.

Béla Bartha (GRÜNE/jgb): Wenn man die Fachleute hört, dann ist es eigentlich völlig klar, dass die Biodiversität mehr Fläche braucht. Das wissen wir vor allem seit Kunming, seit 2022, als die globale Gesellschaft sich dazu bekannt hat, 30% der belebten Flächen auf der Erde unter Biodiversitätsschutz zu stellen. Als wir das gehört haben als Biologen, sind wir freudig zu den Landwirten gerannt und haben das Bundesamt für Landwirtschaft aufgefordert, dann jetzt bitte vorwärtszumachen und mehr Biodiversität auch auf die Agrarflächen zu bringen. Dass wir hier auch grandios gescheitert sind, liegt daran, dass die Landwirte uns eigentlich den Spiegel vorgehalten haben und sagen, dass wir Städter eigentlich erstmal den ersten Schritt



machen sollten und schauen, dass wir eben vielleicht mit gutem Beispiel mal vorangehen und bei uns vor der eigenen Tür kehren und die 30% vielleicht auch im Siedlungsraum erstmal anstreben.

Wenn man jetzt in Basel schaut, wie viele Biodiversitätsflächen wir haben und wie viele Freiflächen zur Verfügung stehen, dann sind wir gar nicht so auf einem schlechten Weg. In der Innenstadt haben wir etwa 6,7% freie Flächen, aber dann zum Beispiel im Hirzbrunnenquartier oder im Bachlettenquartier sind wir doch immerhin schon bei über 40%. Was da fehlt, ist natürlich die Qualität der Flächen oft, die da bewirtschaftet worden sind. Das heisst, es geht viel um Verbesserung der Flächen, die wir heute haben, und natürlich brauchen wir auch, und das hat ja auch meine Motion gezeigt, wo wir die Vernetzungskorridore qualitativ auch verbessern sollen, und wenn wir das machen wollen, auch Barrieren zum Beispiel in diesen Korridoren verbessern wollen, dann brauchen wir, und das ist absolut notwendig, vermehrt Flächen. Und dazu genügen unsere Parkanlagen nicht, sondern da sind eben oft auch wirklich Flächen im Besitz des Finanzvermögens der Stadt gefragt und die werden verwaltet über die Immobilien Basel-Stadt.

Und hier muss man einfach sagen, das hört man von überall, hier klemmt es gewaltig. Wir haben es damit zu tun, dass in der Immobilien Basel-Stadt immer noch die ökonomischen Grundsätze weit über den ökologischen stehen und so einfach auch immer wieder verweigert wird, auf diesen Flächen eben die Qualität in einer Weise zu erhöhen, dass sie zum Beispiel wertvolle Trittflächen und Trittsteine sein können, um solche Vernetzungskorridore qualitativ zu erhöhen, zu verbessern und den Tieren und Pflanzen überhaupt die Möglichkeit geben zu können, sich in diesen Korridoren zu bewegen. Also wir haben da keine Bereitschaft, da Verbesserungen zu machen.

Wir haben aber Grundlagen, und auch wenn Annina von Falkenstein da widerspricht, es gibt Grundlagen und das Monitoringinstitut der Schweizerischen Akademie der Wissenschaften hat diese Grundlagen, um auch die Qualität zu messen und auch genau nach Indikatoren, Kriterien festzulegen, wie man das auch verbessern kann in den Flächen. Also die Grundlagen sind da, aber sie werden nicht umgesetzt. Wahrscheinlich fehlt das Knowhow in der IBS dazu, diese Umsetzungen zu machen. Wir wissen es nicht. Wir stehen immer noch vor Flächen, die selber Barrieren sind für die Erhöhung der genetischen Vielfalt in diesen Gebieten.

Die Motionärin versucht jetzt mit diesem Vorstoss, die Beteiligten aus dieser Pattsituation, also Ökonomie gegen Ökologie, herauszuführen und möchte auch schauen, dass die ökologischen höher bewertet werden, auch wenn es darum geht, Massnahmen zu treffen, die in der IBS auch sein können und dort auch Niederschlag finden können. Die Finanzierung haben wir auch, wir haben den Mehrwertabgabefonds, der uns dabei helfen kann, also auch hier ist eine Möglichkeit.

Deshalb bitten wir wirklich, die Grünen, und ich darf heute auch für die BastA hier reden, diese Motion der Regierung zu überweisen und damit beizutragen, die häufige Blockade endlich zu beenden.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Nächster Einzelsprecher ist Beat K. Schaller.

Beat K. Schaller (SVP): Ja, die Biodiversität, ein Thema, welches in unserer Politik seinen festen Platz hat, regelmässig wieder aufs Tapet kommt und täglich grüsst das Murmeltier. Man kann bei der Biodiversität ruhig von einem Evergreen in unserer Politik reden. Suchen Sie einmal auf der Grossratsseite nach Biodiversität. Das Ergebnis; Motion Mathys, Umsetzungsplanung der Biodiversität, dann kantonale Volksinitiative, Biodiversitätsinitiative, Anzug Bartha, Förderung der Biodiversität, Anzug Keller, mehr Biodiversität, Anzug Strahm, Förderung der Biodiversität, Anzug Kühne, biodiversitätsschädigende Subventionen, dann Ausgabenbewilligung für die Umsetzung von Programmvereinbarungen im Bereich Naturschutz mit dem Bund im Rahmen des nationalen Finanzausgleichs zur Förderung der Biodiversität, Anfrage Mathys, Biodiversitätspotenzial, Anzug Kühne zu entsiegeln und biodiversitätsfördernden Kindergarten-, Schul- und Universitätsareale, etc.

Hier sticht die Biodiversitätsinitiative hervor, welche der Grosse Rat in der März-Session als rechtlich zulässig erklärt und dem Regierungsrat zur Berichterstattung überwiesen hat. Diese Initiative verlangt eine kantonale Biodiversitätsstrategie, dies im Gegensatz zur hier vorliegenden Motion und auch den vorher erwähnten Vorstössen, welche einfach nur Einzelteile der Biodiversität behandeln. Zum Beispiel Grünflächen oder Biodiversität Privater, einen privaten Baumbestand, Kindergarten, Schulen, Universitäten. Noch einmal, es steht die ganze Biodiversitätsinitiative im Raum, welche dieses Thema nicht in einzelne Mosaiksteine aufteilt, sondern ein ganzheitliches Vorgehen respektive Strategie verlangt. Ein legitimes Verlangen in unserem System, klar, aber statt dass wir auf Masse setzen, nämlich Masse von Vorstössen, schauen wir, was bei dieser Biodiversitätsinitiative herauskommt.

Und ganz nebenbei bemerkt, das kann ich mir jetzt nicht verklemmen, es ist schon interessant zu sehen, dass die Motion für die Gesamtfläche, die aufgewertet werden soll, einen fixen Wert vorgibt, nämlich die Hälfte, 50% des Flächenpotenzials. Verlangt die SVP bei einer Initiative einen Zahlenwert, zum Beispiel 10 Millionen, dann wird Zetter und Mordio geschrien und der Untergang der Schweiz herbeifantasiert. Geben aber Sie, liebe Freunde von Rot-Grün, eine fixe Zahl vor, dann ist das scheinbar wieder gut und völlig in Ordnung. Seien Sie doch konsequent und erklären Sie den hier verlangten Zahlenwert



auch als willkürlich stark politisch motiviert, was Sie sonst der SVP so gerne vorwerfen. Ich weiss, etwas viel verlangt, versuchen Sie es, ich verspreche Ihnen viele schöne und neue Erfahrungen.

Kommen wir zur Motion zurück. Ich fasse zusammen, statt dass wir Regierungsrat und Verwaltung mit einem Tsunami von Vorstössen bombardieren, warten wir das Ergebnis der Biodiversitätsinitiative und der Strategie daraus ab. Es ist sehr stark zu vermuten, dass diese Initiative gerade in unserem Kanton angenommen werden wird und die darauf folgenden parlamentarischen Beratungen werden sicher die eingereichten Vorstösse dann entsprechend berücksichtigen. Deshalb namens der Fraktion der SVP bitte ich Sie, die vorliegende Motion nicht zu überweisen und ich danke Ihnen dafür.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Als Einzelsprecherin hat sich gemeldet Regierungsrätin Tanja Soland.

RR Tanja Soland, Vorsteherin FD: Es ist ja nicht so, dass wir nicht bereits heute schon im Finanzvermögen die vorhandenen Möglichkeiten nutzen und prüfen, wo man die Biodiversität noch fördern kann. Und man muss auch sehen, es ist ja nicht der einzige Anspruch, den wir haben. Sie haben vorher mit einem Beispiel zeigen wollen, wie falsch die IBS anscheinend plant. Ja, mag kein gutes Beispiel zu sein, aber der Grosse Rat fordert auch Veloabstellplätze und gerade überdeckte Veloständer sind auch ein grosses Thema, gerade auch in der Nähe von Mietliegenschaften. Dann gibt es auch noch das Thema Photovoltaik. Soll man die Dächer nun begrünen oder biodivers gestalten oder braucht es mehr Photovoltaik. Also wir haben verschiedene Ansprüche und Forderungen. Und bereits heute versuchen wir im Finanzvermögen auch die Nutzbarkeit durch Mietende und die Auswirkungen auf die Mietnebenkosten zu berücksichtigen und daher werden die meisten Aufwertungen meistens erst gemacht, wenn es um geplante Sanierungen geht. Schliesslich ermöglicht dies einen effizienteren Ressourceneinsatz und reduziert auch die Belastung der Mietenden.

Immobilien Basel-Stadt ist bereits heute auch in die Umsetzung von Grünstadt Schweiz einbezogen im Finanz- und Verwaltungsvermögen. Liegenschaften werden auch heute naturnah bewirtschaftet und ökologische Anforderungen im Gartenunterhalt gestärkt. Im Zuge der angestrebten Grünstadt-Rezertifizierung werden weitere Flächen analysiert und aufgewertet. Die notwendigen Mittel dafür wurden vom Grossen Rat bereits gesprochen. Also es ist nicht so, dass wir hier nichts machen, inhaltlich läuft bereits vieles. Ich hatte auch ein wenig den Eindruck, wenn ich die Motion lese, dass vor allem auch neue Berichte gefordert werden. Das finde ich nicht so sinnvoll, das finde ich eher einen administrativen Aufwand. Aber gut.

Der Hauptgrund, warum wir die Motion nicht entgegennehmen wollen, ist, das Finanzvermögen liegt in der Zuständigkeit des Regierungsrates. Das Parlament hat hier keine Weisungsbefugnis und daher wird die Motion ungültig sein. Daher bitte ich Sie heute, diesen administrativen Aufwand, den kann man umgehen, indem Sie die Motion nicht überweisen. Sie können die Anliegen mittels eines Anzuges fordern, aber Sie können auch schauen, was wir alles schon machen, aber Sie können uns im Finanzvermögen keine Weisungen geben. Trotz allem ist das jetzt noch der Zuständigkeitsbereich des Regierungsrates, wo wir versuchen, all die Forderungen und all die Wünsche, die bestehen, auch nach bezahlbarem Wohnraum oder nach Wirtschaftsflächen oder was auch immer, diese zu erfüllen.

Und wir haben ein Finanzhaushaltsgesetz, welches wir einhalten müssen und dort steht, es kann nicht nur ökologisch bewirtschaftet werden, sondern wir müssen es auch wirtschaftlich bewirtschaften. Und das machen wir und ich glaube, wir haben dort bereits einen guten Mix gefunden, auch wenn jetzt vielleicht einzelne Beispiele nicht zu Ihrer Zufriedenheit erledigt wurden, aber ich glaube, wir sind auf einem guten Weg. Ich bitte Sie daher, die Motion nicht zu überweisen, da es die Zuständigkeit des Regierungsrats betrifft.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Es gibt eine Zwischenfrage von Brigitte Kühne. Diese wird angenommen.

Brigitte Kühne (GLP): Ist denn das Stadtklimakonzept und das Biodiversitätskonzept nicht behördenverbindlich für das Finanzdepartement?

RR Tanja Soland, Vorsteherin FD: Das Finanzvermögen ist wie ein privates Vermögen. Das heisst, es ist für uns das verpflichtend, was für andere Private verpflichtend ist. Das ist verfassungsrechtlich so.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Als Einzelsprecher gemeldet hat sich David Jenny.



David Jenny (FDP): Das Finanzvermögen ist ein Hobby von mir, die Frau Regierungsrätin weiss es. An die linke Ratsseite, seien Sie doch ehrlich, machen Sie eine Verfassungsinitiative, die im Bereich des Grundeigentums das Finanzvermögen abschafft, dann haben wir diese Probleme nicht mehr. Wir haben dann in der Bilanz unseres Kantons Probleme, aber diese ständige Erosion des Finanzvermögens, das ist unlauter. Ich bitte Sie wirklich, reichen Sie diese Initiative ein, dann können wir darüber reden. Aber bevor das so ist, sollten auch Sie das Recht respektieren.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Es gibt keine weiteren Einzelsprechenden. Somit hat das Schlusswort die Motionärin.

Lisa Mathys (SP): Zuerst, ich schnaufe ja immer tief durch, wenn ich als ideologisch oder ideologisiert oder so bezeichnet werde. Mich stört das nicht, weil eine Ideologie ist ja eine Grundüberzeugung, eine Wertorientierung und ja, ich bin ideologisch, ich will die Welt verbessern. Deshalb verletzt mich das jetzt nicht so sehr.

Beeindruckt hat mich auch die Liste, die Herr Schaller vorgelesen hat. Sie ist eindrücklich lang. Ich bin auch stolz, dass ich da zweimal vorgekommen bin. Zuerst habe ich mit einer schriftlichen Anfrage die Grundlagen eingeholt und darauf basiert die Motion, die wir heute diskutieren. So verstehe ich auch die parlamentarische Arbeit und die Aufgabe, aber ich möchte trotzdem schon noch darauf hinweisen, dass es grundsätzliche Unterschiede gibt zwischen der hängigen Initiative, die Sie mehrfach erwähnt haben, und der Motion, die wir heute diskutieren. Bei der Motion geht es konkret um die Immobilien Basel-Stadt und wie der Name dieser Firma schon sagt, gehört sie unserem Kanton und somit uns und somit sollten wir auch darauf einwirken, wie dort gearbeitet wird.

Die Behauptungen, die Sie noch angeführt haben, Herr Schaller, zu den Forderungen, die in der Motion sind, sind falsch. Es ist nicht von fix 50% die Rede, aber um es in Ihren Worten zu sagen, vielleicht ist es zu viel verlangt, dass Sie es richtig zitieren, aber damit lasse ich jetzt auch die Gehässigkeiten weg und gebe einfach nur zurück, was Sie gesagt haben. Es geht um eine Orientierung oder eine Anstrengung an die Hälfte der Fläche und es gibt nichts von fixen Beträgen.

Der Vorwurf, der von der LDP kam, dass es wissenschaftlich zu wenig fundiert sei, ich denke, wir haben jetzt hier einige Fachpersonen gehört als Vorredner*innen von mir, ich verlasse mich sehr gerne auf deren Expertise und ich finde es halt schon schwierig, wenn man die Wirksamkeit von Biodiversitätsmassnahmen im städtischen Kontext so grundsätzlich in Frage stellt. Diese kleinen Flächen, diese Umgestaltungen, das sind ja immer auch wichtige Trittsteine für Tierarten, das geht nicht immer nur um grosse Flächen und grosse Dinge, die überhaupt erst eine Wirkung entfalten, sondern eben auch die kleinen, die sind ganz wichtig.

Ich erzähle Ihnen kurz ein Beispiel von jemandem, der mir erzählt hat, sie wohnt in einem Mehrfamilienhaus, hat auf dem Balkon ein Insektenhotel und dort gab es eine schöne biodiverse Fläche auf dem Rasen und es war Hochbetrieb in diesem Insektenhotel. Dann kam der Abwart und fand, das stört, diese biodiverse Fläche, hat sie abgemäht und am nächsten Tag war kein Betrieb mehr in diesem Insektenhotel, kein einziges Insekt war mehr da. Es ist eine kleine Geschichte, schon klar, aber das zeigt eben, was solche Flächen wirklich bewirken, was dort alles zusätzlich zu den Pflanzen, die dort wachsen, dann eben auch leben kann.

Dann möchte ich noch kurz die Kosten ansprechen. Ich finde, nicht nur wegen dem Klimaaspekt und den Aufgaben, die wir in diesem Bereich haben, lohnen sich die Kosten, sondern auch, weil biodiverse Flächen, die mäht man ja seltener, also das ist nicht per se teuer, das gestaltet man um und dann wird es eher auf die lange Frist dann günstiger.

Ich bin fest der Überzeugung, auch mit Blick in andere Städte, da geht noch deutlich mehr in Basel-Stadt, IBS hat auch noch Luft nach oben und die Vergleiche, die Salome Bessenich schon angefügt hat, will ich nicht wiederholen. Es gibt genügend institutionelle Immobilienfirmen, die beweisen, dass es attraktiv ist, auch für die Besitzerin, da vorwärtzumachen, für mehr Biodiversität zu sorgen und ich bitte Sie in diesem Sinne, die Motion zu überweisen.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Es gibt noch eine Zwischenfrage von Beat K. Schaller. Diese wird nicht angenommen.

Wir kommen damit zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung.



Ergebnis der Abstimmung

56 Ja, 36 Nein, 0 Enthaltungen. [Abstimmung # 0008925, 06.05.26 17:17:29]

Der Grosse Rat beschliesst

die Motion dem Regierungsrat zu überweisen.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Sie haben mit 56 Ja-Stimmen gegen 36 Nein-Stimmen bei keiner Enthaltung die Motion überwiesen.

16. Anzug 1 Brigitte Gysin und Sandra Bothe betreffend Einführung einer stufengerechten Nachtsperre bei eduBS-Books

[06.05.26 17:17:37, 26.5096.01]

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug entgegenzunehmen. Dieser wird bestritten von Franziska Stier.

Franziska Stier (BastA): BastA wird hier unterschiedlich abstimmen, das heisst, ein Teil der Fraktion BastA bestreitet den Vorstoss und ich möchte kurz unsere Überlegungen dazu skizzieren. Es ist klar, dass die Bildschirmnutzung am Abend die Schlafqualität und die Konzentration beeinflussen. Bei Kindern und Jugendlichen ist dieser Effekt noch stärker. Die Schule hat damit nicht nur einen Bildungsauftrag, sondern auch einen Schutzauftrag.

Ein zweiter Punkt ist, dass es eben auch darum geht, die Entgrenzung der Schule zu verhindern. Aus Arbeitnehmendensicht wehren wir uns immer wieder gegen die Entgrenzung der Erwerbsarbeit. Darum sollten wir auch die Entgrenzung der Schule verhindern. Eine stufengerechte Nachtsperre würde eben genau diese Grenze schaffen. Und natürlich sind auch manche Eltern mit der Kontrolle der Bildschirmzeit überfordert. Die Sperre wäre damit auch eine Entlastung, insbesondere für Familien, die bereits mehrfach belastet sind.

Auf der anderen Seite haben wir Kinder mit verschiedenen Lebensrealitäten. Manche Kinder haben kein eigenes Zimmer und keinen eigenen Arbeitsplatz. Sie sind dazu gezwungen, ihre Hausaufgaben zu erledigen, wenn jüngere Geschwister schlafen. Die Nachtsperre ist damit auch eine Normierung an eine privilegierte Lebensrealität. Ausserdem haben wir neurodivergente Jugendliche, die zum Beispiel am Nachmittag eine längere Pause brauchen und erst am Abend ihre Hausaufgaben wieder erledigen können. Lernen ist schliesslich etwas sehr Individuelles mit unterschiedlichen Rhythmen und unterschiedlichen Konzentrationsphasen.

Die Nachtsperre zwingt Kinder, sich an ein System anzupassen, statt das System an die Realität Kinder und genau diesen Punkt haben wir auch bei dem späteren Schulbeginn intensiv diskutiert. Wenn wir also über unbegrenzten Zugriff und fehlende Kontrollmöglichkeiten sprechen und auf der anderen Seite über starre zeitliche Beschränkungen, dann verschieben wir ein Problem. Wir werfen das eigentliche Problem wie eine heisse Kartoffel zwischen zwei nicht befriedigenden Lösungen hin und her. Wenn es uns also wirklich darum geht, Bildungsgerechtigkeit zu erzielen, und da war sich unsere Fraktion einig, dann müssen wir bei den Hausaufgaben selbst ansetzen, nicht bei der Uhrzeit, zu der sie erledigt werden sollen. Das heisst, wenn wir wirklich faire Bedingungen wollen und die Schülerinnen und Schüler da ernst nehmen, dann müssen wir dort ansetzen, wo der Druck entsteht und das heisst, Hausaufgaben abschaffen.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Nächster Einzelsprecher ist Adrian Iselin.

Adrian Iselin (LDP): Die LDP ist der Meinung, dass dieser Anzug zu stark in die operative Tätigkeit der Schulen eingreift. Solche Detailfragen gehören nicht auf die Ebene des Grossen Rates. Die LDP steht dafür, dass Eltern ihre Kinder zur Eigenverantwortung erziehen. Es ist nicht liberal, wenn der Staat die Erziehungsverantwortung der Eltern bis in die Nacht



hinein übernimmt. Es ist Sache der Eltern, den Konsum elektronischer Medien ihrer Kinder zu regulieren, auch wenn ich als Vater weiss, dass das nicht immer ganz einfach ist. Da mit diesem Anzug aber lediglich eine Prüfung und ein Bericht verlangt wird, es handelt sich nicht um eine Motion, werden wir diesen Anzug nicht bestreiten.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Nächste Sprecherin ist die Anzugstellerin Brigitte Gysin.

Brigitte Gysin (Mitte-EVP): Ich möchte nur kurz zu drei Aussagen Stellung beziehen. Zum einen, das mit dem operativen kann ich nachvollziehen, allerdings wenn ich weiss von Eltern, die Lehrpersonen, die Schulleitung, verschiedene Stellen im ED schon kontaktiert haben und leider immer ins Leere gelaufen sind, dann ist halt vielleicht einmal der Moment, wo man denkt, man muss auf einer anderen Ebene ansetzen.

Dann zur Frage, werden da Leute benachteiligt, die nur abends Hausaufgaben machen können, wenn Jüngere schon schlafen. Ich habe vorhin die Diskussion bei der Motion Laurin Hoppler verstanden, dass genügend Schlafrecht wichtig sei. Wir reden hier unter anderem von Primarschülerinnen und -schülern zwischen zehn bis zwölf Jahren, die sollten gemäss meinen Kenntnissen neun bis elf Stunden schlafen. Das ist, wenn sie um sieben oder halb acht aufstehen müssen, irgendwie so neun Uhr, ich habe es jetzt nicht ganz gut ausgerechnet, aber jedenfalls, es geht eigentlich nicht darum, dass die Sperre ab 18 Uhr ist, das soll man ja gut überlegen, sondern einfach, dass sie so ist, dass die Kinder dann ins Bett kommen, dass sie eben genügend schlafen und am nächsten Morgen wieder fit sind und dass sie da nicht noch ein Mittel mehr haben, dass sie in Versuchen führt, dann noch zu chatten.

Da denke ich, wird auch nicht im engeren Sinn in irgendwelche Freiheiten eingegriffen, wenn wir doch davon ausgehen, dass irgend so, ich sage jetzt mal eine Zeit, ein 12-Jähriger um 10 Uhr eigentlich nicht mehr Hausaufgaben erledigen muss, sondern man erleichtert hier einfach eine Situation, die von vielen Eltern und Familien als sehr belastend beschrieben wird, dass sie jetzt einfach zusätzlich zu allen Diskussionen, die sie ja sowieso haben rund um die Geräte, die manchmal leichter und weniger leicht sind, jetzt noch eines nach Hause bekommen von der Schule und das könnte man so einfach lösen mit dieser Nachtsperre. Dann haben sie diese eine Diskussion nicht mehr und niemandem wird eigentlich etwas weggenommen. Darum bitte ich um eine Überweisung.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Wir kommen damit zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Überweisung des Anzugs, NEIN heisst Nichtüberweisung.

Ergebnis der Abstimmung

79 Ja, 9 Nein, 2 Enthaltungen. [Abstimmung # 0008927, 06.05.26 17:24:43]

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug dem Regierungsrat zu überweisen.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Sie haben den Anzug mit 79 Ja-Stimmen gegen 9 Nein-Stimmen bei 2 Enthaltungen überwiesen.

17. Anzug 2 Sandra Bothe und Brigitte Gysin betreffend Evaluation des Einsatzes digitaler Instrumente an den Schulen des Kantons Basel-Stadt

[06.05.26 17:24:52, 26.5097.01]



Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug entgegenzunehmen. Ich habe keine Wortmeldungen eingetragen. Es wurde kein anderer Antrag gestellt.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, den Anzug dem Regierungsrat zu überweisen.

18. Anzug 3 Georg Mattmüller und Konsorten betreffend Versorgungslücken bei Spitex-Leistungen für Personen unter 65 Jahren

[06.05.26 17:25:20, 26.5107.01]

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug entgegenzunehmen. Ich habe keine Wortmeldungen eingetragen. Es wurde kein anderer Antrag gestellt.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, den Anzug dem Regierungsrat zu überweisen.

19. Anzug 4 Joël Thüring und Lydia Isler-Christ betreffend Sicherstellung der Information der Bevölkerung in Schutzräumen nach der geplanten Abschaltung des UKW-Notfallradios (IBBK)

[06.05.26 17:25:47, 26.5109.01]

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug entgegenzunehmen. Ich habe auch hier keine Wortmeldungen eingetragen. Es wurde kein anderer Antrag gestellt.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, den Anzug dem Regierungsrat zu überweisen.

20. Anzug 5 Lea Wirz und Konsorten betreffend eine nachhaltige, gesunde und lokal verankerte Ernährungspolitik im Kanton Basel-Stadt

[06.05.26 17:26:18, 26.5108.01]

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug entgegenzunehmen. Er wird bestritten von Annina von Falkenstein.

Annina von Falkenstein (LDP): Wir lehnen diesen Anzug ab, und zwar, weil er von den Forderungen her sehr viele verschiedene Kriterien anspricht und er uns deswegen zu weit geht. Er setzt sehr stark auf verbindliche Vorgaben statt auf Augenmass und Eigenverantwortung und ist deswegen aus unserer Sicht weder pragmatisch genug noch zielführend. Denn Ernährung ist ein sehr privater Lebensbereich und eine umfassende staatliche Ernährungspolitik birgt die Gefahr der Übersteuerung und auch der Einschränkung der individuellen Wahlfreiheit. Der Vorstoss setzt uns zu wenig auf das Schaffen von Leitplanken, die als Empfehlung wahrgenommen werden, und birgt für uns ein bisschen das Risiko, dass es einen konträren Effekt auslösen könnte, weil Ernährung zu Hause startet, sehr fest mit den eigenen Wertvorstellungen zu tun hat und es auch schnell angriffig wirken kann, wenn man sich dort einmisch.



Was wir klar unterstützen, ist, dass das Essen in den Tagesstrukturen und auch in den staatlichen Kitas sicher gesund sein muss, dass man auch dort gesunde Ernährungsmuster einführen soll, dass die Kinder das kennenlernen und dort sehen wir aber auch ein bisschen das Problem, dass diese Ausschreibungen oft nach dem Beschaffungswesen gehen, was es dann erschwert, wirklich qualitativ hochwertigsten, nachhaltigsten Caterer auszusuchen und oft der dann am Schluss raussticht, der doch den besten Preis anbietet. Und da würden wir auch Hand bieten für einen Vorstoss, um über diese Kriterien drüber zu gehen, weil wir finden, dort kann sehr viel bewirkt werden, nicht aber, indem flächendeckend ein Ernährungskonzept oder eine Ernährungspolitik erstellt wird.

Vielleicht noch ein paar Punkte dazu. Gerade was die Innovation anbelangt im nachhaltigen Bereich, auch im vegetarischen, veganen Bereich, kann ich Ihnen aus eigener Erfahrung sagen, ich ernähre mich seit neun Jahren vegan und in diesen neun Jahren ist extrem viel an Innovation geschehen. Also wahnsinnig viele neue Produkte, regionale Produkte, kleine Anbietende, sei es von Tofu über anderen Ersatz, der zum Teil wirklich auch auf pflanzlicher Basis ist und nicht voller Zusatzstoffe gepackt, da geht sehr viel und ich glaube nicht, dass es da eine kantonale staatliche Förderung dafür braucht, die über die bereits bestehenden Label hinausgeht. Es bestehen die Label, die werden auch genannt im Vorstoss und die reichen unserer Meinung von der LDP her aus.

Was uns auch noch wichtig ist, wir sehen den Kanton als Mittelstelle für Events wie die Herbstmesse oder den Weihnachtsmarkt, aber wir möchten auch nicht, dass dort die Kriterien so streng vorgegeben werden, dass am Schluss dort einfach ein Festival von irgendwie regionalen Schwarzwurzel-Hot-Dogs stattfindet, die nicht mehr wirklich spannend sind, sondern dass dort eine Vielfalt bestehen bleibt und auch eine gewisse Auswahl, ohne dass das je nachdem sogar dogmatisch gesteuert würde, je nachdem, wer das dann umsetzt.

Und zuletzt stelle ich mir auch die Frage, gerade beim Regionalen, nochmal was persönliches, ich bin überzeugte Gemüsekorb-Abonnentin und ich sehe auch, was dort drin ist. Ich weiss auch, dass die Flächen, die wir in der Region haben, begrenzt sind und frage mich, wenn jetzt der Kanton für die Kitas und die Tagesstrukturen dort das Gemüse bezieht, was ist dann noch in meinem Gemüsekorb drin. Wir haben ja nur limitierte Ressourcen, das hat auch einen gewissen Kostenpunkt, also wie das Angebot dann da mithalten soll, wenn man wirklich auf eine sehr regionale Strategie ginge, ist für mich auch dahingestellt.

Von dem her möchten wir uns dafür einsetzen, dass wirklich dort, wo die Kinder sind, die eben das Essverhalten noch geprägt bekommen, etwas geschieht, dafür würden wir auch Hand bieten, aber dieser Vorstoss, der geht uns, und mir ist noch in den Sinn gekommen, ich spreche auch für die SVP und die FDP, Entschuldigung für die späte Deklaration, dass das uns zu weit geht so. Gerade auch für viele kleine Betriebe bedeutet das wirklich eine Einschränkung, wenn sie sich da anpassen müssen oder in einen Innovationswettbewerb reingezogen werden, dem sie mit ihrer Grösse gar nicht standhalten können und deswegen setzen wir uns aus diesen verschiedenen Aspekten gegen diesen Anzug ein und bitten Sie, den abzulehnen.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Für ein Einzelvotum eingetragen hat sich Brigitte Kühne.

Brigitte Kühne (GLP): Wir Grünliberalen unterstützen den vorliegenden Anzug, weil er ein wichtiges Thema adressiert. Die Ernährung ist ein zentraler Hebel für Klimaschutz, Gesundheit und regionale Wertschöpfung. Gerade auch im Hinblick auf die Klimaziele des Kantons Basel-Stadt. Es ist richtig, dass der Regierungsrat prüfen soll, wie eine kohärente und wirkungsvolle Ernährungspolitik im Rahmen der Scope 3-Strategie entwickelt werden kann. Insbesondere begrüssen wir den Fokus auf Food Waste-Reduktion, Bildung sowie die Stärkung regionaler Kreisläufe.

Gleichzeitig ist uns aber ein Punkt wichtig. Wir stehen für eine nachhaltige Transformation, die auf Anreizen, Innovation und Eigenverantwortung basiert, also nicht primär auf Verboten und starren Vorschriften. Gerade im Bereich Ernährung braucht es Lösungen, die breit akzeptiert sind und von der Bevölkerung mitgetragen werden. Pauschale Verbote oder zu detaillierte Vorgaben für Konsum oder Angebot lehnen wir deshalb ab. Der Anzug geht in die richtige Richtung, solange er diese Prinzipien berücksichtigt und nicht in eine Verbotskultur mündet.

In diesem Sinne unterstützen wir Grünliberalen die Überweisung.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Nächste Einzelsprecherin ist Christine Keller.

Christine Keller (SP): Für Sie möchte ich namens der SP hier auch sagen, dass wir selbstverständlich mit diesem ausgesprochen moderaten und offen formulierten Vorstoss sehr einverstanden sind. Die Regierung hat versprochen in der Antwort auf die Motion von Raffaella Hanauer und Konsorten zur Erstellung einer Klimastrategie mit Klimaaktionsplan, auch



zum Scope 3, das betrifft unter anderem Konsum und Ernährung, konkrete Massnahmen vorzuschlagen und hier wird nachgedoppelt und konkret gefragt, bis wann und wie und es werden keinerlei dogmatischen Verbote auch nur avisiert.

Für uns ist die Ernährung ein sehr wichtiges Thema, die nachhaltige Ernährung. Wir waren Anfang Jahr auch eingeladen, nur wenige Grossrät*innen waren anwesend zu einem Forum dazu und neben dem, was gegessen wird selbst, spielt ja hier eben auch, wie angesprochen, das Thema möglichst regional. Klar, das muss natürlich im Einklang mit dem Angebot stehen, das ist ja selbstverständlich im Falle eines Zielkonfliktes, aber auch beispielsweise das wichtige Thema der Vermeidung von Food Waste. All dies wird zusammengefasst im Thema nachhaltige Ernährung.

Unser Kanton hat wirklich viel Lob geerntet, zu Recht auch international, und sehr gute Befragungsergebnisse erzielt für seine Nachhaltigkeitspolitik beim ESC und da hat man ja wirklich beste Erfahrungen mit diesem Konzept. Da er ja bekanntlich auch einen hohen Anteil pflanzlicher Ernährung vorgesehen hat, hat man hier sehr gute Erfahrungen gemacht und die Leute waren ausgesprochen, ich glaube, 95% war der Wert, zufrieden damit.

Hier, dieser Anzug möchte einfach etwas verbindlicher fordern und auch Fragen zum Teil, bis wann und wie diese Ideen in Basel umgesetzt werden können und es wird zu Recht auch gesagt, es wird schon viel getan, ja, aber es gibt noch Luft nach oben im Vergleich mit anderen Städten. Ja, diese regionalen Tofu-Produktionen und so, die sind mir auch bekannt, aber ich denke, auch hier, es ist sicher noch mehr möglich mit Anreizen und ähnlichen Empfehlungen und darum möchten wir Ihnen eigentlich mit Überzeugung beantragen, diesen Anzug von Lea Wirz zu überweisen.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Als Einzelsprecher eingetragen hat sich Daniel Seiler..

Daniel Seiler (FDP): Ich mache es ganz kurz, es gibt eigentlich nicht viel mehr zu sagen. Aber ich frage mich schon, wie man bei der GLP, darauf kommt, dass wir hier nicht von Verbindlichkeit reden. Also wir reden von verbindlichen Richtlinien, wir reden von verbindlichen Nachhaltigkeitskriterien. Wie soll das nachher umgesetzt werden, wenn wir nicht von verbindlichen Sachen reden? Also ich glaube, da muss man schon ein bisschen unterscheiden, entweder sind wir für Verbote oder die Regeln oder dagegen.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Es gibt keine weiteren Einzelsprechenden. Somit hat die Anzugsstellerin Lea Wirz das Wort.

Lea Wirz (GRÜNE/jgb): Vielen Dank für die Debatte und die unterschiedlichen Sichtweisen. Für mich ist dieser Anzug kein radikales Anliegen, sondern man stellt eigentlich einfach eine konsequente Weiterführung dessen dar, was die Basler Stimmbevölkerung bereits beschlossen hat, nämlich Netto-Null bis 2037 und die Verankerung der Klimagerechtigkeit. Ich denke, wer diese Ziele ernst nimmt, kann die Ernährung nicht ausklammern. Sie gehört mit zu den zentralen Treibern von Emissionen im sogenannten Scope 3-Bereich, der eben Konsum und Ernährung mitumfasst. Dort hat der Kanton die Möglichkeit, Verantwortung zu übernehmen und dies mit einer entsprechenden Strategie auch bereits in Aussicht gestellt.

Eine nachhaltige Ernährungspolitik verbindet drei zentrale Interessen. Nämlich Klimaschutz: Der Ernährungssektor verursacht einen erheblichen Anteil indirekter Emissionen. Um das Netto-Null-Ziel zu erreichen, braucht es auch in diesem Bereich Anstrengungen. Gesundheit: Eine ausgewogene frische Ernährung trägt zur Gesundheit der Bevölkerung bei und kann dazu beitragen, langfristig Gesundheitskosten zu reduzieren. Und ich bin einverstanden, dass das möglichst früh anfangen sollte, nämlich schon in den Tagesstrukturen, in den Kitas und Schulen. Regionale Wertschöpfung: Lokale Produzent*innen oder Gastronomiebetriebe profitieren direkt, wenn wir vor allem lokal konsumieren. Und ich habe keine Befürchtungen, dass Gemüse-Abo dann leer ist für uns, ich habe es auch abonniert und ich freue mich, wenn da weiterhin frisches Gemüse drin ist.

Der Anzug verlangt keine strengen Vorschriften oder Eingriffe, sondern eine Prüfung, Koordination und Weiterentwicklung bestehender Ansätze sowie griffige Zielvorgaben und deren Überprüfung. Mit dem Anzug soll Kohärenz geschaffen werden. Heute existieren bereits zahlreiche gute Initiativen, von Food Waste-Projekten bis zu urbaner Landwirtschaft. Was fehlt, ist eine strategische Klammer darum herum und der Vorstoss will genau dies, diese Lücke schliessen, Synergien nutzen und fördern. Zweitens sollen erfolgreiche Modelle gestärkt werden. Städte wie Biel oder Genf zeigen, dass eine nachhaltige Ernährungspolitik konkret umsetzbar ist und auch eine Wirkung erzeugt. Basel-Stadt hat hier trotz bereits bestehender Initiativen Luft nach oben.

Dieser Anzug richtet sich zudem primär an den staatlichen Verantwortungsbereich. Es betrifft öffentliche Beschaffung, kantonale Betriebe sowie die Bildung und Information. Es geht also darum, dass der Kanton dort, wo er selbst handeln und finanzieren kann, nachhaltig und verantwortungsvoll agiert. Niemandem wird damit vorgeschrieben, was er oder sie privat



essen soll, ich weiss nicht, wo Sie das gelesen haben, ehrlich gesagt. Vielmehr kann der Kanton bessere Rahmenbedingungen schaffen, eine transparente Information zur Verfügung stellen und attraktive nachhaltige Angebote fördern. Das erweitert meines Erachtens die Wahlfreiheit und schränkt sie nicht ein. Diese Befürchtung dieses übermässigen Eingriffs auf den Privaten ist für mich unbegründet, weil mit dem Anzug ausdrücklich gefordert wird, dass geprüft und berichtet werden soll, dass bestehende Initiativen besser koordiniert und aufeinander abgestimmt werden sollen sowie vorhandene Programme und Netzwerke genutzt werden sollen.

Für mich ist der Anzug ein Puzzlestück in dem, was der Regierungsrat ohnehin angekündigt hat, und soll ihm gewisse Impulse noch mit auf den Weg geben für die Fertigstellung seiner in Aussicht gestellten Strategie im Scope 3-Bereich. Wenn wir das Netto-Ziel ernst nehmen wollen, kommen wir nicht an einer kohärenten Ernährungspolitik vorbei. Deshalb bitte ich Sie, diesem Anzug zuzustimmen, denn es geht hier um eine nachhaltige Ernährungspolitik, nicht um Essensvorschriften und schon gar nicht um vegane Schwarzwurzel-Hotdogs. Vielen Dank für die Überweisung des Anzugs.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Wir kommen damit zur Abstimmung.

Abstimmung

Ja heisst Überweisung des Anzugs, nein heisst Nichtüberweisung.

Ergebnis der Abstimmung

55 Ja, 35 Nein, 2 Enthaltungen. [Abstimmung # 0008932, 06.05.26 17:42:06]

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug dem Regierungsrat zu überweisen.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Sie haben den Anzug mit 55 Ja-Stimmen gegen 35 Nein-Stimmen bei 2 Enthaltungen überwiesen.

21. Anzug 6 Luca Urgese und Konsorten betreffend Abstimmungsmöglichkeiten für Menschen mit einer Behinderung und Auslandsschweizer Stimmberechtigte

[06.05.26 17:42:15, 26.5110.01]

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug entgegenzunehmen. Ich habe keine Wortmeldungen eingetragen. Es wurde kein anderer Antrag gestellt.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, den Anzug dem Regierungsrat zu überweisen.

22. Anzug 7 Brigitta Gerber und Konsorten betreffend Reparieren statt Wegwerfen - Reparaturbonus auch für Basel

[06.05.26 17:42:42, 26.5111.01]



Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug entgegenzunehmen. Eingetragen hat sich als erste Jenny Schweizer.

Jenny Schweizer (SVP): Der vorliegende Anzug mit dem Titel «Reparieren statt Wegwerfen – Reparaturbonus auch für Basel» greift ein wichtiges Anliegen auf, den schonenderen Umgang mit Ressourcen und die Reduktion von Abfall. Dieses Ziel teilen wir ausdrücklich und dennoch, der vorgeschlagene Weg überzeugt nicht. Ein staatlich finanzierter Reparaturbonus mag auf den ersten Blick sinnvoll erscheinen, bei genauerem Hinsehen zeigt sich jedoch, dass er erhebliche Nebenwirkungen hat, insbesondere für das bestehende Gewerbe in unserem Kanton. In Basel-Stadt verfügen wir über zahlreiche professionelle Reparaturbetriebe, sei es im Elektro- oder im Textilbereich. Diese arbeiten fachgerecht, investieren in Ausbildung, Infrastruktur und Qualitätssicherung und sie übernehmen Verantwortung, indem sie auf ihre Arbeit Garantien geben. Genau dieses Gewerbe würde durch einen staatlich subventionierten Reparaturbonus unter Druck geraten, denn ein solcher Bonus verzerrt den Markt. Er begünstigt punktuell einzelne Reparaturformen oder Anbieter, während etablierte Betriebe, die heute schon wirtschaftlich arbeiten müssen, Sozialabgaben und Mindestlöhne bezahlen müssen, in einen indirekten Preiswettbewerb mit subventionierten Angeboten gedrängt werden. Das ist weder fair noch nachhaltig und schon gar nicht korrekt.

Hinzu kommt ein weiterer ganz zentraler Punkt und dies ist die Sicherheit. Gerade bei Elektrogeräten ist eine fachgerechte Reparatur entscheidend. Unsachgemässe Eingriffe können zu Stromschlägen oder im schlimmsten Fall zu Bränden führen. Professionelle Betriebe verfügen über das nötige Knowhow, die entsprechenden Prüfverfahren und haften für ihre Arbeit. Bei niederschweligen oder informellen Reparaturangeboten, so gut gemeint sie sind, ist dies nicht in gleicher Weise gewährleistet. Was ist, wenn wegen einer nicht korrekt durchgeführten Reparatur ein Brand in einem Wohnhaus ausbricht? Wer übernimmt dann diese Verantwortung? Wir dürfen deshalb nicht leichtfertig Anreize setzen, die potenziell sicherheitsrelevante Risiken erhöhen.

Aus all diesen Gründen bitte ich Sie, den Anzug nicht zu überweisen.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Eingetragen für ein Einzelvotum hat sich Harald Friedl.

Harald Friedl (GRÜNE/jgb): Die Fraktion GRÜNE/jgb spricht sich ganz klar für die Überweisung dieses Anzugs aus, das sehen Sie auch im «Chrüzlistich». Ich möchte auch nicht jetzt alles ausführen, warum wir das extrem sinnvoll finden. Auch die SVP hat jetzt gesagt, dass es ein sehr wichtiges Thema ist und wir wissen alle, dass viel zu viel weggeschmissen wird, das noch reparaturfähig ist und Sinn machen würde, das nochmals jemandem abzugeben. Ich denke, es geht ja nicht darum, dass man da jetzt irgendein neues Gewerbe lancieren will, sondern es geht darum, dass der Kanton da Unterstützung gibt, wenn jemand etwas reparieren lassen will.

Ich möchte jetzt hier nur noch darauf hinweisen, schauen Sie auch noch nach Zürich. Die Stadt Zürich, die wird jetzt im Sommer 2026 einen Reparaturbonus, ein Pilot, der auf drei Jahre angelegt ist, starten und es ist einfach ein Anliegen, dass auch der Kanton Basel-Stadt sich mit der Stadt Zürich da kurzschliesst und mit ihnen dann zusammen schaut, was funktioniert, was funktioniert nicht. Da ist Zürich ein bisschen voraus, wenn wir heute den Anzug überweisen, sind die schon ein Stückchen weiter und ich denke, da müssen wir nicht das Rad von vorne ganz neu erfinden, wir können da einzelne Aspekte, denke ich, auch noch einbringen. Aber nehmen Sie da Kontakt auf und schauen Sie auch, was dort funktioniert und was nicht.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Nächste Einzelsprecherin ist Annina von Falkenstein.

Annina von Falkenstein (LDP): Meine Votums-Serie als Anti-Öko des Tages geht weiter. Die LDP ist auch gegen diesen Anzug, und zwar können wir uns einerseits dem SVP-Votum anschliessen, und zwar auch im Punkt, dass wir es wichtig finden, dass eben repariert wird und nicht einfach weggeschmissen wird, weil es je nachdem günstiger ist, was Neues zu kaufen oder auch einfach weniger umständlich ist, was Neues zu kaufen. Das können wir sehr unterstreichen, genau wie auch der Punkt der Haftung bei gewissen sehr sensiblen Reparaturen.

Wir finden ausserdem auch, dass es sicher Initiativen gibt oder auch Potenzial gibt, Innovation zu betreiben in diesem Bereich. Ein gutes Beispiel für ein anderer Bereich, nämlich der Bereich des Food Waste, ist Too Good To Go, eine Unternehmung, die es wirklich geschafft hat, Partnerschaften einzugehen mit Lebensmittelanbietern und das Label «Oft länger gut» auf die Produkte draufgebracht hat aus diesen Zusammenarbeiten, wo wir uns wünschen würden, dass zum Beispiel auch ein Label entsteht, und zwar nicht staatlich, sondern aus privater Initiative, das den Hinweis gibt, dass Produkte



repariert werden können, das vielleicht auch mittels QR-Codes die Möglichkeit einfach macht, ein Ersatzteil zu bestellen oder Hinweis darauf, wo was repariert werden kann, um eben diese Hemmschwellen des Fortwerfens zu senken.

Was wir auch sehr begrüssen, ist zum Beispiel, dass es schon die Quartierflohmis gibt, die auch nochmal reduzieren, dass man nicht wegwirft, oder die vielleicht mangelhafte, nicht mehr ganz funktionierende Produkte zu sehr günstigem Preis anbieten, dass die Heimwerklerinnen und -werkler da vielleicht noch was rausholen können.

Und der dritte Punkt, und das ist ein bisschen ein allgemeiner, das geht auch darum im Anzug, dass eine Kampagne gestartet werden soll und wir sehen uns einfach einer vermehrt hier drin entstehenden Kampagnenflut ausgesetzt. Für alles sollen wir eine Kampagne machen und wir sind ein bisschen besorgt, dass schlussendlich aus der Menge der Kampagnen dann der Zweck der Kampagne untergraben wird, dass nämlich unsere Kantonsbewohnerinnen und -bewohner gar nicht mehr mitbekommen, was noch alles richtig wäre oder besser wäre oder angepasst werden sollte, sei es eben im Bereich Haushalt, Ernährung, schlussendlich häusliche Gewalt, ein sehr wichtiges Thema, Kindererziehung, etc. Von dem her halten wir dazu an, ein bisschen vorsichtig zu sein im Kampagnenbereich, dass wir nicht durch eine Überinformation schlussendlich die wichtigen Zwecke, die wirklich Staatsaufgabe sind, untergraben und unsichtbar machen, weil wir ganz viele andere Kampagnen lancieren, die auch durch private Initiative aus Vereinen oder aus der Wirtschaft abgedeckt werden könnten.

Deshalb bitte ich Sie im Namen der Liberal-Demokratischen Fraktion, diesen Anzug nicht zu überweisen.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Nächste Einzelsprecherin ist Leoni Bolz.

Leoni Bolz (SP): Reparieren war früher eine Selbstverständlichkeit und heute gefühlt zu mühsam oder zu teuer, denn mit einem Klick kann ja online ein neues preiswertes Produkt bestellt werden. Die Emissionen, die dabei verursacht werden durch das Herstellen des neuen Produkts, aber auch durch die Entsorgung des alten, werden gekonnt ignoriert. Umso wichtiger ist es, dass das Reparieren gefördert wird und wieder «in» wird. So können die Lebensdauer von Produkten erhöht und die Abfälle verringert werden.

Der Kanton kann diesen Prozess tatkräftig unterstützen und seinen Beitrag leisten. Durch Zusammenarbeit mit lokalen Unternehmer*innen kann zudem das lokale Gewerbe gefördert werden statt das Ausbeuten von Billigarbeitskräften anderswo. Mit welchen Akteuren zusammengearbeitet wird, soll anhand der Eignung und Verfügbarkeit durch den Kanton evaluiert werden. Ich bin mir sicher, dass dabei auch Sicherheitsaspekte berücksichtigt werden können und da nicht zu viel in die Luft fliegen wird dabei.

Auch denke ich, dass das Beispiel Too Good To Go zeigt, dass es möglich ist, Labels zu kreieren und ich denke, es kann auch durchaus sein, dass der Kanton da zuerst startet und dass es dann in den privaten Sektor übergeht. Ich denke, da kann der Kanton da starten und vorangehen und seinen Beitrag leisten. Mir scheint auch, die Romandie ist in einigem innovativ und wir als Grenzkanton können uns durchaus inspirieren lassen und auch mit Zürich zusammen das in der Deutschschweiz vorantreiben.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Nächster Einzelsprecher ist Johannes Barth.

Johannes Barth (FDP): Das Anliegen hinter diesem Anzug, weniger Wegwerfmentalität, mehr Ressourceneffizienz, ist grundsätzlich natürlich sympathisch. Auch aus unserer Sicht gilt, wer repariert statt wegwirft, handelt vernünftig und verantwortungsvoll. Aber der Weg, den dieser Anzug vorschlägt, ist der falsche. Ein staatlicher Reparaturbonus ist letztlich nichts anderes als eine neue Subvention, finanziert vom Steuerzahler. Wir subventionieren damit einzelne Konsumentenentscheidungen und greifen in den Markt ein. Das ist nicht Staatsaufgabe. Wenn eine Reparatur wirtschaftlich sinnvoll ist, wird sie der Markt regeln und tut es bereits. Repair Café, Rep-statt, in der Markthalle private Anbieter. Wie schon mehrfach von den Vorrednern gesagt, das Angebot existiert bereits.

Der Kanton Basel-Stadt hat zudem kein Geld zu verschenken. Bevor wir neue Subventionsprogramme lancieren, sollten wir bestehende staatliche Ausgaben kritisch hinterfragen, nicht neue schaffen. Was wir unterstützen könnten, eine gezielte kostengünstige Öffentlichkeitskampagne, die auf bestehende Reparaturangebote hinweist. Das ist sinnvoll, niederschwellig und ohne grosse Staatsintervention umsetzbar. Das bereits laufende Seeding-Programm der Klimaabteilung bietet hierfür ohnehin schon den richtigen Rahmen.

Daher unterstützt die FDP diesen Anzug nicht und bittet, diesen nicht zu überweisen.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Die Anzugstellerin Brigitta Gerber hat das Schlusswort.



Brigitta Gerber (BastA): Nun, Leoni Bolz und Harald Friedl haben das Anliegen bereits gut und richtig erklärt, danke vielmals. Ich werde mich deshalb etwas kürzer halten, aber ich möchte gerne auf die Voten, die mich etwas verwirrt haben, eingehen.

Jenny Schweizer, es ging gegen existierende Betriebe. Ich frage Sie, gibt es die wirklich noch? Ich meine es wirklich im Ernst, ich habe kürzlich eine Bernina und eine Singer-Maschine, wirklich hochentwickeltes schweizerisches Material, versucht reparieren zu lassen. Keine Chance. In der Schweiz gibt es nichts mehr, wo man die Dinger irgendwie hinbringen und sie reparieren kann, gibt es nicht. Dank diesen engagierten Leuten in der Markthalle, die das freiwillig machen, war es aber möglich und ich musste sie nicht wegschmeissen. Und lieber Johannes Barth, ich möchte Ihnen wirklich sagen, Sie irren sich gewaltig, dass es diese Firmen noch gibt. Das ist einfach nicht wahr. Ich hätte eine billige chinesische Maschine kaufen müssen, was ich echt nicht wollte, weil das sinnlos ist. Annina von Falkenstein, ja, ich meine, genau das ist ja das Ziel dieses Vorstosses, dass repariert wird und nicht weggeschmissen wird. Das ist das Ziel und ich denke, Sie scheinen das ja auch zu wollen, deshalb bitte ich Sie, unterstützen Sie doch. Und zu Harald Friedl möchte ich gerne sagen, ich hätte auch gerne noch auf dieses Zürcher Modell verwiesen, weil das wirklich sinnvoll ist und äusserst einleuchtend, aber Sie haben es schon getan, danke.

Deshalb möchte ich Sie bitten, überweisen Sie doch diesen Anzug. Es ist wirklich sinnvoll und richtig, wenn man es genau liest, das Anliegen natürlich.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Es gibt eine Zwischenfrage von Daniela Stumpf-Rutschmann. Sie wird abgelehnt.

Wir kommen damit zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung.

Ergebnis der Abstimmung

56 Ja, 34 Nein, 0 Enthaltungen. [Abstimmung # 0008935, 06.05.26 17:56:29]

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug dem Regierungsrat zu überweisen.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Sie haben den Anzug mit 56 Ja-Stimmen gegen 34 Nein-Stimmen bei keiner Enthaltung überwiesen.

23. Anzug 8 Annina von Falkenstein und Konsorten betreffend Sicherung von Suizidhotspots

[06.05.26 17:56:37, 26.5112.01]

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug entgegenzunehmen. Ich habe keine Wortmeldungen eingetragen. Es wurde kein anderer Antrag gestellt.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, den Anzug dem Regierungsrat zu überweisen.

Schluss der 14. Sitzung

17:57 Uhr





Protokoll

der 15. Sitzung, Amtsjahr 2026 / 2027

Mittwoch, den 20. Mai 2026, um 9:00 Uhr

Vorsitz:

Protokoll:

*Beat Flury, I. Ratssekretär
Sabine Canton, II. Ratssekretärin
Kathrin Lötscher, Andrea Steffen, Texterfassung*

Abwesende:

Johannes Sieber (GLP), Melanie Eberhard (SP), Seyit Erdogan (SP).

Verhandlungsgegenstände:

47. Lohnmassnahmen zur Steigerung der Arbeitgeberattraktivität sowie Ablösung der befristeten Arbeitsmarktzulage für Mitarbeitende der Kantonspolizei, Bericht der WAK 2
24. Anzug 9 Barbara Heer und Konsorten betreffend Beschleunigung der Wiederherstellung des öffentlichen Verkehrs rund um Kundgebungen..... 12
25. Anzug 10 Fleur Weibel und Konsorten betreffend bessere Fahrgastinformationen im öffentlichen Verkehr rund um Kundgebungen 18
26. Motion Jean-Luc Perret und Konsorten für den unterirdischen Schutz von Grünanlagenzonen, Zwischenbericht des RR..... 21
- 26.1. Motion Rudolf Rechsteiner und Konsorten betreffend Bewilligungsbefreiung für Solaranlagen, Zwischenbericht des RR..... 22
- 26.2. Anzug Béla Bartha und Konsorten betreffend Ergänzung des Baumschutzgesetzes: Nicht nur die Anzahl, sondern auch der ökologische Wert des Baumbestandes in BS muss geschützt werden, um dessen Klimawirkung zu erhalten, Zwischenbericht des RR 23
27. Anzug Daniel Hettich und Konsorten betreffend Regionales Logistikflächenkonzept, Schreiben des RR . 23
28. Anzug Joël Thüring und Konsorten betreffend Prüfung einer Aufhebung von Tram- und Bushaltestellen zur Attraktivitätssteigerung eines schnelleren Tram- und Busnetzes in Basel-Stadt, Schreiben des RR..... 24
29. Interpellation Nr. 21 Joël Thüring betreffend missachtet Regierungsrätin Esther Keller bei Rekursentscheiden der Freizeitgartenkommission infolge eigener Abwesenheit das Gesetz?, Schreiben des RR..... 24
30. Interpellation Nr. 40 Annina von Falkenstein betreffend Altersdiskriminierung durch das Bau- und Verkehrsdepartement bei der Autoabgabe-Prämie für Klimaziele, Schreiben des RR..... 24
31. Anzug Joël Thüring und Konsorten betreffend Massnahmen gegen den illegalen Drogenhandel rund um die Kaserne, den Erasmusplatz und den Claraplatz, Schreiben des RR 25
32. Anzug Thomas Widmer-Huber und Konsorten betreffend Sensibilisierung der friedlich Demonstrierenden und Abstand von Vermummten und Personen mit Schutzausrüstungen, Schreiben des RR 32
- 32.1. Anzug Fleur Weibel und Konsorten betreffend Deeskalation bei Kundgebungen, Schreiben des RR..... 35
33. Anzug Christian von Wartburg und Konsorten betreffend Verbesserung der Veloverkehrssicherheit, Schreiben des RR..... 36
34. Interpellation Nr. 39 Edibe Gölgeli betreffend Deepfakes, pornografische Inhalte und digitale sexualisierte Gewalt im Kanton Basel-Stadt, Schreiben des RR 37
35. Motion Beat Braun und Konsorten betreffend Erhöhung der ambulanten psychotherapeutischen Versorgungsplätze, Bericht des RR 37



Beginn der 15. Sitzung

Mittwoch, 20. Mai 2026, 09:00 Uhr

47. Lohnmassnahmen zur Steigerung der Arbeitgeberattraktivität sowie Ablösung der befristeten Arbeitsmarktzulage für Mitarbeitende der Kantonspolizei, Bericht der WAK

[20.05.26 09:00:05, 25.0674.02]

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, ich begrüsse Sie zu unserer heutigen Sitzung und habe Ihnen folgende Mitteilungen zu machen:

Ich starte mit dem Hinweis, dass Sie bitte die Abstimmungskarten einstecken.

Rücktritt aus dem Grossen Rat

Georg Mattmüller hat per 4. September 2026 seinen Rücktritt aus dem Grossen Rat eingereicht. Wir werden ihn an seiner letzten Sitzung am Bündelitag gebührend verabschieden.

Fraktionswechsel und ein runder Geburtstag in der LDP

Annina von Falkenstein hatte am Wochenende einen runden Geburtstag. Ebenfalls wird sie ab 1. Juni das Fraktionspräsidium der LDP von Raoul Furlano übernehmen. Raoul Furlano und Annina von Falkenstein werden aus dem Anlass, Rücktritt und Geburtstag, gemeinsam heute Vormittag den Kaffee spendieren. Ich gratuliere Annina von Falkenstein recht herzlich zum Geburtstag und danke beiden für die grosszügige Kaffeespende.

Hinweis auf einen Anlass der Kulturgruppe

Das Co-Präsidium der Kulturgruppe des Grossen Rates freut sich, auf die Veranstaltung der Kulturgruppe am 3. Juni aufmerksam zu machen. Es erwartet Sie eine spannende Führung durch das Spalentor mit dem Vorgesetzten der ehrenwerten Vorstadtgesellschaft zur Krähe. Im Anschluss gibt es ein Apéro, bei dem Sie die Gelegenheit für tiefe Gespräche haben. Treffpunkt ist 18.30 Uhr beim Spalentor. Brigitte Gysin nimmt ihre Anmeldungen bis zum 26. Mai entgegen und steht für Fragen zur Verfügung.

Neue Vorstösse bis 12 Uhr

Diesen Freitag wird bereits das Geschäftsverzeichnis Juni verschickt. Vorstösse, die bis um 12 Uhr beim Ratssekretariat abgegeben werden, können noch abgedruckt werden. Bitte die Vorstösse als Worddokument auch per E-Mail an parlamentsdienst@basel.ch senden.

Das waren meine Mitteilungen. Wir kommen damit zu Traktandum 47.

Die Wirtschafts- und Abgabekommission beantragt, ihrem Beschlussantrag zu folgen. Die Kommissionsminderheit hat einen eigenen Beschlussantrag vorgelegt und beantragt, diesem zu folgen.

Wir werden die Beratung nochmals genau gleich wie am 22. April durchführen, das heisst, die Diskussion ist frei und sämtliche Anträge müssen neu gestellt werden. Entsprechend werden wir eine Detailberatung des Grossratsbeschlusses 1, Lohngesetz inklusive Lohn tabellen, für die Mehrheits- und die Minderheitsanträge durchführen und diese danach in einer Abstimmung gegenüberstellen. Für den Grossratsbeschluss 2, Finanzielle Mittel, führen wir die Beratung anhand des obsiegenden Antrags beim Lohngesetz, Grossratsbeschluss 1, durch und werden die Änderungsanträge dazu zur Abstimmung bringen.

Für die Kommissionsmehrheit der Abgabe- und Wirtschaftskommission hat Luca Urgese das Wort.

Luca Urgese (FDP): Lohnmassnahmenpaket, die zweite. Wer hätte gedacht, dass wir so schnell wieder hier sitzen, um über die Löhne des Staatspersonals zu diskutieren. Die Vorgeschichte dieser Wiederholung ist Ihnen bestens bekannt, deshalb möchte ich darauf nicht mehr eingehen. Nur so viel, ich möchte Ihnen danken, dass Sie einer Aufhebung der unrechtmässig zustande gekommenen Beschlüsse rasch und unkompliziert zugestimmt haben. Wir alle haben ein Interesse daran, dass die Beschlüsse in diesem Gremium gemäss den rechtlichen Grundlagen korrekt erfolgen und auch den tatsächlichen Willen



unseres Rats abbilden. Ich denke, es ist in unser aller Sinn, wenn wir die dreistündige Debatte vom April nicht wiederholen. Deshalb werde ich mich darauf beschränken, in wenigen Stichworten die Elemente des Vorschlags der Kommissionsmehrheit zusammenzufassen.

Sie erinnern sich, dieser Vorschlag umfasst neun Elemente. Drei Elemente, bei denen Mehrheit und Minderheit mit dem Regierungsrat einig sind. Erstens, die Aufhebung des degressiven Teuerungsausgleichs. Zweitens, die zusätzliche Erfahrungsstufe für die Mitarbeitenden der Kantons- und Kriminalpolizei und drittens, die Erhöhung der Ausbildungslöhne bei der Kantonspolizei. Dann drei Elemente, wo die Kommissionsmehrheit Anpassungen vorgenommen hat. Erstens, die Erhöhung der Einstiegslohne. Wir sind der Auffassung, dass bei einer Lohnerhöhung für die Hälfte des Staatspersonals nicht mehr von Einstiegslohnen gesprochen werden kann. Die Mehrheit will die Lohnerhöhungen auf die Stufen A bis 5 beschränken statt wie vom Regierungsrat vorgeschlagen für die Stufen A bis 11. Zweitens, die Erhöhung der Geldzulagen. Die Mehrheit will ebenfalls eine Erhöhung, aber um einen Viertel statt einem Drittel. Auch das ist klar über Schweizer Durchschnitt und damit eine angemessene Würdigung der besonderen Belastungen, die Schichtberufe mit sich bringen. Drittens, der Lohnzuschlag zum Ausgleich von temporären Einkommenseinbussen. Durch die Anpassungen der Mehrheit ist ein betragsmässig höherer Ausgleich von temporären Einkommenseinbussen notwendig, damit niemand mit diesem Paket weniger Lohn hat als heute. Dieser Ausgleich beträgt gemäss Auskunft des Regierungsrates 4.3 Mio. Franken.

Und schliesslich drei von der Kommissionsmehrheit neu eingefügte Elemente. Erstens, eine Anpassung der Ausbildungslöhne von Quereinsteigern, damit Quereinsteiger nicht mit empfindlichen Lohneinbussen konfrontiert sind, die sie davon abhalten, den Beruf zu wechseln. Der Betrag hierfür beträgt 3.2 Mio. Franken. Der Änderungsantrag des Regierungsrates hierzu liegt Ihnen vor. Zweitens eine Konkurrenzklausel im Personalgesetz, welche den Regierungsrat dazu verpflichtet, darauf zu achten, dass es nicht zu einer systemischen Besserstellung des Staatspersonals gegenüber der Privatwirtschaft kommt und drittens, die Einführung einer neuen Aussendienstzulage, mit der die besonderen Risiken und Gefahren der Polizistinnen und Polizisten im Aussendienst, die es bei anderen Berufen so nicht gibt, besonders gewürdigt werden sollen.

Auch mit dem Vorschlag der Kommissionsmehrheit erhält ein substanzieller Teil der Staatsangestellten mehr Lohn als bisher. Das umfasst alle Blaulichtorganisationen inklusive Feuerwehr und Sanität und alle Schichtberufe wie Tram- und Buschauffeure oder die Mitarbeitenden der Stadtreinigung. Wir sind überzeugt, dass der stärkere Fokus auf die Kantonspolizei nicht nur richtig, sondern auch notwendig ist, um Sicherheit und Ordnung in unserem Kanton auch in Zukunft aufrechterhalten zu können.

Ich beantrage Ihnen somit im Namen der Kommissionsmehrheit, dem Antrag der Mehrheit zu folgen inklusive dem Änderungsantrag des Regierungsrates betreffend Ausbildungslöhne von Quereinsteigern. Gleichzeitig beantragen wir Ihnen, die Motion Messerli/Hug betreffend Lohnerhöhung für die Kantonspolizei und den Anzug Hug/Christ betreffend Schicht- und Wochenenddienst als erledigt abzuschreiben.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Für die Kommissionsminderheit der WAK hat Pascal Pfister das Wort.

Pascal Pfister (SP): Auch ich werde mich einigermaßen kurz halten, aber doch noch einmal in Erinnerung rufen, um was es hier geht und wieso ich Ihnen im Namen der Minderheit der WAK beantrage, unserem Antrag zu folgen.

Zunächst, wieso hat man dieses Lohnpaket gemacht? Der Anfang, und das zeigen ja auch die Motionen aus dem Grossen Rat, waren die Probleme bei der Polizei. Hier gab es einen Unterbestand und das führt zu einer Negativspirale. Der Bestand bei der Polizei ist deutlich angestiegen und aus einer der Gründe wurde der Lohn ausgemacht. Deshalb wurde ja auch die Arbeitsmarktzulage gesprochen und danach soll die jetzt eben abgelöst werden.

Ich habe das letzte Mal schon gesagt, gouverner, c'est prévoir, man hat diese Gelegenheit genutzt, jetzt zu handeln, bevor Probleme entstehen in den anderen Bereichen des Staates. Es gibt natürlich auch andere Bereiche, die potenziell vor Herausforderungen stehen, die Probleme haben werden, Leute zu finden oder schon jetzt Probleme haben, aber noch nicht so akzentuiert wie bei der Polizei, aber es geht eben darum, jetzt zu handeln. Darum macht es Sinn, jetzt dieses Paket zu sprechen, auch wenn noch kein Unterbestand besteht. Das ist eben sinnvoll, dass man vorher handelt.

Man hat dann analysiert, wo besteht ein Nachteil, wo gibt es diese Möglichkeit, dass es Probleme gibt, und hat festgestellt, das ist bei den Einstiegslohnen und hat entsprechend gehandelt. Man hat dann, das hat Luca Urgese schon angesprochen, auch bei den Schichtzulagen gehandelt. Insgesamt wurde uns ein austariertes Paket vorgelegt, vom FD, JSD und Sozialpartnern ausgehandelt. Die Minderheit war der Meinung, dass das ein gutes Paket ist, das die verschiedenen Interessen berücksichtigt und zielgerichtet ausgerichtet ist. So weit, so gut. Ich stelle nun aber fest, dass es offenbar auch bei dieser Vorlage ein Finish der Wirtschaftsverbände braucht.



Inhaltlich zu dieser Anpassung der Mehrheit möchte ich kurz noch etwas sagen. Bei der Aussendienstzulage, die neu eingeführt wurde, sehen wir eine Gefahr, dass wir zurück auf Feld 1 kommen. Bei der Einführung der Arbeitszulage, die hat einerseits zu Entlastungen geführt, aber bei einem Teil der Polizist*innen eben auch zu einem negativen Gefühl, weil nicht alle gleichbehandelt wurden und damit, wenn man das jetzt wiederholt, gefährdet man ein bisschen das Ziel dieser Vorlage.

Zur Kürzung bei den Schichtarbeiten. Das ist für mich und für uns unverständlich, sowohl sachlich als auch finanziell, wenn man sieht, was damit eingespart wird. Das können wir in dem Sinn nicht nachvollziehen, wir hätten uns mehr Goodwill gegenüber den anderen Schichtarbeitenden gewünscht.

Dann komme ich noch zur Konkurrenzklause, das wurde in der letzten Debatte auch mehrfach aufgebracht. Die finden wir demokratiepolitisch fragwürdig. Es kann nicht sein, dass privat verhandelte Arbeitsbedingungen in der Sozialpartnerschaft massgebend sind für die Arbeitsbedingungen, die wir hier beim Kanton beschliessen.

Diese letzte Änderung der Mehrheit, die passt aber dazu, dass die Wirtschaftsverbände den bürgerlichen Parlamentariern gerne sehr präzise Stimmempfehlungen geben. Ich möchte an dieser Stelle doch auch nochmal das betonen, das Hexentreiben gegen Personen, die in ihrem Stimmverhalten, sei es bewusst oder unbewusst, durch ein Missgeschick abweichen, finde ich eine sehr ungute Entwicklung. Ich sage das als jemand, der auch schon von der Meinung seiner Fraktion abgewichen ist. Das ist mein Recht als Parlamentarier und ich hätte mir mein Stimmverhalten weder direkt noch indirekt von irgendjemandem diktieren lassen.

In diesem Sinne danke ich Ihnen für die Aufmerksamkeit und bitte Ihnen, dem Antrag der Minderheit zu folgen.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Das Wort hat die Vorsteherin des Finanzdepartementes, Regierungsrätin Tanja Soland.

RR Tanja Soland, Vorsteherin FD: Der Regierungsrat hat ein Lohnmassnahmenpaket vorgelegt, welches er Ihnen heute wieder zur Abstimmung, zum Beschluss empfiehlt. Wir halten daran fest und es gibt drei Punkte, die wichtig sind. Der Handlungsbedarf ist unbestritten, der Personalunterbestand bei der Kantonspolizei ist der erste Punkt, ich glaube, das ist nicht bestritten, der zweite ist, dass die Schichtberufe zusehends an Attraktivität verlieren, und der dritte ist, die Einstiegsgehälter sind zu tief. Und diese drei Punkte haben wir im Lohnmassnahmenpaket vorgelegt. Es ist eingebettet, die Massnahmen hängen voneinander ab. Es ist schwierig, wenn Sie an einer Schraube drehen.

Wenn Sie sagen, die Anpassung der Lohnkurve, ja, das ist der Kern, das seien nicht mehr Einstiegsgehälter bis Lohnstufe 11, dann muss ich Ihnen sagen, wir haben 31 Stufen, 11 ist nicht mal die Hälfte. Und ja, es profitieren viele, es sind 47%, aber es sind auch die Einstiegsgehälter, wo wir wirklich Schwierigkeiten haben, wo die Fluktuation sehr gross ist, wo der Kanton unattraktiv ist. Und das andere sind die Schichtberufe. Daher haben wir die Geldzulagen für alle erhöht, weil wir dort überall eine Schwierigkeit haben mit der Attraktivität.

Sie kennen die Massnahmen, Sie kennen die Forderungen der Mehrheit. Ich kann Ihnen sagen, der grosse Unterschied ist, Sie haben recht, es wird mehr Geld zur Kantonspolizei verschoben, ich habe das nochmal ausrechnen lassen. Mit dem Lohnmassnahmenpaket der Regierung sind es rund 35%, welches nur für die Kantonspolizei ist, also ohne Rettung, Feuerwehr, und bei der Mehrheit sind das 50%. Ja, es gibt mehr Geld, das stimmt. Was Sie aber auch erreichen, ist mehr Unzufriedenheit, sie schaffen mehr Ungleichheit. Sie schaffen Ungleichheit zwischen den Schichtarbeitenden, das heisst, die anderen Schichtarbeitenden im Kanton kommen schlechter weg, und mit der Aussendienstzulage schaffen Sie noch Unzufriedenheit innerhalb der Kantonspolizei selbst.

Ich schätze, wenn Sie heute bestimmen, dass wir der Mehrheit folgen sollen, dass wir in Zukunft wieder darüber reden werden, weil es gibt etwas, was Mitarbeitende nicht gerne haben, und das ist, wenn Sie den Eindruck haben, sie sind ungerecht behandelt worden. Das ist für mich das Hauptargument gegen den Vorschlag der WAK-Mehrheit. Sie schaffen hier Ungerechtigkeiten. Das ist der Grund, warum wir auch so lange hatten, dieses Paket abzustimmen, aufeinander abzustimmen, damit wir nachher eine nachhaltige Lösung haben, wo alle in unserem Kanton, die Mitarbeitenden sagen können, das ist jetzt fair. Das befürchte ich, werden wir mit der WAK-Mehrheit nicht haben.

Ich gebe Ihnen nur noch ein anderes Beispiel, Ausbildungslöhne, Monopolberufe. Ja, die WAK-Mehrheit will hier noch mehr schaffen. Sie möchte hier auch die Stufen anpassen und sie möchte das an der bisherigen Berufserfahrung ausrichten. Das mag ja sinnvoll sein, aber wir haben schon eine Lohnklasse gegeben, das heisst, wir machen jetzt eine Lohnklasse mehr von 10 ins 11 und dann noch die Erfahrungsstufen, dann wird die Verhältnismässigkeit noch ungleicher. Das hätte man einbetten müssen, wir haben Ihnen immer gesagt, weisen Sie es uns zurück, damit wir eine Gesamtlösung machen können. Ich sage nicht, dass einzelne Massnahmen nicht sinnvoll sein könnten, vielleicht wäre die Aussendienstzulage irgendwo auch sinnvoll, das hätte man aber zuerst mit dem JSD genau anschauen müssen. Ist das sinnvoll und wie machen wir das, wir hätten die Zeit gebraucht, das anzuschauen, wie passt das zusammen. Das können wir jetzt nicht, Sie geben uns heute hier einfach,



wenn Sie das machen, den Auftrag, schaut mal. Ich möchte Ihnen hier einfach mitgeben, ich kann nicht garantieren, dass wir das zur Zufriedenheit aller schaffen, auch nicht zur Zufriedenheit aller Kantonspolizisten und Kantonspolizistinnen und das ist mir wichtig, dass Sie das wissen, wenn Sie heute abstimmen.

Daher bitte ich Sie nochmals im Namen des Regierungsrates, dass Sie heute dem Lohnmassnahmenpaket der Regierung und der Minderheit, welche das unterstützt, zustimmen.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Ich habe keine Fraktionssprechenden eingetragen. Als Einzelsprecher gemeldet hat sich Eric Weber.

Eric Weber (Fraktionslos): Ich rede nachher nicht mehr, aber zu dieser Sache möchte ich mich äussern, weil ich in der ganzen Schweiz zu dieser Sache angesprochen wurde von Leuten, die sich sonst nicht für die Kantonspolitik von Basel-Stadt interessieren. Ich möchte das einfach betonen. Ich möchte über den Hintergrund reden, ich möchte eine Einordnung und eine Analyse machen, was da in den letzten fünf Wochen passiert ist. Andrea Strahm hat richtig gesagt und Herr Pfister hat ja auch zu dieser Sache gesprochen, der ganze Hass wird nun abgelagert auf Sandra Bothe-Wenk. Ich sehe das genauso und darum sage ich, kommen Sie hierher ans Mikrofon und sagen Sie, ich bekenne mich schuldig. Denn in der ganzen Schweiz werden wir belacht. Und ich will wissen, und das darf ich fragen, wer von ausserhalb abgestimmt hat und das ohne Bild. Ich will Sie hier nicht langweilen, aber Sie haben es ja alle in den Medien gelesen.

Ich stimme mit den Bürgerlichen und ich möchte das auch begründen. Es kann nicht sein, dass Sie als Kantonsangestellte Ihren Lohn selbst erhöhen. Morgen steht in der Basler Zeitung, die Kantonsangestellten erhöhen sich den Lohn selbst. Herr Sieber von der GLP hat richtig gesagt in der Basellandschaftliche Zeitung von gestern, er enthält sich, weil er beim Kanton angestellt ist. Ich weiss es nicht, aber er enthält sich. Und ich möchte wirklich bitten, die, die Kantonsangestellte sind, dass Sie sich bei dieser Abstimmung enthalten. Alles andere ist unanständig und in der Zeitung steht dann, und wir machen uns lächerlich, sie erhöhen sich den Lohn selbst. Und das stimmt. In anderen Parlamenten dürften Sie gar nicht da sein als Kantonsangestellte, wenn Sie beim Land oder beim Kanton oder im Bundesland oder in einem Kanton arbeiten. Aber hier dürfen Sie es noch in Basel. Also ich möchte Sie bitten, dass Sie sich der Stimme enthalten, die, die beim Kanton arbeiten und sich den Lohn nicht selber erhöhen.

Ich komme zum Schluss. Entweder war es Melanie Eberhard, Heidi Mück, Lea Wirz oder Georg Mattmüller.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Herr Weber, ich bitte Sie, nicht Namen zu nennen. Es geht hier einfach um die Sache, es geht nicht um die letzte Sitzung, Sie können sich zum Thema äussern, aber nicht weiter persönlich werden.

Eric Weber (Fraktionslos): Aber wissen Sie, Frau Präsidentin, in der ganzen Medienwelt ist das seit fünf Wochen ein Thema und ich habe jetzt die vier Leute genannt und es können nur die vier Leute sein und ich finde das einfach schade, dass man nicht den Mut hat und hierherkommt und sagt...

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Herr Weber, ich bitte Sie, nicht auf die letzte Sitzung hinzuweisen, sondern Sie haben jetzt die Gelegenheit, über das Thema zu sprechen, ohne Namen.

Eric Weber (Fraktionslos): Ich bitte darum um Rückweisung, ich bitte auch um Nichteintreten. Ich beantrage als Grossrat und Präsident meiner Partei, Rückweisung an die Regierung und ich beantrage Nichteintreten und ich beantrage an die lieben Grossräte, die beim Kanton Basel-Stadt arbeiten, die einen 13. und einen 14. Monatslohn haben, bitte treten Sie in den Ausstand und enthalten sich bei der Abstimmung. Herr Sieber hat gross angekündigt, er wird sich bei dieser Abstimmung enthalten.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Herr Weber, das war der erste Ordnungsruf.

Eric Weber (Fraktionslos): Ich bin fertig, ich gehe jetzt nach Hause, aber ich wollte das einfach sagen und ich bin gespannt auf diese Abstimmung. Es ist wirklich traurig.



Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Das Wort hätte nochmals die Vorsteherin des Finanzdepartementes. Regierungsrätin Tanja Soland verzichtet. Für die Kommissionsminderheit, Pascal Pfister verzichtet ebenfalls. Luca Urgese hat für die Kommissionsmehrheit das Wort.

Luca Urgese (FDP): Nur ganz kurz zu wenigen Dingen. Regierungsrätin Tanja Soland hat nochmals zum Thema Einstiegsgehälter etwas gesagt. Ich möchte es einfach nochmals unterstreichen, 50% des Staatspersonals profitieren in der Variante des Regierungsrates. Wir haben nicht 50% Berufseinsteiger beim Kanton. Und dann diese Ungleichheit bei den Schichtzulagen, das wäre eine Ungleichbehandlung. Wir haben schon heute unterschiedliche Zulagen für unterschiedliche Situationen. Wir entschädigen Nacharbeit, Sonntagsarbeit, Pikettdienst, Präsenzdienst, Stellvertretung, etc. und das nicht immer mit dem gleichen Betrag, sondern mit unterschiedlichen Beträgen. Und selbst innerhalb der Zulagen machen wir Unterschiede. Die Nachtbereitschaftszulage beträgt 5.30 Franken, ausser bei der Berufsfeuerwehr, dort beträgt sie 6.40 Franken. Also wir machen schon heute Unterschiede.

Und etwas, was der Minderheitssprecher gesagt hat, möchte ich schon nicht unwidersprochen stehen lassen. Er hat gesagt, dass seitens der Wirtschaftsverbände grosser Druck auf Abweichler ausgeübt werde. In diesem Geschäft hat vor allem ein Verband grossen Druck ausgeübt. Das ist die AGSt, das ist die Arbeitsgemeinschaft der baselstädtischen Staatspersonalverbände, die hat so Druck gemacht, dass sogar während laufender Kommissionsberatung wir ein Schreiben erhalten haben, ich habe das das letzte Mal gesagt, wo der Vorwurf geäussert wurde, wir würden das Geschäft bewusst verzögern. Dieser Druck kam nicht von den Wirtschaftsverbänden, dieser Druck kam vom Staatspersonalverband. Und ich glaube, man kann sagen, bei Geschäften, die grosse Aufmerksamkeit haben, liegt der Druck auf beiden Seiten. Also ich habe nicht den Eindruck, dass bei solchen Geschäften der Druck auf linke Ratsmitglieder kleiner wäre, als das bei den anderen Ratsmitgliedern der Fall ist. Das möchte ich schon festgehalten haben.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Eintreten wurde bestritten durch Eric Weber. Wir kommen damit zur Abstimmung.

Abstimmung

Wer auf das Geschäft eintreten will, stimmt JA, wer nicht eintreten will, stimmt NEIN.

Ergebnis der Abstimmung

96 Ja, 1 Nein, 0 Enthaltungen. [Abstimmung # 0008969, 20.05.26 09:26:28]

Der Grosse Rat beschliesst

Auf das Geschäft einzutreten.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Sie sind mit 96 Ja-Stimmen gegen 1 Nein-Stimme bei keiner Enthaltung auf das Geschäft eingetreten.

Rückweisung wurde ebenfalls von Eric Weber beantragt. Wir kommen damit zur Abstimmung.

Abstimmung

Wer den Bericht an den Regierungsrat zurückweisen will, stimmt JA, wer nicht zurückweisen will, stimmt NEIN.

Ergebnis der Abstimmung

3 Ja, 94 Nein, 0 Enthaltungen. [Abstimmung # 0008971, 20.05.26 09:27:13]



Der Grosse Rat beschliesst

keine Rückweisung.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Sie haben mit 3 Ja-Stimmen gegen 94 Nein-Stimmen und keiner Enthaltung das Geschäft nicht zurückgewiesen.

Detailberatung des Grossratsbeschlusses 1 der Kommissionsmehrheit (Seite 29 des Berichts)

Lohngesetz

Titel und Ingress

I. Änderung Lohngesetz

§ 8

Abs. 2bis (neu)

§ 15a (geändert)

Abs. 1 bis 4

§ 22

Abs. 2 (aufgehoben)

Anhänge

Anhang 164.100.2

Anhang 2 Stufenverlauf (geändert)

II. Änderung anderer Erlasse

Das Personalgesetz wird wie folgt geändert:

§ 5 Abs. 2 lit. h (neu)

III. Aufhebung anderer Erlasse

IV. Schlussbestimmung.

Somit ist die Detailberatung des Mehrheitsantrags abgeschlossen. Wir führen nun die Detailberatung des Minderheitsantrags durch.

Detailberatung des Grossratsbeschlusses 1 der Kommissionsminderheit, Lohntabelle ab 2026 (Seite 42 des Berichts)

Lohngesetz

Titel und Ingress

I. Änderung Lohngesetz

§ 22

Abs. 2 (aufgehoben)

Anhänge

Anhang 164.100.2

Anhang 2 Stufenverlauf (geändert)

Hier gibt es einen Änderungsantrag des Regierungsrats, er fordert in der Tabelle Stufenverlauf «gültig ab 1. Januar 2026» zu streichen.

Wir eröffnen dazu die Debatte. Das Wort hat die Vorsteherin des Finanzdepartements, Regierungsrätin Tanja Soland. Sie verzichtet. Für die Kommissionsminderheit das Wort hat Pascal Pfister. Er verzichtet auch, auch die Kommissionsmehrheit verzichtet. Ich habe keine Fraktionssprechenden eingetragen, auch keine Einzelvoten. Dann kommen wir zur Abstimmung. Es geht hier um einen Änderungsantrag, der noch nicht zurückgezogen wurde.



Abstimmung

JA heisst Zustimmung zum Änderungsantrag, NEIN heisst Ablehnung.

Ergebnis der Abstimmung

96 Ja, 0 Nein, 1 Enthaltungen. [Abstimmung # 0008973, 20.05.26 09:30:56]

Der Grosse Rat beschliesst

dem Änderungsantrag zuzustimmen.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Sie haben mit 96 Ja-Stimmen gegen keine Nein-Stimme und einer Enthaltung dem Änderungsantrag zugestimmt.

II. 2 Änderung anderer Erlasse

III. Aufhebung anderer Erlasse

IV. Schlussbestimmung

Hier gibt es einen Änderungsantrag des Regierungsrats. Er beantragt den Zeitpunkt des Inkrafttretens bestimmen zu können.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, wir machen einen Unterbruch. Wir werden noch das Geschäftsreglement durchgehen und werden Sie, sobald wir das geklärt haben, wieder in den Saal zurückrufen.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, wir haben die Geschäftsordnung nochmals geprüft und ich kann Ihnen versichern, es steht klar und deutlich, es muss gleichen Tages der dritte Ordnungsruf sein, dass das entsprechende Mitglied den Saal verlassen muss. Entsprechend bleibt es so, wie es ist und wir fahren mit Traktandum 47 weiter.

Wir eröffnen also weiterhin die Debatte. Frau Regierungsrätin Tanja Soland, wünschen Sie das Wort? Sie verzichtet. Herr Pfister für die Minderheit, ebenso für die Mehrheit. Wir kommen damit zur Abstimmung zum Änderungsantrag.

Abstimmung

JA heisst Zustimmung zum Änderungsantrag, NEIN heisst Ablehnung.

Ergebnis der Abstimmung

96 Ja, 0 Nein, 1 Enthaltungen. [Abstimmung # 0008975, 20.05.26 09:40:49]

Der Grosse Rat beschliesst

dem Änderungsantrag zuzustimmen.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Sie haben dem Änderungsantrag mit 96 Ja-Stimmen gegen keine Nein-Stimme ei einer Enthaltung zugestimmt.



Detailberatung des Grossratsbeschlusses 1 der Kommissionsminderheit, Lohntabelle ab 2027 (Seite 45 des Berichts)

Lohngesetz

Titel und Ingress

I. Änderung Lohngesetz

Anhänge

Anhang 164.100.2

Anhang 2 Stufenverlauf (geändert)

II. Änderung anderer Erlasse

III Aufhebung anderer Erlasse

IV. 4 Schlussbestimmung

Die Detailberatung der beiden Anträge ist nun abgeschlossen. Wir stimmen nun ab, welche der beiden Anträge Sie vorziehen und führen danach die Schlussabstimmung durch. Wir kommen damit zur Abstimmung über die Variante Mehrheit oder Minderheit.

Abstimmung

JA heisst Variante Mehrheit, NEIN heisst Variante Minderheit.

Ergebnis der Abstimmung (Stichentscheid des Präsidenten)

50 Ja, 49 Nein, 0 Enthaltungen. [Abstimmung # 0008977, 20.05.26 09:42:51]

Der Grosse Rat beschliesst

mit der Variante der Kommissionsmehrheit weiter zu fahren.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Sie haben mit 50 Ja-Stimmen gegen 49 Nein-Stimmen und keiner Enthaltung der Variante der Mehrheit zugestimmt.

Schlussabstimmung 1

Lohngesetz und Lohntabelle

Abstimmung

JA heisst Zustimmung zum Grossratsbeschluss, NEIN heisst Ablehnung.

Ergebnis der Abstimmung

90 Ja, 0 Nein, 8 Enthaltungen. [Abstimmung # 0008979, 20.05.26 09:43:42]

Der Grosse Rat beschliesst

I. Das Lohngesetz (LG) vom 18. Januar 1995 (Stand 13. Februar 2025) wird wie folgt geändert:

§ 8 Abs. 2bis (neu)



2bis Bei Stellen, die den Charakter eines Monopolberufes haben, die eine Vollzeitausbildung beim Kanton erfordern und die eine zuvor abgeschlossene Ausbildung voraussetzen, wird eine allfällige bisherige Berufserfahrung angemessen angerechnet.

§ 15a (geändert)

1 Der Regierungsrat gewährt Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Kantonspolizei, die Aussendienst leisten, eine Aussendienstzulage.

2 Weitere Zulagen werden vom Regierungsrat nur unter der Voraussetzung gewährt, dass sie mit den Erkenntnissen und Ergebnissen der Arbeitsbewertung nicht in Widerspruch stehen.

3 Diese Zulagen werden unter Berücksichtigung der Teuerungsentwicklung periodisch angepasst.

4 Der Regierungsrat erlässt in einer Verordnung die notwendigen Bestimmungen.

§ 22 Abs. 2 (aufgehoben)

2 Aufgehoben.

Anhänge

Anhang 164.100.2: Anhang 2 Stufenverlauf (**geändert**)

II. Änderung anderer Erlasse

Das Personalgesetz vom 17. November 1999[2] (Stand 15. Juni 2025) wird wie folgt geändert:

§ 5 Abs. 2 lit. h) (neu)

h) so ausgestaltet werden, dass es bei einer gesamtheitlichen Betrachtung der Anstellungsbedingungen (z.B. Lohnnebenleistungen, Vorsorgeleistungen) nicht zu einer systemischen Besserstellung gegenüber der Privatwirtschaft, insbesondere den KMU, kommt.

III. Aufhebung anderer Erlasse Keine Aufhebung anderer Erlasse

IV. Schlussbestimmung Diese Änderung ist zu publizieren; sie unterliegt dem Referendum und der Regierungsrat bestimmt den Zeitpunkt des Inkrafttretens.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Sie haben mit 90 Ja-Stimmen gegen keine Nein-Stimme bei 8 Enthaltungen der Kommissionsmehrheit zugestimmt.

Detailberatung des Grossratsbeschlusses 2 betreffend den Kosten der Kommissionsmehrheit (Seite 32 des Berichts)

Titel und Ingress

Abs. 1 Bewilligung der Gesamtausgaben

Hier liegt ein Änderungsantrag des Regierungsrats vor. Er beantragt 22'325'000 Franken.

Wir eröffnen auch hier die Debatte. Frau Regierungsrätin, wünschen Sie das Wort? Sie verzichtet. Wünscht die Minderheit das Wort? Sie verzichtet. Wir kommen damit zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Zustimmung zum Änderungsantrag, NEIN heisst Ablehnung.

Ergebnis der Abstimmung

98 Ja, 0 Nein, 0 Enthaltungen. [Abstimmung # 0008981, 20.05.26 09:45:00]

Der Grosse Rat beschliesst

dem Änderungsantrag zuzustimmen.



Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Sie haben mit 98 Ja-Stimmen gegen keine Nein-Stimme bei keiner Enthaltung dem Antrag des Regierungsrats zugestimmt.

Im Grossratsbeschluss sind bei den verschiedenen Alineas jeweils Klammerbemerkungen angegeben. Der Regierungsrat hat mit seinem Änderungsantrag mitgeteilt, dass diese Klammerbemerkungen gestrichen werden sollen. Bei der Debatte im April teilte die Finanzdirektorin jedoch mit, auf diesen Antrag zu verzichten. Entsprechend frage ich die Finanzdirektorin an, ob sie wiederum auf diese Streichung verzichtet. Wir würden uns darum acht Abstimmungen ersparen. Sie stimmt zu.

Alinea 1 bis 8

Der Regierungsrat beantragt eine neue Alinea 9 mit Ausgaben von 3'200'000 Franken für die angemessene Anrechnung von bisheriger Berufserfahrung bei der Entlohnung von Ausbildungsstellen. Der entsprechende Antrag liegt Ihnen schriftlich vor.

Wir eröffnen auch hier die Debatte. Die Finanzdirektorin verzichtet. Für die WAK-Mehrheit, Luca Urgese verzichtet. Für die Minderheit, Pascal Pfister verzichtet ebenfalls. Ich habe keine Wortmeldungen eingetragen. Wir kommen damit zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Zustimmung zum Änderungsantrag, NEIN heisst Ablehnung.

Ergebnis der Abstimmung

96 Ja, 1 Nein, 0 Enthaltungen. [Abstimmung # 0008983, 20.05.26 09:46:47]

Der Grosse Rat beschliesst

dem Änderungsantrag zuzustimmen.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Sie haben dem Antrag mit 96 Ja-Stimmen gegen eine Nein-Stimme und keiner Enthaltung zugestimmt.

Publikations- und Referendums Klausel

Schlussabstimmung.

Schlussabstimmung

JA heisst Zustimmung zum Grossratsbeschluss, NEIN heisst Ablehnung.

Ergebnis der Abstimmung

89 Ja, 1 Nein, 8 Enthaltungen. [Abstimmung # 0008984, 20.05.26 09:47:28]

Der Grosse Rat beschliesst

1. Für die Umsetzung der Lohnmassnahmen zur Steigerung der Arbeitgeberattraktivität sowie zur Ablösung der befristeten Arbeitsmarktzulage für Mitarbeitende der Kantonspolizei werden Ausgaben von Fr. 22'325'000 bewilligt.

Diese Ausgaben teilen sich wie folgt auf:

- Fr. 7'800'000 wiederkehrende Ausgaben ab 2027 (für 2026 Fr. 3'900'000) für die Finanzierung der Mehrkosten aufgrund der Anpassung der Lohnkurve zu Lasten der Erfolgsrechnung des Finanzdepartements.

- Fr. 700'000 wiederkehrende Ausgaben ab 2027 (für 2026 Fr. 350'000) für die Finanzierung der Mehrkosten für die Finanzierung der aufgrund der Anpassung der Lohnkurve erhöhten Staatsbeiträge Kinderbetreuung zu Lasten der Erfolgsrechnung des Erziehungsdepartements (Dienststelle Jugend, Familie und Sport).



- Fr. 500'000 wiederkehrende Ausgaben ab 2027 (für 2026 Fr. 250'000) für die Finanzierung der Mehrkosten infolge Aufhebung der Degression beim Teuerungsausgleich zu Lasten der Erfolgsrechnung des Finanzdepartements.
- Fr. 2'325'000 wiederkehrende Ausgaben ab 2027 (für 2026 Fr. 1'162'500) für die Erhöhung der Geldzulagen für Nacht-, Sonn-, Feiertags- und Pikettdienst gemäss §§ 23 bis 33 der Verordnung zur Arbeitszeit der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Kantons Basel-Stadt vom 6. Juli 2024 (Arbeitszeitverordnung, AZV, SG 162.200) zu Lasten der Erfolgsrechnung des Kantons Basel-Stadt.
- Fr. 1'200'000 wiederkehrende Ausgaben ab 2027 (für 2026 Fr. 600'000) für die Ausrichtung einer Aussendienstzulage zu Lasten der Erfolgsrechnung des Justiz- und Sicherheitsdepartements.
- Fr. 1'600'000 wiederkehrende Ausgaben ab 2027 (für 2026 Fr. 800'000) für die Erhöhung der Einstufung ad personam der Mitarbeitenden der Kantonspolizei und der Kriminalpolizei auf Polizeistellen bis und mit Lohnklasse 16 um je eine Erfahrungsstufe zu Lasten der Erfolgsrechnung des Justiz- und Sicherheitsdepartements (Dienststelle Kantonspolizei).
- Fr. 700'000 wiederkehrende Ausgaben ab 2027 (für 2026 Fr. 350'000) für die Erhöhung der Ausbildungslöhne bei der Kantonspolizei zu Lasten der Erfolgsrechnung des Justiz- und Sicherheitsdepartements (Dienststelle Kantonspolizei).
- Fr. 4'300'000 einmalige Ausgaben für den Ausgleich verbleibender Einkommenseinbussen aufgrund des Wegfalls der Arbeitsmarktzulage zu Lasten der Erfolgsrechnung des Justiz- und Sicherheitsdepartements (Dienststelle Kantonspolizei).
- Fr. 3'200'000 für wiederkehrende Ausgaben für die angemessene Anrechnung von bisheriger Berufserfahrung bei der Entlohnung von Ausbildungsstellen, die Monopolberufe betreffen, die eine Vollzeitausbildung beim Kanton erfordern und dafür eine zuvor abgeschlossene Ausbildung voraussetzen, zu Lasten der Erfolgsrechnung des Justiz-, und Sicherheitsdepartements (Dienststelle Kantonspolizei, Rettung, Bevölkerungsdienste und Migration).

Dieser Beschluss ist zu publizieren. Er unterliegt dem Referendum.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Sie haben dem Grossratsbeschluss mit 89 Ja-Stimmen gegen eine Nein-Stimme bei 8 Enthaltungen zugestimmt.

Die Motion Pascal Messerli und Michael Hug betreffend der Polizeiberuf muss in Basel-Stadt wieder attraktiv werden: Lohnerhöhung jetzt! sowie der Anzug Michael Hug und Tobias Christ betreffend Verbesserung der Arbeitsbedingungen für Kantonsangestellte im Schicht- und Wochenendbetrieb wurden im April stillschweigend als erledigt erklärt. Ich gehe davon aus, dass dies nicht bestritten wird. Ich habe keine Wortmeldungen.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, die Anzüge als erledigt abzuschreiben.

24. Anzug 9 Barbara Heer und Konsorten betreffend Beschleunigung der Wiederherstellung des öffentlichen Verkehrs rund um Kundgebungen

[20.05.26 09:48:31, 26.5113.01]

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug entgegenzunehmen. Pascal Messerli hat das Wort.

Pascal Messerli (SVP): Die SVP bittet Sie, diesen Anzug und auch den nächsten Anzug nicht zu überweisen. Wir haben zur Kenntnis genommen, dass diese beiden Anzüge natürlich zu einem geschickten Zeitpunkt von der linken Seite eingereicht werden. Man scheint sichtlich nervös zu sein und fürchtet eine grosse Zustimmung aus der Bevölkerung zur Anti-Chaoten-Initiative der SVP. Hier möchten wir aber auch ganz klarstellen, diese Anliegen aus den Anzügen hätte man auch konstruktiv in einem Gegenvorschlag zur Anti-Chaoten-Initiative einbringen können, insbesondere auch, weil die Anzugstellenden ja auch in der JSSK sind oder waren. Das wurde nicht gemacht, man hat dort eher den verlängernden Arm der Regierung



gespielt und wollte hier kein bisschen auch den Initianten der Anti-Chaoten-Initiative entgegenkommen und entsprechend ist auch die SVP-Fraktion hier nicht bereit, dem hier einfach so zuzustimmen.

Weil ein Punkt, um auf das Inhaltliche einzugehen, werden jetzt beide Anzugstellenden ja komplett ausblenden. Das Problem ist nicht die Koordination der BVB, das Problem ist nicht die Verkehrskoordination der Polizei, das Problem ist auch nicht die Kommunikation der Verwaltung, das Problem ist, dass wir viel zu viele nicht bewilligte Demonstrationen haben.

Demonstrationen, bei denen die ganze Stadt lahmgelegt wird, bei denen die Bevölkerung Woche für Woche in der Innenstadt drangsaliert wird, Bevölkerungsgruppen, welche in keiner Art und Weise gewillt sind, mit den Behörden zu kommunizieren und in keiner Art und Weise gewillt sind, hier eine Routenplanung einzuhalten. Das ist zuerst einmal das Hauptproblem.

Da gibt es auch mehrere Beispiele. Das jüngste Beispiel war am Samstag vor einer Woche, es war wunderschönes Wetter, viele Menschen waren in der Stadt, es gab wieder eine Israel-Hass-Demo, man hat sogar wieder Hamas-Dreiecke gesehen. Für mich ist es unsäglich, dass so etwas in unserer Stadt überhaupt existieren darf. Viele Leute waren dann auf den öffentlichen Verkehr angewiesen und wollten auf das Tram gehen. Der öffentliche Verkehr ist in der ganzen Innenstadt wieder ausgefallen, insbesondere auch gehbehinderte Menschen konnten nicht aufs Tram gehen. Ich war auch in der Stadt mit meiner Freundin, ich habe mir dann ein Über gegönnt, weil ich dann nicht nach Hause laufen wollte. Und das ist das Problem, diese nicht bewilligten Demonstrationen, welche die ganze Innenstadt auch lahmlegen.

Ein anderes Beispiel war dieser Frauenstreiktag vor wenigen Jahren, da hat man mehrere Events bewilligt in der Innenstadt, das war ja auch völlig in Ordnung, trotzdem fand es eine kleinere Gruppe noch wichtiger, dass man jetzt über Stunden lang die Johanniterbrücke unbewilligt besetzen muss und auch hier wurde der Busverkehr über Stunden eingeschränkt und dann muss man halt einfach sagen, wenn die Demonstranten mit diesem Klamauk eine derartige Einschränkung provozieren, dann ist das Problem nicht die Wiederinbetriebnahme der BVB nach der Demo, sondern dann haben wir halt einfach das Problem, dass es zu viele nicht bewilligte Demonstrationen gibt.

Und Sie können und Sie haben auch in diesem Vorstoss jetzt Vergleiche gemacht zu Grossveranstaltungen wie beim Eurovision Song Contest oder auch bei Fussballspielen, ja, dort gibt es diese Events, aber die sind halt einfach auch alle bewilligt. Sämtliche Events beim ESC waren bewilligt, auch die Fussballspiele sind allesamt bewilligt, Fernmärsche gibt es selten, waren meines Wissens aber auch zumindest während der Frauen EM bewilligt und dort findet halt dann auch eine sinnvolle Koordination mit den Behörden, mit der Polizei, mit den Verkehrsbetrieben statt, aber das findet alles nicht statt, wenn die Demonstranten der nicht bewilligten Demonstrationen seit Jahren der Bevölkerung auf der Nase herumtanzen und hier einfach auch kein Zeichen gesetzt wird, dass man auch diese nicht bewilligten Demonstrationen halt einfach auch mal eindämmt.

Aus dem Grund ist die SVP-Fraktion der Meinung, dass wir hier diese Vorstösse nicht überweisen sollten, sondern wir hier das Problem ganz woanders ansetzen müssen und das kann nur in einem Jahr zur Anti-Chaoten-Initiative enden und ich kann wirklich nicht in Worte fassen, wie sehr ich mich auf diesen Abstimmungskampf freue.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Als nächster Einzelsprecher eingetragen hat sich David Jenny.

David Jenny (FDP): Ja, wir bestreiten auch beide Anzüge. Da wird wirklich das Narrativ auf den Kopf gestellt und wenn man auf den Kopf stellen hört, dann denkt man natürlich als Linker an Friedrich Engels, der gesagt habe, Marx habe Hegel auf den Kopf gestellt und damit zu den Fakten, zum Sein zurückgekommen. Sie machen jetzt das Gegenteil, Sie haben irgendwelche hehre Ideen und ignorieren das Sein und das Sein ist mindestens teilweise sehr korrekt von meinem Vorredner beschrieben worden. Ich meine, Sie kehren einfach Ursache und Wirkung um. Dieser Frauenstreiktag, da wurde bewusst seit Jahren entschieden, keine Bewilligungen einzuholen, obwohl das keine Spontandemonstrationen sind. Auch beim angeblich so friedlichen 1. Mai wurde von einem guten Teil die bewilligte Route verlassen. Was hat mit dem die BVB zu tun?

Und ja, Versammlungsfreiheit ist ein Grundpfeiler. Sie reden aber hier immer nur über einen Teilaspekt, die Demonstrationen, und da gibt es eben auch Auflagen und die wollen Sie nie akzeptieren. In Ihrer Betrachtungsweise nebst der Versammlungsfreiheit haben immer alle anderen Grundrechte wie Wirtschaftsfreiheit, Eigentumsfreiheit, persönliche Freiheit zurückzutreten. Das ist nicht so und das sind wirklich zwei Wolf im Schafszug-Anzüge. Auch wenn einige dieser Forderungen vernünftig sind, die kann die BVB selber umsetzen oder die Polizei, sie braucht da diese Belehrungen nicht. Die tragen überhaupt nichts dazu bei, dass an einem Samstag auch normale Bürgerinnen und Bürger sich in der Stadt aufhalten können.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Nächste Einzelsprecherin ist Raffaella Hanauer.



Raffaela Hanauer (GRÜNE/jgb): Demokratie ist ein wichtiges Gut und demonstrieren gehört genauso zu unserem demokratischen System wie unsere Abstimmungen hier im Saal oder Abstimmungen der Stimmbevölkerung an der Urne, Referenden, Petitionen, Podien, Netzwerkanlässe, Informationsveranstaltungen, Mitwirkungsprozesse, Vorstösse, etc. Demonstrationen dienen der öffentlichen Meinungsbildung, dem politischen Ausdruck und der gesellschaftlichen Vernetzung zu politischen Anliegen. Und Demonstrationen sind auch Teil und Beweis für eine lebendige Demokratie. Und diese Demokratie, das wichtige und das noch lebendige wertvolle Gut, steht momentan stark international unter Druck. Umso wichtiger ist es, dass wir sie hochhalten und dass wir sie schätzen. Und wer Demokratie schätzt, der sollte daher auch Demonstrationen mit Wertschätzung begegnen.

Dieser Anzug und auch der nächste, diese nehmen genau diesen Weg, denn heute haben wir ein Wertschätzungsproblem bei Demonstrationen und dieses liegt auch darin, wie wir mit der Verkehrssituation umgehen, wenn eine Demonstration stattfindet. Heute sind aus Sicht des Verkehrs oder aus Sicht der Verkehrsteilnehmenden Demonstrationen eine Störung, ein Störfall, eine Betriebsstörung. Dies ist nicht gerade ein demokratiestärkender Gedankengang, eher sogar ein demokratiestörender Gedankengang. Es ist mir sehr wichtig, dass wir hier diesen Vorstoss wirklich auch überweisen. Wir haben bereits ähnliche Vorstösse überwiesen, ich erinnere an den Anzug Raphael Fuhrer und Konsorten zur Entlastung der Innenstadt vom Tram-Verkehr. Diesen haben wir im April 2025 mit 70 Ja-Stimmen in diesem Saal überwiesen und ich hoffe doch sehr, dass auch die SVP Abkehr findet. Viel Hoffnung habe ich leider nicht, aber wer solche Wortwahlen in Volksinitiativen steckt, von Chaotikum spricht, der bedroht unsere Demokratie, der bedroht dieses wertvolle Gut.

Ich wünsche mir, dass wir hier die Low-Hanging Fruits auch im Verkehr ernten. Es gibt Möglichkeiten, das haben wir schon in der Forderung von Anzug Raphael Fuhrer und Konsorten gesehen, dass wir hier auch verkehrsleitende Massnahmen, betriebliche Massnahmen und auch kleine infrastrukturelle Massnahmen noch machen können, um auch vielleicht dann mal den Gedankengang bei den Verkehrsteilnehmenden zu haben, dass man denkt, eine Demonstration in der Innenstadt, ich interessiere mich für das Thema, um was geht es da eigentlich, was wird im politischen Diskurs debattiert und ja, ich nehme die übliche Umfahrungsroute, ich weiss, mein Tram fährt dort und dort durch oder ich kann alternativ den Bus XY nehmen, so wie immer, wenn es zu Demonstrationen kommt.

Und hier die Verkehrsleitung von Demonstrationen mit der Thematik von Bewilligungen zu verbinden, finde ich auch demokratiepolitisch höchst fragwürdig. Wir hier haben es nicht in der Hand, wie die grosse Bevölkerung in unserer Region Demonstrationen organisiert. Das liegt nicht in unserer Macht, sondern es ist Teil der Demokratie, dass nicht alle die gleichen Wege wählen. Wir haben aber eine Verantwortung, dass wir Demonstrationen wirklich auch mit einer Wertschätzung begegnen und deshalb bitte ich Sie, diesen Anzug zu überweisen im Namen meiner Fraktion.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Nächster Einzelsprecher ist Jean-Luc Perret.

Jean-Luc Perret (SP): Auch die Fraktion der SP bittet Sie natürlich, diesen Anzug zu unterstützen und zu überweisen. Auch ich möchte eher grundsätzlich anfangen, als jetzt schon auf einzelne Gruppen einzugehen.

Die Versammlungsfreiheit ist ein Grundrecht in jeder demokratischen Gesellschaft, das haben wir gehört, und wir müssen sehr vorsichtig sein, wenn wir über Demonstrationen, vor allem aus der Perspektive von Störungen oder Ärger und Verkehrsbehinderungen sprechen. Klar, auch wir finden blockierte Tramschienen und ausfallende Busse mühsam. Wer am Bahnhof strandet oder einen Termin verpasst oder mit Kindern oder Einkaufstaschen oder mit dem Rollator nicht mehr weiterkommt, der hat allen Grund, sich zu nerven. Aber wenn Grundrechte betroffen sind, dann ist Frust ein schlechter Ratgeber. Stattdessen sollten wir einen konstruktiven Beitrag leisten, um den Ärger über einzelne Unterbrüche des öffentlichen Verkehrs anzugehen, aber ohne Druck auf die Versammlungsfreiheit zu machen.

Genau deshalb bringen wir diesen Anzug bzw. diese beiden Anzüge. Sie verlangen weder Demonstrationen stärker einzuschränken noch Routen pauschal zu verbieten. Seine Kernpunkte sind vielmehr, wie können wir den öffentlichen Verkehr rund um Kundgebungen besser organisieren, wie können Sperrungen kürzer gehalten, Umleitungen schneller aktiviert und die Bevölkerung besser informiert werden. Andere Städte haben da bereits praxiserprobte Ansätze entwickelt. Beispielsweise liegen für zentrale Tramlinien vorbereitete Umleitung- und Ersatzbetriebskonzepte vor, bei grösseren Ereignissen gibt es eine etablierte Abstimmung zwischen den Verkehrsbetrieben und Polizei, Feuerwehr und Sanität. London zum Beispiel zeigt, dass eine institutionalisierte Zusammenarbeit zwischen Verkehrsbetrieben und Polizei sowie digitale Echtzeitinformationen helfen können, Einschränkungen besser zu bewältigen. Entscheidend dabei ist nicht, jede Kundgebung im Voraus perfekt zu planen, aber es ist wichtig, dass Abläufe vorbereitet, Zuständigkeiten geklärt und Informationen rasch für alle verfügbar sind.

Auch Basel hat ja viel Erfahrung mit Grossanlässen, Fasnacht, Fussballspiele und andere internationale Veranstaltungen. Diese Erfahrung könnten wir stärker auf Kundgebungen übertragen. Es muss auch künftig Demonstrationen geben dürfen und damit wird es auch weiterhin Nutzungskonflikte im Stadtraum geben. Wenn Polizei, Verkehrsbetriebe und Verwaltung



dafür klare Abläufe, vorbereitete Varianten und gemeinsame Auswertungen hätten, könnten wir viel davon von Anfang an entschärfen und den öffentlichen Verkehr so rasch wie möglich wieder stabilisieren.

Deshalb bitten wir Sie, den Anzug zu überweisen. Ich nehme die Zwischenfrage an.

Pascal Messerli (SVP): Lieber Jean-Luc Perret, Sie vergleichen jetzt Basel mit London, aber können Sie mir mal erklären, wo dann die Trams durchfahren sollten, wenn über Stunden lang die Innenstadt wegen unbewilligten Demonstrationen gesperrt ist?

Jean-Luc Perret (SP): Es gibt ja genügend Umfahrrouten, das sehen wir ja während der Fasnacht zum Beispiel und wenn wir das Tramnetz 2030 bauen, dann wird es noch viel besser.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Nächster Einzelsprecher ist Nicola Goepfert.

Nicola Goepfert (BastA): Auch ich werde zu beiden Anzügen sprechen. Vor rund zwei Wochen wurde der Bericht der JSSK zur SVP-Initiative veröffentlicht. Diese Initiative möchte die Grundrechte einschränken. Gleich wie der Regierungsrat sind wir in der Diskussion zum Schluss gekommen, das kann man im Bericht lesen, dass die Initiative grundrechtlich problematisch und kaum umsetzbar ist.

Die Versammlungsfreiheit ist ein zentrales Grundrecht und gehört zu einer lebendigen Demokratie. Kundgebungen sind dazu da, andere Menschen zu erreichen. Sie dürfen und sollen unangenehme Fragen aufwerfen und auch öffentlichen Raum einnehmen. Das gehört zur Demokratie. Wir haben aber auch erkannt, dass es gerade im Zusammenhang mit dem öffentlichen Verkehr ein gewisses Verbesserungspotenzial geben könnte. Die beiden Anzüge von Barbara Heer und Fleur Weibel zielen darauf ab, die Auswirkungen von Kundgebungen auf den ÖV zu minimieren, sowohl bei unbewilligten aber speziell auch bei bewilligten Kundgebungen und wir verstehen nicht ganz, wieso man da dagegen ist, Abläufe zu verbessern.

Ich möchte das erläutern an einem Beispiel, das ich selbst erlebt habe am 1. Mai. Ich war auf dem Weg zur Demonstration, selbstverständlich habe ich mich dazu rechtzeitig auf den Weg gemacht, ich war ca. 45 Minuten vor Demostart in Richtung Messeplatz unterwegs. Doch bereits dann wurde die Tramlinie nach der Dreirosenbrücke direkt via Klybeckstrasse abgekürzt. Informiert wurde auf der Dreirosenbrücke im Tram durch Durchsage, obwohl die Demonstration erst 45 Minuten später startet. Für mich war das nicht gross ein Problem, aber das Tram war voll auch mit anderen Leuten und mit zeitlich so langen Einschränkungen auf den Tramlinien werden die Auswirkungen von Kundgebungen auf den ÖV künstlich massiv vergrössert. Und ich verstehe den Unmut, wenn dadurch der ÖV länger behindert wird, als es überhaupt nötig ist.

Das ist nicht nötig und kann bzw. soll mit diesen Anzügen verbessert werden. Und auch die Fahrgastinformationen sind gerade bei bereits im Vorfeld bekannten Kundgebungen zu verbessern. Die vorgeschlagenen Massnahmen sind pragmatisch und im Gegensatz zur SVP-Initiative auch umsetzbar und grundrechtskonform und da verstehe ich das Genörgel, das Mimimi von der FDP, jetzt stellt man irgendetwas auf den Kopf, nicht ganz. Es geht doch schlicht darum zu schauen, wo gibt es Potenzial, um die Auswirkungen von Kundgebungen zu verringern, dass der ÖV weniger lang gestört ist oder dass die Personen, die auf den ÖV angewiesen sind, schon im Vorfeld darüber wissen, wie die Umleitungen geplant sind und nicht bei der Haltestelle, wo dann die Route geändert wird, erst darüber informiert werden.

Die Anzüge sorgen dafür, dass Kundgebungen ihre Wirkung entfalten können, während die Auswirkungen auf den ÖV minimiert werden. Ich hoffe doch sehr, dass auch Teile der Mitte-EVP, vielleicht sogar der LDP oder der FDP und noch ein paar Leute der GLP dafür sind. Es geht doch um ein Miteinander, nicht um einen Fingerzeig, ja, aber die anderen sollen. Es ist der ÖV, der zum Teil eingeschränkt ist durch Kundgebungen, das wissen wir alle, das ist auch kein Geheimnis und wir möchten jetzt darüber reden, wie wir diese Auswirkungen verringern können für all die Personen, die nicht an der Demonstration teilnehmen und auf den ÖV angewiesen sind. Vielen Dank für die Unterstützung.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Es gibt eine Zwischenfrage von Pascal Messerli. Diese wird angenommen.

Pascal Messerli (SVP): Lieber Nicola Goepfert, Sie haben jetzt mehrfach gesagt, die Anti-Chaoten-Initiative würde Grundrechte einschränken. Welches Grundrecht ist eingeschränkt, wenn Chaoten für Schäden zahlen? Gibt es ein Grundrecht auf Chaotentum, gibt es ein Grundrecht für Sachbeschädigung und gibt es ein Grundrecht auf Gewalt und Drohungen gegen Polizisten?



Nicola Goepfert (BastA): Es gibt die Grundrechte Versammlungsäusserungsfreiheit und Meinungsäusserungsfreiheit. Straftaten sind schon heute Straftaten und das soll so bleiben.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Nächster Einzelsprecher ist Tim Cuénod.

Tim Cuénod (SP): Ich finde schon, dass die Fronten bei dieser Thematik teilweise etwas eigentümlich verhärtet sind. Barbara Heers Anzug und auch der Darauffolgenden zielen ja darauf ab, ein Problem zu lindern und ich denke, da gäbe es durchaus gewisse Möglichkeiten, das sachlich zu prüfen. Wir alle haben doch ein Interesse daran, dass die Auswirkungen von Demonstrationen auf Nichtbeteiligte in Bezug auf den öffentlichen Verkehr, auf Sperrungen, Umleitungen möglichst klein sind und das sollte man doch sachlich prüfen können und deswegen ist diese Anzugsüberweisung auch richtig. Und nein, Pascal Messerli, wir haben keine Sekunde an diese Initiative gedacht, ich auch nicht. Ich muss ehrlich sagen, das hat hier wirklich keine Rolle gespielt.

Es ist so, dass es einfach immer wieder auffällt bei Demonstrationen, wie lange diese Störungen zum Teil sind respektive wie lange der öffentliche Verkehr nicht funktioniert. Es wurde jetzt schon ein Beispiel genannt am 1. Mai. Ich habe vorletzten Samstag etwas Beeindruckendes erlebt. Ich war auf einem Spaziergang von der Dreirosenbrücke zur Dreiländerbrücke und wollte dann auf dem Rückweg in Weil das Tram nehmen. Um Viertel vor drei Uhr war ich bei der Dreirosenbrücke, es kam die Ankündigung, das Tram wird wegen einer Demonstration umgeleitet. Gut, ich hatte dort mein Velo stehen und wollte es für einmal genau wissen. Also bin ich auf der ganzen Route des 8er lang gefahren mit dem Velo. Bis am Barfi bin ich auf keine Demonstration gestossen, am Bankverein war dann ein ziemlich mengenmässig sehr bescheidener Umzug mit vielleicht 150 Leuten. Und es wirkte völlig absurd, wegen einer solch kleinen Demonstration eine vollkommene Umleitung des ganzen öffentlichen Verkehrs in der Innenstadt quasi präventiv zu beschliessen, die dann lange anhielt. Ich denke, da gibt es Optimierungsbedarf.

Ich möchte hier keine Schuldzuweisung machen gegenüber irgendwie der Kantonspolizei oder gegenüber der BVB, natürlich regen sich die Leute dann sehr stark über Demonstrationen auf. Ich denke, man sollte hier einfach wirklich probieren zu schauen, wie kann man das besser klären, so dass die Störungen kleiner ausfallen, als das heute der Fall ist. Es kann doch nicht sein, das Demonstrationsrecht ist wichtig, aber es kann doch nicht sein, dass wegen eines Kleinstumzuges von 150 Leuten präventiv beschlossen wird, den ganzen öffentlichen Verkehr umzuleiten. Das ist unverhältnismässig und ich glaube, das wünscht sich auch jetzt nicht unbedingt jede Demonstrationsteilnehmerin und Demonstrationsteilnehmer, das würde ich jetzt nicht unterstellen. Es war jetzt eine Demonstration, für die ich jetzt nicht irgendwie besondere Sympathien habe, überhaupt nicht, aber ich denke, das sollte man wirklich sachlich abklären, wie man diese Prozesse optimieren kann, weil es ist ein Fakt, dass die Sperrungen zum Teil sehr lange ausfallen und zum Teil nicht immer ganz verständlich sind.

Deswegen bitte ich Sie, hier nicht über anderes zu entscheiden. Es geht in diesem Vorstoss nicht um die Frage, wie umfangreich soll die Versammlungsfreiheit sein, gibt es auch die Frage, wird das Demonstrationsrecht vielleicht von Menschen über Gebühr strapaziert, wenn man sehr viele Demonstrationen macht, auch unbewilligte, darum geht es in diesem Vorstoss explizit nicht, das ist hier drin ein strittiges Thema, sondern es geht wirklich um die Frage, wie können wir die Auswirkungen von Demonstrationen auf die Öffentlichkeit sonst lindern bei Umleitungen des öffentlichen Verkehrs und das sollte man doch bitte abklären. Das ist eine sachliche Frage und es gibt hier keinen Grund zu dieser ideologischen Härte.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Nächster Einzelsprecher ist Olivier Battaglia.

Olivier Battaglia (LDP): Ich bin froh, dass Tim Cuénod jetzt differenziert hat, worum es hier geht. Die Kundgebungen sind ein Thema und ich glaube, es ist unbestritten, dass das auch ein Recht ist, was jeder hat, aber in diesen beiden Themen geht es eigentlich um Prozessoptimierungen bei der BVB und ich komme da nicht so hinweg, dass ich das Gefühl habe, dass da eine Annahme herrscht, dass die Leute nicht miteinander reden. Ich meine, ich kann es auch auf ein Fussballspiel beziehen, da muss ich auch zum Teil eine halbe Stunde warten, bis der Bus da ist. Alles, was kontrollierbar ist, alles, was ich da im Vorfeld weiss, das kann ich ohne weiteres entsprechend auch mitberücksichtigen, sofern es im klaren Kontext bleibt, wie man es einschätzen kann.

Wenn bei einer Demonstration, einer unbewilligten, da plötzlich Wege kreuzen, die den öffentlichen Verkehr beeinflussen, kann es genauso gut auch ein Unfall sein in der Güterstrasse. Wohin soll dann das Tram fahren? Wir haben beschränkte Schienen, wir haben Möglichkeiten, etwas mal irgendwo anders hinzuleiten, aber es braucht dort einen wirklich strukturierten Prozess, den man dort einschlagen kann. Und ich bin der Meinung, dass das eigentlich im ureigensten Interesse der BVB ist, dass sie hier ihre Fahrgäste so gut wie möglich bedienen. Und ich weigere mich da zu glauben, dass die



Blaulichtorganisationen hier keinen Einfluss nehmen. Man kann es an dem Beispiel sehen, wenn jetzt zum Beispiel ein Lieferwagen in ein Tram reinfährt, da sind die Informationen auch sehr rasch verfügbar. Ich hatte auch das Vergnügen, dass ich mal die Leitstelle anschauen durfte und sehen durfte, wie das bei der BVB funktioniert, wie die ganze Verkehrsplanung auch aufgebaut ist.

Also ich denke, jede Organisation, jeder Prozess hat einen Optimierungsbedarf, aber die Frage ist, muss das jetzt eine Aufgabe des Staats sein und wir sind hier ganz klar dagegen, dass der Staat hier sich einmischen soll, sondern dass man da im Prinzip sagt, es sind wirklich auch organisatorische Prozesse, die man hier optimieren oder hinterfragen kann. Soweit würde dann die LDP auch beide Anzüge ablehnen.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Nächster Einzelsprecher ist Daniel Seiler.

Daniel Seiler (FDP): Ich mache es ganz kurz. Ich glaube, man muss sich ein bisschen überlegen, jetzt sind wir hier ein bisschen verharmlosend und durch den Wind, das ist alles kein Problem, aber wenn man dann die Horden sieht, wir haben ein friedliches Fest auf dem Kasernenareal und dann kommt irgendeine Horde Wilde, die dann halt auch durch die Strassen zieht, um das so einfach ein bisschen miteinander reden wollen zu korrigieren. Ich glaube, da müssen wir schon ein bisschen anders beim Problem ansetzen.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Es gibt keine weiteren Wortmeldungen. Das Schlusswort hat die Anzugstellerin Barbara Heer.

Barbara Heer (SP): Nicht ganz unerwartet ist diese Debatte von bürgerlicher und rechter Seite sehr emotional und grundsätzlich geführt worden. Dabei geht es doch hier wirklich um sehr praktische und pragmatische Fragen. Ja, tatsächlich, es geht hier einfach um Prozessoptimierung. Wir möchten mit diesen Vorstössen sicherstellen, dass die operativ zuständigen Behörden ihr Maximales tun, damit die Kund*innen des öffentlichen Verkehrs auch bei unvorgesehenen Ereignissen trotzdem bestens bedient werden.

Ja, es gibt diese Nutzungskonflikte zwischen Kundgebungen und dem öffentlichen Verkehr, da stehen Rechte gegenüber. Das Versammlungsfreiheitsrecht ist ein hohes Gut, die Mobilität ist aber ebenfalls wichtig. Und wir leben in einer dichten Stadt, in der auch sehr viel Verkehr ganz zentral durch die Stadt gehen muss, sehr viel Tramverkehr, das führt zu verschiedenen Nutzungskonflikten. Das ist eine Realität, ganz egal, wie Sie sich hier sicherheitspolitisch zu Demonstrationen positionieren. Wir möchten mit diesen Vorstössen auch wirklich genau eine verkehrspolitische Diskussion führen, weil wir überzeugt sind, dass es eine Realität ist, mit der diese Stadt zu leben hat, die verkehrspolitisch optimiert werden muss, und nicht falsche sicherheitspolitische Versprechungen seitens der Bürgerlichen und Rechten die Diskussion blockieren sollen.

Es ist ein Stück weit Augenwischerei, den Menschen zu versprechen, dass sich ÖV-Probleme in dieser Stadt lösen können durch Einschränkungen der Versammlungsfreiheit. Auch wenn die verfassungswidrige Anti-Chaoten-Initiative angenommen würde oder ein sowieso auch nicht umsetzbarer rechtlicher Gegenvorschlag, selbst dann gäbe es halt weiterhin unbewilligte Demonstrationen in dieser Stadt. Ein Teil davon ist übrigens legitim. Die Spontandemonstrationen fallen auch unter die Grundrechte. Dass ein grosser Teil der Bürgerlichen diese Vorstösse nicht unterstützt, hinterlässt hier grosse Fragen. Es scheint, Sie möchten vor allem den Ärger der Bevölkerung bewirtschaften, den Ärger vergrössern und instrumentalisieren, anstatt hier Hand geben für wirklich sehr pragmatische, reale Verbesserungsvorschläge.

Wir haben hier verschiedene Menschen im Kopf beim Schreiben der Vorstösse. Die Tram-Fahrerin, die in einer stressigen Situation arbeiten muss, ältere Menschen, die sich nicht gut informiert fühlen oder auch die Personen im Arbeitsleben, die den Zug zur Arbeit nicht verpassen möchten. Mit diesem Vorstoss möchten wir einfach sicherstellen, dass die zuständigen Behörden den Auftrag haben, trotz Demonstrationen sicherzustellen, dass sich Menschen in dieser Stadt einigermaßen gut bewegen können.

Wieso braucht es einen parlamentarischen Auftrag zur Prozessoptimierung? Schauen Sie sich mal die GPK-Berichte an. Wir wissen überall, dass die Zusammenarbeit über Departemente hinweg zwischen Behörden immer wieder mal schwierig ist. Das läuft nicht überall automatisch gut, deshalb ist es hier auch wichtig und richtig, dass wir hier den Behörden sagen, dieses Thema soll Priorität haben und prüft das bitte ausführlich im Rahmen dieser Vorstösse.

In diesem Sinne bitte Sie, die Vorstösse zu überweisen.



Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug entgegenzunehmen. Er wird bestritten von Pascal Messerli und weiteren. Wir kommen damit zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Überweisung des Anzugs. NEIN heisst Nichtüberweisung.

Ergebnis der Abstimmung

49 Ja, 42 Nein, 5 Enthaltungen. [Abstimmung # 0008987, 20.05.26 10:20:28]

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug dem Regierungsrat zu überweisen.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Sie haben den Anzug mit 49 Ja-Stimmen gegen 42 Nein-Stimmen bei 5 Enthaltungen überwiesen.

25. Anzug 10 Fleur Weibel und Konsorten betreffend bessere Fahrgastinformationen im öffentlichen Verkehr rund um Kundgebungen

[20.05.26 10:20:37, 26.5114.01]

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug entgegenzunehmen. Er wird bestritten von Joël Thüring.

Joël Thüring (SVP): Auch hier können wir anknüpfen an die Debatte, die Sie soeben durchgeführt haben zum vorherigen Anzug von Frau Heer. Wir bitten Sie auch bei diesem Anzug, ihn nicht an den Regierungsrat zu überweisen. Auch hier können wir weitgehend auf die Debatte von vorher zurückgreifen. Wenn Sie die Anti-Chaoten-Initiative annehmen und mit uns gemeinsam dazu beitragen, dass es weniger Belästigungen durch Demonstrationen in der Innenstadt für die normale Bevölkerung und das Gewerbe gibt, für Menschen, die andere Bedürfnisse in der Innenstadt haben, dann löst sich auch das Problem betreffend den Fahrgastinformationen für die Basler Verkehrsbetriebe respektive für die Gäste, die die Basler Verkehrsbetriebe gerne in Anspruch nehmen wollen.

Es ist tatsächlich auch ein bisschen ein Widerspruch, wenn die Ratslinke sich immer für den öffentlichen Verkehr einsetzt und dann tatsächlich mit ihren Gesinnungsgenossen auf der Strasse dazu beiträgt, dass just dieser öffentliche Verkehr dann, wenn er am meisten genutzt werden sollte oder von den Menschen am meisten genutzt wird, eben nicht oder nur sehr eingeschränkt fährt. Das ist ein dauerndes Ärgernis. Es ist ein tatsächlich sehr störendes Ärgernis, dass auch der Regierungsrat, die zuständigen Departementsvorsteher offenbar linke Chaoten und andere Demonstranten in der Innenstadt quasi bevorzugt behandeln und dafür Bürgerinnen und Bürger, die in der Stadt etwas konsumieren möchten, dazu beitragen, dass trotz diesen vielen Dutzenden Baustellen, die es jedes Jahr in der Innenstadt gibt, noch in der Innenstadt konsumieren wollen und das Gewerbe stützen, hier offenbar weniger gewichtig sind wie eben solche linken Chaoten und andere Demonstranten. Das scheint uns der falsche Ansatz zu sein, deshalb glauben wir, braucht es keine besseren Fahrgastinformationen, sondern es braucht weniger Demonstrationen auf diesen Routen, die vor allem auch und hauptsächlich von Tramlinien benutzt werden.

Diese Fahrgastinformationen zeitnahe dann auch im öffentlichen Verkehr kundzutun, scheint uns auch aus praktischen Gründen doch sehr schwierig zu sein. Wie soll das denn funktionieren, wenn eine Demonstration, und das kennen wir ja, zumeist dann am Schluss ausartet und vielleicht dann auch die Polizei mit entsprechenden Mitteln eingreifen muss? Wie soll dann rechtzeitig der Fahrgast darüber informiert werden, dass das Tram nicht fährt? Ich hatte gerade kürzlich einmal mehr ein Ärgernis an einem Sonntag, als wieder einmal linke Chaoten die Innenstadt blockiert haben und weitere Taugenichtse



sich dazu entschlossen haben, den Verkehr zu blockieren, dass das Tram zwar wieder hätte über den Barfüsserplatz zum Bankverein fahren sollen, die entsprechende Mitteilung wurde bereits durch die Tramchauffeuse gemacht und im letzten Moment wurde diese Tramchauffeuse am Barfüsserplatz von einem weiteren Mitarbeiter der BVB darauf hingewiesen, dass nun die Polizei oben den Steinenberg abgesperrt hat und das Tram deshalb nun doch wieder rechts zur Heuwaage fahren muss.

Das hätte man mit einer besseren Fahrgastinformation über die App oder über was auch immer dann nicht regeln können, weil es ja dann tatsächlich so ist, dass bei solchen Ereignissen eben gar nicht wirklich frühzeitig geplant werden kann, weder für die Polizei, als Erstinstanz quasi, noch dann für diejenigen, die davon betroffen sind, das wäre dann beispielsweise die Leitstelle der BVB, die auf ihren Kanälen, auf den Bildschirmen, etc. diese Fahrgastinformation zur Verfügung stellen müsste. Also hier zeigen sich für uns neben dem allgemeinen Unmut über nun diese Ideen zu den Vorstössen von Frau Heer und Weibel auch diese praktischen und auch technischen Schwierigkeiten, weil auch gerade ältere Menschen, die ja auf diese öffentlichen Verkehrsmittel eher angewiesen sind, oftmals gar nicht über diese technischen Fähigkeiten dann verfügen, das entsprechend auch noch rechtzeitig abrufen zu können und dann bleiben sie, wie wir es leider heute schon sehen, sehr oft stehen und müssen warten, bis vielleicht wieder ein Tram fährt oder dann irgendwie umsteigen auf ein Taxi oder auf ein anderes Verkehrsmittel.

Deshalb bitten wir Sie, diesen Vorstoss ebenfalls nicht an den Regierungsrat zu überweisen. Sie haben die Gelegenheit, mit uns gemeinsam für ein besseres Miteinander im öffentlichen Verkehr rund um Kundgebungen beizutragen, indem Sie Ja zur SVP Anti-Chaoten-Initiative sagen.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Es gibt eine Zwischenfrage von Fleur Weibel. Diese wird angenommen.

Fleur Weibel (GRÜNE/jgb): Lieber Joël Thüring, Sie haben gesagt, Sie können sich nicht wirklich vorstellen, wie diese Fahrgastinformationen verbessert werden könnten. Aber dann wäre doch das jetzt eine gute Gelegenheit, die Regierung prüfen zu lassen, ob es nicht doch im Zeitalter der Digitalisierung, der sich wandelnden Ticketautomaten, usw. vielleicht möglich wäre.

Joël Thüring (SVP): Bessere Fahrgastinformationen bereitzustellen gehört zu einem Grundauftrag des Dienstleisters BVB, das muss ungeachtet dieser Frage immer angeschaut werden, dafür braucht es diesen Vorstoss nicht.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Nächste Einzelsprecherin ist Julia Baumgartner.

Julia Baumgartner (SP): Gerne spreche ich auch noch im Namen der SP für diesen Vorstoss. Wie bereits beim vorherigen Traktandum sehr breit diskutiert, handelt es sich bei der Versammlungsfreiheit um das Fundament unserer Demokratie. Wir sehen aktuell, wie weltweit demokratische Rechte eingeschränkt werden. In der Schweiz und in Basel nutzen Menschen ihre demokratischen Grundrechte und das ist zu begrüßen und das müssen wir auch verteidigen. Dass Demonstrationen und Grossveranstaltungen aber Auswirkungen auf den Verkehr und die Mobilität anderer Menschen haben, das ist klar und es stellt sich also ein bisschen die Frage, wie wir das vereinbaren können, also zum einen die Versammlungsfreiheit und zum anderen ein verlässliches ÖV-Netz.

Dieser Anzug setzt da ganz konstruktiv an. Es ist ein sehr pragmatischer Vorschlag, dass der Regierungsrat prüft, wie ÖV-Teilnehmer*innen besser informiert werden können. Es steht im Zentrum, dass die Kommunikation verbessert wird. Die Menschen sind auf zuverlässige Informationen angewiesen, insbesondere auch ältere Menschen, mobilitätseingeschränkte Personen und Kinder. Wir sehen beim zur Verfügung stellen von Informationen doch noch recht viel Potenzial. Es wurde angesprochen, mit der voranschreitenden Digitalisierung gibt es dort auch andere Möglichkeiten. Eine frühzeitige Kommunikation und laufend aktualisierte Informationen auf verschiedensten Kanälen wäre sehr begrüssenswert, sowohl online als auch vor Ort, damit auch die verschiedenen Bedürfnisgruppen informiert sind.

Wir danken Ihnen für die Überweisung dieses Anzugs. Es ist ein Auftrag an den Regierungsrat zu prüfen, wie man diese Kommunikation verbessern kann, um eben diese Vereinbarkeit von den demokratischen Grundrechten und der ÖV-Mobilität zu gewährleisten.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Ich habe keine weiteren Einzelsprechenden eingetragen. Somit hat die Anzugstellerin Fleur Weibel das Wort.



Fleur Weibel (GRÜNE/jgb): Es wurde schon sehr viel jetzt gesagt über die beiden Vorstösse, über den, den wir schon überwiesen haben, und der, der jetzt noch vorliegt. Wir haben bewusst auch entschieden, diese beiden Vorstösse getrennt voneinander einzureichen, weil sie materiell in der Sache unterschiedliche Massnahmen fordern. Der hier, der fokussiert sich jetzt einfach auf diese Fahrgastinformationen, wo wir denken, dass die auch einiges einfacher umzusetzen sind als die Massnahmen, die im Anzug von Barbara Heer gefordert wurden, die zum Teil mit den Fahrleitungsprüfungen und insgesamt auch mit den ganzen Vorstellungen zum Tramnetz 2030, mit dem ich mich selber nicht wahnsinnig gut auskenne, aber für das haben wir die Verkehrspolitiker*innen, dass das etwas schwieriger ist umzusetzen oder längerfristig auf jeden Fall.

Was ich interessant finde jetzt an der Debatte, die stattgefunden hat, ist, dass wir eigentlich wenig über die Massnahmen gesprochen haben, sondern sehr stark darum, sollen Demonstrationen stattfinden, sollen unbewilligte Demonstrationen stattfinden oder nicht und um diese Frage geht es gar nicht bei diesen Anzügen. Diese Anzüge sind nicht ein Votum dafür, dass wir unbewilligte Demonstrationen unbedingt begrüssenswert finden oder dass wir nicht dafür wären oder das nicht begrüssen würden, dass vermehrt Bewilligungen für Demonstrationen eingeholt werden, sondern wir setzen quasi beim Zustand an, den wir im Moment haben. Der Zustand, den wir haben, ist, dass zahlreiche Demonstrationen stattfinden, dass unsere Innenstadt auch relativ klein ist und dass es deshalb immer wieder zu Ärgernissen kommt und die Vorstösse hier, die dienen eigentlich dazu, den Frust bei Personen, die stranden in der Stadt oder die nicht in der Zeit, die sie wollen, an ihr Ziel kommen, um diesen Frust abzubauen.

Barbara Heer hat es schon gesagt, es ist schon ziemlich bezeichnend, dass ein grosser Teil der Ratsbürgerlichen sich nicht mal darauf einlässt, diese Anzüge für eine Überprüfung zu überweisen. Das finde ich ziemlich interessant. Es ist auch der Vorwurf, der von Pascal Messerli erhoben wurde, dass wir diese Massnahmen, die wir hier fordern, in die JSSK-Debatte zur Anti-Chaoten-Initiative hätten einbringen können und da irgendeinen Gegenvorschlag basteln, das sind zwei so materiell unterschiedliche Dinge, die da verhandelt werden, dass das einfach ein absurder Vorschlag ist und genau deshalb kommen auch diese Anzüge jetzt hier und wir können hier drin darüber sprechen.

Ich weiss jetzt nicht genau, wie viel Zeit ich noch habe, aber ich möchte Ihnen noch ein kurzes Beispiel geben, auch wie ich mir das vorstelle mit dieser Fahrgastinformation, ausserdem vor dem Hintergrund, dass Ende 2027 diese neuen Ticketautomaten eingeführt werden, baselweit mit diesen grossen Screens, wo man allerlei Informationen digital bereitstellen kann und genau auch vor diesem Hintergrund möchten wir diesen Anzug überweisen, dass die Regierung prüft, wie die BVD mit diesen Automaten arbeiten kann. Da wundere ich mich schon auch ein bisschen über das Votum von Olivier Battaglia und von der LDP, die sich hier gegen eine Effizienzsteigerung aussprechen, wo wir nicht nur in der GPK, sondern auch in der FKom immer wieder darüber diskutiert haben, dass die Effizienz tatsächlich zum Teil überprüft werden könnte, und da jetzt der Regierung einen Auftrag zu geben, erachten wir als sehr sinnvoll.

Und vielleicht jetzt noch schnell zu dem Beispiel. Wenn ich am Bahnhof ankomme und nach Hause möchte, dann gibt es verschiedene Möglichkeiten, wie ich das machen kann. Dann wäre es für mich gut zu wissen, wenn der 8er, den ich dann gewählt habe, weil er als erstes Tram kam, wenn ich da schon wüsste, dass dieser 8er, kurz bevor er zum Barfüsserplatz fährt, plötzlich sich die Anzeige ändert und es heisst, jetzt fährt er zum Theater und ich denke, bin ich in den 6er eingestiegen und wie so merke, nein, es ist doch der 8er und dann kommt die Information, dass das Tram leider nicht auf den Barfüsserplatz fahren kann. Wenn man mir das am Bahnhof schon gesagt hätte und die 200 Leute, die auf dem Barfi waren, die waren wahrscheinlich nicht innerhalb von zwei Minuten auf diesem Barfüsserplatz aufgetaucht, also ich glaube, da gibt es wirklich Ansatzpunkte, wo man darüber nachdenken kann, wie man möglichst schnell und frühzeitig den Leuten zum Beispiel am Bahnhof mitteilen könnte, dass sie doch den 1er oder den 2er oder den 30er Bus nehmen sollen.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Es gibt eine Zwischenfrage von Pascal Messerli. Diese wird angenommen.

Pascal Messerli (SVP): Liebe Fleur Weibel, sind Sie einverstanden damit, dass das Problem der Fahrgastinformation, insbesondere bei unbewilligten Demonstrationen vorhanden ist, weil zahlreiche Gruppierungen mit den Behörden nicht kooperieren wollen?

Fleur Weibel (GRÜNE/jgb): Ja, da bin ich mit Ihnen einverstanden, ich glaube aber trotzdem, dass man da Optimierungen vornehmen kann.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug entgegenzunehmen. Er wird bestritten von Joël Thüring. Wir kommen damit zur Abstimmung.



Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung.

Ergebnis der Abstimmung

50 Ja, 41 Nein, 5 Enthaltungen. [Abstimmung # 0008989, 20.05.26 10:35:10]

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug dem Regierungsrat zu überweisen.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Sie haben den Anzug mit 50 Ja-Stimmen gegen 41 Nein-Stimmen bei 5 Enthaltungen überwiesen.

26. Motion Jean-Luc Perret und Konsorten für den unterirdischen Schutz von Grünanlagenzonen, Zwischenbericht des RR

[20.05.26 10:35:19, 23.5217.03]

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Der Regierungsrat beantragt, die beiden Motionen sowie den Anzug stehen zu lassen. Regierungsrätin Esther Keller wünscht das Wort.

RR Esther Keller, Vorsteherin BVD: Hier jetzt bei diesen Geschäften geht es einzig um die Bitte, dass Sie die genannten Vorstösse stehen lassen. Inhaltlich möchten wir heute noch nicht weiter Stellung nehmen. Das ist, wie gesagt, Gegenstand der laufenden Diskussionen. Wir möchten diese Vorstösse, die doch relativ grundlegende Änderungen fordern, wirklich sorgfältig bearbeiten. Wir möchten sicher sein, was die Auswirkungen sind und wir möchten auch in eine öffentliche Vernehmlassung gehen. Wir sind auf der Zielgerade, aber es braucht noch etwas Zeit. Deshalb, wie gesagt, bittet Sie der Regierungsrat um Stehenlassen dieser Vorstösse.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Als Fraktionssprecher für die SVP gemeldet hat sich Pascal Messerli.

Pascal Messerli (SVP): Ich spreche gleich zu allen drei Vorstössen. Es wurden ja jetzt in den letzten Jahren zahlreiche klimapolitische Massnahmen ergriffen und wir sind der Meinung, dass wir hier alle drei Vorstösse abschreiben können. Bei der Motion Perret waren wir schon von Anfang an der Meinung, dass wir keinen Absolutismus in ein Gesetz schreiben sollen. Dort sollte es mehr eine Einzelfallabwägung geben, ob es unter Grünanlagen Sinn macht, Bauten zu lancieren oder nicht, aber wir sind nicht für ein totales Verbot in diesem Bereich. Beim Vorstoss von Herrn Rechtsteiner haben wir jetzt diese Solarpflicht, die bald kommt, da sind wir jetzt auch nicht der Meinung, dass es noch eine Lockerung der Bewilligung benötigt, und beim Baumschutz beim Vorstoss von Herrn Bartha sind wir der Meinung, dass wir schon ein sehr strenges Baumschutzgesetz haben. Es gibt gerade in gewissen Schutzzonen sehr strenge Bestimmungen, um einen Baum fällen zu können und wann, dann kann das nur mit sehr strengen Auflagen getan werden. Also hier sind wir auch der Meinung, dass schon genügend im Kanton gesetzlich verankert wird. Wir sind bei allen drei Vorstössen der Meinung, dass man das jetzt hier abschreiben kann und es nicht zusätzliche Gesetzesänderungen benötigt und dementsprechend bitte ich Sie im Namen der SVP-Fraktion, alle drei Vorstösse als erledigt abzuschreiben.



Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Wir kommen damit zu den Abstimmungen der Motionen im Einzelnen.
Abstimmung Motion Jean-Luc Perret.

Abstimmung

JA heisst Stehenlassen gemäss Antrag Regierungsrat, NEIN heisst Abschreiben gemäss Antrag Pascal Messerli.

Ergebnis der Abstimmung

58 Ja, 32 Nein, 1 Enthaltungen. [Abstimmung # 0008991, 20.05.26 10:38:54]

Der Grosse Rat beschliesst

die Motion Jean-Luc Perret und Konsorten stehen zu lassen.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Sie haben mit 58 Ja-Stimmen gegen 32 Nein-Stimmen bei einer Enthaltung die Motion stehen gelassen.

Wir kommen damit zur Abstimmung Motion Rudolf Rechsteiner.

26.1. Motion Rudolf Rechsteiner und Konsorten betreffend Bewilligungsbefreiung für Solaranlagen, Zwischenbericht des RR

[20.05.26 10:39:15, 13.5293.05]

Abstimmung

JA heisst stehen lassen gemäss Antrag Regierungsrat. NEIN heisst abschreiben gemäss Antrag Pascal Messerli.

Ergebnis der Abstimmung

60 Ja, 28 Nein, 1 Enthaltungen. [Abstimmung # 0008993, 20.05.26 10:39:36]

Der Grosse Rat beschliesst

die Motion Rudolf Rechsteiner stehen zu lassen.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Sie haben die Motion mit 60 Ja-Stimmen gegen 28 Nein-Stimmen bei einer Enthaltung stehen gelassen.



**26.2. Anzug Béla Bartha und Konsorten betreffend Ergänzung des Baumschutzgesetzes:
Nicht nur die Anzahl, sondern auch der ökologische Wert des Baumbestandes in BS
muss geschützt werden, um dessen Klimawirkung zu erhalten, Zwischenbericht des RR**

[20.05.26 10:39:45, 23.5349.03]

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Wir kommen damit zur Abstimmung Anzug Béla Bartha.

Abstimmung

JA heisst stehen lassen, NEIN heisst Abschreiben.

Ergebnis der Abstimmung

63 Ja, 26 Nein, 1 Enthaltungen. [Abstimmung # 0008996, 20.05.26 10:40:18]

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug stehen zu lassen

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Sie haben den Anzug stehen gelassen mit 63 Ja-Stimmen gegen 26 Nein-Stimmen bei einer Enthaltung.

**27. Anzug Daniel Hettich und Konsorten betreffend Regionales Logistikflächenkonzept,
Schreiben des RR**

[20.05.26 10:40:26, 21.5837.04]

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Der Regierungsrat beantragt, den Anzug als erledigt abzuschreiben. Der Regierungsrat verzichtet auf ein Votum. Eingetragen hat sich Daniel Hettich.

Daniel Hettich (LDP): Vor drei Jahren habe ich in meinen Vorstoss gefordert, dass wir endlich Klarheit über den Bestand und Bedarf an Logistikflächen in der Region schaffen. Diese Klarheit liegt nun vor. Dafür danke ich dem Regierungsrat und allen Beteiligten für die grosse Zusammenstellung der Fakten. Die Studie bestätigt schwarz auf weiss, dass die Wirtschaft seit Jahren sagt. Logistikflächen sind knapp, gerade in zentrumsnahen Lagen und der Bedarf wird bis 2050 sicher weiter wachsen, je nach Szenarium von 82 bis 156 Hektaren. Besonders bemerkenswert ist die Aussage der Studie, dass Raumplanung und Markt heute nicht in der Lage sind, den Bedarf an geeigneten Standorten zu decken. Das führt zu Verdrängungen an wenigen geeigneten Orten, längeren Transportwegen, mehr Verkehr und erhöhte Emissionen. Also genau das Gegenteil von dem, was wir raumplanerisch und klimapolitisch wollen.

Logistik ist eine Leit- und Querschnittsbranche. Sie versorgt die Haushalte, Industrie und Gewerbe. Mit rund 12'000 Beschäftigten und einer Bruttowertschöpfung von 1.9 Mrd. Franken pro Jahr ist sie ein bedeutender Standortfaktor für den Werkplatz Basel. Ich nehme den Regierungsrat beim Wort, die Wirtschaftsgebiete stärken vor Umnutzungen zu schützen, gerade in Basel-Stadt ist der Druck auf Industrie- und Gewerbeflächen durch kontinuierende Nutzung besonders hoch. Ich erwarte, dass sich Basel-Stadt gemeinsam mit Baselland dafür einsetzt, dass die Logistiknutzungen in geeigneten Arbeitszonen der Region nicht pauschal ausgeschlossen werden. Die Studie darf nicht in der Schublade verschwinden, ihre Erkenntnisse müssen in die kantonale Raumplanung, in die Richtplanung und in den Dialog mit den Gemeinden einfließen.

In diesem Sinne kann der Anzug abgeschrieben werden. Ich werde die Umsetzung aber aufmerksam mitverfolgen und behalte mir vor, bei Bedarf erneut einen Vorstoss einzureichen.



Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Ich habe keine weiteren Wortmeldungen.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, den Anzug als erledigt abzuschreiben.

28. Anzug Joël Thüring und Konsorten betreffend Prüfung einer Aufhebung von Tram- und Bushaltestellen zur Attraktivitätssteigerung eines schnelleren Tram- und Busnetzes in Basel-Stadt, Schreiben des RR

[20.05.26 10:43:09, 19.5429.04]

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Der Regierungsrat beantragt, den Anzug als erledigt abzuschreiben. Regierungsrätin Esther Keller verzichtet auf ein Votum. Ich habe keine weiteren Wortmeldungen eingetragen.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, den Anzug als erledigt abzuschreiben.

29. Interpellation Nr. 21 Joël Thüring betreffend missachtet Regierungsrätin Esther Keller bei Rekursentscheiden der Freizeitgartenkommission infolge eigener Abwesenheit das Gesetz?, Schreiben des RR

[20.05.26 10:43:38, 26.5084.02]

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Die Beantwortung der Interpellation wurde Ihnen schriftlich zugestellt. Der Interpellant hat Gelegenheit zu erklären, ob er mit der Antwort zufrieden ist.

Joël Thüring (SVP): Ich kann es relativ kurz machen. Ich danke dem Regierungsrat für die Beantwortung meiner Interpellation. Ich kann mich mit der Beantwortung zufrieden erklären. Ich finde, die Situation bei der Freizeitgartenkommission bleibt weiterhin stossend. Sie haben eine Kommission, die mehr Mitglieder hat, wie das Gesetz eigentlich vorschreibt und es gibt bei dieser Frage der Rekurse, die ja zwingend durch diese Freizeitgartenkommission behandelt werden müssen, ein doch aus unserer Sicht oder aus meiner Sicht ein erhebliches Verbesserungspotenzial. Hier scheinen die Abläufe für alle Beteiligten zurzeit nicht sonderlich stimmig zu sein und es wäre hier sicherlich sinnvoll, wenn der Regierungsrat im Rahmen einer Revision des Freizeitgartengesetzes diese Sache noch einmal überdenkt und insbesondere sich auch die Frage stellt, inwiefern eine Departementsvorsteherin überhaupt Mitglied einer solchen Kommission sein muss qua Gesetz.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Der Interpellant ist mit der Antwort zufrieden. Die Interpellation ist erledigt.

30. Interpellation Nr. 40 Annina von Falkenstein betreffend Altersdiskriminierung durch das Bau- und Verkehrsdepartement bei der Autoabgabe-Prämie für Klimaziele, Schreiben des RR

[20.05.26 10:45:08, 26.5127.02]



Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Die Beantwortung der Interpellation wurde Ihnen schriftlich zugestellt. Die Interpellantin hat Gelegenheit zu erklären, ob sie mit der Antwort zufrieden ist.

Annina von Falkenstein (LDP): Vielen Dank für die Gelegenheit, hier Stellung zu nehmen. Ich kann es vorwegnehmen, ich bin unterirdisch unzufrieden. Ich finde es einen Hohn, dass so eine Antwort überhaupt rauskommt. Ich habe zehn Fragen gestellt, von denen wurde zu drei etwas geschrieben, was aber nicht den Antworten auf die gestellten Fragen entspricht. Ich frage mich wirklich, ob im BVD dieses politische Instrument überhaupt gekannt wird, ob es wahrgenommen wird und ob es vor allem ernst genommen wird. Ich muss sagen, ich habe den Eindruck, hätte ich Ihnen, Frau Regierungsrätin Esther Keller, ein Mail geschrieben, wäre eine bessere und gezieltere Antwort gekommen, als wenn das durch jemanden aus dem BVD oder einer Abteilung beantwortet wird und das finde ich frech. Das finde ich richtig frech, weil wir arbeiten zusammen zwischen diesen verschiedenen Instanzen und hier habe ich das Gefühl, wurde diese Anfrage, die doch auch zweimal in der BaZ aufgenommen wurde und entsprechend ein gewisses öffentliches Interesse zu haben scheint, einfach nicht beantwortet.

Es wird in keinem bisschen auf die Möglichkeit von Altersdiskriminierung eingegangen. Es wird auch nicht Bezug dazu genommen, ob das überhaupt verfassungskonform ist, was hier gemacht wird mit der Alterslimite, und auf die Situation, die zu dieser Interpellation geführt hat, wurde auch kein einziges Wort verschwendet. Also ich habe wirklich den Eindruck, dass da ganz viel schief läuft. Ich weiss auch nicht, ob Sie, Esther Keller, diese Antwort gesehen haben, bevor die rausgegangen ist. Ich als Führungsperson würde mich schämen, wenn so eine Arbeit öffentlich wird. Es hat mich wirklich wütend gemacht, weil ich habe von mehreren Personen gehört, die in dieser Situation waren und diese Personen werden hier keines Wortes gewürdigt und das ist unter der Würde unserer parlamentarischen Zusammenarbeit zwischen Departementen und dem Grossen Rat.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Die Interpellantin ist mit der Antwort unterirdisch nicht zufrieden. Die Interpellation ist erledigt.

31. Anzug Joël Thüring und Konsorten betreffend Massnahmen gegen den illegalen Drogenhandel rund um die Kaserne, den Erasmusplatz und den Claraplatz, Schreiben des RR

[20.05.26 10:47:34, 23.5253.02]

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Der Regierungsrat beantragt, den Anzug als erledigt abzuschreiben. Frau Regierungsrätin Stephanie Eymann verzichtet auf ein Votum. Eingetragen als Einzelsprecher hat sich Daniel Seiler.

Daniel Seiler (FDP): Ich mache jetzt nicht so schimpfisch wie vorher, aber trotzdem, die Sicherheitslage im unteren Kleinbasel hat sich im Vergleich zum Jahr 2023 verbessert. So steht es im Fazit zu diesem Anzug. Ich weiss jetzt nicht, wie man auf diese Einschätzung kommen kann. Wenn man mit der Bevölkerung spricht im betroffenen Perimeter, glaube ich, dass grossmehrheitlich da eine andere Einschätzung herrscht.

Weiter wird im Fazit auch ausgeführt, entsprechend zeigen die ergriffenen Massnahmen Wirkung. Ja, vielleicht während dem ESC und zwei Wochen später, aber leider ist genau das passiert, was wir befürchtet haben, als ich die Interpellation gemacht habe betreffend Willkommenskultur, nicht nur während dem ESC. Es war nicht nachhaltig. Die dunklen Gestalten haben den Perimeter wieder in Beschlag genommen. Ich meine, man kann da selbst mit meiner Grösse, wenn es dunkel wird, nicht mehr mit gutem Gefühl da durchlaufen, Entschuldigung. Und da kann man doch nicht einfach sagen, wir schreiben jetzt diesen Anzug ab.

Was auch noch störend ist, ist, dass man in diesem Perimeter vor ein paar Wochen Plakate für eine Aktionswoche gegen Rassismus prominent aufgestellt hat. Wenn das die Leute da anschauen, ich habe einige Rückmeldungen bekommen, da muss man sich am Ende nicht wundern, wenn der Rassismus wirklich zunimmt in dieser Stadt. Und da sind aber diese Leute verantwortlich, die hier drinnen und an anderer Stelle das Ganze verharmlosen.

Ich bitte Sie wirklich, diesen Anzug nicht abzuschreiben.



Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Nächster Einzelsprecher ist Joël Thüring.

Joël Thüring (SVP): Ich danke Daniel Seiler für diese sehr klaren Worte. Mir ist es beim Lesen dieser Anzugsbeantwortung etwas ähnlich gegangen. Ich habe mich gefragt, wer im Departement von Regierungsrätin Eymann denn diesen weltfremden Text verfasst hat. War das ein Mitarbeiter im Homeoffice in Rümligen oder war er vielleicht an der Fantasy Basel und hat vor lauter Schreckgespenster nicht realisiert, wie die Wirklichkeit draussen aussieht? Das kann ja nun wirklich nicht Ihr Ernst sein, geschätzte Frau Regierungsrätin Eymann. Schauen Sie sich doch einmal an, wie die Situation, und Daniel Seiler hat dies sehr treffend beschrieben, rund um die Kaserne, den Claraplatz und den Erasmusplatz ist. Es gibt Menschen, die sich dort gar nicht mehr hin getrauen, besonders in den Abend- und Nachtstunden. Es ist ein Zustand auch rund um den Claraplatz, der ja also, wenn nicht gerade ein Grossanlass ist, wirklich nicht zum Zuschauen ist und dort auch tagsüber nicht. Und das ist ein Zustand, den wir offenbar seit Jahren tolerieren müssen, weil die Polizei aus verständlichen Gründen auch gar nicht die Ressourcen hat, dort so derart einzufahren, wie es vielleicht notwendig ist. Klammerbemerkung, aber wenn irgendwo jemand einmal mit dem Auto zehn Minuten zu lange parkiert, dann kommt dann das Polizeiauto relativ schnell und schreibt ihn auf. Das ist klar, ist auch ein bisschen weniger unangenehm, weil meistens da ja dann nur das Auto steht und niemand ist, den man päckeln müsste, aber das wäre eigentlich der Grundauftrag.

Rund um dieses Gebiet, das in meinem Anzug erwähnt wurde, hat sich die Situation, das kann doch niemand behaupten, nicht wirklich verbessert. Im Gegenteil, Sie sehen es doch auch immer wieder in der Kriminalitätsstatistik, dass die Problematik weiterhin sehr stark besteht. Immerhin gibt der Regierungsrat in seiner Anzugsbeantwortung zu, dass die Videoüberwachung, die Sie in diesem hohen Hause ja auf der linken Seite kategorisch ablehnen, weil Sie lieber Täter- statt Opferschutz betreiben, dass diese Videoüberwachung tatsächlich etwas genutzt hat und kaum wurde diese Videoüberwachung abinstalliert, deinstalliert oder ausgeschaltet, war es in den Sommermonaten bereits wieder so, dass die Zahlen angestiegen sind. Also es gibt doch durchaus weiterhin dringenden Handlungsbedarf, an diesem Gewalthotspot, an diesen Ecken dort auch entsprechend mit Massnahmen dafür zu sorgen, dass Menschen, die hier in dieser Stadt leben, die sich in diesem Gebiet aufhalten wollen, sicher nach Hause können, sich dort auch sicher und wohl aufhalten können.

Das ist derzeit nicht der Fall. Gehen Sie einmal abends und nachts auf dieser Achse entlang, Sie fühlen sich dort sehr unwohl. Es gibt viele Menschen, die sich auch bei uns melden und die sagen, wir meiden diesen Ecken und das ist eigentlich auch aus meiner Sicht eine Bankrotterklärung, wenn Menschen aus Angst davor, dass etwas passieren könnte, Daniel Seiler hat sich als grosser Mann beschrieben, wenn Menschen, die Angst haben davor, dass etwas passieren könnte, zu Hause bleiben oder ein Gebiet entsprechend meiden.

Deshalb glauben wir, dass der Regierungsrat einige positive, um jetzt auch noch nett zu enden, einige positive Ansätze in der Politik, was dieses Gebiet anbelangt, ergriffen hat. Es ist aber weitaus zu wenig und deshalb macht es aus unserer Sicht Sinn, wenn wir diesen Anzug stehen lassen und damit dem Regierungsrat noch einmal klar signalisieren, dass rund um diese Plätze etwas geschehen muss, dass wir gegen diesen illegalen Drogenhandel und alle anderen negativen Umstände, die wir dort kennen und haben, gemeinsam vorgehen können.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Nächster Einzelsprecher ist Mahir Kabakci.

Mahir Kabakci (SP): Jetzt spreche ich mal als Mann mittlerer Grösse. Der vorliegende Anzug greift ein reales und für viele Menschen im unteren Kleinbasel spürbares Problem auf. Offener Drogenhandel sowie die damit verbundenen Konflikte und Belastungen im öffentlichen Raum rund um die Kaserne, den Claraplatz, aber auch andere Gebiete. Es ist unbestritten, dass diese Situation für Anwohnende teils belastend ist. Lärm, Littering, Unsicherheitsgefühl und offene Drogenszene sind keine Bagatelle, sie betreffen die Lebensqualität direkt. Dass dieses Thema politisch aufgenommen wurde, ist daher richtig und wichtig.

Gleichzeitig zeigt die ausführliche Antwort des Regierungsrats klar, es wird bereits viel unternommen, und zwar auf mehreren Ebenen gleichzeitig. Wir sehen eine deutliche Intensivierung der polizeilichen Massnahmen, eine erhöhte Präsenz, regelmässige Schwerpunktaktionen mit Kontrollen. Diese Massnahmen zeigen Wirkung, insbesondere bei der Reduktion schwerer Gewaltdelikte. Und ich kann Ihnen sagen, Joël Thüring, ich laufe dort nicht nur vorbei, sondern ich wohne in diesem Quartier und bin in diesem Quartier auch aufgewachsen. Und wie gesagt, ich hatte jetzt nie irgendwie das Gefühl, dass ich jetzt Angst haben muss, wenn ich durch das Kleinbasel durchlaufe und da kann ich Ihnen einfach auch mal sagen, hören Sie auf, ständig das Kleinbasel in diesem Bash-Modus schlechtzureden. Also das stimmt einfach so auch nicht.

Parallel dazu wurden auch präventive und soziale Ansätze verstärkt. Die aufsuchende Sozialarbeit wurde ausgebaut, der Rangerdienst gestärkt und die Angebote der Suchthilfe weiterentwickelt. Auch infrastrukturelle Massnahmen, etwa bei der Beleuchtung oder der Gestaltung der öffentlichen Räume, wurden gezielt umgesetzt. Genau dieser kombinierte Ansatz ist



aus Sicht der SP zentral. Repression alleine reicht nicht aus. Es braucht immer auch Prävention, soziale Arbeit und eine kluge Gestaltung des öffentlichen Raums.

Die Antwort des Regierungsrats zeigt aber auch ehrlich auf, eine nachhaltige Lösung dieses Problems im Sinne eines vollständigen Verschwindens ist nicht realistisch. Und da muss man einfach auch die Tatsachen sehen, dass wir gewisse Probleme, die wir haben, gar nicht kantonale lösen können. Wir haben zum Teil Menschen aus dem EU-Raum, die sich dort aufhalten und Sie können nicht einfach sagen, ja, alle Menschen, die sich jetzt irgendwie bei der Kaserne oder beim Claraplatz aufhalten, wird man mal präventiv einpacken und zurückschicken. Also das ist auch ein interessanter Ansatz. Das sind EU-Bürger und die haben das Recht, auch in die Schweiz, auch nach Basel zu kommen.

Der Drogenhandel ist ein dynamisches Phänomen, das sich verlagert und anpasst. Umso wichtiger ist ein kontinuierliches, koordiniertes Vorgehen. Der Anzug fordert zusätzliche Prüfungen und Massnahmen. Viele dieser Punkte sind jedoch bereits umgesetzt, in Umsetzung oder werden laufend weiterentwickelt. Und der Punkt ist, ja, bei der Videoüberwachung auf der Dreirosenanlage, das kann ich Ihnen sagen, auch dieser Vorwurf stimmt nicht, Joël Thüning, wir haben uns punktuell bei der Dreirosenanlage für die Videoüberwachung ausgesprochen und haben das auch unterstützt, aber was haben wir gesehen, es ist eine Symptombekämpfung. Das Problem hat sich verlagert, es war am Rheinbord, es kam ins Matthäusquartier ins Matthäuspärkli. Das heisst, dieser Ansatz alleine reicht einfach nicht aus und Sie können auch mit der Videoüberwachung das Problem direkt vor Ort nicht lösen. Im Nachgang, wenn ein Delikt passiert, können Sie es vielleicht schneller aufklären, aber im ersten Moment ist und bleibt es eine Symptombekämpfung.

Der Punkt ist, dieser Anzug hat aus unserer Sicht den Zweck erfüllt. Er hat Druck erzeugt und die Diskussion geschärft und ich bin sicher, das Augenmerk des Regierungsrats ist da auf diesem Aspekt und der Regierungsrat hat ja auch genannt, dass Sicherheit ein zentrales Thema ist bei der Regierungsarbeit und in diesen vielen Bereichen wird viel getan. Wie gesagt, Sicherheitsansatz ist nicht nur ein einzelner Ansatz, es braucht eine gesunde Mischung von präventiven und repressiven Massnahmen und ich denke, das wird der richtige Weg sein, um die Probleme dort auch lösen zu können.

Für uns als SP-Fraktion ist daher entscheidend, dass dieser eingeschlagene Weg konsequent weitergeführt wird mit einem ausgewogenen Verhältnis zwischen Sicherheit, sozialer Verantwortung und Prävention. Deshalb bitte ich Sie, den Anzug abzuschreiben.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Es gibt eine Zwischenfrage von Pascal Messerli. Sie wird angenommen.

Pascal Messerli (SVP): Lieber Mahir Kabakci, Sie haben jetzt gesagt, Sie haben sich noch nie im Kleinbasel unsicher gefühlt, haben aber auch vor zwei Jahren diesem Anzug stillschweigend zugestimmt und ihn überwiesen, weil es halt Probleme gibt. Ist das jetzt nicht ein Widerspruch?

Mahir Kabakci (SP): Lieber Pascal Messerli, Situationen können sich auch weiterentwickeln und man hat in Kleinbasel erhebliche Massnahmen an unterschiedlichen Orten getroffen und wie gesagt, ich wohne im Kleinbasel und kann die Situation, glaube ich, besser einschätzen als ein weiter Blick aus Riehen.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Nächster Einzelsprecher ist Oliver Bolliger.

Oliver Bolliger (BastA): Ich habe mich jetzt ganz spontan gemeldet nach dem Votum von Herrn Thüning und ich muss sagen, ich danke übrigens meinem Vorredner, Herr Mahir Kabakci, für die klare und eindeutige Ansage und auch die Einschätzung bezüglich dieses Anzugs. Aber was ich schon sagen muss, als ich das gehört habe, denke ich, bin ich da Ende 80er-Jahre, anfangs 90er-Jahre stehen geblieben, als die SVP national grosse Stimmung gemacht hat gegen Drogenkonsumierende auf dem Letten und auf dem Platzspitz und natürlich auch bezüglich den Dealern damals. Das war die gleiche Stossrichtung, die ich jetzt heute von Herrn Thüning gehört habe. Und ich muss schon sagen, haben Sie irgendwie etwas gelernt daraus, weil mit diesen Massnahmen hätte man das grosse Problem damals in Zürich nie und nimmer beheben können. Es war der Entscheid damals zu sagen, reine Repression wird das Problem nicht lösen, das hat den Boden gelegt, um andere Massnahmen in der Schadensminderung, in der Substitutionsabgabe, in der aufsuchenden Sozialarbeit, erst dann hat man gemeinsam natürlich mit der Polizei diese Problematik in den Griff bekommen. Also die Idee, dass nur reine Repression ein Problem lösen kann, das ist wirklich sehr weit weg von der Realität.

Ich kann Ihnen auch sagen als Leiter einer Stiftung, die mit Drogenkonsumierenden arbeitet, es hat sich sehr wohl etwas verändert und ich habe auch damals sogar den Anzug gut gefunden, da hat man einfach überwiesen, das war auch damals nötig, aber es ist unterdessen sehr viel passiert. Der Austausch zwischen Einrichtungen, Sozialen und Psychiatrie, mit der



Polizei, mit der Community Policing, mit den Mittlern des Gesundheitsdepartements, das läuft, da ist man natürlich nicht immer vielleicht mit der Problemlösung schon am richtigen Ort, aber trotzdem, der Austausch ist da und das ist wichtig, damit man dort vorankommt. Also das ist reine Stimmungsmache gegen Personen, die auch schwer krank und zum Teil im öffentlichen Raum sichtbar sind. Was es wirklich mehr braucht, ist weiterhin gute Zusammenarbeit, auch Unterstützung von sozialen Organisationen, auch vielleicht mal in einer Sicherheitsfrage umzuschauen, wie können wir die Räume, die zum Teil dann auch unter Belastung stehen, wieder sicherer machen, etc.

Das ist der Ansatz und deswegen ist der Anzug ja auch erfüllt, weil es in die richtige Richtung geht. Und dann müsste die SVP in Zukunft mal die Schadensminderung, die Sie hier immer ablehnen, wenn es irgendeinen Vorstoss von linker Seite gibt, um die Schadensminderung zu stärken, um zu schauen, ob man zum Beispiel die Kontakt- und Anlaufstellen verlängern kann mit den Öffnungszeiten, sind Sie jedes Mal dagegen. Dann sind Sie also sehr ideologisch unterwegs und nicht pragmatisch.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Es gibt eine Zwischenfrage von Joël Thüring. Diese wird angenommen.

Joël Thüring (SVP): Danke für die Annahme der Zwischenfrage. Oliver Bolliger, Sie haben jetzt von der Schadensminderung gesprochen, wäre denn ein Ansatz der Schadensminderung, wenn diese Dutzenden illegalen nigerianischen Drogendealer rund um den Claraplatz verhaftet und dann entsprechend vielleicht auch einmal ausgeschafft werden würden?

Oliver Bolliger (BastA): Die Schadensminderung betrifft die Personen, die von Drogen abhängig sind und darum geht es.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Es gibt eine weitere Zwischenfrage von Jenny Schweizer. Auch diese wird angenommen.

Jenny Schweizer (SVP): Danke für die kurzfristige Annahme. Vielleicht verstehe ich Sie nicht ganz richtig, aber sollte es nicht auch in Ihrem Sinne sein, dass der Drogenhandel bekämpft wird, damit eigentlich die Süchtigen, für die Sie sich ja so einsetzen, weniger gefährdet werden? Das sollte doch auch in Ihrem Interesse sein.

Oliver Bolliger (BastA): Das Interesse ist da, dass Drogenkonsumierende gute Versorgung haben. Die Idee, dass man den Drogenhandel aus einer Stadt rausbekommt und es dann keine Drogenabhängigen gibt, das ist einfach sehr träumerisch.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Nächster Einzelsprecher ist Felix Wehrli.

Felix Wehrli (SVP): Ich habe mich auch spontan gemeldet, einfach weil gewisse Sachen klargestellt werden müssen. Oliver Bolliger, Sie reden von den Drogensüchtigen. Niemand hat etwas gegen Drogensüchtige, sie sind tatsächlich Kranke. Hier geht es um den Drogenhandel und konkret geht es um organisierte Kriminalität. Vielleicht wissen Sie das nicht, ich weiss das und gegen das muss etwas gemacht werden. Und wenn die SP, Mahir Kabakci sagt, man muss keine Angst haben im Kleinbasel, das ist überhaupt kein Problem, dann verkennen Sie die Quartiervereine, die darauf hinweisen, Sie verkennen die Menschen, die tatsächlich Angst haben, dorthin zu gehen, Sie verkennen Geschäftsinhaber, die sagen, ich habe keine Kunden mehr aus dem Grossbasel, weil sie nicht in das Kleinbasel kommen wollen. Das sind alles Facts und wenn die SP, Sie haben für die SP gesprochen, das negiert, dann weiss ich nicht, ob das wirklich im Sinn von Ihren Wählern ist. Ganz bestimmt nicht.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Nächster Einzelsprecher ist Eric Weber.

Eric Weber (Fraktionslos): Ich muss mich doch noch in die Debatte einschalten, weil das spannend ist. Und es sind ja prominente Leute, die hier reden, Joël Thüring, bald Nationalrat, Mahir Kabakci, bald Regierungsrat.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Herr Weber, ich bitte Sie, beim Thema zu bleiben.



Eric Weber (Fraktionslos): Lieber Mahir Kabakci, ich habe heute Morgen mit Ihnen geredet, weil ich Ihnen ein Geschenk mitgebracht habe und das ist nett, aber lieber Mahir Kabakci, ich muss Ihnen einfach sagen, schauen Sie auf die Wahlergebnisse im Kleinbasel und das ist die Antwort und das ist die Wahrheit und nicht das, was Sie gesagt haben. Warum bin ich vom Wahlkreis Grossbasel West, wo ich gewählt worden bin 1984 und 1988, nach Kleinbasel gegangen, weil in Kleinbasel die Probleme sind. Und lieber Mahir Kabakci, hätten wir die Probleme nicht im Kleinbasel, wäre ich gar nicht Grossrat.

Lieber Oliver Bolliger, Sie haben gesagt, was mein Kollege Joël Thüring, mein Lieblingspolitiker, sagt, sei Stimmungsmache. Sie haben gesagt, Oliver Bolliger, Joël Thüring macht Stimmungsmache oder ich habe es so verstanden, aber ich muss einfach ganz klar sagen, lieber Oliver Bolliger, ich unterstütze die Stimmungsmache von Joël Thüring. Ich unterstütze das und ich wähle auch mit dieser Partei wie heute Morgen.

Ich weiss nicht, ich bin kein Minister, die Polizeiministerin ist da, warum kann man dann am Claraplatz keinen Platzverweis machen? Meine Damen und Herren, ich bin jeden Tag am Claraplatz, weil ich dort meine Post abhole. Jeden Tag sehe ich dort die Drogendealer und es passiert nichts und das macht natürlich die Leute verrückt. Darum meine Frage, liebe Frau Eymann, ich weiss nicht alles, aber ich wäre Ihnen dankbar, auch wenn ich manchmal der Böse bin im Grossen Rat, würde mich doch interessieren, warum es keinen Platzverweis für die Leute gibt, die dort Drogen verkaufen. Es würde mich freuen, wenn Sie das beantworten könnten.

Und zum Schluss, Grossrat Wehrli hat richtig gesagt, Ex-Polizist, die Geschäftsinhaber leiden unter dieser Sache. Das stimmt, die Geschäftsinhaber leiden unter diesen Sachen und die Anwohner natürlich auch, weil die dann wirklich am Abend nicht mehr rausgehen, weil es dunkel ist.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Nochmals als Einzelsprecher eingetragen hat sich Mahir Kabakci.

Mahir Kabakci (SP): Ich möchte Bezug nehmen auf Herrn Thüring und Herrn Wehrli. Ich kann Ihnen gerne wiederholen, ich habe am Anfang von meinem Votum ganz klar gesagt, dass wir dort Probleme haben und wenn Sie hierhin stehen und sagen, wir würden Probleme negieren und wir sollten mal mit Menschen im Kleinbasel reden, ich kann Ihnen sagen, Herr Wehrli, ich bin im ständigen Dialog mit den Menschen, mit dem Quartierverein, am Drogenstammtisch, an unterschiedlichen Anlässen und ich weiss, was dort die Probleme sind. Also negiert wird hier gar nicht seitens der SP, nur haben wir Unterschiede im Ansatz. Ich habe gesagt, es braucht eine gesunde Mischung zwischen Prävention und Repression. Und wenn Sie dann kommen, ich sehe keine Vorschläge, Sie beklagen sich dauernd nur, dass es nicht gut läuft, dann bringen Sie doch Vorschläge ein. Ich habe Ihnen gesagt, dieses Drogenproblem, was wir haben, ist nicht einfach per se lösbar. Sie können nicht einfach präventiv Menschen irgendwie einsammeln, die sich im Perimeter Claraplatz Kaserne bewegen und dann sagen, die sollen mal ausgeschafft werden. Das sind zum Teil EU-Bürger, die haben hier ein Recht, in die Schweiz einzureisen und es wird an unterschiedlichen Ecken vieles gemacht. Präventive Arbeit, Sozialarbeit, Sicherheitspolizei, Pipapo. Also da hinzustehen und einfach zu sagen, wir würden das Problem negieren, stimmt einfach nicht. Wir haben den Ansatz, dass es eine gesunde Mischung braucht, weil das schlussendlich der Schlüssel zum Erfolg sein wird.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Für ein zweites Votum eingetragen hat sich Joël Thüring.

Joël Thüring (SVP): Ich nehme Bezug auf Mahir Kabakci. Ich nehme es Ihnen ab und ich glaube es Ihnen auch, dass Sie sich mit einem Teil der Quartierbevölkerung im Kleinbasel sicherlich von Zeit zu Zeit auch austauschen und hier ein gewisses Ohr bei der Bevölkerung haben, aber Sie können das beschriebene Problem, das auch Herr Wehrli vorhin in seinem Votum ausgeführt hat, doch einfach nicht negieren. Und selbstverständlich haben wir Möglichkeiten, gegen den illegalen Drogenhandel mit entsprechender Repression vorzugehen. Sie fordern immer Prävention, Prävention, Prävention. Diese Prävention kostet Unsummen an Geld, sie kostet Unsummen an Geld und packt das Übel nicht an der Wurzel. Das Übel ist, dass man zu wenig Repression betreibt, dass man es toleriert, dass Tag für Tag Dutzende schwarzafrikanische Drogendealer am Claraplatz und in diesen Strassen rund um den Claraplatz stehen.

Und sorry, ob das nun EU-Bürger sind oder nicht, das spielt dabei gar keine Rolle, auch diese können ausgeschafft werden. Wir haben eine Ausschaffungsinitiative angenommen, Ihre Partei hat sie bekämpft, aber es gibt Möglichkeiten. Und hier ist es tatsächlich so, dass die Verantwortung dafür, dass sich die Situation nicht nachweislich verbessert, vermutlich gar nicht so sehr bei der Polizei liegt, sondern bei der Gerichtsbarkeit. Diese Menschen werden zu lasch behandelt. Es stinkt doch einem Polizisten, wenn er heute einen Drogendealer auf dem Claraplatz verhaftet, mit auf den Polizeiposten nimmt und einen Tag,



zwei Tage später steht der genau gleiche Drogendealer an der genau gleichen Ecke wieder und lacht dem Polizisten noch dumm ins Gesicht.

Nennen wir doch das Problem einmal beim Namen. Wir brauchen nicht Rangerdienste, wir brauchen nicht noch mehr Prävention, wir brauchen endlich Massnahmen, die so wirken, dass dieses Problem endlich eingedämmt wird. Oliver Bolliger hat vom Drogenkonsum aus Sicht der Süchtigen gesprochen. Niemand stellt in Frage, dass es Kontakt- und Anlaufstellen braucht, aber es geht hier nicht um die Kontakt- und Anlaufstellen, es geht darum, dass wir den illegalen Drogenhandel bekämpfen müssen. Menschen, die ein Drogenproblem haben, das weiss Oliver Bolliger besser als ich, weil er in diesem Bereich tätig ist, haben die Möglichkeit, diese Drogen, ihre Sucht auf einem «legalen Weg» zu befriedigen bei diesen Kontakt- und Anlaufstellen. Dafür braucht es nicht einen illegalen Drogenhandel auf der Strasse. Und gegen diesen Drogenhandel wehren wir uns und gegen diesen Drogenhandel sollte aus unserer Sicht endlich mit allen möglichen Mitteln vorgegangen werden. Dann kann sich Herr Kabakci das eine oder andere Gespräch vielleicht auch sparen, weil dann das Problem gelöst wird und man dann tatsächlich auch mittel- und langfristig weniger Prävention benötigt.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Es gibt eine Zwischenfrage von Oliver Bolliger. Sie wird angenommen.

Oliver Bolliger (BastA): Einfach nur zur Klarstellung, an der Kontakt- und Anlaufstelle werden keine Drogen abgegeben, sondern die werden dort vielleicht vorher gekauft. Sind Sie in dem Fall auch für eine in Zukunft legale Drogenabgabe durch den Staat, wie wir sie schon lange fordern, damit der illegale Handel minimiert werden kann?

Joël Thüring (SVP): Darum geht es nicht. Ich habe gesagt, es ist in Ordnung, dass diejenigen, die eine Drogensucht haben, diese Möglichkeiten erhalten, es auf legalen Wege zu konsumieren, aber es geht uns heute hier um den illegalen Drogenhandel rund um die Kaserne und den Claraplatz und das, glaube ich, ist jetzt nicht dasselbe, was Sie meinen.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Nächster Einzelsprecher ist Felix Wehrli.

Felix Wehrli (SVP): Ich will das jetzt nicht zu einem Streitgespräch hier ausarten lassen, das ist das letzte Mal, aber wenn Sie uns Angstmacherei vorwerfen, weil Sie selber keine Angst haben, durch das Kleinbasel zu gehen, dann ist das etwas grundlegend anders. Es gibt Menschen, die tatsächlich Angst haben, ins Kleinbasel zu gehen. Meine Mutter geht nicht mehr auf die Post dort, ich muss das für sie erledigen, einfach das sei mal gesagt. Und dann haben Sie gesagt, man sollte mal Vorschläge bringen, wie man das lösen könnte. Ja, es gibt schon Vorschläge, ich weiss nicht, ob das so gemacht wird, aber ich denke nicht. Man könnte ja diese Schwarzen, also diese Dealer mal fragen, wo sie wohnen, wie sie die Miete bezahlen, von was sie leben, und dann, wenn sie beispielsweise italienische oder spanische Aufenthaltstitel haben, sie dann tatsächlich dorthin schicken, wo sie hergekommen sind, also wo sie den Aufenthalt haben. Und das ist vermutlich ein Problem, das nicht oder zu wenig gemacht wird. So viel habe ich gehört. Und ich weiss nicht, Regierungsrätin Eymann wird das nachher vielleicht noch erläutern, aber das wäre sicher ein Punkt, den man aufnehmen könnte und so die Leute, die unsere Menschen, die hier leben, krank machen mit dem Drogenverkauf, das ist eine Sauerei, zum Schutz unserer Kinder, unserer Jugendlichen, die angesprochen werden, wenn sie vom Schulhaus kommen, dass man die Leute wegschafft, das würde ich vollumfänglich unterstützen und ich hoffe, Sie auch von der linken Seite.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Für ein zweites Votum gemeldet hat sich Eric Weber.

Eric Weber (Fraktionslos): Alle meine Vorredner haben sich zum zweiten Votum gemeldet, darum muss ich mich auch zum zweiten Votum melden. Ich freue mich, dass wir eine Diskussion haben, weil ich ja immer der Grossrat bin, der sagt, wir halten hier nur Reden, die abgelesen werden, und das Parlament sollte ja diskutieren.

Ich kann mich kurz fassen, aber es ist halt mein Wahlthema, was wir hier diskutieren. Ich möchte das einfach zum Schluss zu den Vorrednern noch sagen. Lieber Mahir Kabakci, Sie haben gesagt, man kann die Leute nicht einsammeln, da sind wir halt zu modern, die Schweiz ist ein modernes Land. Aber gehen Sie nach Bulgarien, Belarus, in solche Länder, dort werden die vom Bahnhof alle eingesammelt, da gibt es keine Diskussion. Und Joël Thüring hat richtig gesagt, und das stimmt, die Drogendealer lachen den Polizisten am nächsten Tag aus und der Polizist sagt, ja, ich kann auch nichts machen. Und darum, Mahir Kabakci, Sie haben vollkommen recht, diese Leute werden nicht eingesammelt, aber es gibt Länder, wo diese Leute eingesammelt werden, und diese Länder bewundere ich.



Ich habe auf meinem Flugblatt zu diesem Anzug von Joël Thüring geschrieben, was sich rund um den Claraplatz abspielt, spottet jeder Beschreibung. Schwarzafrikaner wickeln dort völlig unbehelligt ihre Drogengeschäfte ab. Mitten in Kleinbasel ist eine No-Go-Area entstanden, die die Frauen, Touristen und Einheimische nur noch auf eigenes Risiko betreten können. Das, meine Damen und Herren, habe ich 2024 auf meinem Flugblatt als Kleinbasler Grossrat geschrieben und wurde gewählt mit genügend Stimmen.

Ich komme noch zum Schlussredner, zu Herrn Wehrli. Sie haben richtig gesagt, Sie müssen Ihre Mutter vertreten, sie hat Angst. Auch ich habe grosse Angst im Kleinbasel und ich gehe nur am Morgen in die Stadt, das muss ich so sagen, am Nachmittag nicht, das ist mir zu gefährlich. Am Morgen ist der Claraplatz noch ruhig und da findet man noch die älteren Leute, aber dann ab 12 Uhr leert sich der Claraplatz mit den älteren Leuten und eine andere Klientel übernimmt.

Darum danke ich allen, dass wir hier geredet haben und dass Sie zugehört haben. Es ist wirklich ein Thema und ich wiederhole die Frage an Frau Eymann, warum kann man diesen Menschen, die dort Drogen verkaufen, auch an unsere Kinder, kein Platzverbot geben, warum kann man die nicht einsammeln oder wegschaffen. Und der Schlusssatz ist, ich sammle ja wichtige Zitate und der Regierungsrat Basel-Stadt hat selber gesagt, aussergewöhnlich häufig sind im unteren Kleinbasel junge Männer aus den Maghreb-Staaten, die im Bundesasylzentrum oder in Asylunterkünften in der Region wohnhaft sind, polizeilich auffällig. Auch das ist auf meinem Flugblatt und das sagt der Regierungsrat und nicht ich und das möchte ich einfach mal den Linken und Grünen ins Stammbuch schreiben. Bitte überlegen Sie sich, was selbst die Regierung Basel-Stadt sagt. Ich bin einverstanden mit der Regierung, aber eine Frage ist noch ungeklärt, warum kann man die Leute nicht vom Claraplatz wegschicken, warum sehe ich seit 25 Jahren jeden Tag die Gleichen und sie fragen mich auch, willst du kaufen, dann sage ich nein und gehe weiter.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Das Wort hat Regierungsrätin Stephanie Eymann.

RR Stephanie Eymann, Vorsteherin JSD: Ja, die Diskussion war einmal mehr sehr emotional und in vielen Punkten bin ich auch einverstanden, was die Thematik und die Problematik angeht. Ich möchte mich dagegen verwehren, dass ich gehört habe, wir verharmlosen das Problem. Das ist mitnichten so, weder ich als Sicherheitsdirektorin noch der Regierungsrat verharmlost hier irgendetwas. Wir haben Ihnen aufgezeigt, was in der Zwischenzeit alles auch gegangen ist in den unterschiedlichen Sicherheitslagen, die wir haben im Kleinbasel. Man kann nicht die eine mit dem anderen wirklich vergleichen. Wir haben die Dreirosen, darüber haben wir genügend schon gesprochen hier in diesem Rat, wir haben da Massnahmen ergriffen, die aber nicht gleich wirksam sind an einem Claraplatz. Das habe ich immer gesagt, eine Videoüberwachung hilft bei Kleindiebereien nichts, das interessiert Kleindiebler nicht, ob sie gefilmt werden oder nicht, das ist also nicht eine Massnahme, die hier irgendwo wirksam ist.

Das Thema ist komplex, es ist auch nicht einfach so, dass eine Massnahme jetzt einfach die Lösung bringt. Es hat viele Akteure, wir haben es gehört in der Aufzählung, wen es da alles braucht. Es braucht Ranger, es braucht selbstverständlich die Polizei, es braucht die aufsuchende Suchtarbeit, es braucht alle in dieser Thematik und es braucht auch beiderlei Massnahmen. Es braucht Prävention und es braucht genauso Repression. Es funktioniert nicht nur einseitig, das ist ebenso.

ESC haben Sie noch erwähnt, Daniel Seiler, ja, so viele Polizisten hatten wir noch nie in der Stadt wie am ESC. Das ist tatsächlich eine andere Ausgangslage, wir müssen mit diesen Mitteln schauen, die wir haben. Wir haben heute ein Zeichen gehört und bekommen, dass wir auch attraktiver werden, aber es ist gar nicht unbedingt das Thema der Menge der Polizistinnen und Polizisten. Sie fahren sehr wohl Sonderaktionen immer wieder, auch am Claraplatz. Wir haben die Kräfte gebündelt in der Polizei, wir haben geschaut, dass wir mehr Polizei wirklich auch auf die Strasse bekommen, da haben wir auch Rückmeldungen, dass das doch langsam, aber sicher auch zu greifen anfängt. Also deshalb ist nicht eigentlich das Ressourcenthema das einzige hier.

Aber, und das stimmt leider, die rechtliche Handhabe ist ein Thema. Wir haben am Claraplatz diese «Kügeli-Dealer», sogenannte, diese Kleindiebereien. Diese Mengen führen nicht zu Urteilen, die irgendwie zu schärferen Massnahmen berechtigen würden. Und das ist schon das Thema, das auch die Polizei immer wieder zurückmeldet. Sie kontrollieren, sie nehmen vielleicht die eine oder die andere Person mal mit auf den Posten, am nächsten Tag steht sie wieder da. Und dann sind wir genau bei dieser Thematik, wir haben hier ein Strafmass im Bundesgesetz, das hier sehr klein ist, wir haben parallel dazu aber die Voraussetzung eines Urteils, damit man jemanden des Landes verweisen kann, wir haben die Feststellung, dass viele europäische Aufenthaltstitel hier sind und das Ganze einfach schwierig machen in der Summe zu sagen, wir nehmen die einfach mit und wir packen die einfach ein. Das weiss auch Herr Wehrli als ehemaliger operativer Polizist oder Kriminalpolizeiangestellter.

Ich möchte hier aber nicht nur klagen und sagen, wir können nichts machen gegen das Problem, sondern wo wir ansetzen müssen, und das steht in unserem Legislaturplan der Regierung, wir müssen a) die öffentliche Sicherheit im öffentlichen Raum ernst nehmen, das machen wir genau mit diesen Massnahmen departementsübergreifend, und wir müssen an den Kern des Problems kommen. Und dieses Problem heisst organisierte Kriminalität. Und wenn wir da einfach nur «Kügeli-



Dealer» irgendwo kontrollieren, dann wird das nie besser. Wir müssen an die Strukturen kommen, wir müssen uns so organisatorisch aufstellen, dass das auch möglich ist. Das ist Fakt heute, wir haben diese Situation nicht, dass wir aufgestellt sind in der polizeilichen und der kriminalpolizeilichen und der Strafverfolgungsaufstellung. Daran arbeiten wir mit Hochdruck im Rahmen von ReoS, unserem grossen Projekt, damit wir hier die Schlagkraft entwickeln und solchen Themen wirklich dann auch nachhaltig begegnen können.

Deshalb ist es nicht ein Zeichen, jetzt zu sagen, wir schreiben das ab, weil wir haben kein Problem, sondern wir haben die Probleme erkannt. Wir sind vielerlei Problemen auch schon begegnet über die Departementsgrenzen rüber und wir bleiben dran und wir müssen neue Ansatzpunkte auch testen, auch neue Massnahmen und daran arbeiten wir mit Nachdruck. Deshalb ist das nicht einfach ein Problemlösungsabschreiben, sondern Problem erkannt und in den Gefässen, die sowieso da sind, wollen wir weiterarbeiten. Wir müssen auch Massnahmen, die wir selber in der Hand haben, prüfen. Ich habe das mehrfach auch öffentlich angekündigt, dass das Thema des Platzverweises wieder kommt mit der nächsten Polizeigesetzrevision, die sich aus anderen Gründen etwas verzögert hat. Sie haben da dann in diesem Rat die Gelegenheit, über diese Massnahme auch nachzudenken oder der zuzustimmen. Ich denke, auch hier müssen wir auf allen möglichen Ebenen, auch bei den niederschweligen, und das ist eine niederschwellige Massnahme für die Polizei, dann halt eben auch schauen, dass wir die Mittel unseren Polizistinnen und Polizisten in die Hand geben.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Wir kommen damit zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Abschreiben gemäss Antrag Regierungsrat, NEIN heisst Stehenlassen gemäss Antrag Daniel Seiler und weiteren.

Ergebnis der Abstimmung

66 Ja, 24 Nein, 5 Enthaltungen. [Abstimmung # 0009002, 20.05.26 11:25:50]

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug abzuschreiben.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Sie haben mit 66 Ja-Stimmen gegen 24 Nein-Stimmen bei 5 Enthaltungen den Anzug abgeschrieben.

32. Anzug Thomas Widmer-Huber und Konsorten betreffend Sensibilisierung der friedlich Demonstrierenden und Abstand von Vermummten und Personen mit Schutzausrüstungen, Schreiben des RR

[20.05.26 11:25:59, 23.5214.02]

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Der Regierungsrat beantragt, den Anzug als erledigt abzuschreiben. Das Wort hat Regierungsrätin Stephanie Eymann. Sie verzichtet. Damit kommen wir zu den Fraktionssprechenden. Eingetragen für die SP hat sich Barbara Heer.

Barbara Heer (SP): Im Namen der SP-Fraktion bitte ich Sie, ebenfalls der Regierung hier zu folgen und die Anzüge abzuschreiben. Beim Anzug von Thomas Widmer-Huber waren wir 2023 bereits der Meinung, dass dieser gar nicht überwiesen werden soll. Das Demonstrationsrecht ist heute bereits eingegrenzt durch Bewilligungspflichten und auch die Landfriedensbruchnorm, also die Idee, dass nur friedliches Demonstrieren grundrechtlich geschützt ist. Wir haben also schon eine Strafnorm, die besagt, dass Menschen sich strafbar machen, wenn sie stehen bleiben in einer Menschenansammlung,



aus der heraus Gewalt gegen Menschen oder Sachen begangen wird. Deswegen möchten wir diesen Anzug jetzt abschreiben.

Dann beim Thema Deeskalation, also der Forderung von Anzug Fleur Weibel, Optimierungen beim Dialog- und Deeskalationskonzept, also des 3D-Modells zu machen, da sind wir mit der Antwort der Regierung halb zufrieden. Ich gehe gleich auf die Schwachstelle ein, möchte jetzt aber an erster Stelle vor allem auch ein Lob aussprechen, wieso wir deswegen auch mit der Abschreibung des Anzugs einverstanden sind.

Seit 2023 hat nämlich eine deutlich positive Veränderung in der Demo-Strategie des JSD hin zu Deeskalation stattgefunden. Die sehr repressive Demonstrationsstrategie, die zu Beginn der Amtszeit der jetzigen Vorsteherin des JSD eingeführt wurde und dann auch ihren negativen Höhepunkt am 1. Mai 2023 hatte, führte zu massivem Personaleinsatz, hoher Belastung der Polizei gerade auch an Wochenenden und hatte somit einen grossen Beitrag auch zu der Polizeikrise, die wir hier auch intensiv diskutiert haben. Wir anerkennen, dass das JSD aus Fehlern gelernt hat und inzwischen eine dialogorientierte Strategie verfolgt wird, die die Polizei spürbar entlastet und auch wirklich zu Deeskalation beiträgt. Wir sehen das auch in der Anzugsbeantwortung, kommunikative Ansätze werden betont, so dass auch Demonstrationen dann ohne massive polizeiliche Intervention durchgeführt werden können. Wir begrüssen auch, dass die Regierung betont, dass diese dialogorientierte Strategie auch besonders wichtig ist und beibehalten wird, auch in Zeiten von globalen Konflikten und internationalen Krisen, die auch immer wieder mal zu friedlichen Spontankundgebungen führen. Wir beobachten hier eine Lernkurve und schätzen auch, dass genannt wird, dass der direkte Dialog, das direkte Gespräch Spannungen abbauen und präventiv Eskalationen verhindern kann.

Nun, die Schwachstelle der Anzugsbeantwortung sehen wir in der Darstellung des Ansatzes der Deeskalation bei der Darstellung vom 3D-Konzept. Es ist uns nicht genügend dargestellt, wieso zum Beispiel die Anpassung einer Route, die ja schon ein ziemlicher Eingriff in den geplanten Ablauf einer Demonstration ist, hier als Deeskalation eingestuft wird. Denn ein solcher Eingriff kann als durchaus repressiv einschreitendes Vorgehen empfunden werden und somit auch. Wiederum zur Eskalation beitragen. Auch sind Personenkontrollen hier als Teil der Deeskalation dargestellt, für die Betroffenen ist das aber häufig bereits eine repressive, einschreitende Massnahme.

Wir kommen deswegen zum Schluss, dass in der Anzugsberichterstattung der Begriff der Deeskalation in doppelter und widersprüchlicher Weise verwendet wird. Einerseits als dialogorientierter, vertrauensbildender Ansatz, andererseits aber auch kontrollierende und potenziell einschüchternde, eingreifende polizeiliche Massnahmen darunter subsumiert werden mit dem Ziel, akute Gewalt abzuwenden. Diese begriffliche Unschärfe oder Nutzung in doppelter, zum Teil auch widersprüchlicher Bedeutung, ohne dass das benannt wird, das beinhaltet aus unserer Sicht zwei Gefahren oder zwei Probleme. Einerseits wirft es Fragen zur fachlichen Qualität des Konzeptes auf, und wir möchten dazu auffordern, wirklich daran weiterzuarbeiten, und andererseits sehen wir auch die Gefahr, dass bei so einer begrifflichen Unschärfe Deeskalation letztlich auch zu einem Legitimationsbegriff für polizeiliches Eingreifen werden kann, anstatt dass er eine klare Orientierung für Konfliktabbau und Grundrechtsschutz bietet. Wir hoffen aber doch sehr, dass wenn diese Konzepte in den Schulungen der Polizei vermittelt werden, dass sie dann klarer sind als in dieser Anzugsbeantwortung.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Nächste Fraktionssprecherin für die BastA ist Franziska Stier.

Franziska Stier (BastA): Wir von BastA beantragen, den Anzug Fleur Weibel stehen zu lassen. Dieser Anzug stellt, wie Barbara Heer eben ausgeführt hat, zentrale Fragen zur sogenannten 3D-Strategie, Dialog, Deeskalation und Durchgreifen. Er will wissen, wann und unter welchen Umständen und welche Mittel sozusagen das Durchgreifen ermöglichen und wie Einsätze, wie jener mit Gummigeschossen, begründet werden. Das sind keine Detailfragen, das sind zentrale Fragen im Umgang mit Demonstrationen und Protesten und damit auch für die Grundrechte in diesem Kanton. Eine gute Antwort hätte Orientierung schaffen können für die Bevölkerung, für Demonstrierende und letztlich auch für die politische Kontrolle dieses Parlaments.

Was wir erhalten haben, ist jedoch keine solche Antwort. Es ist vielmehr eine Art beredtes Schweigen. Ja, es wird beschrieben, was unter Dialog, Deeskalation und Durchgreifen verstanden wird, aber eine Beschreibung ist noch kein Konzept und sie beantwortet zentrale Fragen des Anzugs nicht. Zum Dialog können wir natürlich positiv festhalten, dass es seit 2023 gewisse Verbesserungen gibt und dass schon seit längerem ein Dialogteam existiert. Aber auch hier gibt es Probleme. Zum Beispiel funktioniert ein Dialogteam, das keine Entscheidungen treffen kann, nicht wirklich als Dialogteam. Es stellt sich die Frage nach seiner tatsächlichen Wirkung innerhalb der Demonstrationen.

Zum Thema der Deeskalation, hier wird es besonders dünn in diesem Anzug. In der Antwort verschwimmt Deeskalation entweder mit Dialog oder mit Repression. Ein eigenständiges, nachvollziehbares Deeskalationskonzept ist nicht erkennbar. Massnahmen wie Routenumleitung, Personenkontrollen oder das Festhalten von Gruppen mögen polizeilich begründbar sein, deeskalierend sind sie in der Regel nicht. Im Gegenteil, sie schaffen Situationen, in denen sich Betroffene nicht



entziehen können und verschärfen damit bestehende Spannungen. Oder fanden Sie jemals eine Verkehrskontrolle aus dem Nichts heraus deeskalierend?

Und schliesslich zum Durchgreifen. Die Ausführungen zum Einsatz von Gummigeschossen bleiben auf der Ebene der gesetzlichen Grundlagen, aber genau danach wurde nicht gefragt, gefragt wurde nach der Praxis, nach den konkreten Kriterien und Entscheidungsprozessen. Diese bleiben unbeantwortet.

Insgesamt verläuft sich die Antwort zu oft in Formulierungen, wie wird geprüft, oder in allgemeinen Beschreibungen, ohne konkrete Kriterien, ohne nachvollziehbare Leitlinien, ohne echte Transparenz. Damit wird der Anzug in seinem Kern nicht beantwortet und genau deshalb ist es richtig, ihn stehen zu lassen, nicht aus Prinzip, sondern weil Fragen offen sind. Der Regierungsrat hat nun die Chance, eine substanzielle Antwort nachzuliefern. Diese Chance sollten wir ihm geben.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Nächster Fraktionssprecher für die SVP ist Pascal Messerli.

Pascal Messerli (SVP): Ich möchte hier diese Diskussion nicht künstlich verlängern. Wir werden ja im nächsten Monat, in der nächsten Session endlich dann die Anti-Chaoten-Initiative der SVP behandeln, wo wir natürlich auch der Meinung sind, dass diese relativ gute Chancen bei der Stimmbevölkerung hat. Entsprechend sind wir der Meinung, dass man diese beiden Vorstösse jetzt auch als erledigt abschreiben kann.

Ich möchte aber schon noch einen Punkt ins Spiel bringen. Sie haben jetzt gesagt, seit 2023 haben wir Verbesserungen. Das wird Sie jetzt nicht überraschen, dass ich und die SVP-Fraktion das komplett anders sehen. Wir haben eine Verschlechterung, wir legen den roten Teppich aus gegenüber extremistischen Tendenzen und das ist brandgefährlich. Ich habe es heute Morgen schon gesagt, am letzten Samstag hatten wir eine Demonstration, wo Personen Hamas-Dreiecke gezeigt haben. Ich bekomme mehrere Meldungen Woche für Woche, zum Beispiel aus der jüdischen Glaubensgemeinschaft, dass sich diese Personen zunehmend unsicher fühlen, wenn diese Personen demonstrieren gehen und ihren Extremismus und ihren Israel-Hass frei kundtun. Und immer, wenn ich jetzt hier diese Diskussion auch von meinen linken Vorrednern höre, heisst es, Deeskalation, Deeskalation, Deeskalation und wenn es dann einmal eine Eskalation gibt, dann sind nicht die Demonstranten schuld, sondern dann ist die Polizei schuld. Und da muss ich Ihnen schon sagen, da sind Sie einfach auf dem linksextremen Auge blind.

Und ich kann Ihnen nochmals sagen, ich freue mich auf die Anti-Chaoten-Initiative, weil dann können wir endlich einmal diesen Leuten das Handwerk legen, welche für Unsicherheit bei anderen Personen auf der Strasse verantwortlich sind. Das ist nicht die Polizei, die Polizei ist nicht hauptverantwortlich für Eskalation, es sind diese Demonstranten und das wird mehrheitlich in diesem Parlament nach wie vor ignoriert. Aber jetzt kommen wir in der nächsten Session dazu und da kann ich Ihnen jetzt schon sagen, da freue ich mich darauf.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Nächster Fraktionssprecher für die Mitte-EVP ist Thomas Widmer-Huber.

Thomas Widmer-Huber (Mitte-EVP): Ich möchte zuerst auf das erste Votum eingehen. Es ging und geht mir bei meinem Anzug nicht um irgendwelche Einschränkungen des Demonstrationsrechts. Im Gegenteil, es geht mir darum, dass nach Demonstrationen nicht primär über Chaoten und Polizeieinsätze gesprochen wird, sondern es geht um die Anliegen der Kundgebung.

Ich danke der Regierung für die differenzierten Ausführungen zu meinem Anzug. Mein Anliegen bleibt aktuell. Friedlich Demonstrierende sollen weiterhin aufgefordert werden, sich von Vermummten und von Personen mit Schutzausrüstung zu distanzieren. Ich nehme zur Kenntnis, dass es aus Sicht der Regierung fraglich ist, wie eine aktive Distanzierungspflicht konsequent durchgesetzt werden könnte. Auf die Einführung einer gesetzlichen Distanzierungspflicht wird verzichtet. Ich kann das nachvollziehen, halte aber an meiner Forderung fest. Es braucht bei den Organisatoren von Demonstrationen eine entschiedene Distanzierung von Personen, die nur an Demos kommen, um Sachbeschädigungen zu begehen und Polizistinnen und Polizisten anzugreifen.

Ja, es bleibt aktuell, nicht nur in Basel, aber auch in Basel in gewissen Demonstrationen. Ja, warum verummten sich Personen? Sie verummten sich, weil sie ein Delikt begehen und dabei nicht erkannt werden wollen. Deshalb braucht es eben nicht nur das 3D-Modell bei der Polizei, es braucht nicht nur Dialog, Deeskalation und Durchgreifen von Seiten der Polizei, auch die Demonstrierenden können Massnahmen ergreifen, auch die Demonstrierenden haben ihre Verantwortung. Notwendig bei den Organisatoren und bei Menschen, die friedlich demonstrieren, ist eine aktive Distanzierung von Personen mit Schutzausrüstungen und von Personen, die verummt sind oder sich im Lauf der Demonstration verummten.



Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Nächste Fraktionssprecherin für die GRÜNE/jgb ist Fleur Weibel.

Fleur Weibel (GRÜNE/jgb): Ich kann mein Votum stark abkürzen, da ich eigentlich dem Votum von Barbara Heer und auch von Franziska Stier nicht mehr so viel anzufügen habe. Die Fraktion GRÜNE/jgb ist ebenfalls der Meinung, dass der Anzug jetzt abgeschrieben werden kann. Die erwähnten Punkte von meinen Vorrednerinnen diesbezüglich, dass der Teil zur Deeskalation relativ dünn ausgefallen ist und nicht sehr erhellend ist, insbesondere jetzt auch für mich beispielsweise als Aussenstehende, und das eigentlich gerade das war, was der Anzug auch gefordert hat, das sehen wir kritisch. Wir glauben aber auch nicht, dass ein Stehenlassen jetzt hier noch weitere Erkenntnisse bringen würde und ebenfalls möchte ich betonen, dass wirklich klar ersichtlich ist, dass die Dialogbereitschaft in den letzten Jahren zugenommen hat und dass der Umgang der Polizei mit Demonstrationen sich wesentlich verbessert hat. Das ist auch der Grund, warum wir den Anzug abschreiben möchten.

Ich möchte nur noch auf einen letzten Punkt eingehen, zum Punkt zum Durchgreifen. Es ist manchmal so, dass die Polizei durchgreifen muss bei Demonstrationen und da war es mir vor allem auch wichtig, Antworten dazu zu erhalten, wie mit dem Einsatz von Gummischrot umgegangen wird, weil Gummischrot einfach eine sehr hohe Verletzungsgefahr birgt, insbesondere wenn diese Gummischrot-Dinger ins Gesicht gehen und da zu bösen Augenverletzungen führen können. Und da habe ich mich gefragt, in der Anzugsbeantwortung heisst es, dass die Polizisten beim Abfeuern von Gummischrot aus naher Distanz, wobei ich mich frage, wo ist genau die nahe Distanz, das hätte ich auch gerne etwas besser ausgeführt gehabt, aber auf jeden Fall, dass wenn sie Gummischrot aus naher Distanz abfeuern, dass sie möglichst auf die Beine zielen sollen. Da frage ich mich schon, was es hier heisst, dass sie möglichst auf die Beine zielen sollen. Ich würde davon ausgehen, dass sie immer dazu aufgefordert sind, auf die Beine zu zielen, um eben dieses Verletzungsrisiko möglichst gering zu halten.

Von daher, bei den Punkten Deeskalation und Durchgreifen sind bei uns gewisse Fragen offen geblieben, gleichzeitig sehen wir es positiv, wie sich der Umgang der Polizei insgesamt, abgesehen von einzelnen Ausnahmen in den letzten Jahren, wieder verbessert hat, nachdem Barbara Heer auch schon gesagt hat, dass es zeitweise sehr repressiv war, wie mit den Demonstrationen umgegangen wurde, und wir begrüssen es, wenn die Polizei und das JSD auch in Zukunft an dieser Demonstrationsstrategie festhält, die sie jetzt in den letzten Jahren etabliert haben.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, den Anzug Thomas Widmer-Huber abzuschreiben.

32.1. Anzug Fleur Weibel und Konsorten betreffend Deeskalation bei Kundgebungen, Schreiben des RR

[20.05.26 11:42:40, 23.5472.02]

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Franziska Stier beantragt, den Anzug von Fleur Weibel stehen zu lassen. Wir kommen damit zur Abstimmung.

Abstimmung

Ja heisst Abschreiben gemäss Antrag Regierungsrat. Nein heisst Stehenlassen gemäss Antrag Franziska Stier.

Ergebnis der Abstimmung

80 Ja, 14 Nein, 0 Enthaltungen. [Abstimmung # 0009005, 20.05.26 11:43:19]

Der Grosse Rat beschliesst



den Anzug abzuschreiben.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Sie haben den Anzug mit 80 Ja-Stimmen gegen 14 Nein-Stimmen bei keiner Enthaltung gemäss Antrag Regierungsrat abgeschrieben.

Es gibt einen Antrag von Oliver Thommen. Er möchte begründen.

Oliver Thommen (GRÜNE/jgb): Ich möchte die heutige Nachmittagssitzung im Sinne des Staatshaushalts und der Sitzungsökonomie absagen.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Ich empfehle Ihnen, dass wir die Nachmittagssitzung heute durchführen. Wir haben doch noch ein paar Traktanden. Sie haben gesehen, auch heute Morgen, Sie waren doch sehr redewillig und wir empfehlen Ihnen, diese Sitzung zu machen, damit wir im Juni mit einer neuen Traktandenliste starten können. Wir kommen damit zur Abstimmung.

Abstimmung

Wer die Nachmittagssitzung heute Nachmittag durchführen möchte, stimmt JA, wer sie absagen möchte, stimmt NEIN

Ergebnis der Abstimmung

49 Ja, 24 Nein, 21 Enthaltungen. [Abstimmung # 0009007, 20.05.26 11:44:48]

Der Grosse Rat beschliesst

die Nachmittagssitzung durchzuführen.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Sie möchten mit 49 Ja-Stimmen gegen 24 Nein-Stimmen bei 21 Enthaltungen die Nachmittagssitzung, wie eigentlich schon geplant, durchführen.

33. Anzug Christian von Wartburg und Konsorten betreffend Verbesserung der Veloverkehrssicherheit, Schreiben des RR

[20.05.26 11:45:01, 21.5431.03]

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Der Regierungsrat beantragt, den Anzug als erledigt abzuschreiben. Regierungsrätin Stephanie Eymann verzichtet auf ein Votum. Gemeldet hat sich Heidi Mück für die Fraktion BastA.

Heidi Mück (BastA): Wir von BastA sind damit einverstanden, wenn dieser Anzug abgeschrieben wird, das heisst jedoch nicht, dass wir der Meinung sind, das Anliegen sei erfüllt. Insbesondere die Forderung, dass alle erkannten Velo-Unfallschwerpunkte prioritär angegangen werden sollen und dass Unfälle zeitnah analysiert und in der Folge rasche Verbesserungsmassnahmen umgesetzt werden sollen, ist unserer Meinung nach noch nicht erfüllt. Ich verweise auf die Diskussion, die wir vor zwei Wochen hatten, als es darum ging, die Petition betreffend Vision Zero, also null Verkehrstote, an den Regierungsrat zur abschliessenden Behandlung zu überweisen.



Im Hearing erfuhren wir von der PetKo, wie mit Unfallschwerpunkten umgegangen wird. Wenn innerhalb von drei Jahren an einem Ort eine bestimmte Anzahl an Unfällen gemeldet werden, wird dieser durch ein Punktesystem als Unfallschwerpunkt eingestuft. Anschliessend wird dann geprüft, ob die Unfälle zufällig sind oder auf eine gemeinsame Ursache zurückzuführen sind, die behoben werden kann. Mit diesem Vorgehen wurde erklärt, warum sofortige Massnahmen nicht möglich seien. Die Einordnung erfolgt rückwirkend und erst danach könnten Gegenmassnahmen ergriffen werden. Aus Sicht der Velofahrenden ist dieses Vorgehen nicht so günstig und es dauert so viel zu lange, bis Unfälle analysiert und Verbesserungsmassnahmen an neuralgischen Stellen umgesetzt werden.

Hier wünschen wir uns einfach ein rascheres Verfahren. Analysen sollen nicht erst nach drei Jahren und einer bestimmten Anzahl Unfälle gemacht werden und es soll auch die Möglichkeiten für sofortige Massnahmen geben. Dies wollte ich einfach im Namen von BastA noch deponieren und bitte den Regierungsrat, diesen Wunsch doch unabhängig von diesem Anzug zu erfüllen.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, den Anzug abzuschreiben.

34. Interpellation Nr. 39 Edibe Gölgeli betreffend Deepfakes, pornografische Inhalte und digitale sexualisierte Gewalt im Kanton Basel-Stadt, Schreiben des RR

[20.05.26 11:47:56, 26.5126.02]

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Die Beantwortung der Interpellation wurde Ihnen schriftlich zugestellt. Die Interpellantin hat Gelegenheit zu erklären, ob sie mit der Antwort zufrieden ist.

Edibe Gölgeli (SP): Positiv ist, dass der Regierungsrat das Problem von Deepfakes und digitaler sexualisierter Gewalt klar benennt und die bestehenden Strukturen in Basel-Stadt sichtbar macht. Schulen, Schulsozialarbeit, die Jugend- und Präventionspolizei, die Opferhilfe und die Koordinationsstelle für digitale Jugendarbeit leisten bereits heute wichtige Arbeit und sind nahe an den Lebensrealitäten von Kindern und Jugendlichen. Auch anerkenne ich, dass der Regierungsrat die wachsende technische Komplexität in der Strafverfolgung beschreibt und auf laufende Arbeiten zur Reorganisation und Stärkung der digitalen Ermittlungsarbeit verweist. Gleichzeitig muss ich betonen, bleibt für mich eine Lücke. Vor allem bei einer hohen Dunkelziffer, neuen Kriminalitätsformen und sehr belasteten Strafverfolgungsbehörden reicht es aus meiner Sicht nicht, primär auf bestehende Strukturen, laufende Projekte und ein aufmerksames Beobachten zu verweisen.

Zusammenfassend danke ich dem Regierungsrat für die sorgfältige Darstellung der Ausgangslage und der bestehenden Angebote, aber angesichts der rasanten technischen Entwicklungen und der grossen Hürden, gerade bei digitaler sexualisierter Gewalt, reicht es, einfach weiter wie bisher mit punktuellen Anpassungen nicht ganz, deshalb erkläre ich mich mit der Antwort teilweise befriedigt.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Die Interpellantin ist mit der Antwort teilweise zufrieden. Die Interpellation ist erledigt.

35. Motion Beat Braun und Konsorten betreffend Erhöhung der ambulanten psychotherapeutischen Versorgungsplätze, Bericht des RR

[20.05.26 11:50:20, 24.5303.03]

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Der Regierungsrat beantragt, die Motion als erledigt abzuschreiben. Regierungsrat Lukas Engelberger hat das Wort.



RR Lukas Engelberger, Vorsteher GD: Die vorliegende Motion greift eine drängende Herausforderung auf und deckt sich mit den Arbeiten, welche der Regierungsrat in den vergangenen Jahren bereits aufgenommen und inzwischen auch konkret umgesetzt hat. Im Jahr 2025 hat das Gesundheitsdepartement ein systematisches Monitoring der ambulanten psychotherapeutischen Versorgung durchgeführt. Dieses wurde in enger Zusammenarbeit mit den Fachverbänden der Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten und der Psychiaterinnen und Psychiater Basel-Stadt, den Universitären Psychiatrischen Kliniken Basel sowie dem Statistischen Amt Basel-Stadt aufgebaut. Ziel ist, eine belastbare Datengrundlage zu Angebotsauslastung und Wartezeiten zu schaffen. Die Auswertung dieses Monitorings dient als Grundlage für die Steuerung weiterer Massnahmen. Parallel dazu wurden bestehende Angebote im intermediären Bereich gezielt ausgebaut. Dies betrifft insbesondere die Tageskliniken sowie spezialisierte Angebote der UPK, unter anderem im Bereich der Kinder- und Jugendpsychiatrie.

Zusätzlich hat der Regierungsrat ein Massnahmepaket zur gezielten Stärkung der ambulanten psychotherapeutischen Versorgung erarbeitet, das ab diesem Jahr umgesetzt wird. Dieses umfasst insbesondere vier Elemente.

Erstens, den Ausbau der transkulturellen Ambulanz der Universitären Psychiatrischen Kliniken zu einem spezialisierten Ambulatorium für Menschen mit Fluchtgeschichte und für Überlebende von Gewalt.

Zweitens, den Aufbau diagnosespezifischer Expertennetzwerke im Bereich schwerer psychischer Erkrankungen. Diese Netzwerke unterstützen niedergelassene Therapeutinnen und Therapeuten bei der ambulanten Behandlung komplexer Fälle und verbessern die Koordination zwischen ambulanten und stationären Angeboten. Dadurch sollen mehr ambulante Therapieplätze für besonders vulnerable Personen geschaffen werden.

Drittens, den weiteren Ausbau psychiatrischer Liaisondienste bei Institutionen im Sozial-, Pflege- und Jugendbereich. Ein Fokus liegt hierbei auf dem Bereich der Jugendpsychiatrie, Ziel ist eine frühzeitige psychiatrische Anbindung, um Versorgungslücken zu schliessen und unnötige Hospitalisationen zu vermeiden.

Viertens wird im Gesundheitsdepartement eine zentrale Koordinationsstelle geschaffen. Diese bündelt Monitoring, Vernetzung und die Weiterentwicklung innovativer und digitaler Lösungen, insbesondere zur Verbesserung des Zugangs für vulnerable Gruppen.

Die Finanzierung dieser Massnahmen wurde dem Grossen Rat im Rahmen des Geschäftskonzepts zum Ausbau der Massnahmen zugunsten der ambulanten psychotherapeutischen Versorgung im Kanton Basel-Stadt beantragt und im Dezember 2025 beschlossen. Die bewilligten Mittel belaufen sich auf rund 950'000 Franken pro Jahr und ich möchte Ihnen an dieser Stelle danken, dass Sie dieses Geld, das notwendig ist, auch gesprochen haben.

Zusammenfassend stellt der Regierungsrat fest, dass die ambulante psychiatrische und psychotherapeutische Versorgung Teil eines komplexen Systems ist, das durch vielfältige medizinische, soziale und institutionelle Schnittstellen geprägt wird. Entsprechend verfolgt er einen strukturierten Ansatz, der auf eine gezielte Stärkung, bessere Abstimmung und nachhaltige Weiterentwicklung des gesamten Angebots ausgerichtet ist. Wir halten fest, dass die in der Motion verlangten Inhalte bereits vorliegen und sich in Umsetzung befinden. Der Regierungsrat erachtet die Motion somit als erfüllt. Selbstverständlich werden wir dem Thema auch weiterhin hohe Aufmerksamkeit zukommen lassen.

Ich möchte Ihnen beantragen, die Motion als erledigt abzuschreiben und ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Erster Fraktionssprecher für die FDP ist Christian C. Moesch.

Christian C. Moesch (FDP): Der Regierungsrat, wir haben es gerade gehört, beantragt, die Motion betreffend die Erhöhung der ambulanten psychotherapeutischen Versorgungsplätze abzuschreiben. Ich halte diesen Schritt für verfrüht. Die Motion verlangt ein klares Konzept zur effektiven Erhöhung der Therapieplätze kurz-, mittel- und auch langfristig. Der Regierungsrat hat zwar in seiner Antwort verschiedene sinnvolle Massnahmen aufgezeigt, wir haben es vorhin auch nochmals von Lukas Engelberger gehört, Netzwerke, Koordinationsstellen, Monitoring und zusätzliche Angebote. Das ist ausschliesslich zu begrüssen. Aber die entscheidende Frage lautet eigentlich, wird das Problem damit tatsächlich gelöst? Der Regierungsrat selbst weist darauf hin, dass die Nachfrage massiv gestiegen ist, insbesondere bei Kindern und Jugendlichen. Gleichzeitig bestehen weiterhin lange Wartezeiten und grosse Zugangshürden. Unklar bleibt zudem, wie viele zusätzliche Therapieplätze effektiv geschaffen werden. Die einzig konkrete genannte Zahl sind 60 zusätzliche Plätze im Bereich der transkulturellen Ambulanz. Das erscheint angesichts des bekannten Versorgungsengpasses kaum ausreichend. Hinzu kommt, viele Massnahmen befinden sich erst im Aufbau, auch darauf wurde bereits eingegangen von Regierungsrat Engelberger, oder in der Umsetzung ab 2026. Ihre Wirkung ist heute also noch gar nicht nachgewiesen.



Deshalb stellt sich die Frage, kann eine Motion wirklich als erledigt gelten oder abgeschrieben werden, bevor ihre Zielsetzung messbar erreicht ist. Die FDP ist der Ansicht, nein. Die Motion ist aus unserer Ansicht nicht erfüllt, sondern allenfalls auf dem Weg zur Erfüllung. Deshalb bitte ich Sie, die Abschreibung abzulehnen und die Motion stehen zu lassen.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Nächster Fraktionssprecher für die BastA ist Oliver Bolliger.

Oliver Bolliger (BastA): Aufgrund der weiterhin sehr angespannten Lage in der ambulanten psychotherapeutischen Versorgung, besonders auch von Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen, ist es aktuell auch aus unserer Sicht nicht angezeigt, dass wir diese Motion bereits abschreiben. Die Wartefristen haben sich gegenüber von einem Jahr kaum verkürzt und der Zugang ist weiterhin schwierig, dies zum Beispiel auch bei der Jugendberatung ausserhalb des psychotherapeutischen Kontexts. Und wenn Sie sich den Kommissionsbericht der GSK vom 16. Oktober letztes Jahr zum Ausgabenbericht und Konzept zum Ausbau der Massnahmen betreffend der ambulanten psychotherapeutischen Versorgung im Kanton in Erinnerung rufen, ist es eigentlich nichts als logisch, dass diese Motion stehen gelassen werden sollte.

Die GSK äusserte sich damals in ihrer Beratung sehr kritisch zum Ausgabenrecht, die einzelnen Massnahmen sind zwar alle sinnvoll und wichtig und die entsprechenden finanziellen Mittel, besonders für die UPK, wurden ja dann auch vom Grossen Rat so beschlossen. Aber von einem Konzept, wie nun die ambulante psychotherapeutische Versorgung im Kanton verbessert und sichergestellt werden kann, sind wir weiterhin entfernt. Zudem hat die GSK in ihrer Beratung des Ausgabenberichts auf die fehlenden Massnahmen im Bereich der Kinder und Jugendlichen aufmerksam gemacht. Die getroffenen Verbesserungen und neuen Angebote in der teilstationären oder tagesklinischen Kinder- und Jugendpsychiatrie sind sehr begrüßenswert, diese alleine decken aber nicht die offensichtliche Versorgungslücke ab. Es reicht nicht aus, allein über die UPK Verbesserungen anzustossen, es braucht eine Förderung der ambulanten Angebote ausserhalb des klinischen Kontexts.

Ein entsprechendes Konzept soll neue Ideen entwickeln, so dass die Zugänge zur ambulanten psychotherapeutischen Versorgung niederschwelliger und die Wartezeiten verkürzt werden können. Dabei müssen gemeinsam mit den involvierten Fachverbänden auch die bestehenden therapeutischen Angebote überdacht und mit neuen Ansätzen ergänzt werden. Ich habe da mal gegoogelt und im Fachkonzept aus dem 2022 der Kinder- und Jugendpsychiatrie wird unter anderem zum Beispiel auf den Aufbau von niederschweligen Angeboten und auf Ansätze in den Niederlanden und Australien hingewiesen. Die psychotherapeutische Erstversorgung, wie etwa in den Niederlanden, mit Überweisungen durch die Hausärztinnen und Kinderärztinnen wäre dringend auszubauen und die beispielsweise vielleicht auch kostenlos anzubieten. Wir müssen beginnen, andere Pfade zu gehen, weil die bisherigen bringen uns nicht wirklich zum gewünschten Ziel.

Deshalb werden wir von BastA diese Motion stehen lassen und wünschen uns ein Konzept zur Verbesserung der psychotherapeutischen Versorgung.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Nächste Fraktionssprecherin für die GRÜNE/jgb ist Anina Ineichen.

Anina Ineichen (GRÜNE/jgb): Auch die Fraktion GRÜNE/jgb bittet Sie, diese Motion stehen zu lassen. Die Forderungen der Motion waren eigentlich relativ simpel. Es muss ein Konzept ausgearbeitet werden, wie Therapieplätze langfristig und kurzfristig erhöht werden können. Es muss zusammengearbeitet werden und es müssen die ambulanten Konzepte berücksichtigt werden. Dieses Konzept liegt Stand jetzt nicht vor und darum ist es nicht gerechtfertigt, diese Motion abzuschreiben.

Soweit erkennbar, gibt es viele Ansätze und das ist sehr gut, weil dringend hoher Bedarf vorhanden ist, wir haben es gehört, insbesondere bei Kindern und Jugendlichen. Aber um diesem Ansturm gerecht zu werden, braucht es eben genau ein Konzept, das den Überblick bewahrt, das alle Akteure miteinbezieht, das neue Projekte und Konzepte oder neue Strategien ermöglicht. Und diese Übersicht, die, habe ich den Eindruck, besteht im Moment nicht, das ist auch den Antworten zu entnehmen. Gerade wenn es auch im ambulanten Bereich bereits Konzepte gibt, wäre es umso besser, wenn es ein übergeordnetes Konzept gibt, um das Ganze abzubilden. Es ist ein Bereich, in dem wir hohe Kosten haben und wir haben umso höhere Kosten, je länger wir nicht gut oder geeignet auf diese Situation reagieren.

Ich bitte Sie darum, diese Motion stehen zu lassen.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Ich unterbreche an dieser Stelle, wir fahren um 15 Uhr weiter mit der Rednerliste, die wir jetzt haben.



Schluss der 15. Sitzung

12:01 Uhr



Protokoll

der 16. Sitzung, Amtsjahr 2026 / 2027

Mittwoch, den 20. Mai 2026, um 15:00 Uhr

Vorsitz:	<i>Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin</i>
Protokoll:	<i>Beat Flury, I. Ratssekretär Sabine Canton, II. Ratssekretärin Kathrin Lötscher, Andrea Steffen, Texterfassung</i>
Abwesende:	<i>Johannes Sieber (GLP), Melanie Eberhard (SP), Seyit Erdogan (SP), Michela Seggiani (SP).</i>

Verhandlungsgegenstände:

35.	Motion Beat Braun und Konsorten betreffend Erhöhung der ambulanten psychotherapeutischen Versorgungsplätze, Bericht des RR	2
36.	Anzug Christine Keller und Konsorten betreffend Zertifizierung von Alters- und Pflegeheimen in „Qualität in Palliative Care“, Schreiben des RR	4
37.	Anzug Amina Trevisan und Konsorten betreffend Palliativ Care und Migration bzw. diversitätssensitive Palliative Care, Schreiben des RR	5
38.	Anzug Jessica Brandenburger und Konsorten betreffend Massnahmen zur Unterstützung von Long Covid Erkrankten, Schreiben des RR	6
39.	Anzug Sarah Wyss betreffend die KIS muss im Akut-Spital bleiben - jetzt muss der Kanton handeln, Schreiben des RR.....	9
39.1.	Anzug Melanie Nussbaumer und Konsorten betreffend Niederschwelliger Zugang zur Kriseninterventionsstation (KIS), Schreiben des RR.....	9
40.	Motion Luca Urgese und Konsorten betreffend Lobbying des Regierungsrates für Verhandlungen des Bundesrates mit dem französischen Staat über das anwendbare Arbeitsrecht im Schweizer Sektor des EuroAirport, Bericht des RR	10
41.	Anzug Melanie Eberhard und Konsorten betreffend Rechtsberatung im Sozialhilferecht, Schreiben des RR	13
42.	Motion der Justiz-, Sicherheits- und Sportkommission sowie der Bau- und Raumplanungskommission zum Sanierungsprojekt Kunsteisbahn Margarethen, Zwischenbericht des RR	13
42.1.	Ausgabenbewilligung für die Gesamtanierung der Kunsteisbahn Margarethen, Zwischenbericht des RR	15
42.2.	Anzug Mustafa Atici und Konsorten betreffend Zukunft der Kunsteisbahn Margarethen, Zwischenbericht des RR.....	15
43.	Interpellation Nr. 44 Barbara Heer betreffend Stellenwert der Geistes- und Sozialwissenschaften an der Universität Basel, Schreiben des RR	15
44.	Motion Christian von Wartburg und Johannes Sieber betreffend Erlass eines Whistleblowing Gesetzes, Zwischenbericht des RR.....	16
45.	Interpellation Nr. 30 Eric Weber betreffend Öffentlichkeitsprinzip, Schreiben des RR	18



Beginn der 16. Sitzung

Mittwoch, 20. Mai 2026, 15:00 Uhr

35. Motion Beat Braun und Konsorten betreffend Erhöhung der ambulanten psychotherapeutischen Versorgungsplätze, Bericht des RR

[20.05.26 15:00:05, 24.5303.03]

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Ich begrüsse Sie zu unserer heutigen Nachmittagssitzung und habe Ihnen folgende Mitteilen zu machen:

Kunstmuseum: Eine Erinnerung an alle, die sich heute Abend für den Anlass im Kunstmuseum angemeldet haben. Dieser findet statt, auch wenn wir allenfalls schon vor 18 Uhr fertig sein sollten.

Das waren meine Mitteilungen. Wir fahren fort mit Traktandum 35. Gemäss Rednerliste von heute Vormittag ist jetzt an der Reihe für die Fraktion SVP Patrick Fischer.

Patrick Fischer (SVP): Die vorliegende Motion greift ein Thema auf, das uns keine Ruhe lassen darf. Die Zahlen des Obsan-Berichts sind alarmierend, ein Anstieg der Patienten in der ambulanten Psychiatrie um 44%, bei den Kindern und Jugendlichen sogar um 76%. Hinter diesen Prozentsätzen stehen Schicksale, Wartezeiten und eine enorme Belastung für Familien in unserem Kanton.

Der Regierungsrat hat diese Dringlichkeit erkannt. Er hat nicht nur genickt, er hat gehandelt. Wenn wir heute die Abschreibung dieser Motion beantragen, dann tun wir das aus einer Position der Stärke, nicht, weil das Problem gelöst wäre, sondern weil wir die geforderten Massnahmen bereits in eine verbindliche, finanzierte und operative Struktur überführt haben.

Was tut der Kanton bereits? Erstens, konkrete Plätze: Durch den Ausbau der transkulturellen Ambulanz der UPK schaffen wir 60 zusätzliche Therapieplätze für Gewaltopfer und traumatisierte Menschen. Zweitens, Hilfe vor Ort: Wir bauen die psychiatrischen Liaisondienste massiv aus. Wir gehen dorthin, wo die Menschen sind, in die Wohn- und Pflegeheime sowie in die sozialen Institutionen. Damit entlasten wir das System und verhindern unnötige Klinikeintritte durch frühzeitige Interventionen. Drittens Expertennetzwerke: Wir lassen die niedergelassenen Therapeuten bei schweren Diagnosen wie Schizophrenie und Abhängigkeitserkrankungen nicht mehr allein. Expertennetzwerke sichern den fachlichen Austausch und die Fallführung. Und viertens, strategische Steuerung: Mit der neuen Koordinationsstelle im Gesundheitsdepartement haben wir einen Radar installiert. Wir monitoren das Angebot seit 2025 systematisch und können so Versorgungslücken in Echtzeit erkennen und schliessen.

Und das entscheidende Argument, der entscheidende Punkt für uns als Parlament ist die Verbindlichkeit. Wir reden hier nicht über ungelegte Eier. Dieses hohe Haus hat am 10. Dezember 2025 bereits die Mittel bewilligt. 950'000 Franken pro Jahr fliessen ab sofort zweckgebunden in diese Massnahmen. Damit ist der Kern der Motion, die Erhöhung der Versorgungsplätze und die strukturelle Stärkung in die kantonale Regelversorgung übergegangen. Mit der neuen Koordinationsstelle und dem Monitoring haben wir zudem sichergestellt, dass wir nicht bei diesem Status Quo stehenbleiben, sondern flexibel auf künftige Entwicklungen reagieren können.

Der Regierungsrat liefert genau das, was gefordert wurde: Eine nachhaltige, finanzierte und koordinierte Strategie für die psychische Gesundheit in Basel-Stadt. Im Namen der SVP-Fraktion bitte ich Sie daher, vertrauen Sie auf diesen eingeschlagenen Weg und schreiben Sie die Motion als erledigt ab.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Nächste Sprecherin ist Amina Trevisan für die SP-Fraktion.

Amina Trevisan (SP): Wer heute psychisch krank ist, braucht oft vor allem eines: Geduld. Die Wartezeiten auf einen Therapieplatz sind leider immer noch lang. Der Zugang ist nicht für alle gleich gewährleistet. Der Zugang ist heute sogar



ungleich verteilt und das dürfen wir nicht akzeptieren und das, obwohl wir wissen, je früher eine Behandlung erfolgt, desto besser sind die Heilungschancen und desto geringer auch die gesellschaftlichen Folgekosten.

Der Bericht des Regierungsrats ist ausführlich und zeigt, dass einiges in Bewegung ist. Die geplanten und laufenden Massnahmen gehen in die richtige Richtung, das anerkennen wir ausdrücklich. An dieser Stelle natürlich auch ein grosser Dank an alle, die dazu beitragen, dass es vorwärtsgeht. Gleichzeitig bestätigt der Bericht aber auch klar, die Nachfrage ist weiterhin höher als das Angebot. Es bestehen nach wie vor Engpässe in der ambulanten psychotherapeutischen Versorgung. Besonders betroffen, wir haben es heute Morgen schon gehört und auch von meinem Vorredner, sind Kinder und Jugendliche, Migrierte und Geflüchtete sowie insgesamt vulnerable Personen, und ganz zentral auch Opfer häuslicher Gewalt, die oft besonders dringend auf schnelle und spezialisierte Unterstützung angewiesen sind. Für sie sind die Hürden beim Zugang zu geeigneten Therapieangeboten oft besonders hoch.

Die vorgesehenen Massnahmen sind wichtig, aber sie werden die bestehenden Lücken nicht kurzfristig schliessen. Entscheidend ist nicht, was angekündigt ist, sondern was bei den Betroffenen dann letztlich ankommt. Es braucht, wir haben es gehört heute Morgen, ein übergeordnetes Konzept. Für uns ist deshalb klar, das Thema ist zu wichtig, um die Motion bereits heute als erledigt abzuschreiben. Die vorgeschlagenen Massnahmen allein reichen nicht. Es braucht weiterhin einen klaren politischen Auftrag.

Abschliessend möchte ich noch einen Satz zum Thema Prävention anfügen. Prävention im Bereich psychischer Gesundheit stärkt Menschen frühzeitig und verhindert langfristig hohe gesellschaftliche und wirtschaftliche Kosten. Sie ist deshalb nicht nur gesundheits- sondern auch finanzpolitisch sinnvoll. Wir müssen wirklich schauen, dass wir mehr finanzielle Mittel der Prävention zur Verfügung stellen. Die SP-Fraktion möchte deshalb die Motion stehen lassen als Auftrag und als klares Signal, dass wir hier dranbleiben, bis die Versorgung tatsächlich für alle sichergestellt ist.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Das Wort hat Regierungsrat Lukas Engelberger.

RR Lukas Engelberger, Vorsteher GD: Ich danke Ihnen für die Rückmeldungen, die Sie in dieser kurzen, aber engagierten Debatte gegeben haben. Es ist, glaube ich, für uns alle klar, dass wir es mit der psychischen Belastung unserer Bevölkerung mit einer sehr grossen und schweren Herausforderung zu tun haben, die uns noch länger begleiten wird. Die Belastungen sind teilweise hoch, das wurde zu Recht gesagt, auch mit Bezug auf Kinder und Jugendliche und insofern sind wir gefordert und wir stellen uns dem auch. Ich hoffe, dass wir das aufzeigen konnten in unserem Bericht und auch in der Diskussion ist das ja verdankenswerterweise auch so gewürdigt worden.

Natürlich ist es Ihr Entscheid, sich noch einmal dazu berichten zu lassen. Das werden wir natürlich tun, wenn Sie das in Auftrag geben. Das Thema wird natürlich auch in zwei Jahren noch da sein und ja, wir werden mehr Zahlen haben, aber nein, wir werden es nicht gelöst haben und es wird nicht so sein, dass wir plötzlich einen Angebotsüberhang haben in diesen Versorgungs- und Präventionsformaten, die gefragt sind und weiterhin auch gefragt sein werden.

Etwas möchte ich zurückweisen, was in der Diskussion mehrfach gesagt wurde, und das ist, dass wir kein Konzept hätten. Das muss ich zurückweisen. Wir haben selbstverständlich ein Konzept. Es gibt ein Psychiatriekonzept für die gemeinsame Gesundheitsregion, es ist publiziert worden mit fünf ergänzenden Fachkonzepten, darunter findet sich auch eines für Kinder und Jugendliche. Es gibt ein Fachkonzept, das publiziert wurde. Wir haben das in der gemeinsamen Gesundheitsregion in Auftrag gegeben. Das ist auch ergänzt mit ergänzenden Konzepten für die Sektoren, unter anderem für Kinder und Jugendliche.

Und was wir Ihnen vorgelegt haben im letzten Jahr, ist ebenfalls ein Konzept, nämlich ein Umsetzungskonzept mit konkreten Massnahmen. Das haben Sie auch in der GSK anerkannt und zum Ausdruck gebracht, hoffentlich, ansonsten hätten Sie ja nicht fast eine Million Franken dafür gesprochen. Also diesen Vorwurf muss ich zurückweisen. Natürlich können Sie sagen, Sie wünschen sich ein anderes, ein besseres, ein vollständigeres, ein umfassenderes Konzept, eines mit anderen Ansatzpunkten. Selbstverständlich ist diese Diskussion darüber zu führen, aber wir haben eines und wir verfolgen das auch. Wir sind der Auffassung, dass Sie diese konkrete Motion damit abschreiben könnten. Wenn Sie wünschen, werden wir entsprechend wieder berichten.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Der Regierungsrat beantragt, die Motion als erledigt abzuschreiben. Wir kommen damit zur Abstimmung.



Abstimmung

JA heisst Abschreiben, NEIN heisst stehen lassen.

Ergebnis der Abstimmung

38 Ja, 50 Nein, 3 Enthaltungen. [Abstimmung # 0009016, 20.05.26 15:11:17]

Der Grosse Rat beschliesst

die Motion stehen zu lassen.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Sie haben mit 38 Ja-Stimmen, 50 Nein-Stimmen und 3 Enthaltungen die Motion stehen gelassen.

36. Anzug Christine Keller und Konsorten betreffend Zertifizierung von Alters- und Pflegeheimen in „Qualität in Palliative Care“, Schreiben des RR

[20.05.26 15:11:31, 24.5066.02]

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Der Regierungsrat beantragt, den Anzug als erledigt abzuschreiben. Das Wort hat Regierungsrat Lukas Engelberger.

RR Lukas Engelberger, Vorsteher GD: Mit diesem Anzug bitten die Anzugstellenden den Regierungsrat zu prüfen, wie sichergestellt werden kann, dass alle Pflegeheime im Kanton Basel-Stadt künftig über die Zertifizierung Qualität in Palliative Care in der Langzeitpflege verfügen, spezifisch der Zertifizierung des Vereins qualitépalliative. Wie die Anzugstellenden ist auch der Regierungsrat der Ansicht, dass die Qualitätssicherung der Palliative Care notwendig ist und ihr eine hohe Bedeutung und Wichtigkeit zukommt. Der Regierungsrat ist allerdings der Ansicht, dass diese Qualitätssicherung bereits heute funktioniert. Ich möchte Ihnen gerne dies kurz erläutern.

Die Pflege und Begleitung von sterbenden Menschen ist eine der wesentlichen Grundaufgaben eines Pflegeheims und in den Betrieben im Kanton Basel-Stadt auch tief verwurzelt. In den 42 Pflegeheimen im Kanton Basel-Stadt versterben jährlich ca. 900 Personen. Aufgrund ihres hohen Alters und der Multimorbidität besteht bei den Bewohnerinnen und Bewohnern von Pflegeheimen meist grundsätzlich ein Bedarf an Palliativpflege, der je nach aktueller individueller Situation höher oder auch etwas tiefer sein kann. Palliative Care ist deshalb in den Betrieben sowohl ethisch wie auch strategisch stark verinnerlicht, gehört zum operativen Alltag und wird in sehr guter Qualität erbracht.

Mit dem aktuellen Pflegeheimrahmenvertrag zwischen dem Kanton und dem Pflegeheimverband CURAVIVA Basel-Stadt für die Jahre 2026 bis 2029 sind die verpflichtenden Vorgaben an die Heime bezüglich Pflege und Palliative Care bereits umfassend geregelt. Alle basel-städtischen Pflegeheime verfügen somit bereits heute über die entsprechenden Konzepte und Prozesse sowie über fachspezifisch geschultes Personal.

Die Pflegeheime sind bereits heute mit dem Pflegeheimrahmenvertrag verpflichtet, das Qualitätssicherungsinstrument Qualivista stationär anzuwenden. Dieses wurde spezifisch für Pflegeheime entwickelt und entspricht ähnlich wie eine Zertifizierung einem bewährten, standardisierten Verfahren. Es wird in insgesamt elf Kantonen zur Qualitätsüberprüfung und Qualitätssicherung eingesetzt, seit vielen Jahren auch im Kanton Basel-Stadt. Mit dem Instrument wird die Qualität der gesamten Pflege, also nicht nur, aber auch von Palliative Care geprüft. Die Einhaltung der Kriterien wird regelmässig vom Fachbereich Aufsicht und Qualität der Abteilung Langzeitpflege im Gesundheitsdepartement in Zusammenarbeit mit externen Expertinnen und Experten überprüft. Falls erforderlich, können aus den Prüfungsergebnissen entsprechende Massnahmen abgeleitet werden.

Sehr viele Kriterien, die im Rahmen der im vorliegenden Anzug genannten Zertifizierung evaluiert würden, werden im Kanton Basel-Stadt bereits heute im Rahmen der bestehenden Qualitätssicherung geprüft. Der zusätzliche Nutzen einer



Zertifizierung wäre aus Sicht des Regierungsrats deshalb als sehr gering einzuschätzen. Auch wenn im Zusammenhang mit der Thematik Qualität in der Palliative Care die Kosten nicht die zentrale Rolle spielen sollten, ist zu erwähnen, dass ein Audit für Pflegeheime bei dieser genannten Zertifizierung mindestens 15'000 Franken pro Standort kostet. Bei den 42 Pflegeheimstandorten im Kanton wären dies zusätzliche Gesundheitskosten von ca. 650'000 Franken pro Zertifizierungsrunde. Dazu kämen auch noch die entsprechenden bürokratischen Aufwände für die Pflegeheime wie auch für die Kantonsverwaltung.

Es ist dem Regierungsrat sehr wichtig, dass für die Bewohnenden von Pflegeheimen auch am Lebensende eine würdevolle Pflege und Begleitung in hoher Qualität gewährleistet wird. Im Kanton Basel-Stadt ist dies mit den bestehenden Qualitätssicherungsinstrumenten für Pflegeheime und mit den Vorgaben des Pflegeheimrahmenvertrags bereits gegeben. Der Regierungsrat beurteilt die bereits bestehenden Instrumente zur Qualitätssicherung als gut etabliert, geeignet und wirksam. Sie sind auf die spezifischen kantonalen Rahmenbedingungen zugeschnitten und werden laufend weiterentwickelt. Eine zusätzliche obligatorische Zertifizierung der basel-städtischen Pflegeheime ist deshalb aus unserer Sicht nicht notwendig und wir beantragen Ihnen, den Anzug abzuschreiben.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Als Einzelsprecherin eingetragen hat sich Christine Keller.

Christine Keller (SP): Wir wehren uns hier nicht gegen die Abschreibung dieses Anzuges, der in einem Bündel zusammen mit weiteren Vorstössen eingereicht wurde, darunter auch derjenige von Amina Trevisan. Auch da sind wir mit Abschreibung im Moment einverstanden. Wir können uns den Überlegungen anschliessen und danken auch für die Ausführungen in der Anzugsbeantwortung und jetzt, dass eine Forderung nach der spezifischen Zertifizierung nicht unbedingt in jedem Fall zielführend und notwendig ist.

Wir sind aber auch nach Rücksprache mit Palliative Care Basel-Stadt, Basel-Landschaft und anderen Fachleuten dennoch der Meinung, dass noch nicht, und das ist sicher auch eine schwierige Aufgabe, in allen Fällen in jedem Pflegeheim jene allgemeine Palliative Care zur Verfügung steht, die notwendig ist. Wir sehen immer noch einen Optimierungsbedarf. Es wäre auch möglich, dass eine Lösung, mit der diese Pflegeheime, die ihre Qualität unabhängig nochmals überprüfen und bestätigen lassen, ohne eigentliche Zertifizierung höhere Abgeltungen haben oder ähnliche Lösungsvorschläge. Jedenfalls ein Konzept allein stellt noch nicht sicher, dass das betreffende Pflegeheim in allen Fällen eine gute Palliative Care anbietet.

Wichtig ist in diesem Zusammenhang auch die Forderung des Anzuges Georg Mattmüller, der verlangt, dass der Zugang eines mobilen Palliative Care-Teams zu den Heimen sichergestellt und finanziert wird, und dieser Vorstoss soll ja nach Beantwortung des Regierungsrates stehenbleiben. Es geht hier um die wohl vulnerabelste Bevölkerungsgruppe, nämlich die Sterbenden und dem Tode Nahen, und wir müssen hier wirklich jede Anstrengung unternehmen, um für sie die bestmögliche Betreuung sicherzustellen. Das soll nicht ein Misstrauensvotum sein gegenüber der Arbeit, die in Pflegeheimen geleistet wird, aber manchmal braucht es eben noch den Zuzug von Fachleuten. Wir sind auch nach wie vor der Meinung, dass es für die spezielle Palliative Care einen geringen, aber doch vorhandenen Bedarf von wenigen Plätzen für eine stationäre spezielle Palliative Care im Sinne von hospizähnlichen Strukturen braucht.

Wir hoffen, dass hier wirklich, wie auch im Kanton Bern, jetzt etwas in Bewegung kommt. Wir wissen auch, dass der Kanton seit längerer Zeit ein Konzept, die Palliative Care-Strategie, überarbeitet. Wir sind sehr gespannt, wann diese dann kommt. Wir haben gehört Ende Jahr oder im Herbst und wir werden uns vorbehalten, wenn wir dieses Konzept, diese Strategie vorliegen haben, allenfalls neue Vorstösse einzureichen.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend den Anzug als erledigt abzuschreiben.

37. Anzug Amina Trevisan und Konsorten betreffend Palliativ Care und Migration bzw. diversitätssensitive Palliative Care, Schreiben des RR

[20.05.26 15:20:03, 24.5061.02]



Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Der Regierungsrat beantragt, den Anzug als erledigt abzuschreiben. Der Regierungsrat verzichtet auf ein Votum. Es wurde kein anderer Antrag gestellt.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend den Anzug als erledigt abzuschreiben.

38. Anzug Jessica Brandenburger und Konsorten betreffend Massnahmen zur Unterstützung von Long Covid Erkrankten, Schreiben des RR

[20.05.26 15:20:37, 24.5060.02]

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Der Regierungsrat beantragt, den Anzug als erledigt abzuschreiben. Das Wort hat Regierungsrat Lukas Engelberger.

RR Lukas Engelberger, Vorsteher GD: Als während der Covid-Pandemie vermehrt Personen an komplexen Beschwerden litten, die länger andauerten als die akute Erkrankung, reagierten die medizinischen Zentren in Basel rasch. Es wurden Spezialsprechstunden am Universitätsspital beider Basel, im REHAB und am Claraspital aufgebaut, die seither gut ausgelastet sind. Der Kanton Basel-Stadt verfügt mit diesen Stellen im Vergleich zu anderen Regionen über eine hohe Dichte an Spezialangeboten für die Betreuung und Behandlung von Long Covid-Betroffenen. Ein Grossteil der Patientinnen und Patienten kann aber auch durch die niedergelassenen Ärztinnen und Ärzte gut behandelt und betreut werden.

Die Spezialsprechstunden sind ein wichtiger Baustein in der Versorgung von komplexen Fällen und sehr schwer erkrankten Personen. Die Auslastung ist immer noch hoch, die Neuanmeldungen gehen jedoch langsam zurück. In den Sprechstunden werden nicht nur Long-Covid-Patientinnen und -Patienten betreut, sondern auch Betroffene mit Beschwerden im Formenkreis des Krankheitsbilds der mialgischen Enzephalomyelitis und dem chronischen Fatiguesyndrom. Dies ist auch im Sinne der nationalen Strategie. Das Parlament und der Bundesrat haben im September 2025 die Motion für eine nationale Strategie zur Verbesserung der gesundheitlichen Situation von Menschen mit myalgischer Enzephalomyelitis und dem chronischen Fatigue-Syndrom sowie Long Covid angenommen. Das BAG wurde beauftragt, bis zum Sommer 2027 eine entsprechende Strategie vorzulegen unter Einbindung der relevanten Akteurinnen und Akteure aus Medizin, Wissenschaft, Kantonen, Sozialversicherungen und betroffenen Organisationen.

Im Rahmen der Erarbeitung und Umsetzung dieser Strategie wird das Gesundheitsdepartement die Versorgungslage von Long-Covid-Patientinnen und -Patienten im Kanton Basel-Stadt selbstverständlich intensiv beobachten und einen allfälligen zusätzlichen Handlungsbedarf prüfen. Aktuell sind wir der Auffassung, dass wir passend aufgestellt sind und würden Ihnen deshalb beantragen, diesen Anzug abzuschreiben.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Als Fraktionssprecher für die BastA eingetragen hat sich Oliver Bolliger.

Oliver Bolliger (BastA): Auch diesen Anzug wollen wir von BastA stehen lassen, weil das Anliegen zu wichtig ist. Aus unserer Sicht wurde sehr viel unternommen, das wurde jetzt auch gerade besprochen, es ist nicht so, dass gar nichts gemacht wurde. Aber das Thema wird trotzdem von Gesundheitsbehörden und auch von den IV-Stellen weiterhin noch ein bisschen vernachlässigt beziehungsweise es droht vielleicht auch wieder mehr vernachlässigt zu werden. Zudem, das wurde auch gerade erwähnt, wurde das BAG beauftragt, eine nationale Strategie zur Verbesserung der gesundheitlichen Situation von Menschen mit ME und CFS und Long Covid auszuarbeiten. Diese Strategie ist sicher wichtig und soll im Verlauf des nächsten Jahres vorgelegt werden. Auch deshalb macht es keinen Sinn, diesen Anzug bereits jetzt abzuschreiben. Diese nationale Strategie soll in einer zweiten Beantwortung des Anzugs miteinfließen und dann weiss man vielleicht auch mehr und die entsprechenden Massnahmen für Basel-Stadt können darauf abgestimmt werden.

Das Sprechstundenangebot in Basel ist zwar vorhanden und vielleicht auch im Vergleich zu anderen Kantonen nicht schlecht ausgebaut, aber für die Betroffenen stelle ich mir trotzdem manchmal so vor, dass es nicht ausreichend ist. Es gibt auch hier Wartezeiten und deswegen soll es auch weiterhin vorhanden bleiben.

Ich mache einen kurzen Ausblick. Gerade die Betroffenen mit ME und CFS und Long Covid sind einem enormen Rechtfertigungsdruck ausgesetzt und das Leiden an der Krankheit, an der Stigmatisierung und vor allem auch dem nicht immer ernst genommen werden, ist im Alltag gross. Die notwendige Sensibilisierung fehlt gerade auch bei der Abklärung an



den IV-Stellen zum Teil und es werden Massnahmen gesprochen, die sich kontraproduktiv auf die Gesundheit der Betroffenen auswirken. Dies findet alles oft unter dem Radar der Öffentlichkeit statt, besonders bei ME. Ich verzichte jetzt auf die Wiederholung dieses komplizierten Wortes. Diese Krankheit ist bekannt geworden, weil die Covid-Pandemie die Zahl der Betroffenen verdoppelt hat. ME ist eine Sekundärkrankheit, tritt nach einer Viruserkrankung auf, beispielsweise nach einer Gürtelrose oder eben nach Covid-19. Betroffen davon sind in der Schweiz rund 60'000 Menschen, die teilweise dann chronisch erschöpft bis zur Bettlägerigkeit verpflichtet sind. Eine Heilungschance gibt es nur in den ersten 18 Monaten und nur wenn in dieser Zeit jede Anstrengung vermieden wird. Denn ME ist überaus heimtückisch, jede Anstrengung verschlimmert eigentlich die Situation und ist auch nicht im Blutbild erkennbar. Das führt auch dazu, dass diese Patient:innen nicht ernst genommen werden, zum Beispiel von der IV. Es gibt Fälle, bei denen IV-Stellen aufwendige und für die Betroffenen anstrengende Abklärungsverfahren verlangt haben, was die Krankheit dann eben verschlimmert. Und wegen fehlender Anerkennung der Krankheit erhalten sie dann oft auch keine Unterstützung von einer Spitex.

Es fehlen also die angemessenen klinischen Forschungen, obwohl es Medikamente gäbe, die das Leiden massgeblich lindern könnten. Damit die Krankenkassen die Kosten übernehmen, sind diese Forschungen aber zwingend. Es braucht gerade in diesem Bereich die notwendigen Finanzen und auch den klinischen medizinischen Willen, tätig werden zu wollen. Und hier müssen und können wir als Kanton und auch als Pharmastandort Verantwortung übernehmen und genau solche Forschung gemeinsam mit dem Universitätsspital, der Universität und anderen Beteiligten voranbringen. Dies ist unter anderem auch ein Grund, weshalb die Initiative Pharma für alle für Basel und unseren Standort so wichtig ist, weil gerade genau dort solche Forschung, für die zum Teil wenig Interesse besteht, unterstützt werden konnte.

Es ist daher angezeigt, diesen Anzug nochmals stehen zu lassen, besonders die Sensibilisierung für das Leiden der Betroffenen und den angepassten Massnahmen bei den IV-Stellen, Behörden, aber auch bei den medizinischen Behandlungen auszubauen und zu erweitern. Zudem muss die Forschung gestärkt werden und die nationale Strategie, die ja jetzt erarbeitet wird, mitberücksichtigt werden.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Nächste Fraktionssprecherin ist Jessica Brandenburger für die SP.

Jessica Brandenburger (SP): Ich und mit mir die SP, die Grünen, die GLP, die LDP und die FDP und auch die BastA wollen diesen Vorstoss stehen lassen. Ich möchte dem zuständigen Departement nicht vorwerfen, es würde seine Arbeit nicht gut machen, aber ich finde es schon alarmierend, wenn eine Vorstossbeantwortung den Anschein erweckt, dass alles in Ordnung sei und man eine Situation gut im Griff habe, wenn doch die Realität ganz offensichtlich das Gegenteil beweist.

Es haben sich noch nie so viele Betroffene und vor allem Familien von Betroffenen bei mir gemeldet, wie nach dieser Vorstossbeantwortung. Die Familien melden sich im Namen ihrer Angehörigen, denn ganz oft können sie sich nicht mehr selber melden, da Teil der Erkrankung ja dieses extreme Erschöpfsein ist und dieses nicht mehr in der Lage sein, politische Vorstösse irgendwie mitzuverfolgen oder auch nur eine E-Mail an eine Politikerin zu verfassen. Sie sind schlichtweg zu krank dafür.

Sie alle schildern, wie schwierig es ist, Hilfe zu bekommen, wie verzweifelt sie deshalb sind und wie hilflos sie sich fühlen. Im Detail geht es mir vor allem um die Aussage des Regierungsrats, die Versorgungslandschaft sei gut aufgestellt. Betroffene berichten aber, dass kaum noch neue Patienten im REHAB aufgenommen werden. Selbst nach einer gesicherten Diagnose bleibt eine dauerhafte Betreuung aus, schlichtweg, weil die Plätze fehlen. Oft sind Termine nur einmal jährlich für IV-Berichte möglich. Schwerstbetroffene fallen komplett durch das Raster.

Der Regierungsrat schreibt, dass es am Claraspital eine Anlaufstelle gibt. Auf der Webseite des Spitals ist das nicht ersichtlich. Ich habe darum Kontakt mit dem Spital aufgenommen und nachgefragt, ob es die vom Regierungsrat erwähnte spezialisierte Anlaufstelle gibt und das Claraspital bestätigt, dass es das nicht gibt, es gibt eine spezialisierte Physiotherapie, aber keine Anlaufstelle oder sonstige Angebote im Zusammenhang mit ME/CFS oder Long Covid. Und ich finde, es ist schon ein Unterschied, ob man eine spezialisierte Anlaufstelle hat, wo die Leute hinkönnen, oder ob man eine Physiotherapie anbietet. Die Physiotherapie ist wichtig und sollte erhalten bleiben, aber wenn Sie gross schreiben, es gäbe eine Anlaufstelle, dann stimmt das halt nicht.

Die aktuelle Strategie der Regierung reicht meiner Meinung nach nicht aus, um eine Chronifizierung bei Hunderten Menschen zu verhindern. Ich möchte darum, dass Sie sich nochmals über den Vorstoss beugen und sich auch überlegen, was Sie als zuständiges Departement tun können, um die Situation der Betroffenen zu verbessern.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Als Fraktionssprecher für die LDP eingetragen hat sich Philipp Karger.



Philip Karger (LDP): Ich spreche auch in meiner Funktion als Präsident von Würdevoll Leben, der Stiftung, die die MECFS und Post-Covid-Betroffene direkt unterstützt. Die Stiftung wird ab nächstem Monat ihre Arbeit starten. Post-Covid-Betroffene erleben die bestehende Unterstützung oft als unzureichend und entwürdigend. Die Haltung der Regierung orientiert sich stark an medizinischen Einschätzungen und berücksichtigt die Lebensqualität der Betroffenen nicht. Entgegen der Darstellung des Regierungsrats fehlen in Basel weiterhin genügend geeignete Anlaufstellen. Viele Betroffene berichten von einer grossen Diskrepanz zwischen ihren tatsächlichen gesundheitlichen Einschränkungen und der administrativen Beurteilung durch Behörden und Versicherungen.

Wichtige Symptome wie die belastungsbedingte Zustandsverschlechterung berücksichtigen Begutachtungen häufig nicht. Zudem verfolgen spezialisierte Stellen teilweise unrealistische Heilungsansätze, was den oft langwierigen Krankheitsverlauf verschlechtern kann. Die IV-Abklärungen dauern oft mehr als vier Jahre. Während dieser Zeit sind die Betroffenen weitgehend auf sich alleine gestellt, was eine zusätzliche Belastung bedeutet.

So werden sie etwa im Rahmen von Vorschussleistungen verpflichtet, sich beim RAV auf Stellen zu bewerben, die sie gar nicht antreten können. Das führt zu existenzieller Unsicherheit und verschlechtert nachweislich den Gesundheitszustand. Positiv hervorzuheben ist die absichtliche an der Langzeitkohortenstudie KOFCOplus zu beteiligen. Die Anzugsfrage nach einer temporären IV mit dem Grundsatz Eingliederung vor Rente zu beantworten, zeugt von wenig Verständnis für die Krankheitsrealität.

Solche Ansätze können den Krankheitsverlauf sogar verschlechtern. Das Angebot an ambulanten Pflegeleistungen ist in Basel unzureichend. Betroffene sehen einen erheblichen strukturellen Handlungsbedarf. Es fehlt an spezialisierten Anlaufstellen, an ausreichendem Wissen in der Grundversorgung sowie in klaren sozialversicherungsrechtlichen Einordnungen.

Häufig sind auch Angehörige stark belastet, erhalten jedoch kaum Unterstützung. Das Rehab hat seine Unterstützung für die in der Antwort erwähnte Selbsthilfegruppe im Januar eingestellt. Die Mitglieder mussten selber nach einer Lösung suchen, haben sie zum Glück gefunden. In Spitälern und im Rehab werden kaum noch neue Patienten und Patientinnen aufgenommen.

Am Universitätsspital werden Betroffene häufig nicht ernst genommen, sondern vorschnell als psychisch auffällig eingestuft und weiterverwiesen. Nicht selten wird die Diagnose MECFS erst nach langer Zeit von anderer Stelle gestellt. Der Antrag, den Anzug von Jessica Brandenburger mit der Begründung abzuschreiben, dass das BRG im Sommer 2027 eine Strategie erarbeiten soll, ist für Betroffene nicht nachvollziehbar. Sie benötigen jetzt dringend Hilfe und können nicht bis weit über 2027 hinaus auf konkrete Massnahmen warten. Ich bitte Sie daher auch im Namen der LDP-Fraktion, den Anzug stehen zu lassen. Im Umgang mit den Post-Covid-Erkrankungen braucht es deutlich mehr als blosses Auflisten von Statistiken.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Besten Dank. Das Wort hat Regierungsrat Engelberger.

RR Lukas Engelberger, Vorsteher GD: Frau Präsidentin, Herr Stadthalter, meine Damen und Herren, ich nehme zur Kenntnis, dass die Sprechenden die Situation anders beurteilen als der Regierungsrat. Wir haben uns für unsere Darstellung angelehnt an die Rückmeldungen, die wir haben inhouse und aus den jeweiligen Spitälern und anderen Leistungserbringern, wo diese Kompetenzen und Angebote sehr wohl vorhanden sind. Wie sie dann im Einzelnen zu qualifizieren sind, wie jetzt die Angebotsstruktur am Claraspital ganz genau heissen soll, darüber kann man sicher redlich streiten, aber es gibt Expertenwissen, es gibt spezialisierte Angebote. Wir haben Ihnen geschildert, was uns zurückgemeldet wird und was somit auch mein Kenntnisstand ist, ob ein Angebot ausreichend ist. Das ist eine sehr anspruchsvolle Frage und die wird natürlich auch individuell unterschiedlich beantwortet, das verstehe ich auch sehr gut und ob man sich als Betroffener oder Betroffene wirklich ernst genommen fühlt, ist noch einmal eine andere Frage. Es ist auch, glaube ich, den Berufsleuten in den jeweiligen Angebotsstrukturen zugute zu halten.

Dass sie ihr eigenes Fachwissen sehr wohl haben und teilweise die Hilfesuchenden dann halt auch mit einer Auskunft bedienen, die sie so nicht sich gewünscht haben. Wir bleiben an dem Thema aber ohnehin natürlich dran. Es ist nicht so, dass diese Long Covid-Spätfolgen der Pandemie jetzt überwunden wären, das haben wir ja auch überhaupt nicht behauptet, und auch die anderen genannten Krankheitsbilder sind sehr anspruchsvoll und verdienen natürlich unsere Aufmerksamkeit. Mit der Ankündigung des Bundes respektive dem Auftrag ans BAG, eine Strategie national zu erarbeiten, kann man im Kanton jetzt unterschiedlich umgehen mit Blick auf einen Anzug. Man kann das auch, das verstehe ich, als Grund sehen. Den eher stehen lassen zu wollen, das ist Ihnen überlassen. Wir werden dann gegebenenfalls Ihnen wieder darüber berichten und auch im Falle eines Abschreibens selbstverständlich weiterhin an diesem wichtigen Thema arbeiten.



Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Der Regierungsrat beantragt, den Anzug als erledigt abzuschreiben. Wir kommen damit zur Abstimmung. Ja heisst abschreiben gemäss Antrag Regierungsrat. Nein heisst stehen lassen gemäss Antrag Oliver Bolliger. Wir starten die Abstimmung jetzt.

Abstimmung

JA heisst abschreiben, NEIN heisst stehen lassen.

Ergebnis der Abstimmung

10 Ja, 76 Nein, 4 Enthaltungen. [Abstimmung # 0009020, 20.05.26 15:37:42]

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug stehen zu lassen.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Sie haben mit 10 Ja-Stimmen, 76 Nein-Stimmen und 4 Enthaltungen den Anzug stehen gelassen. Wir kommen damit zu Traktandum 39 Anzugsabstimmung.

39. Anzug Sarah Wyss betreffend die KIS muss im Akut-Spital bleiben - jetzt muss der Kanton handeln, Schreiben des RR

[20.05.26 15:37:55, 19.5343.05]

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Sarah Wyss betreffend die KIS muss im Akutspital bleiben. Jetzt muss der Kanton handeln und Anzug Melanie Nussbaumer und Konsorten betreffend niederschwelliger Zugang zur Kriseninterventionsstation KIS schreiben des Regierungsrats. Der Regierungsrat beantragt, den Anzug als erledigt abzuschreiben. Das Wort hätte der Regierungsrat.

Es ist nicht bestritten. Der Regierungsrat verzichtet auf ein Votum. Es wurde kein anderer Antrag gestellt.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, den Anzug als erledigt abzuschreiben.

39.1. Anzug Melanie Nussbaumer und Konsorten betreffend Niederschwelliger Zugang zur Kriseninterventionsstation (KIS), Schreiben des RR

[20.05.26 15:38:39, 22.5467.04]

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, den Anzug als erledigt abzuschreiben.



40. Motion Luca Urgese und Konsorten betreffend Lobbying des Regierungsrates für Verhandlungen des Bundesrates mit dem französischen Staat über das anwendbare Arbeitsrecht im Schweizer Sektor des EuroAirport, Bericht des RR

[20.05.26 15:38:43, 20.5434.03]

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Der Regierungsrat beantragt, die Motion als erledigt abzuschreiben. Das Wort hat Regierungsrat Kaspar Sutter. Er verzichtet. Eingetragen hat sich als erster Fraktionssprecher für die FDP Luca Urgese.

Luca Urgese (FDP): Ich möchte zuerst meine Interessenbindung offenlegen. Die Unternehmen im Schweizer Sektor des EuroAirports sind in einer sogenannten Koordinationsplattform zusammengeschlossen und meine Arbeitgeberin nimmt im Mandatsverhältnis die Geschäftsführung dieser Koordinationsplattform wahr in Form von meiner Person.

Die Situation im Schweizer Sektor des EuroAirports für die dort tätigen Unternehmen ist seit einigen Jahren überaus schwierig. Es stellt sich die Frage, welches Arbeitsrecht dort anzuwenden ist, wir befinden uns bekannterweise auf französischem Territorium, und doch ist es seit einigen Jahren Praxis, dass die Unternehmen Schweizer Arbeitsverträge verbunden mit Schweizer Löhnen anwenden. Es gibt eine gewisse Gerichtspraxis aus Frankreich, die das in Frage stellt, was doch erhebliche negative Konsequenzen für die dort tätigen Unternehmen hätte.

Nun hat der Regierungsrat in seiner Stellungnahme ausgeführt, und das ist begrüßenswert, dass der Bundesrat Bereitschaft zeigt, zu dieser Frage in Verhandlungen mit Frankreich einzutreten und er argumentiert deswegen, dass das Anliegen der Motion damit erfüllt ist. Das Problem dabei ist, mit der Bereitschaft alleine ist es nicht getan. Es ist tatsächlich so, dass die entsprechenden Behörden signalisieren, dass sie da eine gewisse Offenheit haben, dass sie auch bereit sind, in entsprechende Gespräche einzutreten, aber es liegt kein Verhandlungsmandat vor. Es wurden bisher keine Verhandlungen in Angriff genommen. Das einzige, was bis jetzt passiert ist, ist, dass man ein bisschen sondiert hat und die Signale sind schwierig. Damit bleibt auch die Situation für die Unternehmen schwierig.

Was die Motion fordert, ist, dass sich der Regierungsrat des Kantons mit aller Kraft dafür einsetzen, dass so rasch wie möglich ein solches Verhandlungsmandat verabschiedet wird und dass mit Frankreich entsprechende Verhandlungen aufgenommen werden, und solange ein solches Verhandlungsmandat nicht verabschiedet wurde, kann man nicht davon sprechen, dass die Motion entsprechend erfüllt wurde. Das ist dringend notwendig, dass sich der Regierungsrat auch weiterhin beim Bundesrat entsprechend dafür stark macht und sich nicht einfach damit begnügt, dass der Bundesrat sagt, ja, wir sehen das Problem, grundsätzlich wären wir bereit, aber mit Frankreich ist es halt gerade etwas schwierig. Das genügt nicht, wenn man die Arbeitsplätze im Schweizer Sektor des EuroAirports erhalten möchte.

Deshalb ist es notwendig, dass weiterhin Druck aus unserem Kanton ausgeübt wird. Es gibt übrigens in Basel-Landschaft einen gleichlautenden Vorstoss, der Regierungsrat des Kantons Basel-Landschaft hat einen gleichlautenden Auftrag. Es ist wichtig, dass sich unsere Region in Bundesbern hierfür stark macht. Das sind Unternehmen, die hier in Basel-Stadt Steuern bezahlen, das sind Unternehmen, die Tausende von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern beschäftigen und es liegt in unser aller Interesse, dass wir dieses kleine industrielle Juwel, das wir dort haben, auch in Zukunft erhalten können. Deshalb muss das Anliegen auf der Agenda bleiben und deshalb bitte ich Sie, lassen Sie diese Motion stehen.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Nächste Fraktionssprecherin ist Franziska Stier für BastA.

Franziska Stier (BastA): Diese Motion wird mit Rechtssicherheit begründet. Doch bei genauerer Betrachtung geht es hier nicht um Rechtssicherheit, sondern darum, dass Unternehmen die Möglichkeit haben, sich günstiger und einfacher von Angestellten zu trennen. Der französische Kassationsgerichtshof beziehungsweise die französische Rechtsprechung hat klargestellt, wie mit zwingenden Schutzrechten im Arbeitsrecht umzugehen ist.

Gerade im Arbeitsrecht gibt es bewusst zwingende Bestimmungen, weil Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer eben nicht auf Augenhöhe mit Unternehmen verhandeln können, sofern sie nicht stark gewerkschaftlich organisiert sind. Diese Schutzrechte, die der französische Kassationsgerichtshof geltend macht, sind kein Zufall und keine juristische Ungenauigkeit, die man bereinigen müsste. Kündigungsschutz darf eben nicht vollständig dem Markt überlassen werden. Wenn nun weiterhin argumentiert wird, Unternehmen bräuchten hier mehr Rechtssicherheit, dann frage ich mich, Rechtssicherheit für wen? Für die Angestellten, die ihre Existenz verlieren, für Menschen, die nach langjähriger Arbeit ohne ausreichende soziale Absicherung entlassen werden oder für Unternehmen, die möglichst ohne Abfindung, ohne Konsequenzen und ohne substanzielle Verantwortung kündigen wollen?



Und genau darum geht es. Das schweizerische Arbeitsrecht hat vergleichsweise schwache Schutzmechanismen. Im internationalen Vergleich sind Kündigungen in der Schweiz einfach möglich. Gerade deshalb haben Entschädigungen und zwingende Schutzrechte, wie sie durch den französischen Kassationsgerichtshof bestätigt wurden, eine wichtige Funktion. Sie setzen minimale Schranken gegen rein betriebswirtschaftliche Entlassungslogik.

Und noch etwas scheint mir zentral. Wer hier von Planungssicherheit für Unternehmen spricht, spricht oft erstaunlich selten über die fehlende Planungssicherheit von Angestellten. Für sie heisst eine Kündigung Verlust von Einkommen, Unsicherheit, psychische Belastung und Existenzangst. Für ein Unternehmen handelt es sich aber häufig um eine betriebswirtschaftliche Kostenentscheidung. Das Kräfteverhältnis ist einfach nicht symmetrisch. Genau deshalb gibt es zwingendes Arbeitsrecht und zwingende Schutzrechte. Kurzum, es geht in dieser Motion darum, unter dem Deckmantel von Rechtssicherheit im neoliberalen Diskurs Unternehmensrisiken auf Arbeitnehmende abzuwälzen. So wie wir unseren Lohnschutz verteidigen, verteidigt die französische Rechtsprechung zwingendes Arbeitsrecht für Arbeitnehmende. Das ist legitim und das ist richtig und deshalb plädieren wir für Abschreiben.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Es gibt zwei Zwischenfragen, eine von Luca Urgese. Diese wird angenommen.

Luca Urgese (FDP): Ist Ihnen bewusst, dass die dort ausbezahlten Löhne ein Vielfaches der französischen Löhne betragen und dass eine konsequente Anwendung von französischem Arbeitsrecht eine Reduktion auf französische Lohnhöhe bedeuten würde?

Franziska Stier (BastA): Die Beantwortung liegt in der Verhandlungsmacht der Arbeitnehmenden und der Arbeitgebenden.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Lorenz Amiet hat seine Zwischenfrage zurückgezogen. Damit ist nächster Fraktionssprecher Oliver Thommen für die GRÜNE/jgb.

Oliver Thommen (GRÜNE/jgb): Ich möchte eigentlich nur aufklären, was das Plus in der Kreuztabelle bedeutet, weil ich davon ausgehe, dass wir eher offen sind. Das Plus bezieht sich für die einen darauf, dass sie die Motion stehen lassen möchten, und zwar weil es einfach um das Symbol geht, das man nach Bern oder an den Regierungsrat schickt, dass man hier Verhandlungen möchte und dass man zumindest diese Situation klärt, was dann auch immer dabei herauskommt. Für die anderen heisst das Plus, dass sie dem Regierungsrat folgen wollen und diese Geschichte abschreiben wollen, weil man letztendlich erstens den Regierungsrat nicht zu mehr zwingen kann, als er jetzt schon gemacht hat, das liegt in seiner Zuständigkeit, das wird er vielleicht auch noch sagen. Und auch wenn er noch mehr machen würde, was soll dann rauskommen, wenn sich in Bern nichts bewegt.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Als Einzelsprecher eingetragen hat sich David Jenny.

David Jenny (FDP): Nach dem Votum der Vorvorsprecherin habe ich doch noch eine Bitte an den Regierungsrat, der ja abschreiben will. Wir haben da gehört nicht «Fiat justitia» aber «Fiat sozialisma et pereat mundus». Das ist das Handlungsprinzip von Franziska Stier, das der Regierungsrat nicht teilt. Sonst könnte man eine Initiative zur Einführung des französischen Arbeitsrechts bei uns als Standesinitiative eingeben. Es ist schwierig, wirklich Worte zu finden zu solchen Aussagen. Ich glaube, Sie denken nicht an das Wohl dieser Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, sondern es geht wirklich nur um die Einführung eines Sozialismus à la française und ich glaube nicht, dass die Franzosen mit dem glücklich geworden sind.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Das Wort hat Regierungsrat Kaspar Sutter.

RR Kaspar Sutter, Vorsteher WSU: Die Schweiz und Frankreich führen gemeinsam einen Flughafen, abgeschlossen wurde der Vertrag 1949. Er regelte zur damaligen Zeit die Verhältnisse und die Kompetenzen und die Verantwortlichkeiten an diesem gemeinsamen Flughafen. Der Flughafen hat sich seit 1950 gut entwickelt, er leistet eine wichtige Funktion für unsere Wirtschaftsregion. Die Führung des Flughafens ist anspruchsvoll, es ist der einzige binationale Flughafen auf dieser Welt und



da die Rechtsgrundlage doch schon ein gewisses Alter hat, gibt es da auch immer wieder Diskussionen und Interpretationen und Verhandlungen, was gilt und was nicht.

Grundsätzlich ist der Grundsatz, dass das französische Recht gelte ausser es ist im Staatsvertrag anders geregelt. Das Arbeitsrecht ist nicht geregelt im Staatsvertrag. Entsprechend hat la Cour de Cassation sich auf französisches Recht berufen bei der Beurteilung dieses Falles im März 2020. Davor gab es ja auch schon Konflikte im Bereich der Diskussion, welche Arbeitsbedingungen, welches Arbeitsrecht gilt, dann hat man sich auf den Accord de méthode geeinigt, der sehr viel geregelt hat und der auch funktioniert bis jetzt auf diesen Entscheid der Cours de Cassation im März 2020. Das führt dazu, dass zurzeit im Bereich des Arbeitsrechts nicht eine abschliessende Klarheit herrscht. Sie herrscht eigentlich schon, weil grundsätzlich gilt das französische Recht. Das ist die Situation, die Firmen finden sich zu Recht in dieser Situation. Auch wir beobachten seit 2020, seit diesem Entscheid, keine gravierende Verschlechterung der Situation für die Firmen an dem EAP im Schweizer Sektor. Dieser Sektor funktioniert weiterhin gut.

Sie haben uns den Auftrag gegeben zu lobbyieren beim Bundesrat und wir haben dies getan. Das sehen Sie sehr deutlich, wir haben Bundesrat Röstli an den Flughafen eingeladen, dieses Thema war auch bei Bundesrat Cassis und seinem Arbeitsbesuch in Frankreich zweimal auf der Traktandenliste und selbst beim Staatsbesuch von Emmanuel Macron 2023 war das Thema präsent, der Bundesrat ist sich dessen bewusst. Der Bundesrat oder zumindest die Direktorin des BAZL, also der entscheidenden Behörde, ist ja auch im Verwaltungsrat direkt vertreten. Der Bund kennt also die Situation sehr gut und weiss, was Sinn macht und was nicht. Ich glaube, das ist auch noch eine wichtige Information, weil die Motion will ja, dass wir beim Bundesrat intervenieren, dass er handelt, damit dann der französische Staat handelt. Das ist die Konstruktion dieser Motion. Wir haben auch das Thema mehrmals aufgenommen beim Treffen mit dem Schweizer Botschafter in Paris, das letzte Mal ungefähr vor einem Monat.

Dieses Ergebnis ist glaube ich der wichtige Punkt. Der Bundesrat ist sich dessen bewusst, dass die Rechtslage im Moment nicht klar ist und dass es gut wäre, da eine Regelung zu finden. Sehr anders ist die Einschätzung, wie gross die Chancen sind, dass wir hier Klarheit und vor allem eine Klarheit im Interesse der Firmen im Schweizer Sektor erhalten. Da gibt es wenige, die der Meinung sind, dass mit dem französischen Staat, selbst wenn er in Verhandlungen tritt, eine neue Regelung gefunden werden könnte, die das Interesse der Schweizer Firmen im Sektor besser vertritt. Also selbst wenn der französische Staat bereit wäre, auf diese Verhandlungen einzutreten, sind die Chancen grösser, dass es zu einer Verschlechterung für die Firmen führt und nicht zu einer Verbesserung.

Und diese Einschätzung der Situation führt uns vor allem dazu, Ihnen zu beantragen, diese Motion nicht stehen zu lassen, sondern als erledigt zu erklären. Denn das Risiko, dass sich die Situation noch verschlechtert für die Firmen, erachtet der Regierungsrat und auch der Bund als zu hoch. Das ist der Grund, dass man zurzeit sagt, nein, wir gehen nicht in die Verhandlungen mit dem französischen Staat, selbst wenn er bereit wäre, was er aber bis anhin nicht war.

Im Interesse auch der Situation und der Firmen im Schweizer Sektor des EAP möchte ich Sie bitten, diese Motion jetzt als erledigt zu erklären und nicht stehen zu lassen.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Der Regierungsrat beantragt, die Motion als erledigt abzuschreiben. Wir kommen damit zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst erledigt, NEIN heisst stehen lassen.

Ergebnis der Abstimmung

37 Ja, 52 Nein, 0 Enthaltungen. [Abstimmung # 0009024, 20.05.26 15:53:46]

Der Grosse Rat beschliesst

die Motion stehen zu lassen.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Sie haben mit 37 Ja-Stimmen, 52 Nein-Stimmen und keiner Enthaltung die Motion stehen gelassen.



41. Anzug Melanie Eberhard und Konsorten betreffend Rechtsberatung im Sozialhilferecht, Schreiben des RR

[20.05.26 15:54:00, 24.5474.02]

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Der Regierungsrat beantragt, den Anzug als erledigt abzuschreiben. Der Regierungsrat verzichtet auf ein Votum. Es wurde kein anderer Antrag gestellt.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, den Anzug als erledigt abzuschreiben.

42. Motion der Justiz-, Sicherheits- und Sportkommission sowie der Bau- und Raumplanungskommission zum Sanierungsprojekt Kunsteisbahn Margarethen, Zwischenbericht des RR

[20.05.26 15:54:25, 22.5065.04]

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Der Regierungsrat beantragt, die Frist der Motion der JSSK erneut um zwei Jahre zu verlängern sowie den Anzug Mustafa Atici und Konsorten erneut stehen zu lassen. Das Wort hat Regierungsrat Mustafa Atici.

RR Mustafa Atici, Vorsteher ED: Ich freue mich, Ihnen heute den Zwischenbericht zur Motion der JSSK und BRK zum Sanierungsprojekt Kunsteisbahn Margarethen vorzustellen. Mit dem Zwischenbericht informiert der Regierungsrat über den neuesten Stand zum Sanierungsprojekt Margarethen und die Zukunft der Infrastruktur für den Eissport. Mit dem Bericht beantragt der Regierungsrat dem Grossen Rat, die Frist zur Erfüllung der Motion um zwei Jahre zu erstrecken sowie den Anzug Mustafa Atici und Konsorten erneut stehen zu lassen.

Die sanierungsbedürftige Kunsteisbahn Margarethen beschäftigt die Basler Politik schon seit einigen Jahren. Im Jahr 2019 hatte der Regierungsrat dem Grossen Rat einen Ratschlag zur Gesamt-sanierung der Kunsteisbahn Margarethen unterbreitet. Im Jahr 2022 wurde der Ratschlag vom Grossen Rat zurückgewiesen und die Motion der JSSK und BRK an den Regierungsrat überwiesen. In der Zwischenzeit wurden verschiedene Varianten zur Sanierung der Kunsteisbahn Margarethen geprüft, konkret drei neue Sanierungsvarianten sowie der Rückbau. Mit dem vorliegenden Zwischenbericht informiert der Regierungsrat über seine Absicht, die Kunsteisbahn Margarethen zu einer polysportiven Bewegungsanlage umzubauen und eine neue Doppeleishalle am Standort Bachgraben zu erstellen. Dieses Vorhaben konnte ich zusammen mit der strategischen Sportanlagenplanung 2026 am 27. März 2026 in eine Medienorientierung vorstellen. Sie haben durch die Medien sicher schon einiges erfahren.

Was ist konkret geplant? Konkret möchte der Regierungsrat am heutigen Standort der Kunsteisbahn Margarethen eine multifunktionelle Sport- und Bewegungsanlage bauen. Diese Anlage kann für viele unterschiedliche Sportarten genutzt werden. Sie ist das ganze Jahr offen. Vorgesehen ist eine Anlage unter freiem Himmel mit Grünzonen und Schattendach. Für die Quartierbevölkerung ist die Anlage auch ein Begegnungsort. Im Winter gibt es eine öffentliche Eisfläche mit mobiler Eisproduktion. Die neue Anlage nimmt somit die Bedürfnisse der Bevölkerung auf, insbesondere den Wunsch nach mehr Sport- und Bewegungsmöglichkeiten für den ungebundenen Sport.

Zur Sicherung der Infrastruktur für den Sport will der Regierungsrat auf der Sportanlage Bachgraben eine neue Eishalle mit zwei Eisfeldern bauen. Wegen der Gebäudehülle ist die Halle wesentlich klimafreundlicher als eine offene Eisfläche. Der Standort ist rasch verfügbar und dank zusätzlicher Flächen und Kunstrasen bleibt die Rasenfläche auf der Sportanlage Bachgraben erhalten. Das war für mich beim Projekt sehr wichtig. Eine neue Sportanlage soll nicht auf Kosten von anderen Sportarten entstehen.

Die Sanierung der Kunsteisbahn Margarethen und der Bau der neuen Eishalle sind Teil der strategischen Sportanlagenplanung 2026. Mit dieser Planung legt der Regierungsrat fest, wie der Infrastrukturbedarf im Bereich Sport



künftig priorisiert wird. Der Bau einer Eishalle wird darin als Projekt mit sehr hoher Dringlichkeit eingestuft. Weitere Grossprojekte mit sehr hoher Dringlichkeit sind das Hallenbad, Kunstrasenfelder und Sporthallen für den Schul- und Vereinssport.

Was kosten die Projekte? Der Regierungsrat rechnet mit Kosten von rund 40 Mio. Franken für die Sport- und Bewegungsanlage Margarethen. Die neue Doppeleishalle Bachgraben kostet rund 57 Mio. Franken, darin enthalten ist die Kompensation der Rasenflächen.

Wie geht es weiter? In diesem Jahr wird der Regierungsrat dem Grossen Rat die Ausgabenbewilligung Projektierung Eishalle Bachgraben unterbreiten. Er wird dem Grossen Rat zudem eine Ausgabenbewilligung für mehrere Kunstrasen vorlegen, darunter auch der Kunstrasen Bachgraben. Es kann somit von einer Inbetriebnahme der Eishalle Bachgraben um die Mitte der 2030er-Jahre ausgegangen werden. Mit der Sanierung der Kunsteisbahn Margarethen wird erst begonnen, wenn die neue Eishalle Bachgraben fertiggestellt ist. So verfügt der Eissport die ganze Zeit über einen Trainingsort. Mit einer Ausgabenbewilligung für die Sanierung der Kunsteisbahn Margarethen kann somit Ende der 2020er-Jahre gerechnet werden.

Aufgrund dieser Ausführungen beantragt der Regierungsrat dem Grossen Rat, die Frist zur Erfüllung der Motion der JSSK sowie der BRK zum Sanierungsprojekt Kunsteisbahn Margarethen um zwei Jahre zu erstrecken und den Anzug Mustafa Atici und Konsorten betreffend Zukunft der Kunsteisbahn Margarethen erneut stehen zu lassen.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Als Fraktionssprecher für die GRÜNE/jgb eingetragen hat sich Oliver Thommen.

Oliver Thommen (GRÜNE/jgb): Wir danken dem Regierungsrat für diesen Zwischenbericht und möchten einfach hiermit auch zu Protokoll geben, dass wir das Konzept grundsätzlich gut finden und das auch unterstützens- und prüfenswert finden. Nichtsdestotrotz möchten wir noch zwei, drei Punkte, die wir sehr bedauern und die vielleicht noch irgendwie einfließen könnten, mitgeben.

Einerseits war es für unsere Fraktion unklar, warum der Cluster St. Jakob nicht noch mehr gestärkt werden konnte, dann auch, warum es so lange geht, bis eine Publikumshalle kommt. Hier hätten wir uns wirklich mehr Geschwindigkeit erwünscht im Wissen darum, dass es halt auch nicht immer ganz einfach ist, aber das wäre sicher wünschenswert gewesen. Und dann als letzter Punkt noch, warum der Bau einer neuen Eishalle nicht dazu genutzt wurde, um auch eine Kombination mit einem Schwimmbad zu suchen, um hier gewisse Synergieeffekte zu finden und vielleicht etwas mit einem tränenden Auge für die Traditionalist:innen unter uns, dass die Margarethen-Eisfläche als Eishockeystadion des Kantons Basel-Stadt so verschwinden wird. Das bedauern wir.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Nächster Fraktionssprecher ist Stefan Wittlin für die SP.

Stefan Wittlin (SP): Wir in der SP-Fraktion sind sehr erfreut über diese Entwicklung. Regierungsrat Mustafa Atici zeigt, dass es jetzt wirklich vorwärts geht und er kann mit dieser Präsentation des konkreten Standorts für die neue Eishalle auch einen wichtigen Erfolg feiern, einen ersten Erfolg in diesem Anliegen.

Der Neubau dieser Eishalle entspricht der Forderung der Motion der BRK und der JSSK. Uns fällt natürlich auch auf, dass der Realisierungshorizont von rund zehn Jahren doch sehr lang ist. Ich denke, wenn man Zeitpläne veröffentlicht zu solchen Projekten, dann gibt es immer zwei Möglichkeiten. Entweder man zeigt ein Best-Case-Szenario auf, das man dann in fast allen Fällen nicht einhalten kann oder man ist von Anfang an realistisch. Wenn ich das richtig interpretiere, versucht der Regierungsrat uns hier einen realistischen Zeithorizont vorzulegen. Wir möchten einfach den Regierungsrat ermutigen, trotzdem diesen Prozess möglichst zu beschleunigen und wirklich auch dem Tempo ein hohes Gewicht zu geben, nicht zuletzt, weil der Bau dieser neuen Eishalle die Voraussetzung ist dafür, dass die Kunsti dann eben nicht mehr mit ihrer alten Technik auskommen muss, sondern in die Zukunft geführt werden kann.

Wir sind sehr erfreut über das Vorgehen des Regierungsrats. Er geht hier etwas weiter als in der Motion gefordert und schlägt mit dieser Variante C mit der polysportiven Nutzung eine Vision vor, die wirklich zukunftsfähig ist und die, wenn es richtig gemacht wird, einen grossen Mehrwert für das Quartier und für die Stadt bilden kann.

Es ist heute sicher nicht der Moment, über den detaillierten Anforderungskatalog zu sprechen. Wir möchten hier dem Regierungsrat mit auf den Weg geben, dass wir diese Stossrichtung sehr unterstützen und dass wir uns auf diese neue polysportive Kunsti, wenn sie dann irgendwann kommt, auch sehr freuen.



Selbstverständlich werden wir dieser Fristverlängerung zustimmen und wir freuen uns auf den nächsten Schritt, auf die Ausgabenbewilligung für die Projektierung der Eishalle im Bachgraben und in diesem Sinn danke ich Ihnen für die Unterstützung.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Das Wort hat nochmals Regierungsrat Mustafa Atici.

RR Mustafa Atici, Vorsteher ED: Ich halte mich ganz kurz. Stefan Wittlin hat richtig gesagt, wir werden tatsächlich diese Projekte noch einzeln hier diskutieren, aber ich möchte unbedingt etwas sagen. Für uns war es wichtig, dass wir eine Gesamtsicht mit der Priorisierung zur Sportanlagenplanung vorstellen und nach diesen Prioritäten vorgehen. Es ist mir bewusst, was das zeitlich bedeutet. Und es ist zweitens auch für alle anderen übrigen Sportarten wichtig, dass wir auch Lösungen finden und wir sind auch dort daran.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:

Der Grosse Rat beschliesst

die Frist gemäss Antrag Regierungsrat um zwei Jahre zu verlängern.

Auf der Tribüne begrüsse ich eine Klasse der Basler Privatschule IPSO mit Lehrperson Matthias Neidhardt. Schön, seid ihr da und verfolgt heute die Basler Politik. Ihr durftet ja aber auch bereits mit Fina Girard diskutieren. Herzlich willkommen. (*Applaus*).

42.1. Ausgabenbewilligung für die Gesamtsanierung der Kunsteisbahn Margarethen, Zwischenbericht des RR

[20.05.26 16:06:55, 19.1663.04]

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: **Der Grosse Rat beschliesst, die Ausgabenbewilligung stehen zu lassen.**

42.2. Anzug Mustafa Atici und Konsorten betreffend Zukunft der Kunsteisbahn Margarethen, Zwischenbericht des RR

[20.05.26 16:06:57, 15.5249.06]

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: **Der Grosse Rat beschliesst**

stillschweigend den Anzug stehen zu lassen.

43. Interpellation Nr. 44 Barbara Heer betreffend Stellenwert der Geistes- und Sozialwissenschaften an der Universität Basel, Schreiben des RR

[20.05.26 16:06:59, 26.5138.02]

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Die Beantwortung der Interpellation wurde Ihnen schriftlich zugestellt. Die Interpellantin hat Gelegenheit zu erklären, ob sie mit der Antwort zufrieden ist.



Barbara Heer (SP): Ich erkläre mich mit der Interpellationsbeantwortung ausnahmsweise mal als nicht zufrieden. Was mich wirklich stört, ist, dass es darin keinerlei Anerkennung der Tatsache gibt, dass viele Mitarbeitende, viele Forschende und Studierende in der Philosophischen Historischen Fakultät die strategische Unterstützung der Universitätsleitung in den letzten Jahren vermisst haben. Die Antwort der Regierung erinnert etwas an eine Hochglanzbroschüre «Offizielle Positionen», welche mit der gelebten Realität nicht so viel zu tun haben.

Tatsächlich anerkenne ich, dass diese geschwächte Position der Geistes- und Sozialwissenschaften sich offenbar nicht an den Finanzen ablesen lässt, da die Mittel konstant bei 12% des Gesamtbudgets sind. Ein ganz wichtiger Indikator sind aber die Studierendenzahlen und da zeigt die Regierung, dass diese seit 2011 um 5% zurückgegangen sind. Es klingt schon fast etwas wie eine Drohung, dass die Regierung schreibt, dass die Fakultät trotz sinkenden Studierendenzahlen keine Kürzungen erleben musste und dann auch gerade nennt, dass noch Beschlüsse anstehen rund um das Entlastungspaket des Bundes. Hier sieht man, dass eine strategische Haltung fehlt. Eine strategische Haltung wäre, dass eben diese Fakultät wichtig ist und wenn Studierendenzahlen sinken, dann ist das Ausdruck davon, dass mehr Mittel gesprochen werden müssen, um sich kompetitiv positionieren zu können, gerade im Vergleich zu anderen Universitäten, die scheinbar attraktiver sind für die Studierenden. Es ist schon fast etwas zynisch, daraus eine Kürzungsdrohung abzuleiten. Zu benennen ist, dass es innerhalb der Fakultät auch eine grosse Heterogenität gibt. Bei gewissen Fächern sind Studierendenzahlen deutlich zurückgegangen, andere Studiengänge hingegen haben sehr viele Studierende und es bräuchte hier mehr Mittel, um gute Betreuungsverhältnisse sicherzustellen.

Wie gesagt, für viele Mitarbeitende und Studierende ist klar, ihnen fehlen die strategischen Visionen für die Fakultät seitens der Unileitung, sie fühlten sich immer wieder mal alleine gelassen. Dass exzellente Forschende die Universität verlassen, keine Mittel da sind, um sie aktiv zu behalten, wie in anderen Fakultäten das manchmal möglich scheint, ist ein Ausdruck davon.

Ich möchte Ihnen noch ein Beispiel nennen, wieso dieses Gefühl fehlender Unterstützung innerhalb der Fakultät da ist. 2020 wurde in der Ethnologie die Professorin für Medizinethnologie pensioniert. Es war eine Brückenprofessur zwischen Philosophisch-Historischer Fakultät und Tropeninstitut. Sechs Jahre später konnte die Nachfolgeregelung immer noch nicht geklärt werden, die Stelle ist immer noch nicht ausgeschrieben, Verhandlungen laufen offenbar immer noch, obwohl eigentlich klar ist, dass diese interdisziplinäre Professur weitergeführt werden soll. In der Zwischenzeit sind selbstverständlich die Nachwuchsforschenden weg, auch die Studierenden sind weggebrochen in diesem Bereich, obwohl das ein Feld ist, das gerade auch strategisch für den Beitrag der Sozialwissenschaften zu den Life Sciences im Kanton sehr wichtig wäre. Die Nachfolge, wenn die dann mal besetzt wird, wird also bei Null anfangen müssen, weil das Feld faktisch zusammengebrochen sind. Es sind solche Stagnationen, welche zu sinkenden Studierendenzahlen und auch dem Gefühl, nicht unterstützt zu werden, führen.

Nun, die Regierung hat jetzt den Auftrag, die Direktorinnenrolle neu zu besetzen und ich hoffe, dass auch das Kriterium klare Visionen für die Sozial- und Geisteswissenschaften trotz knapper Mittel hier einbezogen wird. Trotz knapper Mittel muss sichergestellt werden, dass diese weiterhin zur Exzellenz der Uni Basel und auch zum Standort Basel ihren eigenen Beitrag leisten können.

Trotz dieser sehr kritischen Aufnahme meinerseits bedanke ich mich selbstverständlich für die Beantwortung meiner Interpellation.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Die Interpellantin ist mit der Antwort nicht zufrieden. Die Interpellation ist erledigt.

44. Motion Christian von Wartburg und Johannes Sieber betreffend Erlass eines Whistleblowing Gesetzes, Zwischenbericht des RR

[20.05.26 16:11:25, 23.5271.03]

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Der Regierungsrat beantragt, die Frist um ein Jahr zu verlängern. Regierungsrätin Tanja Soland verzichtet auf ein Votum. Das Wort hat Oliver Thommen.

Oliver Thommen (GRÜNE/jgb): Unsere Fraktion möchte Sie bitten, der Fristverlängerung nicht zuzustimmen. Aus unserer Sicht hatte der Regierungsrat mit der Motion eine gute Vorlage und hätte rasch dazu Stellung nehmen können und ein



Gesetz in die Kommission bringen können. Schliesslich ist der Grosse Rat die gesetzgebende Gewalt. Eine Grossratskommission hätte den regierungsrätlichen Vorschlag dann diskutieren können und dem Grossen Rat ein Gesetz vorlegen können. Deswegen bitten wir Sie, der Fristverlängerung nicht zuzustimmen.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Nächster Einzelsprecher ist David Jenny.

David Jenny (FDP): Ich habe ausgeführt bei der Erstüberweisung dieser Motion, dass der Vorschlag ein Copy-Paste war vom Zürcher Gesetz. Ich meine dort einige Flüchtigkeitsfehler gefunden zu haben. Wenn man so etwas vorschlägt, dann verstehe ich, wenn die Regierung sich auch etwas länger Zeit nehmen will. Aus unserer Sicht war dieses Gesetz unnötig, weil alles schon abgedeckt ist bei uns. Und in diesem Sinne würde ich jetzt diese Frist nochmals gewähren, damit wirklich etwas herauskommt, womit man arbeiten kann und diese Motion war nicht Grundlage dafür.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Regierungsrätin Tanja Soland wünscht das Wort.

RR Tanja Soland, Vorsteherin FD: Es war Genf, es ist auf Französisch, es wurde wohl übersetzt mit einem Internetdienst.

Wenn Sie meinen, wir könnten einfach diese Vorlage übernehmen, dann könnten Sie es ja auch selber machen. Aber ich sage Ihnen, so einfach geht das natürlich nicht. Man muss ja den Sinn und Zweck in unsere Landschaft übersetzen. Zudem geht es ja nicht nur um unsere Verwaltung, sondern es geht um die Kleeblattorganisationen, da sind wir nicht Vorgesetzte. Die Finanzkontrolle ist nicht überzeugt, dass es bei ihr angesiedelt wird, mit der Ombustelle sind wir auch im Gespräch, das braucht einfach mehr Abstimmung. Also so einfach ist es nicht, ein ganz neues Gesetz zu schaffen. Da muss man ja auch das alte wieder streichen. Wir haben ja auch heute schon Bestimmungen, die müssen wir dann alle wieder abändern. Es muss klar sein, wie läuft das, wie geht die ganze Umsetzung. Ein Gesetz zu bringen, ohne zu überlegen, wie wir das umsetzen, das machen wir halt nicht.

Wir sind daran und es gibt auch schon einen Entwurf, aber am Ende wird das eine Vernehmlassung intern brauchen, da nachdem sogar eine externe. Da müssen alle Organisationen einverstanden sein, dann wird es um Geld gehen, wie viele neue Stellen, wie viel kostet das. Das braucht halt einfach etwas Zeit. Es ist ein ganz neues Gesetz. Sie waren ja nicht einverstanden, dass wir es einfach dort geregelt hätten, wo wir es sinnvoll gefunden hätten, wo es nämlich auch heute schon ist. Da ist halt auch der Aufwand viel grösser.

Aber ich höre, wenn Sie der Meinung sind, Sie machen das schneller, dann müssen Sie entscheiden, was Sie damit machen.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Wir kommen damit zur Abstimmung.

Abstimmung

Ja heisst Fristerstreckung um ein Jahr gemäss Antrag Regierungsrat. Nein heisst keine Fristerstreckung gemäss Antrag Oliver Thommen.

Ergebnis der Abstimmung

82 Ja, 13 Nein, 1 Enthaltungen. [Abstimmung # 0009031, 20.05.26 16:16:42]

Der Grosse Rat beschliesst

Fristerstreckung um ein Jahr gemäss Antrag Regierungsrat.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Sie haben mit 82 Ja-Stimmen, 13 Nein-Stimmen und einer Enthaltung die Fristerstreckung um ein Jahr verlängert.



45. Interpellation Nr. 30 Eric Weber betreffend Öffentlichkeitsprinzip, Schreiben des RR

[20.05.26 16:16:56, 26.5093.02]

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Die Beantwortung der Interpellation wurde Ihnen schriftlich zugestellt. Der Interpellant hat Gelegenheit zu erklären, ob er mit der Antwort zufrieden ist.

Eric Weber (Fraktionslos): Ich habe die grosse Ehre, das letzte Wort heute zu haben. Ich kann es kurz machen. Ich bin mit der Antwort der Regierung natürlich nicht zufrieden und das möchte ich mit Liebe zur Politik und mit Herzblut noch ganz kurz begründen.

Als Grossrat können wir die Regierung fragen, was wir wollen. Wir haben das Privileg und es ist unsere Aufgabe. Darum habe ich die Interpellation gemacht wegen dem Öffentlichkeitsprinzip. Auch Sie können beim Kanton Basel-Stadt alles verlangen, was über Sie gespeichert ist. Aber die Sache ist nicht so einfach und die Antwort der Regierung befriedigt mich eigentlich auch nicht. Ich möchte alle Akten über Eric Weber wissen. Dann habe ich eine Vorladung bekommen ins Rathaus, dass ich beweisen muss, dass es mich gibt, mit Ausweis. Also man wird da schon ein bisschen schwierig behandelt.

Ich bin dann hierher gekommen, ich habe mich ausweisen müssen. Dann wurde ich gefragt, welche Unterlagen ich alle bekommen wolle. Dann habe ich gesagt, zum Beispiel von Staatskanzlei, von der Staatsanwaltschaft, vom Einwohnermeldeamt, von überall. Und dann hat es geheissen, bei der Staatsanwaltschaft müsse ich das separat beantragen. Das finde ich schade, auch wenn Sie jetzt lachen. Obwohl ich der Grossrat bin, der am meisten im Gefängnis gesessen ist, ist es nicht so einfach, an seine Akten zu kommen. Und darum bin ich mit der Antwort nicht einverstanden, weil in der Antwort der Regierung nicht steht, dass man an jede Behörde separat schreiben muss. Ich habe dann an die Staatsanwaltschaft geschrieben und man höre und staune, ich erhalte ein freundliches Schreiben, in dem steht: «Gerne bestätige ich Ihnen den Eingang des Gesuches...»

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Sie müssen diesen Brief nicht vorlesen.

Eric Weber (Fraktionslos): Die Staatsanwaltschaft schreibt, dass es zeitaufwändig sei, derartige Gesuche zu bearbeiten. Deshalb müsse sie mich höflich um Geduld bitten. Der Regierungsrat spricht in der Antwort von fünf Beschwerden. Fünf Basler sind mit den Akten nicht einverstanden. Ich empfehle Ihnen, beim Kanton Ihre Fiche zu verlangen, es ist spannend. Auch wenn gewisse Dinge geschwärzt sind, passieren dabei manchmal Fehler und man kommt an gewisse Adressen.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Der Interpellant ist mit der Antwort nicht zufrieden. Die Interpellation ist erledigt.

Schluss der 16. Sitzung

16:21 Uhr



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 1
23.9050

Abstimmungsdatum

06. Mai 2026 08:29:13

Geschäft

Mitteilungen und Genehmigung der Tagesordnung

Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Mathys Lisa (SP)	Nicht anwesend	Urgese Luca (FDP)	Nicht anwesend
Nussbaumer Melanie (SP)	Nicht anwesend	Moesch Christian C. (FDP)	Nicht anwesend
Esposito Zaira (SP)	Nicht anwesend	Barth Johannes (FDP)	Nicht anwesend
Eberhard Melanie (SP)	Nicht anwesend	Bolliger Oliver (BastA)	Nicht abgestimmt
Cuénod Tim (SP)	Nicht anwesend	Gerber Brigitta (BastA)	Nicht anwesend
Heer Barbara (SP)	Nicht anwesend	Kühne Brigitte (GLP)	Nicht anwesend
Baumgartner Julia (SP)	Nicht anwesend	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nicht anwesend
Gmür Daniel (SP)	Nicht anwesend	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Furlano Raoul I. (LDP)	Nicht anwesend	Schai Marina (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
von Falkenstein Annina (LDP)	Nicht anwesend	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Hug Michael (LDP)	Nicht anwesend	Kabakci Mahir (SP)	Nicht anwesend
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nicht anwesend	Gölgeli Edibe (SP)	Nicht anwesend
Alioth Catherine (LDP)	Nicht abgestimmt	Brandenburger Jessica (SP)	Nicht anwesend
Messerli Pascal (SVP)	Nicht anwesend	Bessenich Salome (SP)	Nicht anwesend
Fischer Patrick (SVP)	Nicht anwesend	Keller Christine (SP)	Nicht anwesend
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nicht anwesend	Baumgartner Beda (SP)	Nicht anwesend
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend	Balmer Ivo (SP)	Nicht anwesend
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend	Seggiani Michela (SP)	Nicht anwesend
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Nicht abgestimmt	Mattmüller Georg (SP)	Nicht anwesend
Jenny David (FDP)	Nicht anwesend	Suter Stefan (SVP)	Nicht anwesend
Haller Christophe (FDP)	Nicht anwesend	Amiet Lorenz (SVP)	Nicht anwesend
Baumgartner Claudia (GLP)	Nicht anwesend	Block Laetitia (SVP)	Nicht anwesend
Christ Tobias (GLP)	Nicht anwesend	Mück Heidi (BastA)	Nicht anwesend
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nicht anwesend	Stier Franziska (BastA)	Nicht anwesend
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nicht anwesend	Goepfert Nicola (BastA)	Nicht anwesend
Bernasconi Patrizia (BastA)	Nicht anwesend	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Nicht anwesend	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend
Bay Hanna (SP)	Nicht anwesend	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend
Amacher Nicole (SP)	Nicht abgestimmt	Ebi Alex (LDP)	Nicht anwesend
Pfister Pascal (SP)	Nicht abgestimmt	Iselin Adrian (LDP)	Nicht anwesend
Meyer Helena (SP)	Nicht anwesend	Herter Balz (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Bolz Leoni (SP)	Nicht anwesend	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Perret Jean-Luc (SP)	Nicht anwesend	Pekerman Bülent (GLP)	Nicht anwesend
Miozzari Claudio (SP)	Nicht anwesend	Sieber Johannes (GLP)	Nicht anwesend
Trevisan Amina (SP)	Nicht anwesend	Seiler Daniel (FDP)	Nicht anwesend
Erdogan Seyit (SP)	Nicht anwesend	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Nicht anwesend	Graber Michael (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Schäfer Maria Ioana (SP)	Nicht anwesend	Wehrli Felix (SVP)	Nicht anwesend
Mahmoud Ismail (SP)	Nicht anwesend	Schweizer Jenny (SVP)	Nicht anwesend
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend	Mazzotti Sasha (SP)	Nicht anwesend
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend	Leschhorn Strebel Martin (SP)	Nicht anwesend
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend	Hettich Daniel (LDP)	Nicht anwesend
Hanauer Raffaella (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nicht anwesend
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend	Schweizer Silvia (FDP)	Nicht anwesend
Thüring Joël (SVP)	Nicht anwesend	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Stalder Roger (SVP)	Nicht anwesend	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Schaller Beat K. (SVP)	Nicht anwesend	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nicht anwesend
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nicht anwesend	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend
Faesch Lukas (LDP)	Nicht anwesend	Battaglia Olivier (LDP)	Nicht anwesend
Karger Philip (LDP)	Nicht anwesend		
Nigon Gabriel (LDP)	Nicht anwesend		

Ergebnis	Total	SP	LDP	SVP	GRÜNE/jgb	Mitte-EVP	GLP	FDP	BastA	Fraktionslos	Präsidium
Ja	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Nein	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Nicht abgestimmt	6	2	1	0	1	1	0	0	1	0	0
Nicht anwesend	93	29	12	12	11	10	7	7	5	0	0
Stimmberechtigt	100	31	13	12	12	11	7	7	6	1	0



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 1
23.9050

Abstimmungsdatum

06. Mai 2026 08:30:50

Geschäft

Mitteilungen und Genehmigung der Tagesordnung

Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Mathys Lisa (SP)	Nicht anwesend	Urgese Luca (FDP)	Nicht anwesend
Nussbaumer Melanie (SP)	Nicht anwesend	Moesch Christian C. (FDP)	Nicht anwesend
Esposito Zaira (SP)	Nicht anwesend	Barth Johannes (FDP)	Nicht anwesend
Eberhard Melanie (SP)	Nicht anwesend	Bolliger Oliver (BastA)	Nicht abgestimmt
Cuénod Tim (SP)	Nicht anwesend	Gerber Brigitta (BastA)	Nicht anwesend
Heer Barbara (SP)	Nicht anwesend	Kühne Brigitte (GLP)	Nicht anwesend
Baumgartner Julia (SP)	Nicht anwesend	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nicht anwesend
Gmür Daniel (SP)	Nicht anwesend	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Furlano Raoul I. (LDP)	Nicht anwesend	Schai Marina (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
von Falkenstein Annina (LDP)	Nicht anwesend	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Hug Michael (LDP)	Nicht anwesend	Kabakci Mahir (SP)	Nicht anwesend
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nicht anwesend	Gölgeli Edibe (SP)	Nicht anwesend
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Nicht anwesend
Messerli Pascal (SVP)	Nicht anwesend	Bessenich Salome (SP)	Nicht anwesend
Fischer Patrick (SVP)	Nicht anwesend	Keller Christine (SP)	Nicht anwesend
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nicht anwesend	Baumgartner Beda (SP)	Nicht anwesend
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend	Balmer Ivo (SP)	Nicht anwesend
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend	Seggiani Michela (SP)	Nicht anwesend
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Nicht abgestimmt	Mattmüller Georg (SP)	Nicht anwesend
Jenny David (FDP)	Nicht anwesend	Suter Stefan (SVP)	Nicht anwesend
Haller Christophe (FDP)	Nicht anwesend	Amiet Lorenz (SVP)	Nicht anwesend
Baumgartner Claudia (GLP)	Nicht anwesend	Block Laetitia (SVP)	Nicht anwesend
Christ Tobias (GLP)	Nicht anwesend	Mück Heidi (BastA)	Nicht anwesend
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nicht anwesend	Stier Franziska (BastA)	Nicht anwesend
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nicht anwesend	Goepfert Nicola (BastA)	Nicht anwesend
Bernasconi Patrizia (BastA)	Nicht anwesend	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Nicht anwesend	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend
Bay Hanna (SP)	Nicht anwesend	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend
Amacher Nicole (SP)	Nicht abgestimmt	Ebi Alex (LDP)	Nicht anwesend
Pfister Pascal (SP)	Ent	Iselin Adrian (LDP)	Nicht anwesend
Meyer Helena (SP)	Nicht anwesend	Herter Balz (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Bolz Leoni (SP)	Nicht anwesend	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Perret Jean-Luc (SP)	Nicht anwesend	Pekerman Bülent (GLP)	Nicht anwesend
Miozzari Claudio (SP)	Nicht anwesend	Sieber Johannes (GLP)	Nicht anwesend
Trevisan Amina (SP)	Nicht anwesend	Seiler Daniel (FDP)	Nicht anwesend
Erdogan Seyit (SP)	Nicht anwesend	Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht abgestimmt
Wittlin Stefan (SP)	Nicht anwesend	Graber Michael (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Schäfer Maria Ioana (SP)	Nicht anwesend	Wehrli Felix (SVP)	Nicht anwesend
Mahmoud Ismail (SP)	Nicht anwesend	Schweizer Jenny (SVP)	Nicht anwesend
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend	Mazzotti Sasha (SP)	Nicht anwesend
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend	Leschhorn Strebel Martin (SP)	Nicht anwesend
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend	Hettich Daniel (LDP)	Nicht anwesend
Hanauer Raffaella (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nicht anwesend
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend	Schweizer Silvia (FDP)	Nicht anwesend
Thüring Joël (SVP)	Nicht anwesend	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Stalder Roger (SVP)	Nicht anwesend	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Schaller Beat K. (SVP)	Nicht anwesend	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nicht anwesend
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nicht anwesend	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend
Faesch Lukas (LDP)	Nicht anwesend	Battaglia Olivier (LDP)	Nicht anwesend
Karger Philip (LDP)	Nicht anwesend		
Nigon Gabriel (LDP)	Nicht anwesend		

Ergebnis	Total	SP	LDP	SVP	GRÜNE/jgb	Mitte-EVP	GLP	FDP	BastA	Fraktionslos	Präsidium
Ja	1	0	1	0	0	0	0	0	0	0	0
Nein	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Ent	1	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	2	1	1	0	0	0	0	0	0	0	0
Nicht abgestimmt	5	1	0	0	1	1	0	0	1	1	0
Nicht anwesend	93	29	12	12	11	10	7	7	5	0	0
Stimmberechtigt	100	31	13	12	12	11	7	7	6	1	0



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 1
23.9050

Abstimmungsdatum

06. Mai 2026 09:02:32

Geschäft

Mitteilungen und Genehmigung der Tagesordnung

Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Nicht anwesend	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Nicht anwesend	Gerber Brigitta (BastA)	Nicht abgestimmt
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nicht anwesend
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Schai Marina (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Nicht abgestimmt
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Nicht anwesend
Hablützel-Bürki Gianna (SVP, P)	Präsident	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Nicht abgestimmt	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Nicht anwesend
Jenny David (FDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Haller Christophe (FDP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Stier Franziska (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend
Bay Hanna (SP)	Ja	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Nicht anwesend
Pfister Pascal (SP)	Nicht anwesend	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Meyer Helena (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Nicht anwesend	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Nicht anwesend
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend	Leschhorn Strebel Martin (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaella (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Nicht anwesend	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja		
Nigon Gabriel (LDP)	Ja		

Ergebnis	Total	SP	LDP	SVP	GRÜNE/jgb	Mitte-EVP	GLP	FDP	BastA	Fraktionslos	Präsidium
Ja	82	24	11	11	8	11	5	7	5	0	0
Nein	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	83	24	11	11	8	11	5	7	5	1	0
Nicht abgestimmt	4	1	0	0	1	0	0	0	1	0	1
Nicht anwesend	13	6	2	0	3	0	2	0	0	0	0
Stimmberechtigt	100	31	13	11	12	11	7	7	6	1	1



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 3
26.5149

Abstimmungsdatum

06. Mai 2026 09:04:21

Geschäft

Wahl eines Mitglieds der Regiokommission (Nachfolge Mahir Kabakci, SP)

Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Nicht anwesend	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Nicht anwesend	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nicht anwesend
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Schai Marina (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Nicht anwesend
Hablützel-Bürki Gianna (SVP, P)	Präsident	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Nicht anwesend
Jenny David (FDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Haller Christophe (FDP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Stier Franziska (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend
Bay Hanna (SP)	Ja	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Nicht anwesend
Pfister Pascal (SP)	Nicht anwesend	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Meyer Helena (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Nicht anwesend	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Nicht anwesend
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht abgestimmt
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Nicht abgestimmt
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Nicht abgestimmt	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend	Leschhorn Strebel Martin (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaella (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Nicht anwesend	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja		
Nigon Gabriel (LDP)	Ja		

Ergebnis	Total	SP	LDP	SVP	GRÜNE/jgb	Mitte-EVP	GLP	FDP	BastA	Fraktionslos	Präsidium
Ja	82	25	11	10	7	11	5	7	6	0	0
Nein	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	82	25	11	10	7	11	5	7	6	0	0
Nicht abgestimmt	4	0	0	1	1	0	0	0	0	1	1
Nicht anwesend	14	6	2	0	4	0	2	0	0	0	0
Stimmberechtigt	100	31	13	11	12	11	7	7	6	1	1



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 3
26.5149

Abstimmungsdatum

06. Mai 2026 09:05:34

Geschäft

Wahl eines Mitglieds der Regiokommission (Nachfolge Mahir Kabakci, SP)

Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Nicht anwesend	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Nicht anwesend	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nicht anwesend
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Schai Marina (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Nicht anwesend
Hablützel-Bürki Gianna (SVP, P)	Präsident	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Nicht anwesend
Jenny David (FDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Haller Christophe (FDP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Stier Franziska (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend
Bay Hanna (SP)	Ja	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Nicht anwesend
Pfister Pascal (SP)	Nicht anwesend	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Meyer Helena (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Nicht anwesend
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht abgestimmt
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Nicht abgestimmt	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend	Leschhorn Strebel Martin (SP)	Ent
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaella (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Nicht anwesend	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja		
Nigon Gabriel (LDP)	Ja		

Ergebnis	Total	SP	LDP	SVP	GRÜNE/jgb	Mitte-EVP	GLP	FDP	BastA	Fraktionslos	Präsidium
Ja	85	25	11	11	9	11	5	7	6	0	0
Nein	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Ent	1	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	86	26	11	11	9	11	5	7	6	0	0
Nicht abgestimmt	3	0	0	0	1	0	0	0	0	1	1
Nicht anwesend	11	5	2	0	2	0	2	0	0	0	0
Stimmberechtigt	100	31	13	11	12	11	7	7	6	1	1



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 4
26.5129

Abstimmungsdatum

06. Mai 2026 09:06:51

Geschäft

Wahl eines Mitglieds des Erziehungsrates (Nachfolge Marco Natoli)

Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Nicht anwesend	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Nicht anwesend	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Schai Marina (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP, P)	Präsident	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Nicht anwesend
Jenny David (FDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Haller Christophe (FDP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Stier Franziska (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend
Bay Hanna (SP)	Ja	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Nicht anwesend	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Meyer Helena (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Nicht anwesend
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht abgestimmt
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Nicht abgestimmt	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend	Leschhorn Strebel Martin (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaella (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Nicht anwesend	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja		
Nigon Gabriel (LDP)	Ja		

Ergebnis	Total	SP	LDP	SVP	GRÜNE/jgb	Mitte-EVP	GLP	FDP	BastA	Fraktionslos	Präsidium
Ja	89	27	12	11	9	11	6	7	6	0	0
Nein	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	89	27	12	11	9	11	6	7	6	0	0
Nicht abgestimmt	3	0	0	0	1	0	0	0	0	1	1
Nicht anwesend	8	4	1	0	2	0	1	0	0	0	0
Stimmberechtigt	100	31	13	11	12	11	7	7	6	1	1



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 46
25.0674

Abstimmungsdatum

06. Mai 2026 09:43:38

Geschäft

Abstimmungen vom 22. April 2026 bei Traktandum 16 "Lohnmassnahmen zur Steigerung der Arbeitgeberattraktivität sowie Ablösung der befristeten Arbeitsmarktzulage für Mitarbeitende der Kantonspolizei" - Aufhebung der Grossratsbeschlüsse, Bericht des Ratsbüros

Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Nicht anwesend	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Nicht abgestimmt
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Schai Marina (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP, P)	Präsident	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Nicht anwesend
Jenny David (FDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Haller Christophe (FDP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Stier Franziska (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Nicht abgestimmt	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Meyer Helena (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Nicht anwesend
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Leschhorn Strebel Martin (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaella (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Nicht anwesend	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja		
Nigon Gabriel (LDP)	Ja		

Ergebnis	Total	SP	LDP	SVP	GRÜNE/jgb	Mitte-EVP	GLP	FDP	BastA	Fraktionslos	Präsidium
Ja	92	28	12	11	12	11	6	7	5	0	0
Nein	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	93	28	12	11	12	11	6	7	5	1	0
Nicht abgestimmt	3	1	0	0	0	0	0	0	1	0	1
Nicht anwesend	4	2	1	0	0	0	1	0	0	0	0
Stimmberechtigt	100	31	13	11	12	11	7	7	6	1	1



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 46
25.0674

Abstimmungsdatum

06. Mai 2026 09:44:25

Geschäft

Abstimmungen vom 22. April 2026 bei Traktandum 16 "Lohnmassnahmen zur Steigerung der Arbeitgeberattraktivität sowie Ablösung der befristeten Arbeitsmarktzulage für Mitarbeitende der Kantonspolizei" - Aufhebung der Grossratsbeschlüsse, Bericht des Ratsbüros

Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Mathys Lisa (SP)	Nein	Urgese Luca (FDP)	Nein
Nussbaumer Melanie (SP)	Nein	Moesch Christian C. (FDP)	Nein
Esposito Zaira (SP)	Nein	Barth Johannes (FDP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Nicht anwesend	Bolliger Oliver (BastA)	Nein
Cuénod Tim (SP)	Nein	Gerber Brigitta (BastA)	Nicht abgestimmt
Heer Barbara (SP)	Nein	Kühne Brigitte (GLP)	Nein
Baumgartner Julia (SP)	Nein	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nein
Gmür Daniel (SP)	Nein	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nein
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein	Schai Marina (Mitte-EVP)	Nein
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nein
Hug Michael (LDP)	Nein	Kabakci Mahir (SP)	Nein
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein	Gölgeli Edibe (SP)	Nein
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Brandenburger Jessica (SP)	Nein
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Keller Christine (SP)	Nein
Hablützel-Bürki Gianna (SVP, P)	Präsident	Baumgartner Beda (SP)	Nein
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Nein	Balmer Ivo (SP)	Nein
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Nein	Seggiani Michela (SP)	Nein
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Nein	Mattmüller Georg (SP)	Nicht anwesend
Jenny David (FDP)	Nein	Suter Stefan (SVP)	Nein
Haller Christophe (FDP)	Nein	Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Nein	Block Laetitia (SVP)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Nein	Mück Heidi (BastA)	Nein
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nein	Stier Franziska (BastA)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nein	Goepfert Nicola (BastA)	Nein
Bernasconi Patrizia (BastA)	Nein	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Nein
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Nein	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Nein
Bay Hanna (SP)	Nein	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Nein
Amacher Nicole (SP)	Nein	Ebi Alex (LDP)	Nein
Pfister Pascal (SP)	Nicht abgestimmt	Iselin Adrian (LDP)	Nein
Meyer Helena (SP)	Nein	Herter Balz (Mitte-EVP)	Nein
Bolz Leoni (SP)	Nein	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Nein
Perret Jean-Luc (SP)	Nein	Pekerman Bülent (GLP)	Nein
Miozzari Claudio (SP)	Nein	Sieber Johannes (GLP)	Nicht anwesend
Trevisan Amina (SP)	Nein	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Nein	Weber Eric (Fraktionslos)	Ja
Wittlin Stefan (SP)	Nein	Graber Michael (Mitte-EVP)	Nein
Schäfer Maria Ioana (SP)	Nein	Wehrli Felix (SVP)	Ent
Mahmoud Ismail (SP)	Nein	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Nein	Mazzotti Sasha (SP)	Nein
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Nein	Leschhorn Strebel Martin (SP)	Nein
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Nein	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Hanauer Raffaella (GRÜNE/jgb)	Nein	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Nein	Schweizer Silvia (FDP)	Nein
Thüring Joël (SVP)	Ent	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein
Stalder Roger (SVP)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nein
Schaller Beat K. (SVP)	Nein	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nein
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nein	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Nein
Faesch Lukas (LDP)	Nicht anwesend	Battaglia Olivier (LDP)	Nein
Karger Philip (LDP)	Nein		
Nigon Gabriel (LDP)	Nein		

Ergebnis	Total	SP	LDP	SVP	GRÜNE/jgb	Mitte-EVP	GLP	FDP	BastA	Fraktionslos	Präsidium
Ja	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Nein	90	28	12	9	12	11	6	7	5	0	0
Ent	2	0	0	2	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	93	28	12	11	12	11	6	7	5	1	0
Nicht abgestimmt	3	1	0	0	0	0	0	0	1	0	1
Nicht anwesend	4	2	1	0	0	0	1	0	0	0	0
Stimmberechtigt	100	31	13	11	12	11	7	7	6	1	1



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 46
25.0674

Abstimmungsdatum

06. Mai 2026 09:45:22

Geschäft

Abstimmungen vom 22. April 2026 bei Traktandum 16 "Lohnmassnahmen zur Steigerung der Arbeitgeberattraktivität sowie Ablösung der befristeten Arbeitsmarktzulage für Mitarbeitende der Kantonspolizei" - Aufhebung der Grossratsbeschlüsse, Bericht des Ratsbüros

Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Nicht anwesend	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Nicht abgestimmt
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Schai Marina (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP, P)	Präsident	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Nicht anwesend
Jenny David (FDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Haller Christophe (FDP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Stier Franziska (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Nicht abgestimmt	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Meyer Helena (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Nicht anwesend
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Leschhorn Strebel Martin (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaella (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Nicht anwesend	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja		
Nigon Gabriel (LDP)	Ja		

Ergebnis	Total	SP	LDP	SVP	GRÜNE/jgb	Mitte-EVP	GLP	FDP	BastA	Fraktionslos	Präsidium
Ja	92	28	12	11	12	11	6	7	5	0	0
Nein	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	93	28	12	11	12	11	6	7	5	1	0
Nicht abgestimmt	3	1	0	0	0	0	0	0	1	0	1
Nicht anwesend	4	2	1	0	0	0	1	0	0	0	0
Stimmberechtigt	100	31	13	11	12	11	7	7	6	1	1



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 46
25.0674

Abstimmungsdatum

06. Mai 2026 09:46:29

Geschäft

Abstimmungen vom 22. April 2026 bei Traktandum 16 "Lohnmassnahmen zur Steigerung der Arbeitgeberattraktivität sowie Ablösung der befristeten Arbeitsmarktzulage für Mitarbeitende der Kantonspolizei" - Aufhebung der Grossratsbeschlüsse, Bericht des Ratsbüros

Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Nicht anwesend	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Nicht abgestimmt
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Schai Marina (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP, P)	Präsident	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Nicht anwesend
Jenny David (FDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Haller Christophe (FDP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Stier Franziska (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Bernasconi Patrizia (BastA)	Nicht abgestimmt	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Nicht abgestimmt	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Meyer Helena (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Nicht anwesend
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Leschhorn Strebel Martin (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaella (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Nicht anwesend	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja		
Nigon Gabriel (LDP)	Ja		

Ergebnis	Total	SP	LDP	SVP	GRÜNE/jgb	Mitte-EVP	GLP	FDP	BastA	Fraktionslos	Präsidium
Ja	91	28	12	11	12	11	6	7	4	0	0
Nein	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	92	28	12	11	12	11	6	7	4	1	0
Nicht abgestimmt	4	1	0	0	0	0	0	0	2	0	1
Nicht anwesend	4	2	1	0	0	0	1	0	0	0	0
Stimmberechtigt	100	31	13	11	12	11	7	7	6	1	1



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 5
25.2052

Abstimmungsdatum

06. Mai 2026 09:53:40

Geschäft

Kantonale Volksinitiative "Pharma für Alle (Basler Pharma-Fonds)" - Bericht zur rechtlichen Zulässigkeit und zum weiteren Vorgehen, Bericht des RR

Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Nicht anwesend	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Nicht abgestimmt	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Nicht anwesend	Schai Marina (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Nicht abgestimmt
Hablützel-Bürki Gianna (SVP, P)	Präsident	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Nicht abgestimmt	Seggiani Michela (SP)	Nicht abgestimmt
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Nicht anwesend
Jenny David (FDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Haller Christophe (FDP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Nicht abgestimmt
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Stier Franziska (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Nicht abgestimmt	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Meyer Helena (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Nicht anwesend
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Nicht abgestimmt
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Leschhorn Strebel Martin (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaella (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Nicht abgestimmt	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Nicht abgestimmt	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Nicht anwesend	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja		
Nigon Gabriel (LDP)	Ja		

Ergebnis	Total	SP	LDP	SVP	GRÜNE/jgb	Mitte-EVP	GLP	FDP	BastA	Fraktionslos	Präsidium
Ja	84	24	11	8	11	11	6	7	6	0	0
Nein	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	85	24	11	8	11	11	6	7	6	1	0
Nicht abgestimmt	10	5	0	3	1	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	5	2	2	0	0	0	1	0	0	0	0
Stimmberechtigt	100	31	13	11	12	11	7	7	6	1	1



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 6
25.0376

Abstimmungsdatum

06. Mai 2026 10:01:35

Geschäft

Kantonale Volksinitiative "Initiative für ein U-Abo für alle in Basel-Stadt wohnhaften Personen zum Preis von 1 Fr. pro Tag" - Bericht zur rechtlichen Zulässigkeit und zum weiteren Vorgehen, Bericht des RR

Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Nicht anwesend	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Nicht abgestimmt	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Nicht anwesend	Schai Marina (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Nicht abgestimmt
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP, P)	Präsident	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Nicht abgestimmt	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Nicht abgestimmt	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Nicht anwesend
Jenny David (FDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Haller Christophe (FDP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Nicht anwesend
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Stier Franziska (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Nicht abgestimmt
Pfister Pascal (SP)	Nicht abgestimmt	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Meyer Helena (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Nicht anwesend
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Leschhorn Strebel Martin (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaella (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Nicht abgestimmt	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Nicht anwesend	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja		
Nigon Gabriel (LDP)	Ja		

Ergebnis	Total	SP	LDP	SVP	GRÜNE/jgb	Mitte-EVP	GLP	FDP	BastA	Fraktionslos	Präsidium
Ja	85	26	10	9	10	11	6	7	6	0	0
Nein	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	86	26	10	9	10	11	6	7	6	1	0
Nicht abgestimmt	8	3	1	1	2	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	6	2	2	1	0	0	1	0	0	0	0
Stimmberechtigt	100	31	13	11	12	11	7	7	6	1	1



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 6
25.0376

Abstimmungsdatum

06. Mai 2026 10:02:18

Geschäft

Kantonale Volksinitiative "Initiative für ein U-Abo für alle in Basel-Stadt wohnhaften Personen zum Preis von 1 Fr. pro Tag" - Bericht zur rechtlichen Zulässigkeit und zum weiteren Vorgehen, Bericht des RR

Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Nicht anwesend	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Nicht abgestimmt	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Nicht anwesend	Schai Marina (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Nicht abgestimmt
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP, P)	Präsident	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Nicht abgestimmt	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Nicht abgestimmt	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Nicht anwesend
Jenny David (FDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Haller Christophe (FDP)	Nicht abgestimmt	Amiet Lorenz (SVP)	Nicht anwesend
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt	Stier Franziska (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Ja
Bay Hanna (SP)	Nicht abgestimmt	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Nicht abgestimmt
Pfister Pascal (SP)	Nicht abgestimmt	Iselin Adrian (LDP)	Nicht abgestimmt
Meyer Helena (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Nicht anwesend
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Nicht abgestimmt
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Leschhorn Strebel Martin (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaella (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Nicht abgestimmt	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Nicht anwesend	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja		
Nigon Gabriel (LDP)	Ja		

Ergebnis	Total	SP	LDP	SVP	GRÜNE/jgb	Mitte-EVP	GLP	FDP	BastA	Fraktionslos	Präsidium
Ja	80	25	9	8	10	10	6	6	6	0	0
Nein	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	81	25	9	8	10	10	6	6	6	1	0
Nicht abgestimmt	13	4	2	2	2	1	0	1	0	0	1
Nicht anwesend	6	2	2	1	0	0	1	0	0	0	0
Stimmberechtigt	100	31	13	11	12	11	7	7	6	1	1



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 7
24.0971

Abstimmungsdatum

06. Mai 2026 10:37:02

Geschäft

Ausgabenbewilligung zur Zwischennutzung «Am Birsigbogen» 2026 bis 2030, Ausgabenbericht des RR

Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ent
Esposito Zaira (SP)	Ja	Barth Johannes (FDP)	Ent
Eberhard Melanie (SP)	Nicht anwesend	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Nicht anwesend	Schai Marina (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP, P)	Präsident	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Nicht anwesend
Jenny David (FDP)	Ent	Suter Stefan (SVP)	Ja
Haller Christophe (FDP)	Ent	Amiet Lorenz (SVP)	Nicht anwesend
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Stier Franziska (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Ja
Bay Hanna (SP)	Nicht abgestimmt	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Nein
Pfister Pascal (SP)	Nicht anwesend	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Meyer Helena (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ent	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Nicht anwesend
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Ent
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Leschhorn Strebel Martin (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ent
Hanauer Raffaella (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ent
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Nein
Thüring Joël (SVP)	Nein	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ent
Stalder Roger (SVP)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Nicht anwesend	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja		
Nigon Gabriel (LDP)	Ja		

Ergebnis	Total	SP	LDP	SVP	GRÜNE/jgb	Mitte-EVP	GLP	FDP	BastA	Fraktionslos	Präsidium
Ja	76	26	8	7	12	10	6	1	6	0	0
Nein	6	0	1	3	0	0	0	2	0	0	0
Ent	9	1	2	0	0	1	0	4	0	1	0
Abgestimmt	91	27	11	10	12	11	6	7	6	1	0
Nicht abgestimmt	2	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	7	3	2	1	0	0	1	0	0	0	0
Stimmberechtigt	100	31	13	11	12	11	7	7	6	1	1



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 8
25.1798

Abstimmungsdatum

06. Mai 2026 10:56:46

Geschäft

Ausgabenbewilligung zur Anpassung/Aktualisierung des Gesamtkonzeptes öffentliche Toilettenanlagen,
Ratschlag des RR**Individuelle Ergebnisse**

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Nicht anwesend	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Nicht anwesend	Schai Marina (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP, P)	Präsident	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Nicht anwesend
Jenny David (FDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Nicht anwesend
Haller Christophe (FDP)	Nicht abgestimmt	Amiet Lorenz (SVP)	Nicht anwesend
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Stier Franziska (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Nicht anwesend	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Meyer Helena (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Nicht anwesend
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Leschhorn Strebel Martin (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaella (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Nicht anwesend	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja		
Nigon Gabriel (LDP)	Ja		

Ergebnis	Total	SP	LDP	SVP	GRÜNE/jgb	Mitte-EVP	GLP	FDP	BastA	Fraktionslos	Präsidium
Ja	89	28	11	9	12	11	6	6	6	0	0
Nein	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	90	28	11	9	12	11	6	6	6	1	0
Nicht abgestimmt	2	0	0	0	0	0	0	1	0	0	1
Nicht anwesend	8	3	2	2	0	0	1	0	0	0	0
Stimmberechtigt	100	31	13	11	12	11	7	7	6	1	1



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 9
25.1707

Abstimmungsdatum

06. Mai 2026 11:22:46

Geschäft

«Areal Aeschenplatz 6»; Festsetzung eines Bebauungsplans, Änderung des Wohnanteils sowie Abweisung einer Einsprache im Bereich Aeschenplatz, St. Alban-Anlage, Engelgasse und Gartenstrasse, Ratschlag des RR

Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Nicht anwesend	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Nicht anwesend	Schai Marina (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Nicht anwesend	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP, P)	Präsident	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Nicht abgestimmt	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Nicht anwesend
Jenny David (FDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Nicht anwesend
Haller Christophe (FDP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Nicht anwesend
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Stier Franziska (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Nicht abgestimmt
Pfister Pascal (SP)	Nicht anwesend	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Meyer Helena (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Nicht anwesend
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht abgestimmt
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Leschhorn Strebel Martin (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaella (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Nicht abgestimmt	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nicht abgestimmt
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Nicht anwesend	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja		
Nigon Gabriel (LDP)	Nicht abgestimmt		

Ergebnis	Total	SP	LDP	SVP	GRÜNE/jgb	Mitte-EVP	GLP	FDP	BastA	Fraktionslos	Präsidium
Ja	84	28	9	7	11	11	5	7	6	0	0
Nein	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	84	28	9	7	11	11	5	7	6	0	0
Nicht abgestimmt	7	0	2	1	1	0	1	0	0	1	1
Nicht anwesend	9	3	2	3	0	0	1	0	0	0	0
Stimmberechtigt	100	31	13	11	12	11	7	7	6	1	1



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 10
26.0190

Abstimmungsdatum

06. Mai 2026 11:33:07

Geschäft

Ausgabenbewilligung für eine Finanzhilfe in Form eines Investitionsbeitrags zum Umbau und zur Sanierung unter Erhalt des historischen Charakters der Liegenschaft St. Johannis-Vorstadt 48, Ausgabenbericht des RR

Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Nicht anwesend	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Nicht anwesend	Schai Marina (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Nicht anwesend	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP, P)	Präsident	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Nicht anwesend
Jenny David (FDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Nicht anwesend
Haller Christophe (FDP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Nicht anwesend
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Stier Franziska (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Nicht abgestimmt
Pfister Pascal (SP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Meyer Helena (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Nicht anwesend
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht abgestimmt
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Leschhorn Strebel Martin (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaella (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Nicht anwesend	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja		
Nigon Gabriel (LDP)	Ja		

Ergebnis	Total	SP	LDP	SVP	GRÜNE/jgb	Mitte-EVP	GLP	FDP	BastA	Fraktionslos	Präsidium
Ja	89	29	10	8	12	11	6	7	6	0	0
Nein	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	89	29	10	8	12	11	6	7	6	0	0
Nicht abgestimmt	3	0	1	0	0	0	0	0	0	1	1
Nicht anwesend	8	2	2	3	0	0	1	0	0	0	0
Stimmberechtigt	100	31	13	11	12	11	7	7	6	1	1



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 11
23.5554

Abstimmungsdatum

06. Mai 2026 12:02:53

Geschäft

Petition P472 "Kumm guet haim! - Für ein sicheres Basel", Bericht der PetKo

Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Nein
Esposito Zaira (SP)	Ja	Barth Johannes (FDP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Nicht anwesend	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Nicht anwesend	Schai Marina (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Nein	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein	Gölgeli Edibe (SP)	Nicht anwesend
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Nicht anwesend	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP, P)	Präsident	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Nicht anwesend
Jenny David (FDP)	Nein	Suter Stefan (SVP)	Nicht anwesend
Haller Christophe (FDP)	Nein	Amiet Lorenz (SVP)	Nicht anwesend
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nicht anwesend	Stier Franziska (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nein	Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Nicht anwesend
Pfister Pascal (SP)	Nicht anwesend	Iselin Adrian (LDP)	Nein
Meyer Helena (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Nicht anwesend
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht abgestimmt
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Nein
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Leschhorn Strebel Martin (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Hanauer Raffaella (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Nein	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Schaller Beat K. (SVP)	Nein	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nein	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Nicht anwesend	Battaglia Olivier (LDP)	Nein
Karger Philip (LDP)	Nein		
Nigon Gabriel (LDP)	Nein		

Ergebnis	Total	SP	LDP	SVP	GRÜNE/jgb	Mitte-EVP	GLP	FDP	BastA	Fraktionslos	Präsidium
Ja	59	27	0	0	12	6	6	2	6	0	0
Nein	25	0	10	8	0	2	0	5	0	0	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	84	27	10	8	12	8	6	7	6	0	0
Nicht abgestimmt	3	0	0	0	0	1	0	0	0	1	1
Nicht anwesend	13	4	3	3	0	2	1	0	0	0	0
Stimmberechtigt	100	31	13	11	12	11	7	7	6	1	1



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 11
23.5554

Abstimmungsdatum

06. Mai 2026 14:45:54

Geschäft

Petition P472 "Kumm guet haim! - Für ein sicheres Basel", Bericht der PetKo

Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Mathys Lisa (SP)	Nicht anwesend	Urgese Luca (FDP)	Nicht anwesend
Nussbaumer Melanie (SP)	Nicht anwesend	Moesch Christian C. (FDP)	Nicht anwesend
Esposito Zaira (SP)	Nicht anwesend	Barth Johannes (FDP)	Nicht anwesend
Eberhard Melanie (SP)	Nicht anwesend	Bolliger Oliver (BastA)	Nicht abgestimmt
Cuénod Tim (SP)	Nicht anwesend	Gerber Brigitta (BastA)	Nicht anwesend
Heer Barbara (SP)	Nicht anwesend	Kühne Brigitte (GLP)	Nicht anwesend
Baumgartner Julia (SP)	Nicht anwesend	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nicht anwesend
Gmür Daniel (SP)	Nicht anwesend	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Furlano Raoul I. (LDP)	Nicht anwesend	Schai Marina (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
von Falkenstein Annina (LDP)	Nicht anwesend	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Hug Michael (LDP)	Nicht abgestimmt	Kabakci Mahir (SP)	Nicht anwesend
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nicht anwesend	Gölgeli Edibe (SP)	Nicht anwesend
Alioth Catherine (LDP)	Nicht anwesend	Brandenburger Jessica (SP)	Nicht anwesend
Messerli Pascal (SVP)	Nicht anwesend	Bessenich Salome (SP)	Nicht abgestimmt
Fischer Patrick (SVP)	Nicht anwesend	Keller Christine (SP)	Nicht anwesend
Hablützel-Bürki Gianna (SVP, P)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Nicht anwesend
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend	Balmer Ivo (SP)	Nicht anwesend
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend	Seggiani Michela (SP)	Nicht anwesend
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Nicht abgestimmt	Mattmüller Georg (SP)	Nicht anwesend
Jenny David (FDP)	Nicht anwesend	Suter Stefan (SVP)	Nicht anwesend
Haller Christophe (FDP)	Nicht anwesend	Amiet Lorenz (SVP)	Nicht anwesend
Baumgartner Claudia (GLP)	Nicht anwesend	Block Laetitia (SVP)	Nicht anwesend
Christ Tobias (GLP)	Nicht abgestimmt	Mück Heidi (BastA)	Nicht anwesend
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nicht anwesend	Stier Franziska (BastA)	Nicht anwesend
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nicht anwesend	Goepfert Nicola (BastA)	Nicht abgestimmt
Bernasconi Patrizia (BastA)	Nicht anwesend	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend
Bay Hanna (SP)	Nicht anwesend	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend
Amacher Nicole (SP)	Nicht anwesend	Ebi Alex (LDP)	Nicht anwesend
Pfister Pascal (SP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Nicht abgestimmt
Meyer Helena (SP)	Nicht abgestimmt	Herter Balz (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Bolz Leoni (SP)	Nicht anwesend	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Perret Jean-Luc (SP)	Nicht anwesend	Pekerman Bülent (GLP)	Nicht anwesend
Miozzari Claudio (SP)	Nicht anwesend	Sieber Johannes (GLP)	Nicht anwesend
Trevisan Amina (SP)	Nicht abgestimmt	Seiler Daniel (FDP)	Nicht anwesend
Erdogan Seyit (SP)	Nicht abgestimmt	Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht abgestimmt
Wittlin Stefan (SP)	Nicht abgestimmt	Graber Michael (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Schäfer Maria Ioana (SP)	Nicht abgestimmt	Wehrli Felix (SVP)	Nicht anwesend
Mahmoud Ismail (SP)	Nicht abgestimmt	Schweizer Jenny (SVP)	Nicht abgestimmt
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend	Mazzotti Sasha (SP)	Nicht anwesend
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend	Leschhorn Strebel Martin (SP)	Nicht anwesend
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend	Hettich Daniel (LDP)	Nicht anwesend
Hanauer Raffaella (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nicht anwesend
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend	Schweizer Silvia (FDP)	Nicht anwesend
Thüring Joël (SVP)	Nicht anwesend	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Stalder Roger (SVP)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Schaller Beat K. (SVP)	Nicht abgestimmt	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nicht anwesend
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nicht abgestimmt	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend
Faesch Lukas (LDP)	Nicht anwesend	Battaglia Olivier (LDP)	Nicht anwesend
Karger Philip (LDP)	Nicht abgestimmt		
Nigon Gabriel (LDP)	Nicht anwesend		

Ergebnis	Total	SP	LDP	SVP	GRÜNE/jgb	Mitte-EVP	GLP	FDP	BastA	Fraktionslos	Präsidium
Ja	2	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1
Nein	1	0	0	1	0	0	0	0	0	0	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	3	1	0	1	0	0	0	0	0	0	1
Nicht abgestimmt	22	7	3	3	1	4	1	0	2	1	0
Nicht anwesend	75	23	10	7	11	7	6	7	4	0	0
Stimmberechtigt	100	31	13	11	12	11	7	7	6	1	1



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 12
25.5172

Abstimmungsdatum

06. Mai 2026 16:13:09

Geschäft

Petition P497 "Manifest für Null Verkehrstote in Basel - Vision Zero", Bericht der PetKo

Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Nicht anwesend	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Nicht anwesend	Schai Marina (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Nein	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP, P)	Präsident	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Nicht anwesend
Jenny David (FDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Nicht abgestimmt
Haller Christophe (FDP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Nicht anwesend
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Stier Franziska (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Nein
Pfister Pascal (SP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Nein
Meyer Helena (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Nicht anwesend
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht abgestimmt
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Nicht anwesend
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Leschhorn Strebel Martin (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Hanauer Raffaella (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Nein	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein
Stalder Roger (SVP)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Nein	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nein	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Nicht anwesend	Battaglia Olivier (LDP)	Nein
Karger Philip (LDP)	Nein		
Nigon Gabriel (LDP)	Nein		

Ergebnis	Total	SP	LDP	SVP	GRÜNE/jgb	Mitte-EVP	GLP	FDP	BastA	Fraktionslos	Präsidium
Ja	68	28	0	0	12	10	6	6	6	0	0
Nein	22	0	11	9	0	1	0	1	0	0	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	90	28	11	9	12	11	6	7	6	0	0
Nicht abgestimmt	3	0	0	1	0	0	0	0	0	1	1
Nicht anwesend	7	3	2	1	0	0	1	0	0	0	0
Stimmberechtigt	100	31	13	11	12	11	7	7	6	1	1



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 14
26.5094

Abstimmungsdatum

06. Mai 2026 16:44:21

Geschäft

Motion 1 Laurin Hoppler und Konsorten betreffend späteren Schulbeginn am Morgen an der Sekundarstufe I und II, dem ZBA und den Berufsschulen im Kanton Basel-Stadt

Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja	Barth Johannes (FDP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Nicht anwesend	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Nicht anwesend	Schai Marina (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP, P)	Präsident	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Nicht anwesend
Jenny David (FDP)	Nein	Suter Stefan (SVP)	Nein
Haller Christophe (FDP)	Nicht abgestimmt	Amiet Lorenz (SVP)	Nicht anwesend
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nein	Stier Franziska (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nein	Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Meyer Helena (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Nein
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Nicht anwesend
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Nicht anwesend
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Leschhorn Strebel Martin (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Hanauer Raffaella (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ent
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Nicht abgestimmt
Thüring Joël (SVP)	Nein	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein
Stalder Roger (SVP)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ent
Schaller Beat K. (SVP)	Ent	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nein	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Nicht anwesend	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja		
Nigon Gabriel (LDP)	Nicht abgestimmt		

Ergebnis	Total	SP	LDP	SVP	GRÜNE/jgb	Mitte-EVP	GLP	FDP	BastA	Fraktionslos	Präsidium
Ja	71	29	8	2	12	6	6	2	6	0	0
Nein	15	0	1	6	0	4	0	3	0	1	0
Ent	3	0	1	1	0	1	0	0	0	0	0
Abgestimmt	89	29	10	9	12	11	6	5	6	1	0
Nicht abgestimmt	4	0	1	0	0	0	0	2	0	0	1
Nicht anwesend	7	2	2	2	0	0	1	0	0	0	0
Stimmberechtigt	100	31	13	11	12	11	7	7	6	1	1



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 15
26.5100

Abstimmungsdatum

06. Mai 2026 17:17:07

Geschäft

Motion 2 Lisa Mathys und Konsorten betreffend Umsetzungsplanung zur Erreichung der Biodiversitätsziele durch die Immobilien Basel-Stadt

Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Nein
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Nein
Esposito Zaira (SP)	Ja	Barth Johannes (FDP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Nicht anwesend	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nein
Furlano Raoul I. (LDP)	Nicht anwesend	Schai Marina (Mitte-EVP)	Nein
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nein
Hug Michael (LDP)	Nein	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP, P)	Präsident	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Nicht anwesend
Jenny David (FDP)	Nein	Suter Stefan (SVP)	Nein
Haller Christophe (FDP)	Nein	Amiet Lorenz (SVP)	Nicht anwesend
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nein	Stier Franziska (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nein	Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Nein
Pfister Pascal (SP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Nein
Meyer Helena (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP)	Nein
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Nein
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Nicht anwesend
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Nicht anwesend
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Leschhorn Strebel Martin (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Hanauer Raffaella (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Nein
Thüring Joël (SVP)	Nein	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein
Stalder Roger (SVP)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nein
Schaller Beat K. (SVP)	Nein	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nein	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Nicht anwesend	Battaglia Olivier (LDP)	Nein
Karger Philip (LDP)	Ja		
Nigon Gabriel (LDP)	Nein		

Ergebnis	Total	SP	LDP	SVP	GRÜNE/jgb	Mitte-EVP	GLP	FDP	BastA	Fraktionslos	Präsidium
Ja	56	29	1	0	12	2	6	0	6	0	0
Nein	36	0	10	9	0	9	0	7	0	1	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	92	29	11	9	12	11	6	7	6	1	0
Nicht abgestimmt	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	7	2	2	2	0	0	1	0	0	0	0
Stimmberechtigt	100	31	13	11	12	11	7	7	6	1	1



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 16
26.5096

Abstimmungsdatum

06. Mai 2026 17:24:22

Geschäft

Anzug 1 Brigitte Gysin und Sandra Bothe betreffend Einführung einer stufengerechten Nachtspernung bei eduBS-Books

Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Nein
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ent
Esposito Zaira (SP)	Ja	Barth Johannes (FDP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Nicht anwesend	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ent	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Nicht anwesend	Schai Marina (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Nicht abgestimmt	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP, P)	Präsident	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Nicht anwesend
Jenny David (FDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Haller Christophe (FDP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Nicht anwesend
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Nein
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Stier Franziska (BastA)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Meyer Helena (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Nicht anwesend
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Nicht anwesend
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Leschhorn Strebel Martin (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaella (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Nein
Thüring Joël (SVP)	Nein	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Nicht anwesend	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja		
Nigon Gabriel (LDP)	Ja		

Ergebnis	Total	SP	LDP	SVP	GRÜNE/jgb	Mitte-EVP	GLP	FDP	BastA	Fraktionslos	Präsidium
Ja	79	28	11	6	12	10	6	2	4	0	0
Nein	9	0	0	2	0	0	0	4	2	1	0
Ent	2	1	0	0	0	0	0	1	0	0	0
Abgestimmt	90	29	11	8	12	10	6	7	6	1	0
Nicht abgestimmt	3	0	0	1	0	1	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	7	2	2	2	0	0	1	0	0	0	0
Stimmberechtigt	100	31	13	11	12	11	7	7	6	1	1



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 20
26.5108

Abstimmungsdatum

06. Mai 2026 17:41:45

Geschäft

Anzug 5 Lea Wirz und Konsorten betreffend eine nachhaltige, gesunde und lokal verankerte Ernährungspolitik im Kanton Basel-Stadt

Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Nein
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Nein
Esposito Zaira (SP)	Ja	Barth Johannes (FDP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Nicht anwesend	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nein
Furlano Raoul I. (LDP)	Nicht anwesend	Schai Marina (Mitte-EVP)	Nein
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nein
Hug Michael (LDP)	Nein	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP, P)	Präsident	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Nicht anwesend
Jenny David (FDP)	Nein	Suter Stefan (SVP)	Nein
Haller Christophe (FDP)	Nein	Amiet Lorenz (SVP)	Nicht anwesend
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nein	Stier Franziska (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nein	Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ent	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Nein
Pfister Pascal (SP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Nein
Meyer Helena (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP)	Nein
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Nein
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Nicht anwesend
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ent
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Nicht anwesend
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Leschhorn Strebel Martin (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Hanauer Raffaella (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Nein
Thüring Joël (SVP)	Nein	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein
Stalder Roger (SVP)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nein
Schaller Beat K. (SVP)	Nein	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nein	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Nicht anwesend	Battaglia Olivier (LDP)	Nein
Karger Philip (LDP)	Nein		
Nigon Gabriel (LDP)	Nein		

Ergebnis	Total	SP	LDP	SVP	GRÜNE/jgb	Mitte-EVP	GLP	FDP	BastA	Fraktionslos	Präsidium
Ja	55	29	1	1	12	0	6	0	6	0	0
Nein	35	0	10	8	0	9	0	7	0	1	0
Ent	2	0	0	0	0	2	0	0	0	0	0
Abgestimmt	92	29	11	9	12	11	6	7	6	1	0
Nicht abgestimmt	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	7	2	2	2	0	0	1	0	0	0	0
Stimmberechtigt	100	31	13	11	12	11	7	7	6	1	1



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 22
26.5111

Abstimmungsdatum

06. Mai 2026 17:56:07

Geschäft

Anzug 7 Brigitta Gerber und Konsorten betreffend Reparieren statt Wegwerfen - Reparaturbonus auch für Basel

Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Mathys Lisa (SP)	Nicht anwesend	Urgese Luca (FDP)	Nein
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Nein
Esposito Zaira (SP)	Ja	Barth Johannes (FDP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Nicht anwesend	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nein
Furlano Raoul I. (LDP)	Nicht anwesend	Schai Marina (Mitte-EVP)	Nein
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Nein	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP, P)	Präsident	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Nicht anwesend
Jenny David (FDP)	Nein	Suter Stefan (SVP)	Nein
Haller Christophe (FDP)	Nein	Amiet Lorenz (SVP)	Nicht anwesend
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nein	Stier Franziska (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nein	Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Nein
Pfister Pascal (SP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Nein
Meyer Helena (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP)	Nein
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Nein
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Nicht anwesend
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht abgestimmt
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Nicht anwesend
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Leschhorn Strebel Martin (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Hanauer Raffaella (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Nein
Thüring Joël (SVP)	Nein	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein
Stalder Roger (SVP)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nein
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nein	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Nicht anwesend	Battaglia Olivier (LDP)	Nein
Karger Philip (LDP)	Nein		
Nigon Gabriel (LDP)	Nein		

Ergebnis	Total	SP	LDP	SVP	GRÜNE/jgb	Mitte-EVP	GLP	FDP	BastA	Fraktionslos	Präsidium
Ja	56	28	0	1	12	3	6	0	6	0	0
Nein	34	0	11	8	0	8	0	7	0	0	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	90	28	11	9	12	11	6	7	6	0	0
Nicht abgestimmt	2	0	0	0	0	0	0	0	0	1	1
Nicht anwesend	8	3	2	2	0	0	1	0	0	0	0
Stimmberechtigt	100	31	13	11	12	11	7	7	6	1	1



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 47
25.0674

Abstimmungsdatum

20. Mai 2026 08:24:54

Geschäft

Lohnmassnahmen zur Steigerung der Arbeitgeberattraktivität sowie Ablösung der befristeten Arbeitsmarktzulage für Mitarbeitende der Kantonspolizei, Bericht der WAK

Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Mathys Lisa (SP)	Nicht anwesend	Urgese Luca (FDP)	Nicht anwesend
Nussbaumer Melanie (SP)	Nicht anwesend	Moesch Christian C. (FDP)	Nicht anwesend
Esposito Zaira (SP)	Nicht anwesend	Barth Johannes (FDP)	Nicht anwesend
Eberhard Melanie (SP)	Nicht anwesend	Bolliger Oliver (BastA)	Nicht anwesend
Cuénod Tim (SP)	Nicht anwesend	Gerber Brigitta (BastA)	Nicht anwesend
Heer Barbara (SP)	Nicht anwesend	Kühne Brigitte (GLP)	Nicht anwesend
Baumgartner Julia (SP)	Nicht anwesend	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nicht anwesend
Gmür Daniel (SP)	Nicht anwesend	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Furlano Raoul I. (LDP)	Nicht anwesend	Schai Marina (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
von Falkenstein Annina (LDP)	Nicht anwesend	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Hug Michael (LDP)	Nicht anwesend	Kabakci Mahir (SP)	Nicht anwesend
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nicht anwesend	Gölgeli Edibe (SP)	Nicht anwesend
Alioth Catherine (LDP)	Nicht anwesend	Brandenburger Jessica (SP)	Nicht anwesend
Messerli Pascal (SVP)	Nicht anwesend	Bessenich Salome (SP)	Nicht anwesend
Fischer Patrick (SVP)	Nicht anwesend	Keller Christine (SP)	Nicht anwesend
Hablützel-Bürki Gianna (SVP, P)	Präsident	Baumgartner Beda (SP)	Nicht anwesend
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend	Balmer Ivo (SP)	Nicht anwesend
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend	Seggiani Michela (SP)	Nicht anwesend
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend	Mattmüller Georg (SP)	Nicht anwesend
Jenny David (FDP)	Nicht anwesend	Suter Stefan (SVP)	Nicht anwesend
Haller Christophe (FDP)	Nicht anwesend	Amiet Lorenz (SVP)	Nicht anwesend
Baumgartner Claudia (GLP)	Nicht anwesend	Block Laetitia (SVP)	Nicht anwesend
Christ Tobias (GLP)	Nicht anwesend	Mück Heidi (BastA)	Nicht anwesend
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nicht anwesend	Stier Franziska (BastA)	Nicht anwesend
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nicht anwesend	Goepfert Nicola (BastA)	Nicht anwesend
Bernasconi Patrizia (BastA)	Nicht anwesend	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Nicht anwesend	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend
Bay Hanna (SP)	Nicht anwesend	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend
Amacher Nicole (SP)	Nicht abgestimmt	Ebi Alex (LDP)	Nicht anwesend
Pfister Pascal (SP)	Nicht anwesend	Iselin Adrian (LDP)	Nicht anwesend
Meyer Helena (SP)	Nicht anwesend	Herter Balz (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Bolz Leoni (SP)	Nicht anwesend	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Perret Jean-Luc (SP)	Nicht anwesend	Pekerman Bülent (GLP)	Nicht anwesend
Miozzari Claudio (SP)	Nicht anwesend	Sieber Johannes (GLP)	Nicht anwesend
Trevisan Amina (SP)	Nicht anwesend	Seiler Daniel (FDP)	Nicht anwesend
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht anwesend
Wittlin Stefan (SP)	Nicht anwesend	Graber Michael (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Schäfer Maria Ioana (SP)	Nicht anwesend	Wehrli Felix (SVP)	Nicht anwesend
Mahmoud Ismail (SP)	Nicht anwesend	Schweizer Jenny (SVP)	Nicht anwesend
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend	Mazzotti Sasha (SP)	Nicht anwesend
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend	Leschhorn Strebel Martin (SP)	Nicht anwesend
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend	Hettich Daniel (LDP)	Nicht anwesend
Hanauer Raffaella (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nicht anwesend
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend	Schweizer Silvia (FDP)	Nicht anwesend
Thüring Joël (SVP)	Nicht anwesend	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Stalder Roger (SVP)	Nicht anwesend	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Schaller Beat K. (SVP)	Nicht anwesend	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nicht anwesend
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nicht anwesend	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend
Faesch Lukas (LDP)	Nicht anwesend	Battaglia Olivier (LDP)	Nicht anwesend
Karger Philip (LDP)	Nicht anwesend		
Nigon Gabriel (LDP)	Nicht anwesend		

Ergebnis	Total	SP	LDP	SVP	GRÜNE/jgb	Mitte-EVP	GLP	FDP	BastA	Fraktionslos	Präsidium
Ja	1	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Nein	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	1	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Nicht abgestimmt	3	1	0	0	0	1	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	96	29	13	11	12	10	7	7	6	1	0
Stimmberechtigt	100	31	13	11	12	11	7	7	6	1	1



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 47
25.0674

Abstimmungsdatum

20. Mai 2026 08:30:30

Geschäft

Lohnmassnahmen zur Steigerung der Arbeitgeberattraktivität sowie Ablösung der befristeten Arbeitsmarktzulage für Mitarbeitende der Kantonspolizei, Bericht der WAK

Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Mathys Lisa (SP)	Nicht anwesend	Urgese Luca (FDP)	Nicht anwesend
Nussbaumer Melanie (SP)	Nicht anwesend	Moesch Christian C. (FDP)	Nicht anwesend
Esposito Zaira (SP)	Nicht anwesend	Barth Johannes (FDP)	Nicht anwesend
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Nicht anwesend
Cuénod Tim (SP)	Nicht anwesend	Gerber Brigitta (BastA)	Nicht anwesend
Heer Barbara (SP)	Nicht anwesend	Kühne Brigitte (GLP)	Nicht anwesend
Baumgartner Julia (SP)	Nicht anwesend	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nicht anwesend
Gmür Daniel (SP)	Nicht anwesend	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Furlano Raoul I. (LDP)	Nicht anwesend	Schai Marina (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
von Falkenstein Annina (LDP)	Nicht anwesend	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Hug Michael (LDP)	Nicht anwesend	Kabakci Mahir (SP)	Nicht anwesend
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nicht anwesend	Gölgeli Edibe (SP)	Nicht anwesend
Alioth Catherine (LDP)	Nicht anwesend	Brandenburger Jessica (SP)	Nicht anwesend
Messerli Pascal (SVP)	Nicht anwesend	Bessenich Salome (SP)	Nicht anwesend
Fischer Patrick (SVP)	Nicht anwesend	Keller Christine (SP)	Nicht anwesend
Hablützel-Bürki Gianna (SVP, P)	Präsident	Baumgartner Beda (SP)	Nicht anwesend
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend	Balmer Ivo (SP)	Nicht anwesend
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend	Seggiani Michela (SP)	Nicht anwesend
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend	Mattmüller Georg (SP)	Nicht anwesend
Jenny David (FDP)	Nicht anwesend	Suter Stefan (SVP)	Nicht anwesend
Haller Christophe (FDP)	Nicht anwesend	Amiet Lorenz (SVP)	Nicht anwesend
Baumgartner Claudia (GLP)	Nicht anwesend	Block Laetitia (SVP)	Nicht anwesend
Christ Tobias (GLP)	Nicht anwesend	Mück Heidi (BastA)	Nicht anwesend
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nicht anwesend	Stier Franziska (BastA)	Nicht anwesend
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nicht anwesend	Goepfert Nicola (BastA)	Nicht anwesend
Bernasconi Patrizia (BastA)	Nicht anwesend	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Nicht anwesend	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend
Bay Hanna (SP)	Nicht anwesend	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend
Amacher Nicole (SP)	Nicht abgestimmt	Ebi Alex (LDP)	Nicht anwesend
Pfister Pascal (SP)	Nicht anwesend	Iselin Adrian (LDP)	Nicht anwesend
Meyer Helena (SP)	Nicht anwesend	Herter Balz (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Bolz Leoni (SP)	Nicht anwesend	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Perret Jean-Luc (SP)	Nicht anwesend	Pekerman Bülent (GLP)	Nicht anwesend
Miozzari Claudio (SP)	Nicht anwesend	Sieber Johannes (GLP)	Nicht anwesend
Trevisan Amina (SP)	Nicht anwesend	Seiler Daniel (FDP)	Nicht anwesend
Erdogan Seyit (SP)	Nicht anwesend	Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht abgestimmt
Wittlin Stefan (SP)	Nicht anwesend	Graber Michael (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Schäfer Maria Ioana (SP)	Nicht anwesend	Wehrli Felix (SVP)	Nicht anwesend
Mahmoud Ismail (SP)	Nicht anwesend	Schweizer Jenny (SVP)	Nicht anwesend
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend	Mazzotti Sasha (SP)	Nicht anwesend
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend	Leschhorn Strebelt Martin (SP)	Nicht anwesend
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend	Hettich Daniel (LDP)	Nicht anwesend
Hanauer Raffaella (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nicht anwesend
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend	Schweizer Silvia (FDP)	Nicht abgestimmt
Thüring Joël (SVP)	Nicht anwesend	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Stalder Roger (SVP)	Nicht anwesend	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Schaller Beat K. (SVP)	Nicht anwesend	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nicht anwesend
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nicht anwesend	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend
Faesch Lukas (LDP)	Nicht anwesend	Battaglia Olivier (LDP)	Nicht anwesend
Karger Philip (LDP)	Nicht anwesend		
Nigon Gabriel (LDP)	Nicht anwesend		

Ergebnis	Total	SP	LDP	SVP	GRÜNE/jgb	Mitte-EVP	GLP	FDP	BastA	Fraktionslos	Präsidium
Ja	1	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Nein	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	1	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Nicht abgestimmt	5	1	0	0	0	1	0	1	0	1	1
Nicht anwesend	94	29	13	11	12	10	7	6	6	0	0
Stimmberechtigt	100	31	13	11	12	11	7	7	6	1	1



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 47
25.0674

Abstimmungsdatum

20. Mai 2026 09:26:06

Geschäft

Lohnmassnahmen zur Steigerung der Arbeitgeberattraktivität sowie Ablösung der befristeten Arbeitsmarktzulage für Mitarbeitende der Kantonspolizei, Bericht der WAK

Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Schai Marina (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP, P)	Präsident	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Haller Christophe (FDP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Stier Franziska (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Meyer Helena (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Nicht anwesend
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Nicht abgestimmt	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Leschhorn Strebel Martin (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaella (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja		
Nigon Gabriel (LDP)	Ja		

Ergebnis	Total	SP	LDP	SVP	GRÜNE/jgb	Mitte-EVP	GLP	FDP	BastA	Fraktionslos	Präsidium
Ja	96	30	13	11	12	11	6	7	6	0	0
Nein	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	97	30	13	11	12	11	6	7	6	1	0
Nicht abgestimmt	2	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	1	0	0	0	0	0	1	0	0	0	0
Stimmberechtigt	100	31	13	11	12	11	7	7	6	1	1



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 47
25.0674

Abstimmungsdatum

20. Mai 2026 09:26:51

Geschäft

Lohnmassnahmen zur Steigerung der Arbeitgeberattraktivität sowie Ablösung der befristeten Arbeitsmarktzulage für Mitarbeitende der Kantonspolizei, Bericht der WAK

Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Mathys Lisa (SP)	Nein	Urgese Luca (FDP)	Nein
Nussbaumer Melanie (SP)	Nein	Moesch Christian C. (FDP)	Nein
Esposito Zaira (SP)	Nein	Barth Johannes (FDP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Nein	Bolliger Oliver (BastA)	Nein
Cuénod Tim (SP)	Nein	Gerber Brigitta (BastA)	Nein
Heer Barbara (SP)	Nein	Kühne Brigitte (GLP)	Nein
Baumgartner Julia (SP)	Nein	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nein
Gmür Daniel (SP)	Nein	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nein
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein	Schai Marina (Mitte-EVP)	Nein
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nein
Hug Michael (LDP)	Nein	Kabakci Mahir (SP)	Nein
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein	Gölgeli Edibe (SP)	Nein
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Brandenburger Jessica (SP)	Nein
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Keller Christine (SP)	Nein
Hablützel-Bürki Gianna (SVP, P)	Präsident	Baumgartner Beda (SP)	Nein
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Nein	Balmer Ivo (SP)	Nein
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Nein	Seggiani Michela (SP)	Nein
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Nein	Mattmüller Georg (SP)	Nein
Jenny David (FDP)	Nein	Suter Stefan (SVP)	Nein
Haller Christophe (FDP)	Nein	Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Nein	Block Laetitia (SVP)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Nein	Mück Heidi (BastA)	Nein
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nein	Stier Franziska (BastA)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nein	Goepfert Nicola (BastA)	Nein
Bernasconi Patrizia (BastA)	Nein	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Nein
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Nein	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Nein
Bay Hanna (SP)	Nein	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Nein
Amacher Nicole (SP)	Nein	Ebi Alex (LDP)	Nein
Pfister Pascal (SP)	Nein	Iselin Adrian (LDP)	Nein
Meyer Helena (SP)	Nein	Herter Balz (Mitte-EVP)	Nein
Bolz Leoni (SP)	Nein	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Nein
Perret Jean-Luc (SP)	Nein	Pekerman Bülent (GLP)	Nein
Miozzari Claudio (SP)	Nein	Sieber Johannes (GLP)	Nicht anwesend
Trevisan Amina (SP)	Nein	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Nicht abgestimmt	Weber Eric (Fraktionslos)	Ja
Wittlin Stefan (SP)	Nein	Graber Michael (Mitte-EVP)	Nein
Schäfer Maria Ioana (SP)	Nein	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Mahmoud Ismail (SP)	Nein	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Nein	Mazzotti Sasha (SP)	Nein
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Nein	Leschhorn Strebel Martin (SP)	Nein
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Nein	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Hanauer Raffaella (GRÜNE/jgb)	Nein	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Nein	Schweizer Silvia (FDP)	Nein
Thüring Joël (SVP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein
Stalder Roger (SVP)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nein
Schaller Beat K. (SVP)	Nein	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nein	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Nein
Faesch Lukas (LDP)	Nein	Battaglia Olivier (LDP)	Nein
Karger Philip (LDP)	Nein		
Nigon Gabriel (LDP)	Nein		

Ergebnis	Total	SP	LDP	SVP	GRÜNE/jgb	Mitte-EVP	GLP	FDP	BastA	Fraktionslos	Präsidium
Ja	3	0	0	1	0	0	1	0	0	1	0
Nein	94	30	13	10	12	11	5	7	6	0	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	97	30	13	11	12	11	6	7	6	1	0
Nicht abgestimmt	2	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	1	0	0	0	0	0	1	0	0	0	0
Stimmberechtigt	100	31	13	11	12	11	7	7	6	1	1



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 47
25.0674

Abstimmungsdatum

20. Mai 2026 09:30:34

Geschäft

Lohnmassnahmen zur Steigerung der Arbeitgeberattraktivität sowie Ablösung der befristeten Arbeitsmarktzulage für Mitarbeitende der Kantonspolizei, Bericht der WAK

Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Schai Marina (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP, P)	Präsident	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Haller Christophe (FDP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Stier Franziska (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Meyer Helena (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Nicht anwesend
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Nicht abgestimmt	Weber Eric (Fraktionslos)	Ent
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Leschhorn Strebel Martin (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaella (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja		
Nigon Gabriel (LDP)	Ja		

Ergebnis	Total	SP	LDP	SVP	GRÜNE/jgb	Mitte-EVP	GLP	FDP	BastA	Fraktionslos	Präsidium
Ja	96	30	13	11	12	11	6	7	6	0	0
Nein	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Ent	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Abgestimmt	97	30	13	11	12	11	6	7	6	1	0
Nicht abgestimmt	2	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	1	0	0	0	0	0	1	0	0	0	0
Stimmberechtigt	100	31	13	11	12	11	7	7	6	1	1



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 47
25.0674

Abstimmungsdatum

20. Mai 2026 09:40:27

Geschäft

Lohnmassnahmen zur Steigerung der Arbeitgeberattraktivität sowie Ablösung der befristeten Arbeitsmarktzulage für Mitarbeitende der Kantonspolizei, Bericht der WAK

Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Schai Marina (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP, P)	Präsident	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Haller Christophe (FDP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Stier Franziska (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Meyer Helena (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Nicht anwesend
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Nicht abgestimmt	Weber Eric (Fraktionslos)	Ent
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Leschhorn Strebel Martin (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaella (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja		
Nigon Gabriel (LDP)	Ja		

Ergebnis	Total	SP	LDP	SVP	GRÜNE/jgb	Mitte-EVP	GLP	FDP	BastA	Fraktionslos	Präsidium
Ja	96	30	13	11	12	11	6	7	6	0	0
Nein	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Ent	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Abgestimmt	97	30	13	11	12	11	6	7	6	1	0
Nicht abgestimmt	2	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	1	0	0	0	0	0	1	0	0	0	0
Stimmberechtigt	100	31	13	11	12	11	7	7	6	1	1



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 47
25.0674

Abstimmungsdatum

20. Mai 2026 09:42:00

Geschäft

Lohnmassnahmen zur Steigerung der Arbeitgeberattraktivität sowie Ablösung der befristeten Arbeitsmarktzulage für Mitarbeitende der Kantonspolizei, Bericht der WAK

Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Mathys Lisa (SP)	Nein	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Nein	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Nein	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Nein	Bolliger Oliver (BastA)	Nein
Cuénod Tim (SP)	Nein	Gerber Brigitta (BastA)	Nein
Heer Barbara (SP)	Nein	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Nein	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Nein	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Schai Marina (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Nein
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Nein
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Nein
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Nein
Hablützel-Bürki Gianna (SVP, P)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Nein
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Nein	Balmer Ivo (SP)	Nein
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Nein	Seggiani Michela (SP)	Nein
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Nein	Mattmüller Georg (SP)	Nein
Jenny David (FDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Haller Christophe (FDP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Nein
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Stier Franziska (BastA)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Nein
Bernasconi Patrizia (BastA)	Nein	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Nein
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Nein
Bay Hanna (SP)	Nein	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Nein
Amacher Nicole (SP)	Nein	Ebi Alex (LDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Nein	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Meyer Helena (SP)	Nein	Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Nein	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Nein	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Nein	Sieber Johannes (GLP)	Nicht anwesend
Trevisan Amina (SP)	Nein	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Nein	Weber Eric (Fraktionslos)	Ja
Wittlin Stefan (SP)	Nein	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Nein	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Nein	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Nein	Mazzotti Sasha (SP)	Nein
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Nein	Leschhorn Strebel Martin (SP)	Nein
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Nein	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaella (GRÜNE/jgb)	Nein	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Nein	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Nein
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja		
Nigon Gabriel (LDP)	Ja		

Ergebnis	Total	SP	LDP	SVP	GRÜNE/jgb	Mitte-EVP	GLP	FDP	BastA	Fraktionslos	Präsidium
Ja	50	0	13	11	0	11	6	7	0	1	1
Nein	49	31	0	0	12	0	0	0	6	0	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	99	31	13	11	12	11	6	7	6	1	1
Nicht abgestimmt	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Nicht anwesend	1	0	0	0	0	0	1	0	0	0	0
Stimmberechtigt	100	31	13	11	12	11	7	7	6	1	1



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 47
25.0674

Abstimmungsdatum

20. Mai 2026 09:43:21

Geschäft

Lohnmassnahmen zur Steigerung der Arbeitgeberattraktivität sowie Ablösung der befristeten Arbeitsmarktzulage für Mitarbeitende der Kantonspolizei, Bericht der WAK

Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Ent
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Ent
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Schai Marina (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP, P)	Präsident	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ent	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ent	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Haller Christophe (FDP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Ent
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Stier Franziska (BastA)	Ent
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Ent
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ent	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Meyer Helena (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Nicht anwesend
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Ja
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Leschhorn Strebel Martin (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaella (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja		
Nigon Gabriel (LDP)	Ja		

Ergebnis	Total	SP	LDP	SVP	GRÜNE/jgb	Mitte-EVP	GLP	FDP	BastA	Fraktionslos	Präsidium
Ja	90	31	13	11	10	11	6	7	0	1	0
Nein	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Ent	8	0	0	0	2	0	0	0	6	0	0
Abgestimmt	98	31	13	11	12	11	6	7	6	1	0
Nicht abgestimmt	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	1	0	0	0	0	0	1	0	0	0	0
Stimmberechtigt	100	31	13	11	12	11	7	7	6	1	1



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 47
25.0674

Abstimmungsdatum

20. Mai 2026 09:44:39

Geschäft

Lohnmassnahmen zur Steigerung der Arbeitgeberattraktivität sowie Ablösung der befristeten Arbeitsmarktzulage für Mitarbeitende der Kantonspolizei, Bericht der WAK

Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Schai Marina (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP, P)	Präsident	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Haller Christophe (FDP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Stier Franziska (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Meyer Helena (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Nicht anwesend
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Ja
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Leschhorn Strebel Martin (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaella (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja		
Nigon Gabriel (LDP)	Ja		

Ergebnis	Total	SP	LDP	SVP	GRÜNE/jgb	Mitte-EVP	GLP	FDP	BastA	Fraktionslos	Präsidium
Ja	98	31	13	11	12	11	6	7	6	1	0
Nein	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	98	31	13	11	12	11	6	7	6	1	0
Nicht abgestimmt	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	1	0	0	0	0	0	1	0	0	0	0
Stimmberechtigt	100	31	13	11	12	11	7	7	6	1	1



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 47
25.0674

Abstimmungsdatum

20. Mai 2026 09:46:26

Geschäft

Lohnmassnahmen zur Steigerung der Arbeitgeberattraktivität sowie Ablösung der befristeten Arbeitsmarktzulage für Mitarbeitende der Kantonspolizei, Bericht der WAK

Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Schai Marina (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP, P)	Präsident	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Haller Christophe (FDP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Stier Franziska (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Nicht abgestimmt
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Meyer Helena (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Nicht anwesend
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Leschhorn Strebel Martin (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaella (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja		
Nigon Gabriel (LDP)	Ja		

Ergebnis	Total	SP	LDP	SVP	GRÜNE/jgb	Mitte-EVP	GLP	FDP	BastA	Fraktionslos	Präsidium
Ja	96	31	13	11	11	11	6	7	6	0	0
Nein	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	97	31	13	11	11	11	6	7	6	1	0
Nicht abgestimmt	2	0	0	0	1	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	1	0	0	0	0	0	1	0	0	0	0
Stimmberechtigt	100	31	13	11	12	11	7	7	6	1	1



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 47
25.0674

Abstimmungsdatum

20. Mai 2026 09:47:06

Geschäft

Lohnmassnahmen zur Steigerung der Arbeitgeberattraktivität sowie Ablösung der befristeten Arbeitsmarktzulage für Mitarbeitende der Kantonspolizei, Bericht der WAK

Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Ent
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Ent
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Schai Marina (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP, P)	Präsident	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ent	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ent	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Haller Christophe (FDP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Ent
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Stier Franziska (BastA)	Ent
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Ent
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ent	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Meyer Helena (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Nicht anwesend
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Leschhorn Strebel Martin (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaella (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja		
Nigon Gabriel (LDP)	Ja		

Ergebnis	Total	SP	LDP	SVP	GRÜNE/jgb	Mitte-EVP	GLP	FDP	BastA	Fraktionslos	Präsidium
Ja	89	31	13	11	10	11	6	7	0	0	0
Nein	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Ent	8	0	0	0	2	0	0	0	6	0	0
Abgestimmt	98	31	13	11	12	11	6	7	6	1	0
Nicht abgestimmt	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	1	0	0	0	0	0	1	0	0	0	0
Stimmberechtigt	100	31	13	11	12	11	7	7	6	1	1



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 24
26.5113

Abstimmungsdatum

20. Mai 2026 10:20:06

Geschäft

Anzug 9 Barbara Heer und Konsorten betreffend Beschleunigung der Wiederherstellung des öffentlichen Verkehrs rund um Kundgebungen

Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Nein
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Nein
Esposito Zaira (SP)	Ja	Barth Johannes (FDP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Nein
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nein
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nein
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein	Schai Marina (Mitte-EVP)	Nein
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ent
Hug Michael (LDP)	Nein	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP, P)	Präsident	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Nicht anwesend
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Jenny David (FDP)	Nein	Suter Stefan (SVP)	Nein
Haller Christophe (FDP)	Nein	Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Nein	Mück Heidi (BastA)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nein	Stier Franziska (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nein	Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ent	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Nein
Pfister Pascal (SP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Nein
Meyer Helena (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP)	Nein
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Nein
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ent
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Nicht anwesend
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Nicht abgestimmt	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ent
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Leschhorn Strebel Martin (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Hanauer Raffaella (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Nein
Thüring Joël (SVP)	Nein	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein
Stalder Roger (SVP)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ent
Schaller Beat K. (SVP)	Nein	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nein
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nein	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Nein	Battaglia Olivier (LDP)	Nein
Karger Philip (LDP)	Nein		
Nigon Gabriel (LDP)	Nein		

Ergebnis	Total	SP	LDP	SVP	GRÜNE/jgb	Mitte-EVP	GLP	FDP	BastA	Fraktionslos	Präsidium
Ja	49	29	1	0	12	0	1	0	6	0	0
Nein	42	0	12	11	0	7	4	7	0	1	0
Ent	5	0	0	0	0	4	1	0	0	0	0
Abgestimmt	96	29	13	11	12	11	6	7	6	1	0
Nicht abgestimmt	2	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	2	1	0	0	0	0	1	0	0	0	0
Stimmberechtigt	100	31	13	11	12	11	7	7	6	1	1



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 25
26.5114

Abstimmungsdatum

20. Mai 2026 10:34:48

Geschäft

Anzug 10 Fleur Weibel und Konsorten betreffend bessere Fahrgastinformationen im öffentlichen Verkehr rund um Kundgebungen

Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Nein
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Nein
Esposito Zaira (SP)	Ja	Barth Johannes (FDP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Nein
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nein
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nein
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein	Schai Marina (Mitte-EVP)	Nein
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ent
Hug Michael (LDP)	Nein	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP, P)	Präsident	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Nicht anwesend
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Jenny David (FDP)	Nein	Suter Stefan (SVP)	Nein
Haller Christophe (FDP)	Nein	Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Nein	Mück Heidi (BastA)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nein	Stier Franziska (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nein	Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ent	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Nein
Pfister Pascal (SP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Nein
Meyer Helena (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP)	Nein
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Nein
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Nicht anwesend
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Nicht abgestimmt	Weber Eric (Fraktionslos)	Ent
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ent
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Leschhorn Strebel Martin (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Hanauer Raffaella (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Nein
Thüring Joël (SVP)	Nein	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein
Stalder Roger (SVP)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ent
Schaller Beat K. (SVP)	Nein	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nein	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Nein	Battaglia Olivier (LDP)	Nein
Karger Philip (LDP)	Nein		
Nigon Gabriel (LDP)	Nein		

Ergebnis	Total	SP	LDP	SVP	GRÜNE/jgb	Mitte-EVP	GLP	FDP	BastA	Fraktionslos	Präsidium
Ja	50	29	0	0	12	0	3	0	6	0	0
Nein	41	0	13	11	0	7	3	7	0	0	0
Ent	5	0	0	0	0	4	0	0	0	1	0
Abgestimmt	96	29	13	11	12	11	6	7	6	1	0
Nicht abgestimmt	2	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	2	1	0	0	0	0	1	0	0	0	0
Stimmberechtigt	100	31	13	11	12	11	7	7	6	1	1



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 26
23.5217

Abstimmungsdatum

20. Mai 2026 10:38:32

Geschäft

Motion Jean-Luc Perret und Konsorten für den unterirdischen Schutz von Grünanlagenzonen,
Zwischenbericht des RR**Individuelle Ergebnisse**

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Nein
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Nein
Esposito Zaira (SP)	Ja	Barth Johannes (FDP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Nicht abgestimmt	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein	Schai Marina (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Nein	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Nicht abgestimmt	Bessenich Salome (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP, P)	Präsident	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Nicht anwesend
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Jenny David (FDP)	Nein	Suter Stefan (SVP)	Nein
Haller Christophe (FDP)	Nein	Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt	Stier Franziska (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nein	Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Nicht abgestimmt
Pfister Pascal (SP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Nein
Meyer Helena (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Nicht anwesend
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Nicht abgestimmt	Weber Eric (Fraktionslos)	Ent
Wittlin Stefan (SP)	Nicht abgestimmt	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Leschhorn Strebel Martin (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Hanauer Raffaella (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Nein
Thüring Joël (SVP)	Nein	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein
Stalder Roger (SVP)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nein
Schaller Beat K. (SVP)	Nein	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nein	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Nein	Battaglia Olivier (LDP)	Nein
Karger Philip (LDP)	Nein		
Nigon Gabriel (LDP)	Nein		

Ergebnis	Total	SP	LDP	SVP	GRÜNE/jgb	Mitte-EVP	GLP	FDP	BastA	Fraktionslos	Präsidium
Ja	58	27	0	0	12	7	6	0	6	0	0
Nein	32	0	12	10	0	3	0	7	0	0	0
Ent	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Abgestimmt	91	27	12	10	12	10	6	7	6	1	0
Nicht abgestimmt	7	3	1	1	0	1	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	2	1	0	0	0	0	1	0	0	0	0
Stimmberechtigt	100	31	13	11	12	11	7	7	6	1	1



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 26
23.5217

Abstimmungsdatum

20. Mai 2026 10:39:15

Geschäft

Motion Jean-Luc Perret und Konsorten für den unterirdischen Schutz von Grünanlagenzonen,
Zwischenbericht des RR**Individuelle Ergebnisse**

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Nein
Esposito Zaira (SP)	Ja	Barth Johannes (FDP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Nicht abgestimmt	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein	Schai Marina (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Nein	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP, P)	Präsident	Baumgartner Beda (SP)	Nicht abgestimmt
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Nicht anwesend
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Nein
Haller Christophe (FDP)	Nicht abgestimmt	Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt	Stier Franziska (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nein	Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Ja
Bay Hanna (SP)	Nicht abgestimmt	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Nicht abgestimmt
Pfister Pascal (SP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Nein
Meyer Helena (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Nicht anwesend
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Nicht abgestimmt	Weber Eric (Fraktionslos)	Ent
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Nicht abgestimmt
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Leschhorn Strebel Martin (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Hanauer Raffaella (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Nein
Thüring Joël (SVP)	Nein	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein
Stalder Roger (SVP)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Nein	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nein	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Nein	Battaglia Olivier (LDP)	Nein
Karger Philip (LDP)	Nein		
Nigon Gabriel (LDP)	Nein		

Ergebnis	Total	SP	LDP	SVP	GRÜNE/jgb	Mitte-EVP	GLP	FDP	BastA	Fraktionslos	Präsidium
Ja	60	25	0	0	12	8	6	3	6	0	0
Nein	28	0	12	11	0	2	0	3	0	0	0
Ent	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Abgestimmt	89	25	12	11	12	10	6	6	6	1	0
Nicht abgestimmt	9	5	1	0	0	1	0	1	0	0	1
Nicht anwesend	2	1	0	0	0	0	1	0	0	0	0
Stimmberechtigt	100	31	13	11	12	11	7	7	6	1	1



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 26.2
23.5349

Abstimmungsdatum

20. Mai 2026 10:39:56

Geschäft

Anzug Béla Bartha und Konsorten betreffend Ergänzung des Baumschutzgesetzes: Nicht nur die Anzahl, sondern auch der ökologische Wert des Baumbestandes in BS muss geschützt werden, um dessen Klimawirkung zu erhalten, Zwischenbericht des RR

Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Nein
Esposito Zaira (SP)	Ja	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Nicht abgestimmt	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein	Schai Marina (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Nein	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP, P)	Präsident	Baumgartner Beda (SP)	Nicht abgestimmt
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Nicht anwesend
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Nein
Haller Christophe (FDP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt	Stier Franziska (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nein	Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Ja
Bay Hanna (SP)	Nicht abgestimmt	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Nicht abgestimmt
Pfister Pascal (SP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Nein
Meyer Helena (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Nicht anwesend
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Nicht abgestimmt	Weber Eric (Fraktionslos)	Ent
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Leschhorn Strebel Martin (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Hanauer Raffaella (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Nein
Thüring Joël (SVP)	Nein	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein
Stalder Roger (SVP)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Nein	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nein	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Nicht abgestimmt	Battaglia Olivier (LDP)	Nein
Karger Philip (LDP)	Nein		
Nigon Gabriel (LDP)	Nein		

Ergebnis	Total	SP	LDP	SVP	GRÜNE/jgb	Mitte-EVP	GLP	FDP	BastA	Fraktionslos	Präsidium
Ja	63	26	0	0	12	8	6	5	6	0	0
Nein	26	0	11	11	0	2	0	2	0	0	0
Ent	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Abgestimmt	90	26	11	11	12	10	6	7	6	1	0
Nicht abgestimmt	8	4	2	0	0	1	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	2	1	0	0	0	0	1	0	0	0	0
Stimmberechtigt	100	31	13	11	12	11	7	7	6	1	1



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 31
23.5253

Abstimmungsdatum

20. Mai 2026 11:25:28

Geschäft

Anzug Joël Thüring und Konsorten betreffend Massnahmen gegen den illegalen Drogenhandel rund um die Kaserne, den Erasmusplatz und den Claraplatz, Schreiben des RR

Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Nein
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Nein
Esposito Zaira (SP)	Ja	Barth Johannes (FDP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Nicht abgestimmt	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ent	Schai Marina (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ent	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP, P)	Präsident	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Nicht anwesend
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Jenny David (FDP)	Nein	Suter Stefan (SVP)	Nein
Haller Christophe (FDP)	Nein	Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Stier Franziska (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nein	Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Nein
Pfister Pascal (SP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Meyer Helena (SP)	Nein	Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Nicht anwesend
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Nicht abgestimmt	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Leschhorn Strebel Martin (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ent
Hanauer Raffaella (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ent
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Nein
Thüring Joël (SVP)	Nein	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein
Stalder Roger (SVP)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ent
Schaller Beat K. (SVP)	Nein	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nein	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Nein	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja		
Nigon Gabriel (LDP)	Ja		

Ergebnis	Total	SP	LDP	SVP	GRÜNE/jgb	Mitte-EVP	GLP	FDP	BastA	Fraktionslos	Präsidium
Ja	66	27	7	0	12	8	6	0	6	0	0
Nein	24	1	2	11	0	2	0	7	0	1	0
Ent	5	0	4	0	0	1	0	0	0	0	0
Abgestimmt	95	28	13	11	12	11	6	7	6	1	0
Nicht abgestimmt	3	2	0	0	0	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	2	1	0	0	0	0	1	0	0	0	0
Stimmberechtigt	100	31	13	11	12	11	7	7	6	1	1



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 32.1
23.5472

Abstimmungsdatum

20. Mai 2026 11:42:57

Geschäft

Anzug Fleur Weibel und Konsorten betreffend Deeskalation bei Kundgebungen, Schreiben des RR

Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Nicht abgestimmt	Bolliger Oliver (BastA)	Nein
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Nein
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Schai Marina (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP, P)	Präsident	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Nicht anwesend
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Haller Christophe (FDP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Nein
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Stier Franziska (BastA)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Nein
Bernasconi Patrizia (BastA)	Nein	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Nein	Ebi Alex (LDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Meyer Helena (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Nein	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Nicht anwesend
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Nicht abgestimmt	Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht anwesend
Wittlin Stefan (SP)	Nein	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Nein	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Nein	Leschhorn Strebel Martin (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Nein	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaella (GRÜNE/jgb)	Nein	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Nein	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja		
Nigon Gabriel (LDP)	Ja		

Ergebnis	Total	SP	LDP	SVP	GRÜNE/jgb	Mitte-EVP	GLP	FDP	BastA	Fraktionslos	Präsidium
Ja	80	25	13	11	7	11	6	7	0	0	0
Nein	14	3	0	0	5	0	0	0	6	0	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	94	28	13	11	12	11	6	7	6	0	0
Nicht abgestimmt	3	2	0	0	0	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	3	1	0	0	0	0	1	0	0	1	0
Stimmberechtigt	100	31	13	11	12	11	7	7	6	1	1



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 32.1
23.5472

Abstimmungsdatum

20. Mai 2026 11:44:25

Geschäft

Anzug Fleur Weibel und Konsorten betreffend Deeskalation bei Kundgebungen, Schreiben des RR

Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja	Barth Johannes (FDP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Nicht abgestimmt	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ent	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ent	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Ent	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Ent	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein	Schai Marina (Mitte-EVP)	Ent
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ent
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ent	Gölgeli Edibe (SP)	Nein
Alioth Catherine (LDP)	Ent	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Ent
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP, P)	Präsident	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Nein	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Nein	Seggiani Michela (SP)	Nicht anwesend
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Nein	Mattmüller Georg (SP)	Ent
Jenny David (FDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Nein
Haller Christophe (FDP)	Ent	Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Stier Franziska (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ent
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Ent
Bay Hanna (SP)	Ja	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ent
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Nein
Meyer Helena (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Ent	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Nicht anwesend
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Nicht abgestimmt	Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht anwesend
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ent	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ent
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Nein	Mazzotti Sasha (SP)	Ent
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Nein	Leschhorn Strebel Martin (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Nein	Hettich Daniel (LDP)	Ent
Hanauer Raffaella (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Nein	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Nein	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ent
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nein	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ent
Faesch Lukas (LDP)	Nein	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja		
Nigon Gabriel (LDP)	Nein		

Ergebnis	Total	SP	LDP	SVP	GRÜNE/jgb	Mitte-EVP	GLP	FDP	BastA	Fraktionslos	Präsidium
Ja	49	18	5	1	1	9	5	4	6	0	0
Nein	24	1	5	9	7	0	0	2	0	0	0
Ent	21	9	3	1	4	2	1	1	0	0	0
Abgestimmt	94	28	13	11	12	11	6	7	6	0	0
Nicht abgestimmt	3	2	0	0	0	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	3	1	0	0	0	0	1	0	0	1	0
Stimmberechtigt	100	31	13	11	12	11	7	7	6	1	1



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 35
24.5303

Abstimmungsdatum

20. Mai 2026 14:32:03

Geschäft

Motion Beat Braun und Konsorten betreffend Erhöhung der ambulanten psychotherapeutischen Versorgungsplätze, Bericht des RR

Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Mathys Lisa (SP)	Nicht anwesend	Urgese Luca (FDP)	Nicht anwesend
Nussbaumer Melanie (SP)	Nicht anwesend	Moesch Christian C. (FDP)	Nicht anwesend
Esposito Zaira (SP)	Nicht anwesend	Barth Johannes (FDP)	Nicht anwesend
Eberhard Melanie (SP)	Nicht anwesend	Bolliger Oliver (BastA)	Nicht abgestimmt
Cuénod Tim (SP)	Nicht anwesend	Gerber Brigitta (BastA)	Nicht anwesend
Heer Barbara (SP)	Nicht anwesend	Kühne Brigitte (GLP)	Nicht anwesend
Baumgartner Julia (SP)	Nicht abgestimmt	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nicht anwesend
Gmür Daniel (SP)	Nicht abgestimmt	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Furlano Raoul I. (LDP)	Nicht anwesend	Schai Marina (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
von Falkenstein Annina (LDP)	Nicht anwesend	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Hug Michael (LDP)	Nicht anwesend	Kabakci Mahir (SP)	Nicht anwesend
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nicht anwesend	Gölgeli Edibe (SP)	Nicht abgestimmt
Alioth Catherine (LDP)	Nicht anwesend	Brandenburger Jessica (SP)	Nicht abgestimmt
Messerli Pascal (SVP)	Nicht anwesend	Bessenich Salome (SP)	Nicht anwesend
Fischer Patrick (SVP)	Nicht anwesend	Keller Christine (SP)	Nicht abgestimmt
Hablützel-Bürki Gianna (SVP, P)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Nicht anwesend
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend	Balmer Ivo (SP)	Nicht anwesend
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Nicht abgestimmt	Seggiani Michela (SP)	Nicht anwesend
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Nicht abgestimmt	Mattmüller Georg (SP)	Nicht anwesend
Jenny David (FDP)	Nicht anwesend	Suter Stefan (SVP)	Nicht anwesend
Haller Christophe (FDP)	Nicht anwesend	Amiet Lorenz (SVP)	Nicht anwesend
Baumgartner Claudia (GLP)	Nicht anwesend	Block Laetitia (SVP)	Nicht anwesend
Christ Tobias (GLP)	Nicht anwesend	Mück Heidi (BastA)	Nicht abgestimmt
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nicht anwesend	Stier Franziska (BastA)	Nicht anwesend
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nicht anwesend	Goepfert Nicola (BastA)	Nicht abgestimmt
Bernasconi Patrizia (BastA)	Nicht anwesend	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Nicht anwesend	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend
Bay Hanna (SP)	Nicht abgestimmt	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend
Amacher Nicole (SP)	Nicht anwesend	Ebi Alex (LDP)	Nicht abgestimmt
Pfister Pascal (SP)	Nicht anwesend	Iselin Adrian (LDP)	Nicht abgestimmt
Meyer Helena (SP)	Nicht anwesend	Herter Balz (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Bolz Leoni (SP)	Nicht anwesend	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Perret Jean-Luc (SP)	Nicht anwesend	Pekerman Bülent (GLP)	Nicht anwesend
Miozzari Claudio (SP)	Nicht anwesend	Sieber Johannes (GLP)	Nicht anwesend
Trevisan Amina (SP)	Nicht abgestimmt	Seiler Daniel (FDP)	Nicht anwesend
Erdogan Seyit (SP)	Nicht abgestimmt	Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht anwesend
Wittlin Stefan (SP)	Nicht abgestimmt	Graber Michael (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Schäfer Maria Ioana (SP)	Nicht anwesend	Wehrli Felix (SVP)	Nicht anwesend
Mahmoud Ismail (SP)	Nicht abgestimmt	Schweizer Jenny (SVP)	Nicht anwesend
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Nicht abgestimmt	Mazzotti Sasha (SP)	Nicht anwesend
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend	Leschhorn Strebel Martin (SP)	Nicht anwesend
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend	Hettich Daniel (LDP)	Nicht anwesend
Hanauer Raffaella (GRÜNE/jgb)	Nicht abgestimmt	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nicht anwesend
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend	Schweizer Silvia (FDP)	Nicht abgestimmt
Thüring Joël (SVP)	Nicht anwesend	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Stalder Roger (SVP)	Nicht anwesend	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Schaller Beat K. (SVP)	Nicht anwesend	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nicht anwesend
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nicht anwesend	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Nicht abgestimmt
Faesch Lukas (LDP)	Nicht abgestimmt	Battaglia Olivier (LDP)	Nicht anwesend
Karger Philip (LDP)	Nicht abgestimmt		
Nigon Gabriel (LDP)	Nicht abgestimmt		

Ergebnis	Total	SP	LDP	SVP	GRÜNE/jgb	Mitte-EVP	GLP	FDP	BastA	Fraktionslos	Präsidium
Ja	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1
Nein	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1
Nicht abgestimmt	25	10	5	0	5	1	0	1	3	0	0
Nicht anwesend	74	21	8	11	7	10	7	6	3	1	0
Stimmberechtigt	100	31	13	11	12	11	7	7	6	1	1



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 35
24.5303

Abstimmungsdatum

20. Mai 2026 14:39:11

Geschäft

Motion Beat Braun und Konsorten betreffend Erhöhung der ambulanten psychotherapeutischen Versorgungsplätze, Bericht des RR

Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Mathys Lisa (SP)	Nicht anwesend	Urgese Luca (FDP)	Nicht anwesend
Nussbaumer Melanie (SP)	Nicht anwesend	Moesch Christian C. (FDP)	Nicht anwesend
Esposito Zaira (SP)	Nicht anwesend	Barth Johannes (FDP)	Nicht anwesend
Eberhard Melanie (SP)	Nicht anwesend	Bolliger Oliver (BastA)	Nicht abgestimmt
Cuénod Tim (SP)	Nicht anwesend	Gerber Brigitta (BastA)	Nicht anwesend
Heer Barbara (SP)	Nicht anwesend	Kühne Brigitte (GLP)	Nicht anwesend
Baumgartner Julia (SP)	Nicht abgestimmt	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nicht anwesend
Gmür Daniel (SP)	Nicht abgestimmt	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Furlano Raoul I. (LDP)	Nicht anwesend	Schai Marina (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
von Falkenstein Annina (LDP)	Nicht anwesend	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Hug Michael (LDP)	Nicht anwesend	Kabakci Mahir (SP)	Nicht anwesend
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nicht anwesend	Gölgeli Edibe (SP)	Nicht abgestimmt
Alioth Catherine (LDP)	Nicht anwesend	Brandenburger Jessica (SP)	Nicht abgestimmt
Messerli Pascal (SVP)	Nicht anwesend	Bessenich Salome (SP)	Nicht anwesend
Fischer Patrick (SVP)	Nicht anwesend	Keller Christine (SP)	Nicht abgestimmt
Hablützel-Bürki Gianna (SVP, P)	Präsident	Baumgartner Beda (SP)	Nicht anwesend
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend	Balmer Ivo (SP)	Nicht anwesend
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Nicht abgestimmt	Seggiani Michela (SP)	Nicht anwesend
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Nicht abgestimmt	Mattmüller Georg (SP)	Nicht anwesend
Jenny David (FDP)	Nicht anwesend	Suter Stefan (SVP)	Nicht anwesend
Haller Christophe (FDP)	Nicht anwesend	Amiet Lorenz (SVP)	Nicht anwesend
Baumgartner Claudia (GLP)	Nicht anwesend	Block Laetitia (SVP)	Nicht anwesend
Christ Tobias (GLP)	Nicht anwesend	Mück Heidi (BastA)	Nicht abgestimmt
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nicht anwesend	Stier Franziska (BastA)	Nicht anwesend
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nicht anwesend	Goepfert Nicola (BastA)	Nicht abgestimmt
Bernasconi Patrizia (BastA)	Nicht anwesend	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Nicht anwesend	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend
Bay Hanna (SP)	Nicht abgestimmt	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend
Amacher Nicole (SP)	Nicht anwesend	Ebi Alex (LDP)	Nicht abgestimmt
Pfister Pascal (SP)	Nicht anwesend	Iselin Adrian (LDP)	Nicht abgestimmt
Meyer Helena (SP)	Nicht anwesend	Herter Balz (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Bolz Leoni (SP)	Nicht anwesend	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Perret Jean-Luc (SP)	Nicht anwesend	Pekerman Bülent (GLP)	Nicht anwesend
Miozzari Claudio (SP)	Nicht anwesend	Sieber Johannes (GLP)	Nicht anwesend
Trevisan Amina (SP)	Nicht abgestimmt	Seiler Daniel (FDP)	Nicht anwesend
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht anwesend
Wittlin Stefan (SP)	Nicht abgestimmt	Graber Michael (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Schäfer Maria Ioana (SP)	Nicht anwesend	Wehrli Felix (SVP)	Nicht anwesend
Mahmoud Ismail (SP)	Nicht abgestimmt	Schweizer Jenny (SVP)	Nicht abgestimmt
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Nicht abgestimmt	Mazzotti Sasha (SP)	Nicht anwesend
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend	Leschhorn Strebel Martin (SP)	Nicht anwesend
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend	Hettich Daniel (LDP)	Nicht anwesend
Hanauer Raffaella (GRÜNE/jgb)	Nicht abgestimmt	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nicht anwesend
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend	Schweizer Silvia (FDP)	Nicht abgestimmt
Thüring Joël (SVP)	Nicht anwesend	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Stalder Roger (SVP)	Nicht anwesend	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Schaller Beat K. (SVP)	Nicht anwesend	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nicht anwesend
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nicht anwesend	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Nicht abgestimmt
Faesch Lukas (LDP)	Nicht abgestimmt	Battaglia Olivier (LDP)	Nicht anwesend
Karger Philip (LDP)	Nicht abgestimmt		
Nigon Gabriel (LDP)	Nicht abgestimmt		

Ergebnis	Total	SP	LDP	SVP	GRÜNE/jgb	Mitte-EVP	GLP	FDP	BastA	Fraktionslos	Präsidium
Ja	1	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Nein	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	1	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Nicht abgestimmt	26	9	5	1	5	1	0	1	3	0	1
Nicht anwesend	73	21	8	10	7	10	7	6	3	1	0
Stimmberechtigt	100	31	13	11	12	11	7	7	6	1	1



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 35
24.5303

Abstimmungsdatum

20. Mai 2026 15:10:55

Geschäft

Motion Beat Braun und Konsorten betreffend Erhöhung der ambulanten psychotherapeutischen Versorgungsplätze, Bericht des RR

Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Mathys Lisa (SP)	Nein	Urgese Luca (FDP)	Nein
Nussbaumer Melanie (SP)	Nein	Moesch Christian C. (FDP)	Nein
Esposito Zaira (SP)	Nein	Barth Johannes (FDP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Nicht anwesend	Bolliger Oliver (BastA)	Nein
Cuénod Tim (SP)	Nicht anwesend	Gerber Brigitta (BastA)	Nein
Heer Barbara (SP)	Nein	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Nein	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ent
Gmür Daniel (SP)	Nein	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Schai Marina (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Nein
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Nein
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Nein
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Nein
Hablützel-Bürki Gianna (SVP, P)	Präsident	Baumgartner Beda (SP)	Nein
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Nein	Balmer Ivo (SP)	Nein
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Nein	Seggiani Michela (SP)	Nicht anwesend
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Nein	Mattmüller Georg (SP)	Nein
Jenny David (FDP)	Nein	Suter Stefan (SVP)	Ja
Haller Christophe (FDP)	Nein	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Nein
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Stier Franziska (BastA)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Nein
Bernasconi Patrizia (BastA)	Nein	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Nein
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend
Bay Hanna (SP)	Nein	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Nein
Amacher Nicole (SP)	Nein	Ebi Alex (LDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Nicht abgestimmt	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Meyer Helena (SP)	Nicht abgestimmt	Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Nein	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Nein	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Nein	Sieber Johannes (GLP)	Nicht anwesend
Trevisan Amina (SP)	Nein	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Nein	Weber Eric (Fraktionslos)	Ent
Wittlin Stefan (SP)	Nein	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Nein	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Nein	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Nein	Mazzotti Sasha (SP)	Nein
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Nein	Leschhorn Strebel Martin (SP)	Nein
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Nein	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaella (GRÜNE/jgb)	Nein	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Nein	Schweizer Silvia (FDP)	Nein
Thüring Joël (SVP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ent
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Nicht abgestimmt
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja		
Nigon Gabriel (LDP)	Ja		

Ergebnis	Total	SP	LDP	SVP	GRÜNE/jgb	Mitte-EVP	GLP	FDP	BastA	Fraktionslos	Präsidium
Ja	38	0	13	10	0	11	4	0	0	0	0
Nein	50	26	0	1	10	0	0	7	6	0	0
Ent	3	0	0	0	0	0	2	0	0	1	0
Abgestimmt	91	26	13	11	10	11	6	7	6	1	0
Nicht abgestimmt	4	2	0	0	1	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	5	3	0	0	1	0	1	0	0	0	0
Stimmberechtigt	100	31	13	11	12	11	7	7	6	1	1



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 38
24.5060

Abstimmungsdatum

20. Mai 2026 15:37:20

Geschäft

Anzug Jessica Brandenburger und Konsorten betreffend Massnahmen zur Unterstützung von Long Covid Erkrankten, Schreiben des RR

Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Mathys Lisa (SP)	Nicht anwesend	Urgese Luca (FDP)	Nein
Nussbaumer Melanie (SP)	Nein	Moesch Christian C. (FDP)	Nein
Esposito Zaira (SP)	Nein	Barth Johannes (FDP)	Nicht abgestimmt
Eberhard Melanie (SP)	Nicht anwesend	Bolliger Oliver (BastA)	Nein
Cuénod Tim (SP)	Nein	Gerber Brigitta (BastA)	Nein
Heer Barbara (SP)	Nein	Kühne Brigitte (GLP)	Nein
Baumgartner Julia (SP)	Nein	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nein
Gmür Daniel (SP)	Nein	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nein
Furlano Raoul I. (LDP)	Ent	Schai Marina (Mitte-EVP)	Nein
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nein
Hug Michael (LDP)	Nein	Kabakci Mahir (SP)	Nein
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein	Gölgeli Edibe (SP)	Nein
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Brandenburger Jessica (SP)	Nein
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Nein
Hablützel-Bürki Gianna (SVP, P)	Präsident	Baumgartner Beda (SP)	Nein
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Nein	Balmer Ivo (SP)	Nein
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Nein	Seggiani Michela (SP)	Nicht anwesend
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Nein	Mattmüller Georg (SP)	Nein
Jenny David (FDP)	Nein	Suter Stefan (SVP)	Ent
Haller Christophe (FDP)	Nein	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Nein	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Nicht abgestimmt	Mück Heidi (BastA)	Nein
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Stier Franziska (BastA)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ent	Goepfert Nicola (BastA)	Nein
Bernasconi Patrizia (BastA)	Nein	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Nein
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Nein	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Nein
Bay Hanna (SP)	Nein	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Nein
Amacher Nicole (SP)	Nein	Ebi Alex (LDP)	Nein
Pfister Pascal (SP)	Nein	Iselin Adrian (LDP)	Nein
Meyer Helena (SP)	Nicht abgestimmt	Herter Balz (Mitte-EVP)	Nein
Bolz Leoni (SP)	Nein	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ent
Perret Jean-Luc (SP)	Nein	Pekerman Bülent (GLP)	Nein
Miozzari Claudio (SP)	Nein	Sieber Johannes (GLP)	Nicht anwesend
Trevisan Amina (SP)	Nein	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Nein	Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht abgestimmt
Wittlin Stefan (SP)	Nein	Graber Michael (Mitte-EVP)	Nein
Schäfer Maria Ioana (SP)	Nein	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Mahmoud Ismail (SP)	Nein	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Nein	Mazzotti Sasha (SP)	Nein
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Nicht abgestimmt	Leschhorn Strebel Martin (SP)	Nein
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Nein	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Hanauer Raffaella (GRÜNE/jgb)	Nein	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Nein	Schweizer Silvia (FDP)	Nein
Thüring Joël (SVP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nein
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nein
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Nein
Faesch Lukas (LDP)	Nein	Battaglia Olivier (LDP)	Nein
Karger Philip (LDP)	Nein		
Nigon Gabriel (LDP)	Nein		

Ergebnis	Total	SP	LDP	SVP	GRÜNE/jgb	Mitte-EVP	GLP	FDP	BastA	Fraktionslos	Präsidium
Ja	10	0	0	8	0	2	0	0	0	0	0
Nein	76	27	12	2	11	7	5	6	6	0	0
Ent	4	0	1	1	0	2	0	0	0	0	0
Abgestimmt	90	27	13	11	11	11	5	6	6	0	0
Nicht abgestimmt	6	1	0	0	1	0	1	1	0	1	1
Nicht anwesend	4	3	0	0	0	0	1	0	0	0	0
Stimmberechtigt	100	31	13	11	12	11	7	7	6	1	1



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 40
20.5434

Abstimmungsdatum

20. Mai 2026 15:53:24

Geschäft

Motion Luca Urgese und Konsorten betreffend Lobbying des Regierungsrates für Verhandlungen des Bundesrates mit dem französischen Staat über das anwendbare Arbeitsrecht im Schweizer Sektor des EuroAirport, Bericht des RR

Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Mathys Lisa (SP)	Nicht anwesend	Urgese Luca (FDP)	Nein
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Nein
Esposito Zaira (SP)	Ja	Barth Johannes (FDP)	Nicht abgestimmt
Eberhard Melanie (SP)	Nicht anwesend	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Nein
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nein
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nein
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein	Schai Marina (Mitte-EVP)	Nein
von Falkenstein Annina (LDP)	Nicht abgestimmt	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nein
Hug Michael (LDP)	Nein	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP, P)	Präsident	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Nicht abgestimmt	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Nein	Seggiani Michela (SP)	Nicht anwesend
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Jenny David (FDP)	Nein	Suter Stefan (SVP)	Nein
Haller Christophe (FDP)	Nein	Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Nein	Block Laetitia (SVP)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Nein	Mück Heidi (BastA)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nein	Stier Franziska (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nein	Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Nein	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Nicht abgestimmt
Bay Hanna (SP)	Ja	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Nein
Pfister Pascal (SP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Nein
Meyer Helena (SP)	Nicht abgestimmt	Herter Balz (Mitte-EVP)	Nein
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Nein
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Nein
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Nicht anwesend
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Nein
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Nein	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Nein	Leschhorn Strebel Martin (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Nicht abgestimmt	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Hanauer Raffaella (GRÜNE/jgb)	Nein	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Nein	Schweizer Silvia (FDP)	Nein
Thüring Joël (SVP)	Nein	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein
Stalder Roger (SVP)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nein
Schaller Beat K. (SVP)	Nein	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nein
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nein	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Nein	Battaglia Olivier (LDP)	Nein
Karger Philip (LDP)	Nein		
Nigon Gabriel (LDP)	Nein		

Ergebnis	Total	SP	LDP	SVP	GRÜNE/jgb	Mitte-EVP	GLP	FDP	BastA	Fraktionslos	Präsidium
Ja	37	27	0	0	4	0	0	0	6	0	0
Nein	52	0	12	11	5	11	6	6	0	1	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	89	27	12	11	9	11	6	6	6	1	0
Nicht abgestimmt	7	1	1	0	3	0	0	1	0	0	1
Nicht anwesend	4	3	0	0	0	0	1	0	0	0	0
Stimmberechtigt	100	31	13	11	12	11	7	7	6	1	1



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 44
23.5271

Abstimmungsdatum

20. Mai 2026 16:16:20

Geschäft

Motion Christian von Wartburg und Johannes Sieber betreffend Erlass eines Whistleblowing Gesetzes,
Zwischenbericht des RR**Individuelle Ergebnisse**

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Nicht anwesend	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Schai Marina (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP, P)	Präsident	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Nein	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Nein	Seggiani Michela (SP)	Nicht anwesend
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Nein	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Nein
Haller Christophe (FDP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Stier Franziska (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Nein
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Nein
Bay Hanna (SP)	Ja	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Nein
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Meyer Helena (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Nicht anwesend
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Ent
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Nein	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Nein	Leschhorn Strebel Martin (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Nein	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaella (GRÜNE/jgb)	Nein	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Nein	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Nein
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja		
Nigon Gabriel (LDP)	Ja		

Ergebnis	Total	SP	LDP	SVP	GRÜNE/jgb	Mitte-EVP	GLP	FDP	BastA	Fraktionslos	Präsidium
Ja	82	29	13	10	0	11	6	7	6	0	0
Nein	13	0	0	1	12	0	0	0	0	0	0
Ent	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Abgestimmt	96	29	13	11	12	11	6	7	6	1	0
Nicht abgestimmt	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	3	2	0	0	0	0	1	0	0	0	0
Stimmberechtigt	100	31	13	11	12	11	7	7	6	1	1

Anhang B

Neue Ratschläge, Berichte und Vorstösse

<u>Tagesordnung</u>	<u>Komm.</u>	<u>Dep.</u>	<u>Dokument</u>
1. Petition P472 "Kumm guet haim! - Für ein sicheres Basel", Bericht der PetKo	PetKo		23.5554.02
2. Petition P497 "Manifest für Null Verkehrstote in Basel - Vision Zero", Bericht der PetKo	PetKo		25.5172.02
3. Kantonale Volksinitiative "Pharma für Alle (Basler Pharma-Fonds)", Bericht zur rechtlichen Zulässigkeit und zum weiteren Vorgehen, Bericht des RR		GD	25.2052.01
4. Kantonale Volksinitiative "Initiative für ein U-Abo für alle in Basel-Stadt wohnhaften Personen zum Preis von 1 Fr. pro Tag", Bericht zur rechtlichen Zulässigkeit und zum weiteren Vorgehen, Bericht des RR		BVD	25.0376.01
5. Motion der Justiz-, Sicherheits- und Sportkommission sowie der Bau- und Raumplanungskommission zum Sanierungsprojekt Kunsteisbahn Margarethen und Ausgabenbewilligung für die Gesamtanierung der Kunsteisbahn Margarethen sowie Anzug Mustafa Atici und Konsorten betreffend Zukunft der Kunsteisbahn Margarethen, Zwischenbericht des RR		ED	22.5065.04 19.1663.04 15.5249.06
6. Motion Christian von Wartburg und Johannes Sieber betreffend Erlass eines Whistleblowing Gesetzes, Zwischenbericht des RR		FD	23.5271.03
7. Anzug Melanie Eberhard und Konsorten betreffend Rechtsberatung im Sozialhilferecht, Schreiben des RR		WSU	24.5474.02
8. Motion Luca Urgese und Konsorten betreffend Lobbying des Regierungsrates für Verhandlungen des Bundesrates mit dem französischen Staat über das anwendbare Arbeitsrecht im Schweizer Sektor des EuroAirport, Bericht des RR		WSU	20.5434.03
9. Anzug Christian von Wartburg und Konsorten betreffend Verbesserung der Veloverkehrssicherheit, Schreiben des RR		JSD	21.5431.03
10. Motion Beat Braun und Konsorten betreffend Erhöhung der ambulanten psychotherapeutischen Versorgungsplätze, Bericht des RR		GD	24.5303.03
11. Anzug Christine Keller und Konsorten betreffend Zertifizierung von Alters- und Pflegeheimen in "Qualität in Palliative Care", Schreiben des RR		GD	24.5066.02
12. Anzug Amina Trevisan und Konsorten betreffend Palliativ Care und Migration bzw. diversitätssensitive Palliative Care, Schreiben des RR		GD	24.5061.02
13. Anzug Jessica Brandenburger und Konsorten betreffend Massnahmen zur Unterstützung von Long Covid Erkrankten, Schreiben des RR		GD	24.5060.02
14. Anzug Sarah Wyss betreffend die KIS muss im Akut-Spital bleiben - jetzt muss der Kanton handeln und Anzug Melanie Nussbaumer und Konsorten betreffend Niederschwelliger Zugang zur Kriseninterventionsstation (KIS), Schreiben des RR		GD	19.5343.05 22.5467.04

Überweisung an Kommissionen

15. Nachtragskredit zur Umsetzung der Gebührenreduktion im Einbürgerungsverfahren gemäss § 15 FHG, Bericht des RR	FKom	JSD	26.0401.01
16. Ausgabenbewilligung für einen Finanzierungsbeitrag an die Wärmeverbund Riehen AG (WVR) zum Ausbau der leitungsgebundenen Wärmeversorgung des WVR, Ratschlag des RR	UVEK	WSU	26.0092.01
17. Ausgabenbewilligung für das Tram Margarethenverbindung; Partnerschaftliches Geschäft, Ratschlag des RR	UVEK	BVD	26.0224.01

18.	Projektierung und Einführung eines ersten Teils des Zielnetzes Tempo 30 und Motion Raphael Fuhrer und Konsorten betreffend integrale Signalisation von Tempo 30 in Basel-Stadt mit gleichzeitiger Beschleunigung des öffentlichen Verkehrs gemäss Kantonsverfassung §30 und Anzug Brigitte Heilbronner und Konsorten betreffend Tempo 30 in der ganzen Stadt Basel während der Nacht und Anzug Georg Mattmüller und Konsorten betreffend flankierende Massnahmen im Wettsteinquartier zum Schutze der Wohnqualität und Anzug Michael Wüthrich und Konsorten betreffend Einführung von Tempo 30 in der Grenzacherstrasse im Umfeld der Kindergarten an der Kreuzung Peter Rot-Strasse sowie Anzug Lea Steinle und Konsorten betreffend Tempo 30 in der Erlenstrasse, Ausgabenbericht des RR	UVEK	BVD	25.2044.01 21.5840.04 11.5306.10 16.5304.06 13.5431.08 18.5421.05
19.	Universitätsspital Basel (USB): Information über die Rechnung 2025, Bericht des RR	GSK	GD	26.0511.01
20.	Investitionen Universitätsspital Basel (USB) – Umwidmung des Darlehens zur Mitfinanzierung des Neubaus Klinikum 3 sowie Nachtragskredit für die Auszahlung der Darlehen an das Universitätsspital Basel (USB), Bericht des RR	FKom / GSK	GD	23.1367.03 26.0541.01
21.	Teilrevision des Gesetzes über die öffentlichen Spitäler des Kantons Basel-Stadt (Öffentliche Spitäler-Gesetz, ÖSpG) sowie Motion der Gesundheits- und Sozialkommission betreffend Kenntnissgabe der Eignerstrategien der öffentlich-rechtlichen Spitäler an den Grossen Rat und Motion Stefan Wittlin und Konsorten betreffend Bewilligung von Grossinvestitionen der öffentlichen Spitäler durch den Grossen Rat, Ratschlag des RR	GSK	GD	24.1391.01 23.5324.03 23.5297.03
22.	Teilrevision des Kulturfördergesetzes vom 21. Oktober 2009 (Stand Mai 2022); Übertragung von Aufgaben an Dritte, Ratschlag des RR	BKK	PD	26.0508.01
23.	Petition P511 «Petition Superblock Tests: Weiterführung statt Rückbau»	PetKo		26.5164.01
24.	Petition P512 «Petition Raum für Alle – für eine kluge Parkraumpolitik in Basel»	PetKo		26.5165.01

An den Parlamentsdienst zur späteren Traktandierung

25.	Kantonale Volksinitiative "für die Einrichtung eines Sammlungszentrums im Rundhofgebäude der Messe Basel (Sammlungszentrum-Volksinitiative)", Bericht der WAK	WAK	WSU	24.1910.04
26.	Ausgabenbewilligung zur Sanierung des Petersplatzes sowie Anzug Claudio Miozzari und Konsorten betreffend Veloweg auf dem Petersplatz, Bericht der UVEK	UVEK	BVD	25.0497.02 20.5289.05
27.	Ausgabenbewilligung für die Umgestaltung des Riehenrings von der Drahtzugstrasse bis zur Brombacherstrasse im Rahmen der Erhaltung, Bericht der UVEK	UVEK	BVD	25.0159.02
28.	Anzug Christoph Hochuli und Konsorten betreffend Ergänzungsleistungen für in Heimen lebende Personen, Schreiben des RR		WSU	24.5142.02
29.	Motion Nicola Goepfert und Konsorten für Überbrückungsbeiträge in zeitlich befristeten Notlagen für Sans-Papiers, Stellungnahme des RR		WSU	25.5519.02
30.	Motion Christoph Hochuli und Konsorten für die Schaffung eines Frauenhausgesetzes sowie eine Erhöhung der Schutzplätze und der Finanzierung der Frauenhäuser, Stellungnahme des RR		JSD	25.5492.02
31.	Anzug der Umwelt-, Verkehrs- und Energiekommission betreffend ergänzende Velomassnahmen zur Sanierung St. Jakobs-Strasse, Zeughaus – Birsstrasse, Schreiben des RR		BVD	20.5419.04
32.	Anzüge:			
1.	Regiokommission betreffend Städtepartnerschaft als Beitrag zur europäischen Kohäsion			26.5141.01
2.	Tobias Christ und Leoni Bolz betreffend Klimaziel 2037 erreichen: Pilotprojekt für eine nachhaltige urbane Mobilität			26.5142.01
3.	Raffaella Hanauer und Konsorten betreffend Massnahmen für ein einfaches Parkieren des Gewerbes			26.5163.01

Kenntnisnahme

33.	Rücktritt von Mahir Kabakci als Mitglied der Regiokommission und der Delegation des Districtsrats		26.5149.01
34.	Anzug Harald Friedl und Konsorten betreffend Verlängerung der Frist für die Festlegung von Abstimmungen (stehen lassen), Schreiben der JSSK	JSSK	18.5190.06
35.	Anzug Mahir Kabakci und Konsorten betreffend die rechtliche Nichtdiskriminierung der ausländischen Bevölkerung im Kanton Basel-Stadt durch Wohnbaugenossenschaften auf Land des Kantons (stehen lassen), Schreiben des RR	FD	21.5490.03
36.	Anzug Pascal Pfister und Konsorten betreffend ambulant begleitete Arbeit für Personen mit behinderungsbedingten Einschränkungen (Supported Employment), Schreiben des RR	WSU	24.5055.02
37.	Schriftliche Anfrage Lisa Mathys betreffend Umsetzung der beschlossenen begleitenden Massnahmen in der Begegnungszone St. Alban-Vorstadt, Schreiben des RR	BVD	26.5009.02
38.	Schriftliche Anfrage Eric Weber betreffend wie hoch ist der Schaden bei der Basler Kantonalbank, Schreiben des RR	FD	25.5562.02
39.	Anzug Dominique König-Lüdin und Konsorten betreffend die Lärmschutzmassnahmen entlang der Osttangente (stehen lassen), Schreiben des RR	WSU	10.5242.08
40.	Anzug Georg Mattmüller und Konsorten betreffend Finanzierung von spezialisierter Palliativ-Pflege in kantonalen Pflegeheimen (stehen lassen), Schreiben des RR	GD	24.5067.02
41.	Anzug Tim Cuénod und Konsorten betreffend bessere und attraktivere Erreichbarkeit der Sportanlagen St. Jakob vom Gundeli/Dreispietz her (stehen lassen), Schreiben des RR	BVD	22.5086.03
42.	Anzug Beda Baumgartner und Konsorten betreffend Einführung der Volksanregung (stehen lassen), Schreiben des RR	PD	19.5517.04
43.	Schriftliche Anfrage Alex Ebi betreffend Schaufenster-Werbung in Ladengeschäften, Schreiben des RR	BVD	26.5030.02
44.	Schriftliche Anfrage Daniel Gmür betreffend wie viele Rekursinstanzen hat das ordentliche basel-städtische Verwaltungsverfahren wirklich, Schreiben des RR	JSD	26.5012.02
45.	Schriftliche Anfrage Brigitte Kühne betreffend Fortschritt bei der Elektrifizierung des MIV-Bestands, Schreiben des RR	BVD	26.5024.02
46.	Schriftliche Anfrage Christoph Hochuli betreffend Verkehrsbehinderungen an der Kreuzung Missionsstrasse/Schützengraben, Schreiben des RR	BVD	26.5011.02
47.	Schriftliche Anfrage Oliver Bolliger betreffend direkte Verrechnung der Kostenbeteiligung durch das Amt für Sozialbeiträge des Kantons Basel-Stadt, Schreiben des RR	WSU	26.5021.02
48.	Schriftliche Anfrage Lisa Mathys betreffend Wissenstransfer von der Wissenschaft in die Politik - Realitätscheck und Verbesserungspotenzial, Schreiben des RR	PD	26.5025.02